

240/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 9. Oktober 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 39. Sitzung vom 21. Juni 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

39. Sitzung / öffentlicher Teil

vom 21. Juni 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

09:13 Uhr – 19:48 Uhr

Wien, 2012 06 21

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

39. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 21. Juni 2012

Gesamtdauer der 39. Sitzung
9.13 Uhr – 19.48 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(39. Sitzung; Donnerstag, 21. Juni 2012)

<i>Ing. Josef NEUREITER</i>	<i>4</i>
<i>Mag. Anton LERCHNER</i>	<i>52</i>
<i>Matthias MAIERHOFER</i>	<i>78</i>
<i>Ing. Herbert E. MARTIN</i>	<i>85</i>
<i>Mag. Verena KARIMI</i>	<i>109</i>

Beginn der Sitzung: 9.13 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet – um 9.13 Uhr – die 39. Sitzung des Untersuchungsausschusses **medienöffentlich**. Da die als Erste geladene Auskunftsperson nicht anwesend ist, wird die Sitzung sogleich wieder **unterbrochen**.

9.13

*(Die Sitzung wird um 9.13 Uhr **unterbrochen** und um 11.04 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 11.04 Uhr – die unterbrochene, **medienöffentliche** Sitzung des Untersuchungsausschusses **wieder auf** und führt Folgendes aus:

Die Auskunftsperson Hans-Joachim Wirth wird noch einmal verständigt. Darüber hinaus werde ich an den Arbeitgeber Motorola mit dem Ersuchen herantreten, dahin gehend zu wirken, dass uns diese Auskunftsperson zur Verfügung steht. Derzeit ist Hans-Joachim Wirth suspendiert, das heißt, er steht nach wie vor in einem Angestelltenverhältnis zu Motorola. Wir hoffen, dass wir auf diese Art und Weise doch etwas bewegen können. Falls er nicht persönlich erscheinen wird, besteht darüber hinaus nach § 3 Abs. 7 der Verfahrensordnung die Möglichkeit, dass wir ihn zu einer schriftlichen Stellungnahme veranlassen, falls alles andere unzumutbar ist. Wir werden dann stufen- und schrittweise vorgehen. Damit sind die Hintergründe und die weitere Vorgangsweise der Ladung der ersten Auskunftsperson noch einmal dargelegt.

11.05

Auskunftsperson Ing. Josef Neureiter

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen jetzt zur **Anhörung** von Herrn **Ing. Josef Neureiter** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Ing. Neureiter, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Ing. Josef Neureiter. – Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Ing. Neureiter, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Möchten Sie vor Eingang in die Befragung selbst noch durch ein Statement Ihre Sicht der Dinge darlegen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*)

Ing. Josef Neureiter: Guten Morgen! Mein Name ist Josef Neureiter. Ich bin aus Salzburg, beruflich war ich die letzten 14 Jahre immer wieder in Wien. Die letzten zwölf Jahre habe ich mich intensiv mit dem Thema TETRA und der sicheren Kommunikationsmöglichkeit in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auseinandergesetzt und war in diesem Zusammenhang sehr viel unterwegs, nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland.

Mit dem möchte ich gerne kurz beginnen: Die letzten Jahre war ich speziell auch in Deutschland unterwegs, wo mir viele Kunden, über ganz Deutschland verstreut, aus dem Behördenbereich immer wieder gratuliert haben im Sinne von: Sie in Österreich haben es gut gemacht.

Der Behördenfunk wurde mit allen Unzulänglichkeiten, die es wahrscheinlich nach wie vor gibt – und es wurde ausführlich in den Medien darüber berichtet –, insgesamt ein sehr gutes Projekt, ein sehr kostengünstiges Projekt. Und dieses Projekt trifft – das sind Aussagen von deutschen Kunden – den Bedarf der Organisationen, die ihre Kommunikation sicher gestalten können.

Neben dem sehr kostengünstigen Faktor gibt es das Thema Sicherheit der Kommunikation. Da verweise ich auf viele Aussagen, die ich von Kunden in Österreich gehört habe, die immer wieder gesagt haben: Na ja, es ist wohl so, mit unserem alten Funk ist die Presse eher über einen Unfall informiert als wir. Daher ist es gut – das war ein Argument –, den Behördenfunk TETRA-basierend einzuführen.

Last but not least ein letzter Punkt: Es hat mich persönlich immer wieder beeindruckt, beispielsweise in Tirol, aber nicht nur in Tirol, zu hören und zu sehen und gesagt zu bekommen, dass – ich weiß nicht – 22 oder 25 verschiedene Gruppen, Organisationen, Behörden, die mit Sicherheitsaufgaben betraut sind, im Ernstfall miteinander kommunizieren können, und das funktioniert auch. Wir haben es hier mit einem funktionierenden, mit einem kostengünstigen und mit einem sicheren Projekt zu tun. Dazu wird uns Österreichern, die im Ausland immer wieder tätig waren, gratuliert. Das wollte ich eingangs als meine Stellungnahme abgeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Neureiter, wer hat Sie mit der Firma Valurex bekanntgemacht?

Ing. Josef Neureiter: Wenn ich mich recht erinnere, dann wurde ein Kontakt durch Herrn Hans-Joachim Wirth hergestellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schon richtig. Aber Sie wissen – ich kann ja dann mit Ihnen Dokumente durchgehen –, von wem Motorola die Information bekommen hat, Valurex könnte nützlich sein. Wer war das?

Ing. Josef Neureiter: Das tut mir leid, daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals mit Personen zu tun gehabt, die Ihnen gesagt haben, Valurex wäre für dieses Geschäft empfehlenswert?

Ing. Josef Neureiter: Wie gesagt, möglicherweise ja. Ich kann mich aber nicht an diese Personen erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden da kein Problem haben, Erinnerungsstützen zu geben, weil Sie so viele E-Mails geschrieben haben, dass da sicherlich einiges wieder erinnerlich wird.

E-Mail von Neureiter Josef an Thomas Schmicke vom 22. Juni 2004 um 19.27 Uhr.

Können Sie uns sagen, wer Thomas Schmicke ist?

Ing. Josef Neureiter: Thomas Schmicke war in der Motorola, wobei ich heute nicht mehr weiß, welche Motorola es war, in der Motorola Deutschland in der Finanzabteilung tätig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was war Ihre Funktion bei Motorola zur damaligen Zeit?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe mich in den letzten Jahren immer mit Vertriebsaufgaben beschäftigt. Welche Funktion ich damals hatte, weiß ich nicht, aber ich nehme an Account Manager oder dergleichen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt zitiere ich Ihnen aus diesem Mail, das Sie am 22. Juni 2004 an Thomas Schmicke, ebenfalls von Motorola, geschickt haben:

Thomas, wie besprochen, anbei einige Zeilen zu Valurex. – Und dann auf Englisch:

Valurex has been introduced to us by partner companies in Austria, namely Telekom Austria and Alcatel. – Also: Valurex ist uns vorgestellt worden von Partnerfirmen in Österreich, namentlich Telekom Austria und Alcatel.

Stimmt das?

Ing. Josef Neureiter: Eine Minute, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bitte. *(Die Auskunftsperson liest in Unterlagen.)* Es geht nur um dieses Mail. Wir kommen zu den anderen Sachen in diesem E-Mail-Verkehr noch später. Wenn Sie mir das bitte beantworten, nur diesen Satz: Valurex ist

uns vorgestellt und bei uns eingeführt worden von Partnerfirmen in Österreich, namentlich Telekom Austria und Alcatel.

Stimmt das?

Ing. Josef Neureiter: Da ich es am 22. Juni 2004 so geschrieben habe, kann ich es heute nur bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da ist ja eines interessant: Da kommt Herr Wirth nirgends vor, sondern Sie sind derjenige, der den Konzern in Deutschland informiert. Wäre das eine Information von Herrn Wirth in Deutschland gewesen, dann hätte er den Herrn Schmicke in Deutschland gleich im selben Haus informieren können. So kommt die Information von Ihnen aus Wien an Schmicke nach Deutschland.

Woher hatten Sie die Information von Telekom Austria und Alcatel, dass die bei Ihnen Valurex, also Mensdorff-Pouilly, eingeführt haben?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe an diesem Österreich-Projekt nicht alleine gearbeitet, sondern da waren natürlich mehr Personen. Mein Vorgesetzter damals war Hans-Joachim Wirth. Und es ist jetzt so eine Vermutung, zu sagen, die Information kam von mir. Wie gesagt, ich kann mich nicht daran erinnern, wer mir konkret die Information gab. Ich nehme an Hans-Joachim Wirth. Aber das ist eine Vermutung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus den Akten geht hervor, dass die Kontakte von Hans-Joachim Wirth mit den Valurex-Managern erst später datieren. Sie sind der Erste, der aktenmäßig auftaucht.

Mit welchen Personen von Valurex haben Sie persönlich zusammengearbeitet?

Ing. Josef Neureiter: Es waren zwei Personen: Etienne Kiss-Borlase und Mark Cliff.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was war die Funktion von Mark Cliff?

Ing. Josef Neureiter: Mark Cliff war – wie soll ich sagen? – die Bezugsperson für die Aktivitäten von Valurex in Bezug auf den Vertrag für Motorola und mit Motorola.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo war der Sitz von Mark Cliff?

Ing. Josef Neureiter: Der Sitz von Mark Cliff war in der Nähe von London, ich weiß nicht genau wo.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das reicht. London reicht vollkommen, denn das ist für die Ulmer-Geschichte von zentraler Bedeutung. Darauf kommen wir noch zurück, auf diese Londoner Achse Ulmer/Mark Cliff und auf Ihre Bedeutung in diesem Zusammenhang.

Wissen Sie, wie der Anwalt von Motorola, Herr Marcus Asner, Ihre Rolle im Blaulichtfunk schildert?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese es Ihnen vor. In seiner Einvernahme beim BAK am 6. März dieses Jahres – steht im Protokoll – hat Herr Marcus Asner als Anwalt von Motorola Folgendes ausgesagt:

Bezüglich der Motorola GmbH wurden die Mitarbeiter Hans-Joachim Wirth (ist derzeit suspendiert von Motorola) und Josef Neureiter (Motorola Sales Manager in Österreich) als potentielle Verdächtige klassifiziert. – Zitatende.

Ihr eigenes Unternehmen klassifiziert Sie als potentielle Verdächtige. Wissen Sie, wessen Sie innerhalb des eigenen Unternehmens verdächtig sind?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, dass es da ausschließlich um die Zahlungen an Valurex ist gleich Mensdorff-Pouilly geht?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann wissen Sie es jetzt, denn genau darüber ist Herr Asner ausführlich befragt worden.

Da geht es die ganze Zeit ...

Ing. Josef Neureiter: Darf ich hier etwas einfügen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bitte gern.

Ing. Josef Neureiter: Meines Wissens, aber das entzieht sich vielleicht auch meiner Kenntnis, ist Herr Asner kein Mitarbeiter von Motorola, und ob er für Motorola spricht oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich kenne auch keine Protokolle von Herrn Asner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Schauen Sie, ich habe hier den Amtsvermerk des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung, 6.11.2011, es ist der erste Text. Das wird dann ergänzt um die Einvernahme und so weiter. Anwesende Personen: legitimiert mit: Herr Marcus Asner, Partner der Rechtsanwaltskanzlei Arnold & Porter, Vertreter von Motorola und so weiter.

Das heißt, Herr Asner hatte ein offizielles Mandat von Motorola USA, das Gesamtunternehmen zu vertreten und auch im Namen des Gesamtunternehmens Stellungnahmen abzugeben. Das heißt, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Vom Motorola-Konzern werden Sie gemeinsam mit einer zweiten Person als Verdächtige qualifiziert und klassifiziert.

Kommen wir zurück! Alcatel und Telekom Austria geben die Empfehlung ab, Valurex beim Blaulichtgeschäft einzuschalten.

Jetzt meine Frage an Sie: Warum Valurex? Welche Expertise in Sachen Behördenfunk zeichnet Valurex aus?

Ing. Josef Neureiter: Ich würde es einmal so beantworten: Die detaillierten Gründe, warum Valurex für diese Aufgabe geeignet ist oder damals geeignet war, sind in den zugehörigen Unterlagen detailliertest aufgeführt – in internen Motorola-Unterlagen, in den G9, beziehungsweise weiß ich momentan nicht, wie das Dokument heißt, das zur Darstellung notwendig ist, warum bestimmte Aufgaben extern vergeben werden. Ich habe keinen Einblick mehr in diese Unterlagen, und ich werde jetzt sicherlich nicht auswendig aus einem G9 und aus dem – es heißt nicht Reference Sheet, es heißt anders, ich weiß es aber momentan nicht – etwas zitieren. Ich weiß es nicht auswendig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas viel Einfacheres gefragt, ich wiederhole es gerne: Welche Expertise in Sachen Behördenfunk hatte Valurex zum damaligen Zeitpunkt?

Ing. Josef Neureiter: Wie gesagt, das steht in G9 und das steht in diesem zweiten Term Sheet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da steht überhaupt nichts über irgendeine sachliche Kompetenz in Bezug auf Behördenfunk.

Was wusste Valurex über Behördenfunk, was das kleine Unternehmen Motorola nicht gewusst hat?

Ing. Josef Neureiter: Ich verweise noch einmal auf diese G9 und auf das zweite Formular, wo explizit und detailliert dargestellt wird, warum Valurex vorgeschlagen wurde. (*Abg. Dr. Pilz: Herr Neureiter, wir kommen zu dem Formular!*) Was immer ich jetzt für eine Aussage machen würde, es würde wahrscheinlich im Einzelnen im Widerspruch zu dem stehen, was aktenmäßig dokumentiert ist, und diesen Widerspruch möchte ich nicht gerne machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen gleich zu diesem Formular.

Können Sie diesem Ausschuss irgendeine Qualifikation im Bereich Behördenfunk von Valurex nennen, über die Motorola nicht verfügt hat? (*Ing. Neureiter: Ja!*) – Bitte.

Ing. Josef Neureiter: Motorola war in Österreich ich möchte schon fast sagen ein No-Name, eine kleine Gruppe mit ein paar Technikern und einem oder zwei Vertriebsleuten. Wir hatten keinen Zugang zu einer wichtigen Kontaktperson, um Anliegen, die wir hatten, die unsere Vorstellungen betroffen haben, um beispielsweise auch Konzepte, die wir vorschlagen wollten, wie Behördenfunk gemacht werden kann, vortragen zu können. Wir hatten schlicht und ergreifend keinen Zugang. Valurex hatte diesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Genau darum geht es. Jetzt nähern wir uns dem Kern der Sache.

In einem E-Mail-Verkehr haben Sie am 22. Juni 2004 wieder an Thomas Schmicke genau das geschrieben, und das setzt sich dann mit E-Mails am 25. Juni 2004 und so weiter fort. Genau dieses Papier, das Sie angesprochen haben – zum Ausfüllen eines G9-Formulars, also zum Ausfüllen eines Formulars, damit ein Third Party Sales Representative, also ein Vermittler wie Mensdorff-Pouilly, von Motorola beschäftigt werden kann –, wird dann ausgefüllt.

Ing. Josef Neureiter: Darf ich das gleich einmal grundsätzlich korrigieren? – Third Party Sales Representative heißt nicht ein Vermittler. Es heißt nicht, wie Sie da in den Raum gestellt haben, der Vermittler Mensdorff-Pouilly. Third Party Sales Representative heißt für Motorola schlicht und ergreifend: Jeder Händler, jeder Partner ist ein Third Party Sales Representative, er vertritt Motorola nach außen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Er vertritt Motorola nach außen und in dem Fall gegenüber dem Innenministerium.

Beginnen wir einmal mit dieser Information, die am 25. Juni 2004 von Ihnen an Motorola gegangen ist. Da beginnt es, ich nehme die deutsche Übersetzung, – Zitat:

Warum wir Valurex verwenden – Sie erklären das jetzt der Firmenzentrale in den USA. –

Valurex hat sehr gut etablierte Top-Level-Kontakte in die österreichische Industrie und zu Entscheidungsträgern – dazu führen Sie dann an –, unter anderem das Büro des Finanzministers, das Büro des Innenministers. – Zitatende.

Woher wussten Sie, dass Valurex Top-Level-Kontakte in das Büro des Innenministers und in das Büro des Finanzministers hatte?

Ing. Josef Neureiter: Im Einzelnen kann ich mich sicherlich nicht mehr an alle diese Detailgespräche erinnern, aber zweifelsohne hat Valurex natürlich auch von seiner

Seite in Gesprächen mit mir – aber nicht nur mit mir, wie gesagt, wir waren als Team ... (Abg. Dr. **Pilz**: Wer von Valurex?) – Mark Cliff in erster Linie, aber auch Etienne haben dargestellt, was sie können und wie sie agieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Bleiben wir einmal beim Punkt. Die sagen jetzt: Wir haben exzellente, wir haben Top-Level-Kontakte ins Büro des Innenministers.

Als verantwortlicher Vertreter Ihres Unternehmens müssen Sie ja, bevor Sie das einfach ungefragt in die USA weitermelden, einmal fragen: Stimmt das? Wie schaut denn das überhaupt aus?

Um welchen Top-Level-Kontakt ins Büro des Innenministers hat es sich gehandelt?

Ing. Josef Neureiter: Wissen Sie, ich kann Ihnen da ... Es tut mir leid, wenn ich sage, daran kann ich mich im Detail nicht erinnern. Aber so viel kann ich mich schon erinnern. Es waren mehrere Gespräche, und ob da Namen fielen oder nicht, daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist der Name Ulmer gefallen?

Ing. Josef Neureiter: Den Namen Ulmer habe ich zur Zeit der Projektabwicklung kennengelernt, nicht vorher. Die Projektabwicklung hat für mich mit dem Rahmenvertrag für das Endgerätegeschäft begonnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Den der Herr Wirth unterschrieben hat. (Obfrau Dr. Moser: Die Zeit ist an sich abgelaufen!) – Dann frage ich in der nächsten Runde weiter, ist kein Problem.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Ing. Neureiter! Ich zitiere aus dem Aktenvermerk des BAK vom 6. November 2011, da heißt es:

2004 und 2005 wussten nur Wirth, Neureiter und Carlos Sartorius Bescheid, dass Alfons Mensdorff-Pouilly hinter Valurex steht. – Zitatende.

Können Sie diese Aussage bestätigen?

Ing. Josef Neureiter: Ich kenne den Aktenvermerk nicht, deswegen kann ich dazu keine Stellung nehmen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir suchen ihn heraus, und ich komme dann noch einmal darauf zurück. (Ing. Neureiter: Ja!)

Ebenfalls heißt es in diesem Aktenvermerk:

Wenn ein Unternehmen als Subunternehmen angegeben wird, muss das Unternehmen ein eigenes G9-Dokument ausfüllen. Alfons Mensdorff-Pouilly scheint nicht im G9-Dokument von Valurex auf. Alfons Mensdorff-Pouilly war laut Neureiter der lange Arm von Valurex. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich, dass Mensdorff-Pouilly nicht aufscheint?

Ing. Josef Neureiter: Im Detail weiß ich es auch nicht mehr. So wie ich mich erinnern kann, gab es den Wunsch, lediglich mit Valurex einen TPSR-Vertrag abzuschließen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es im Vertrag zwischen Motorola und der Valurex eine Klausel, welche es erlaubte, dass Experten beigezogen werden?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe alle meine Unterlagen Ende des letzten Jahres an Motorola übergeben. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie sich nicht daran erinnern, dass Sie vielleicht diese Klausel in den Vertrag hineinreklamiert haben?

Ing. Josef Neureiter: Ich will es nicht ausschließen, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie eine Idee, was der Hintergrund für eine solche Klausel hätte sein können? Möglicherweise war ja Alfons Mensdorff-Pouilly im Sinne dieser Klausel als Experte tätig und ist deshalb nicht vordergründig aufgetreten.

Ing. Josef Neureiter: Das ist eine Vermutung, die kann ich weder bestätigen noch verneinen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber war es so? Ist er als Experte aufgetreten, ohne vordergründig vorzukommen?

Ing. Josef Neureiter: Könnte sein, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Kollege Pilz hat die Frage gestellt, was denn die Leistung von Valurex war, die Motorola nicht erfüllen konnte. Sie haben dann gemeint, Motorola war ein nicht so etabliertes Unternehmen, und Valurex hat eben dafür gesorgt, dass es entsprechende Kontakte gibt. Hat diese Kontakte Alfons Mensdorff-Pouilly hergestellt?

Ing. Josef Neureiter: Darf ich zuerst einmal korrigieren? – Motorola war auch 2004 ein renommiertes Unternehmen. Nur waren wir in Österreich ein sehr kleines, fast No-Name-Unternehmen. (*Abg. Amon: Bitte, das nehme ich gerne so zur Kenntnis!*)

Darf ich Ihre Frage noch einmal hören?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War die Leistung von Valurex die, dass Alfons Mensdorff-Pouilly eben die Zugänge bereitet hat, die Motorola zu diesem Zeitpunkt, aus welchen Gründen auch immer, nicht hatte?

Ing. Josef Neureiter: Ihnen liegt ja wahrscheinlich der Vertrag mit Valurex vor, wo die Leistungen beschrieben sind. Das Schaffen von Zugängen ist – wenn ich mich recht erinnere, und ich kenne die Details nicht mehr – Teil dieses Vertrages. Geschäftskontakte herzustellen und zu positionieren ist Teil dieses Vertrages, wobei ich mich an die Details nicht erinnern kann.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Auch nicht daran, welche Personen diese Teile des Vertrages erfüllt haben?

Ing. Josef Neureiter: Für mich ist es in erster Linie die Valurex gewesen, und das ist es. Die Valurex war nicht mein ... Die Valurex war Vertragspartner von Motorola Deutschland GmbH.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aus den Akten geht hervor, dass rund 1,79 Millionen € von Motorola an Valurex bezahlt wurden. Können Sie die Leistung umreißen, die hier erbracht worden ist?

Ing. Josef Neureiter: Ich verweise auch hier – ich würde sicher den Dokumenten widersprechen – auf den oder die Verträge zwischen Valurex und der Motorola Deutschland GmbH, wo im Einzelnen die Leistungen, die zu erbringen waren, aufgelistet sind, und die entsprechend erbracht wurden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War das eine gute Geschäftsbeziehung? Oder anders gefragt: War es Ihrer Wahrnehmung nach eine gute Geschäftsbeziehung?

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Mit Ende 2008 wurde ja diese Geschäftsbeziehung beendet. Das haben Sie in einer E-Mail am 11. März 2009 Thomas Heyde bekannt gegeben.

Können Sie sagen, aus welchem Grund die Kündigung des Vertrages mit der Valurex erfolgt ist?

Ing. Josef Neureiter: Können Sie die Frage noch einmal wiederholen, bitte?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir haben einen E-Mail-Verkehr vorliegen. In diesem wurden die Geschäftsbeziehungen zwischen Motorola und Valurex beendet. Sie haben am 11. März 2009 eine E-Mail an Thomas Heyde geschickt, in der Sie die Kündigung auch bekannt geben.

Ing. Josef Neureiter: War das davor oder danach? (*Abg. Amon: Wovor?*) – Sie haben gesagt, 2008 wurde der Vertrag gekündigt, und 2009 hätte ich diese E-Mail geschrieben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, genau. Aus dem geht aber nicht der Grund hervor.

Ich frage Sie: Was war der Grund für die Beendigung oder die Kündigung des Vertrages?

Ing. Josef Neureiter: Im Laufe der Abwicklung der Verträge wurde mir auch klar, dass Herr Mensdorff ein österreichischer Arm – wie auch immer – von Valurex war. Zu diesem Zeitpunkt gab es schlicht und ergreifend viele Verdächtigungen gegenüber Herrn Mensdorff in den Medien. Ich wollte mich nicht in irgendeiner Form einer Situation aussetzen, wo ich innerhalb von Motorola nicht den Finger gehoben hätte und gesagt hätte: Ich weiß nicht genau, wie die Beziehungen zwischen Mensdorff und Valurex sind, aufgrund dessen schlage ich vor, die Verträge zu kündigen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben den Vorschlag gemacht, die Verträge zu kündigen?

Ing. Josef Neureiter: Ich war einer derjenigen. Ich habe mich natürlich intern beraten, und da waren mehrere Leute, die mich bestätigt haben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Vorhin haben Sie davon gesprochen, dass die Geschäftsbeziehung eigentlich gut war. Wenn eine Geschäftsbeziehung gut ist, lässt man sich wahrscheinlich nicht durch ein paar Medienberichte davon abbringen.

Gab es vielleicht auch andere Probleme? Hat Valurex etwa regelmäßig Quartalsberichte geliefert, oder waren solche Bericht vielleicht im Jahr 2008 überfällig? War das mit ein Grund für die Kündigung?

Ing. Josef Neureiter: Ich sehe die Arbeit mit Behörden als besonders – wie sagt man? – sensibel, und da ist jede öffentliche Wahrnehmung, die in irgendeiner Form eine Projektaktivität in ein negatives Licht stellt, ein Problem. Auch eine an sich gut funktionierende Geschäftsbeziehung kann deswegen sinnvollerweise gelöst werden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir haben den Hinweis, dass im Jahr 2008 der erste und der zweite Quartalsbericht über Monate hinweg überfällig waren.

Ing. Josef Neureiter: Ich kenne das Thema. Vielleicht zum Verständnis: Motorola hat im Lauf der Jahre – und wird es wahrscheinlich noch immer machen, aber das entzieht sich momentan meiner Kenntnis – die Regeln, das Prozedere, das Reporting gegenüber TPSR verändert.

Beispielsweise wurde zu einem Zeitpunkt X, den ich heute nicht mehr kenne, die Regel eingeführt, dass Reports schriftlich, also nicht nur mündlich, zu erfolgen haben und

diese auch geprüft werden. Das war eine Neueinführung, und da kam es zu Verzögerungen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es ist ja an sich in Ordnung und positiv, wenn solche Reports verlangt werden. Ich denke, dass dieser Leistungsnachweis auch notwendig ist.

Wurden Ihnen von Seiten der Valurex eigentlich Gründe angeführt, warum es zu dieser Verzögerung kam?

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben überhaupt keine Erinnerung daran, was der Grund war? Ich meine, es war ja offenbar substanziell und ausschlaggebend auch für die Kündigung des Vertrages mit Valurex. Sie haben keinerlei Ahnung mehr, was als Grund dafür angegeben wurde, warum es über zwei Quartale hinweg, über mehrere Monate hinweg, zu keinerlei Berichtslegung mehr kam?

Ing. Josef Neureiter: Herr Amon! Ich habe bereits vorher ausgeführt, warum ich den Vorschlag zur Lösung der Verträge gemacht habe. Ich glaube nicht und ich habe keine Erinnerung daran, dass diese Reports in irgendeiner Form als Auslöser verwendet wurden. Ich würde mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie dem Ausschuss sagen, welche Person Sie damit meinen, wenn Sie ankündigen, dass Sie sich mit Valurex treffen?

Ing. Josef Neureiter: In erster Linie Mark Cliff.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie Ihr Verhältnis zu Hans-Joachim Wirth schildern?

Ing. Josef Neureiter: Hans-Joachim Wirth war mein Vorgesetzter – ich kann mich an die Jahre nicht genau erinnern, aber irgendwie 2003, 2004, 2005, danach nicht mehr und dann wieder ab 2011. Genau kann ich mich an die Jahre nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Woher kennen Sie Hans-Joachim Wirth?

Ing. Josef Neureiter: Schlicht und ergreifend aus der Arbeit in dem Österreich-Projekt, wo ich einen neuen Vorgesetzten bekam, nachdem Rolf Pein, der Vorgesetzte, den ich vorher hatte, nach Deutschland ging.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie kennen wahrscheinlich Alfons Mensdorff-Pouilly. – Darf ich fragen, woher Sie ihn kennen?

Ing. Josef Neureiter: Ich kenne ihn; vorgestellt durch Herrn Bernecker, wenn ich mich richtig entsinne.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es Kontakte oder Geschäftsbeziehungen zwischen Motorola und der Forstverwaltung Mensdorff-Pouilly in Luising?

Ing. Josef Neureiter: Ich kann es nicht hundertprozentig ausschließen, aber in meinem Zusammenhang: nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es geht nämlich aus den Akten hervor, dass es von Motorola eine Reihe von Angeboten an die Forstverwaltung Luising für alle möglichen technischen Geräte, Radios, Handfunkgeräte, Autoladegeräte et cetera, gab.

Ing. Josef Neureiter: Es gab eine solche Anfrage. Motorolas Auftreten am Markt in solchen Fällen ist eindeutig geregelt. Selbst dann, wenn das ein Wunsch wäre, so ein

Geschäft zwischen Motorola und der Forstverwaltung abzuwickeln, würde Motorola das nicht machen, sondern Motorola würde so ein Geschäft einem Partner übergeben.

Das, was ich gemacht habe – ich kann mich an das Thema erinnern –, ist, zu versuchen, aus der Ferne – ich war nie in Luising, und ich war auch nicht im Forst von Luising – eine Prognose zu machen, welche Funkgeräte geeignet wären. Ich habe einen Motorola-Partner in Österreich gebeten, hier aktiv zu werden. Ob er aktiv wurde oder nicht, weiß ich nicht.

Aber in dem Zusammenhang hat Motorola mit Sicherheit kein direktes Geschäft mit der Forstverwaltung in Luising gemacht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie sagen, es kam kein direktes Geschäft zustande. – Kam ein *indirektes* Geschäft zustande?

Ing. Josef Neureiter: Würden Sie mir sagen, was ein indirektes Geschäft ist?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben von einem direkten Geschäft gesprochen, das nicht zustande kam. Daher meine Frage, ob ein indirektes Geschäft zustande kam.

Ing. Josef Neureiter: Ich nehme an, aber ich weiß es nicht. Indirektes Geschäft bei Motorola heißt: Ein Partner legt das Angebot und liefert und stellt die Rechnung. Aber ob das Geschäft indirekt zustande kam, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es Geschäftsbeziehungen zwischen Motorola und der MPA Budapest?

Ing. Josef Neureiter: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Zwischen Motorola und der MPA Wien?

Ing. Josef Neureiter: Für Motorola Österreich müsste ich das wissen, das gab es nicht. Für Motorola Deutschland kann ich nicht sprechen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Hinweise, ob es Geschäfte zwischen Motorola und der MPA Prag gab?

Ing. Josef Neureiter: Keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Welche verschiedenen Vertragsbeziehungen gab es zwischen Motorola und der MPA im Zusammenhang mit der Abwicklung des Behördenfunks?

Ing. Josef Neureiter: Die Frage kann ich nicht beantworten, das weiß ich nicht. Zwischen Motorola Österreich und der MPA Österreich oder MPA Wien gab es keine Geschäftsbeziehungen im Zusammenhang mit dem Behördenfunk.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist es zutreffend, dass die MPA für Motorola zu Beginn in Ungarn ohne Vertrag gearbeitet hat?

Ing. Josef Neureiter: Ich war nie für Ungarn zuständig, deswegen kann ich das nicht beantworten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben keine Wahrnehmungen dazu?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Fragezeit für die erste Runde ist an sich abgelaufen. – Wollen Sie fortsetzen?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich würde gerne einen kleinen Vorgriff auf die nächste Runde machen. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte, gerne!*)

Sagt Ihnen der Codename „Manfred“ etwas?

Ing. Josef Neureiter: Ja. Aus den Medien habe ich entnommen, dass das der Codename für Herrn Mensdorff war. Aber das ist eine Wahrnehmung aus den Medien, sonst kann ich den Namen nirgendwo zuordnen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben keine Ahnung, wer diesen Codenamen verwendet haben könnte?

Ing. Josef Neureiter: Aus den Medien habe ich entnommen, Hans-Joachim Wirth. Ob das eine Vermutung ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ihnen ist es nie aufgefallen?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Er hat auch nie von einem „Manfred“ gesprochen, ohne dass Sie gewusst hätten, wer das ist?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie eine Erklärung, warum er den Namen verwendet haben könnte?

Ing. Josef Neureiter: Hans-Joachim verwendete einen Codenamen, aber das war, wie gesagt, nicht „Manfred“, sondern „Der Jäger“, und das war es.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): „Der Jäger“. Es gibt einen Outlook-Folder, in dem Hans-Joachim Wirth solche Codenamen eintrug, „Der Jäger“ findet sich nicht darauf. – Ist Ihnen vielleicht ein weiterer Outlook-Folder mit anderen Codenamen bekannt?

Ing. Josef Neureiter: Ich wusste auch von einem Outlook-Folder von Hans-Joachim Wirths Codenamen-Listungen nichts.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich sehe jetzt – eine kurze Zusammenfassung –, Motorola Österreich als Tochterfirma, als Zweigniederlassung ist ein sehr kleines Unternehmen und möchte aufgrund einer geschäftlichen Anbahnung einen Kontakt haben, einen Türöffner zum Innenministerium, und da wird von österreichischen befreundeten Firmen, Alcatel und Telekom, die Firma Valurex empfohlen, eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Panama. Es werden Verträge abgeschlossen mit einer Tochterfirma oder einer Zweigniederlassung in Genf mit einem Mark Cliff als Geschäftsführer, der in London wohnt. Also Panama, Schweiz, London, das sind jetzt quasi die Türöffner zum österreichischen Innenministerium.

Herr Kollege Pilz hat schon gemeint, bei London kommt bei ihm halt der Verdacht auf, dass das damit zu tun hat, dass ein ehemaliger, damals karenzierter beziehungsweise ausgeschiedener Mitarbeiter des Kabinetts, Kabinettschef Ulmer, tatsächlich einmal in London war; eine territoriale Ähnlichkeit.

Aber jetzt kommt tatsächlich diese Firma Valurex und macht Verträge mit Ihnen. Laut Amtsvermerk aus dem BIA sind 1,9 Millionen € an Valurex bezahlt worden. Insgesamt hat es zwei Verträge gegeben; einen mit Infrastruktur, wo man gedeckelt hat – das war eine Provisionsvereinbarung mit Prozentregelung – im Jahr 2004 mit 3 Millionen €, die dieser Firma maximal zustünden, und dann, wenn es um den Ankauf von Funkgeräten geht, 2005, gedeckelt mit 2,6 Millionen €; also grundsätzlich eine prozentuelle Regelung, aber immer gedeckelt mit diesen Beträgen. Das heißt, maximal 5,6 Millionen € würde diese Firma Valurex bekommen, im äußersten Fall, wenn sie entspricht.

Welche Leistungen hat Valurex ganz konkret erbracht?

Ing. Josef Neureiter: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal auf die Verträge verweisen. Dort steht detailliert, welche Leistungen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, wenn Sie es schon einmal gesagt haben – eine Wiederholung brauche ich an sich nicht –, dann ist es schon klar. Offensichtlich haben Sie Ihrer Ansicht nach vertragskonform geliefert.

Was hat denn Herr Alfons Mensdorff-Pouilly mit der Firma Valurex zu tun?

Ing. Josef Neureiter: Ich kenne die Geschäftsbeziehung, die Verhältnisse zwischen Valurex und Mensdorff-Pouilly nicht, deswegen kann ich das auch nicht kommentieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat er irgendetwas mit Valurex zu tun? Ohne Detail.

Ing. Josef Neureiter: Ich darf mich wiederholen: Ich kenne die Geschäftsbeziehungen nicht. Ich kann es nicht kommentieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie erklären Sie sich dann zum Beispiel ein E-Mail, das Sie am 10.3.2007 schreiben: Neureiter Josef an Roland Dürr, betrifft: Valurex, Mensdorff? Ich zitiere:

„Von Mensdorff habe ich folgende Info zu Valurex: Im März 2007 wurde seitens der Schweizer Finanzbehörde und der Polizei Untersuchungen der Kontobewegungen durchgeführt. Im Juni 2007 wurden diese Untersuchungen abgebrochen mit dem Ergebnis, daß es keine Verdächtigungen gegen Valurex gibt. Grüße, Josef.“

Was denken Sie sich dabei, wenn der Herr Mensdorff diese Informationen weiterleitet? Wo hat er das erfahren? Was hat der Herr Mensdorff damit zu tun, dass er sich auf einmal da einmischt und sagt, ich weiß etwas über die Firma Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr, aber ich habe vorher schon ausgeführt, dass Mensdorff im Einzelnen – wie kann man das bezeichnen? – Aktivitäten für Valurex in Österreich auch wahrgenommen hat. In welcher Form und wie, weiß ich nicht. Ich würde auch einmal sagen, es ist ja nicht unanständig, wenn ich eine Information einer Firma, mit der wir als Motorola einen Vertrag haben, eine Information, die ich von woher auch immer habe, verwende, um zu sagen, ich zeige auf, ich weiß etwas.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da scheint auch noch ein Aktenteil bei Motorola auf: „Highly confidential/Streng vertraulich“, ein Aktenvermerk: Reference: Mr. Alfons Mensdorff. Da sind verschiedene Punkte angeführt. Das ist vom 25. Juni 2009, also relativ spät. Ich hoffe, das heißt 9, nicht 4. Dieses Datum ist nämlich handschriftlich, einmal liest es sich eher 9 und einmal 4. – Gut, es heißt 2004.

Er sagt im Punkt 6.: „Mr. Mensdorff generally stated that Valurex is very cautious about disclosing any details on its customers or suppliers.“

Also der Herr Mensdorff gibt generell bekannt, dass Valurex sehr vorsichtig ist mit dem Aufdecken, Aufzeigen von jeglichen Details im Hinblick auf seine Vertragspartner und Zulieferer. Also der Herr Mensdorff gibt da ein Statement ab und sagt, wie Valurex die Geschäftsbeziehungen macht, und das sagt er zu Motorola.

Wie kommt er dazu?

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr, aber ich würde generell sagen, die Information zu einem bestimmten Unternehmen wird oder wurde auch im Due-Diligence-Prozess in der Motorola detailliert geprüft, und offensichtlich, weil sonst wäre es nicht zu diesen Verträgen gekommen, haben mehrere Leute geprüft und haben das

Unternehmen Valurex als für geeignet befunden, und entsprechend wurde ein Vertrag unterschrieben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist ja alles wunderbar mit Valurex, mich interessiert nur, wie der Herr Mensdorff-Pouilly zu Valurex kommt. Der hat selber genug Firmen, die MPA und andere, sogar in Wien, in Ungarn, in Budapest. Manche sind zwar an derselben Adresse in Wien, aber macht alles nichts. Wie kommt er zu Valurex?

Ich kann jetzt auch nicht hergehen – ich spreche jetzt aus meinem Beruf – und einfach von einer anderen Anwaltskanzlei reden und sagen, was die tut, im Namen von Valurex das und das sagen. Ohne irgendeine Verflechtung wird das wahrscheinlich schwer möglich sein. Oder ist das alles nur Kaffeesudlesen, Tratscherei, Kristallkugellesen? Worauf basiert dann so etwas?

Ich darf noch ergänzen, damit ich Sie vielleicht noch ein bisschen mehr schärfe auf das, um was es mir geht. Mir liegt da vor ein E-Mail vom 9. Jänner 2007 von Ihnen:

Neureiter Josef an den Mark Cliff, Vertragspartner Valurex, wunderbar. Das ist auf Englisch: „Betreff: Invoice Motorola to Tetron. Dear Mark, the next invoices ...“ Also die nächsten Fakturierungen sind jetzt notwendig. Es wurde mir gesagt, dass jetzt 3 Prozent Lieferung von 1,6 Millionen und so weiter passiert sind. Das bedeutet jetzt soundso viel Provision. Und die nächste Lieferung mit 1,06 Millionen bedeutet soundso viel Provision. „Please send the original invoices (in paper) to Motorola Berlin ...“

Also ein Fakturierungsvorgang mit dem Vertragspartner Valurex. Wunderbar! Beauftragte Firma, Vertrag, da wird halt jetzt eine Provisionsrechnung gestellt.

Warum geht das dann in Kopie an den Herrn Josef Bernecker? Und der schickt das dann weiter an die Frau Susanne Luka aus dem Mensdorff-Firmengeflecht.

Diese Frau Luka schreibt dann zurück:

„Sehr geehrter Herr Wirth! Herr Neureiter hat uns diese Mail bezüglich Rechnungslegung geschickt. Graf Mensdorff würde gerne wissen, ob das so stimmen kann. Mit freundlichen Grüßen, Susanne Luka“

Was geht das auf einmal den Herrn Mensdorff an, was Sie mit der Valurex direkt an Abrechnungen machen?

Ing. Josef Neureiter: Ich wiederhole mich jetzt: Ich kenne die Geschäftsbeziehungen zwischen Mensdorff und Valurex nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, aber wer hat Ihnen gesagt, bitte schicken Sie alles, was Valurex betrifft, in Kopie an MPA, an Mensdorff?

Ing. Josef Neureiter: Es gab Gespräche mit Valurex, mit Mark Cliff und Etienne, wo ich auch gebeten wurde, über österreichische Zusammenhänge die MPA, nämlich in personam von Josef Bernecker, mit zu kopieren. Warum, weshalb, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut. Also hinsichtlich Informationen, was den Vertrag Valurex mit Ihnen betrifft, da geht es um Provisionszahlungen laut Vertrag von Valurex, haben die gebeten: Bitte schickt das in Kopie auch an MPA!

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, dass Sie das nicht hinterfragen, aber es nährt natürlich den Verdacht, wer mit Valurex auch wirtschaftlich in einer Verflechtung durchaus steht. Und das ist eben der Herr Mensdorff-Pouilly, auch manchmal als Graf – wie in diesem Mail – bezeichnet, mit einer großen Affinität zur Jägerschaft.

MPA selbst hat ja auch einige Verträge gehabt. 2004 hat Motorola einen mit MPA Ungarn gehabt, 2005 mit MPA Prag und 2006 mit MPA Österreich. Also auf diese drei Länder hat es drei Verträge im Jahresabstand gegeben.

In diesem E-Mail-Verkehr, den ich Ihnen jetzt vortrage, sind Sie nicht involviert, sondern es geht hier um ein E-Mail, das der Herr Thomas Schmicke an den Herrn Hans-Joachim Wirth am 30. Dezember 2004 schickt:

„HaJo, ich sehe immer wieder Rechnungen von Verena Karimi. Wir haben keinen Vertrag mit ihr und langsam bekomme ich Probleme, sie unauffällig zu buchen. Wie viele Rechnungen kommen noch?“

Was heißt das bei Ihnen in der Firma Motorola, wenn man Rechnungen „unauffällig bucht“? Was bedeutet das?

Ing. Josef Neureiter: Weiß ich nicht. Da müssen Sie die Finanz fragen. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kommt so etwas öfter vor? Haben Sie auch zum Beispiel beim E-Mail-Verkehr, weil das bei Ihnen in der Firma ist, den Terminus „wir buchen unauffällig“ verwendet? Gibt es da irgendwelche Buchhaltungskriterien, Richtlinien, die Sie auch zu befolgen hatten?

Ing. Josef Neureiter: Da ich kein Buchhalter bin und ich auch nicht in der Buchhaltung gearbeitet habe, bitte die Buchhaltung in der Motorola befragen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben auch nicht irgendwelche Auskünfte gegeben oder sonst etwas, etwas unauffällig zu buchen? Auch wenn Sie selbst nicht Buchhalter sind, können Sie ja als Vertriebsleiter sagen: Bitte, dies unauffällig buchen!

Der Begriff „unauffällig verbuchen“ wundert mich ein bisschen. Ich habe da aus dem allgemeinen Sprachgebrauch nämlich eine ziemlich böse Verdachtslage, aber vielleicht bedeutet bei der Firma Motorola „unauffällig buchen“ etwas ganz anderes.

Ing. Josef Neureiter: Also, wie gesagt, ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie keine Wahrnehmung dazu?

Ing. Josef Neureiter: Da habe ich keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt schreibt aber dann der Herr Wirth ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Möchten Sie auch einen Vorgriff machen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bitte, ja, weil ich dieses E-Mail fertig abarbeiten möchte.

Dann schreibt der Herr Wirth an den Herrn Schmicke zurück: „1 bis 2 – Lösung bin ich am suchen“. Darauf schreibt der Herr Schmicke am 1. Oktober 2005 zurück: „HaJo, wir müssen uns absichern und sowohl für diese Rechnungen“, also von Karimi, „als auch für die von MPA ein gutes backup schaffen. Wer kann helfen zu dokumentieren, für welche Leistungen wir beide bezahlt haben? Hattet ihr andere Angebote eingeholt, bevor ihr euch für die beiden entschieden habt?“

Wie kann ich diesen Text deuten, dass man sagt: Wie kann man ein gutes Backup schaffen, und wer kann helfen, zu dokumentieren, für welche Leistungen wir beide bezahlt haben? Wissen Sie etwas von Leistungen, die MPA Prag, Österreich, Ungarn oder die Frau Karimi für Motorola in Österreich entfaltet haben?

Ing. Josef Neureiter: Also Leistungen von MPA: nein, wurscht, in welchem Zusammenhang; Leistungen von der Verena Karimi: ja. Da gab es Leistungen, Vermittlerleistungen, Hilfestellung bei der Konzepterstellung für das Digitalfunkprojekt; wenn ich mich recht entsinne, war das auch einige Zeit vor der Ausschreibung des neuen Projekts, und diesbezüglich gab es auch Rechnungen für diese Leistungen, die da erbracht wurden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, die Rechnungen liegen tatsächlich vor, sie haben immer denselben Wortlaut. Und das Interessante dabei ist – wenn Sie jetzt sagen, diese Frau Karimi hat speziell mit dem Digitalfunk Österreich zu tun gehabt und da Vermittlungsleistungen erbracht –, dass diese Frau Karimi ausgerechnet die Ex-Frau des Herrn Ulmer, den wir schon einmal zitiert haben, aus dem Kabinett des Ministers gewesen ist, die auch mehrfach nach London fliegt – wozu auch immer. Wir werden sie am Nachmittag fragen, sie kommt ja – hoffentlich, zugesagt hat sie. Also Sie sagen, sie war beim Digitalfunk BOS tätig.

Eine abschließende Frage noch – ebenfalls noch im Vorgriff –: Wie das Projekt ADONIS, das war das Vorläuferprojekt ...

Ing. Josef Neureiter: Herr Rosenkranz – Entschuldigung –, Sie unterstellen mir hier, dass ich Dinge gewusst hätte wie dieser Flug oder Flüge nach ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Nein, überhaupt nicht! Das habe ich Ihnen nicht unterstellt, sondern ...!*) oder die Kenntnis von einer persönlichen Beziehung von der Frau Karimi zu ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, das ist keine Unterstellung, dass Sie das gewusst hätten sollen, sondern das ist eine Feststellung von mir. Sie sagen, die Frau Karimi hat Leistungen von Motorola, wechselseitige Leistungen, gegeben, sie hat einen Vertrag gehabt mit Ihnen. Und ich erkläre Ihnen jetzt (*Ing. Neureiter: Nein, nein, auch das habe ich nicht gesagt!*) und stelle fest, dass die Frau Karimi ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Neureiter! Sie müssen den Abgeordneten ausreden lassen. Sie können dann in der Antwort Ihre Sicht präsentieren.

Ing. Josef Neureiter: Okay.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte nur sagen: Was Sie gewusst haben von der Frau Karimi, das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Ich sage Ihnen nur: Motorola hatte einen Vertrag mit der Frau Karimi. Sie haben gesagt, sie hat Leistungen erbracht, was den Digitalfunk BOS in Österreich betrifft – verschiedenste Leistungen –, und ich sage Ihnen jetzt: Interessanterweise ist diese Frau Karimi die Ex-Frau des Herrn Ulmer, der im Kabinett des Innenministers gesessen ist und zu dieser Zeit in London war. Und aufgrund der Rechnungen, die die Frau Karimi auch an Motorola gestellt hat, ist ersichtlich, dass die Frau Karimi auch zu diesem Zweck – denn sonst hätte sie es ja nicht in Rechnung gestellt – in London war. Nichts anderes stelle ich nur fest. Wenn Sie es nicht gewusst haben – ich unterstelle Ihnen gar nicht, dass Sie es mir verheimlichen, sondern ich erkläre es Ihnen nur.

Jetzt noch etwas anderes, denn: Warum kommen wir überhaupt zum Verdacht, dass etwas gelaufen ist? Nur weil wir lustige E-Mails lesen? – Das wäre ja zu wenig. Abschließend eine Frage: Am 21. und am 24. März 2003 gab es negative Berichte aus dem Innenressort, vertraulich, die dem Vorläuferprojekt ADONIS in technischer und in wirtschaftlicher Hinsicht ein ganz schlechtes Zeugnis ausstellen. Es kam ja auch zur Vertragsauflösung – soll mit Ihnen nichts zu tun haben, dass es das Vorläuferprojekt gegeben hat und dieses auch gescheitert ist.

Aber: Am 26.3. wurde bekannt, dass die Firma Motorola bereits ein Schreiben an das Innenministerium geschickt und gesagt hat: Wir haben gehört, dass es Probleme mit

diesem Behördenfunk gibt, den ihr gerade in der Entwicklung habt. Wir würden gerne helfen und haben konkrete Angebote dazu.

Wissen Sie etwas dazu, dass die Firma Motorola am 26.3. – im März 2003 – bereits diese Angebote gemacht hat?

Ing. Josef Neureiter: Ja, ich kann mich an das Datum nicht mehr erinnern, aber klar ist, dass wir auf Motorola-Seite natürlich nach einem verlorenen ADONIS-Projekt – für Motorola verlorenen ADONIS-Projekt – mit – ich würde einmal sagen – Argusaugen beobachtet haben, was hier von master-talk implementiert wird. Und dass wir hier natürlich – ich sage jetzt einmal – im Puzzlesteinverfahren versucht haben, herauszufinden, was schief läuft, von – ich sage jetzt einmal – verschiedensten Auskunftspersonen Informationen erhalten haben zum ADONIS-Projekt, hat dazu geführt, dass wir einmal – und ich kann mich auch hier nicht an den Zeitpunkt erinnern – schlicht und ergreifend ... Wiederholt haben wir – aber nicht nur mit der Firma Siemens – Konzepte erläutert und diskutiert, wie wir technisch helfen können. Und zu irgendeinem Zeitpunkt haben wir gesagt: Okay, unsere Konzepte wollen wir nicht nur der Firma Siemens vortragen, sondern auch anderen Personen, logischerweise.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, an sich ist die Fragezeit der zweiten Runde auch erschöpft, aber ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Eine Zusatzfrage ...!*) – Selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! Sie haben gesagt: Verschiedene Personen im Puzzlesteinprinzip haben uns etwas gesagt. – Wenn ja, können Sie sich da noch an Namen erinnern? Eine letzte Frage: War da auch ein Herr Ing. Martin dabei?

Ing. Josef Neureiter: Ja, was Herrn Martin betrifft; nein, was die Namen betrifft, denn das waren, wie gesagt, sehr, sehr viele. Und die Informationen – der Markt ist nun einmal sehr klein – waren teilweise richtig, teilweise falsch. Das haben wir erst sehr viel später herausgefunden, was davon richtig war. Die Schlüsse, die wir gezogen haben, haben halt dazu geführt, dass wir Angebote gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Können Sie von den vielen einen einzigen Namen nennen? – Martin schließen Sie aus.

Ing. Josef Neureiter: *Nein*, Martin schließe ich nicht aus. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Aha!*) Beispielsweise einen, der in Niederösterreich nach wie vor tätig ist, weil er mir gerade einfällt: der Herr Christian Chwojka – hat mit dem Projekt so viel zu tun, dass er Nutzer ist und auch im Rahmen von ADONIS verschiedene Tests gemacht hat und halt in einem Gespräch das eine oder andere fallen gelassen hat. Ich würde nicht sagen, dass das jetzt eine besonders wichtige oder eine besonders unwichtige Information war, aber es ist halt einer der vielen, die ... Und diese Informationen wurden puzzlesteinartig zusammengetragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben vorher auf Befragen des Kollegen Amon angegeben, dass Sie dann vorgeschlagen hätten, den Vertrag mit Valurex zu kündigen, nachdem Medienberichte aufgetaucht sind. – Das ist falsch. Sie haben das genaue Gegenteil gemacht, und dazu haben wir auch die E-Mails.

Sie schreiben im Jahr 2008 – konkret am 15. April, als auch diese Sachen aufgetaucht sind – betreffend Valurex ein Mail – und das ist schon im Zusammenhang, nachdem diese Korruptionsvorwürfe aufgetaucht sind –:

Ona – also an eine gewisse Ona –, ich hatte letzte Woche ein Gespräch mit Valurex. In der Valurex überlegt man sich eine komplette Umstrukturierung der Businessbereiche. Mir wurde folgende Frage gestellt – und jetzt kommt es –: Ist es für Motorola denkbar,

dass Valurex ihren Vertrag mit Motorola an eine befreundete Firma weiterreicht? Was denkst du? Siehst du eine Möglichkeit, ein derartiges Anliegen zu unterstützen? – Zitatende.

Also Sie haben nicht vorgeschlagen, das aufzukündigen, sondern Sie haben mit Valurex ein Gespräch geführt und fragen dann bei Motorola an, ob es möglich ist, den Vertrag an eine befreundete Firma weiterzureichen.

Mit wem haben Sie denn das im April 2008 bei Valurex konkret besprochen? Und warum haben Sie diesen Vorschlag gemacht, das an eine befreundete Firma weiterzureichen? Und wer war diese befreundete Firma?

Ing. Josef Neureiter: Also die erste Frage, mit wem: Das war Etienne Kiss-Borlase. Wer die befreundete Firma war: Ich glaube, dazu gibt es auch Aufzeichnungen. Das ist nachzulesen – oder auch nicht, das weiß ich nicht mehr; aber ich glaube, es gibt dazu Aufzeichnungen. Ich bin mir aber nicht sicher. Das Dritte, die Frage oder das von Ihnen in den Raum gestellte Statement, dass der Vertrag mit Valurex nicht deswegen aufgelöst wurde, was ich zuerst ausgeführt habe, sondern aufgrund dieses E-Mails und dieser Information, kann ich nicht nachvollziehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir gehen weiter in den Unterlagen, wir haben diese Mails ohnehin vorliegen. Motorola antwortet Ihnen dann nämlich wie folgt, nur einen Tag später, 16. April 2008:

Hallo Josef! Ich finde das suspekt. Warum will Valurex einen Vertrag mit allen Rechten und Pflichten an ein Investment- und Treasury-Unternehmen abtreten? – Zitatende.

Dann schreiben Sie zurück:

Danke für das Feedback. Ich werde Valurex ein entsprechendes Feedback geben und danach ein Feedback an dich. – Zitatende.

Weil Sie sagen, das ist für Sie nicht nachvollziehbar: Dazu stellt dann der US-Anwalt Asner fest – noch einmal –, dass Sie nicht vorgeschlagen haben, den Vertrag aufzulösen, sondern: Im Zusammenhang mit dem Verdacht von Schmiergeldzahlungen und als das in die Medien kam – und jetzt kommt es –, schlug Neureiter vor, den Vertrag auf ein anderes Unternehmen, nämlich SLAVIA CAPITAL, zu übertragen. Dies wurde von Motorola abgelehnt und die Gelegenheit genutzt, den Vertrag mit Valurex aufzulösen. – Zitatende.

Das heißt, Sie haben nicht die Auflösung vorgeschlagen, wie Sie im Ausschuss gesagt haben, sondern Sie wollten eine Übertragung auf die Firma SLAVIA CAPITAL, und die Motorola-Zentrale hat das dann abgelehnt und zugleich den Vertrag mit Valurex aufgelöst, weil es ihnen zu suspekt war. Das berichtet auch Asner, da geht es dann weiter – nämlich warum die Vertragsauflösung zustande kam –, man argumentiert: Diese Vorgehensweise erschien Motorola seltsam – nämlich die Übertragung –, weil ein lokaler Kontaktpartner nicht einfach so ersetzt werden kann. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie: Wer ist diese Firma SLAVIA CAPITAL? Wer hat Ihnen die vorgeschlagen? Was ist das für eine Firma? Sie schreiben ja in Ihrem Mail, Sie werden Feedback von Valurex dazu einholen. Wer hat Ihnen das vorgeschlagen? Und warum haben Sie nicht, wie Sie hier im Ausschuss gesagt haben, die Auflösung vorgeschlagen, sondern es befürwortet, den Vertrag auf dieses Unternehmen zu übertragen?

Ing. Josef Neureiter: Der Vorschlag, wie Sie selber zitiert haben, Herr Petzner, kam von Valurex, und ich habe schon den Namen genannt – zum einen. Zum Zweiten: Die Schlussfolgerungen von Herrn Asner werde ich nicht kommentieren. Das sind nicht

meine Schlussfolgerungen, und das ist auch nicht mein Statement. Ich kannte diese Schlussfolgerungen nicht, deswegen werde ich sie auch nicht kommentieren.

War da noch eine Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja: Was können Sie zu dieser Firma SLAVIA CAPITAL angeben? Wer hat Ihnen diese Firma vorgeschlagen? Was ist das für eine Firma? Was macht dieses Unternehmen? Wer steckt hinter diesem Unternehmen? (Ing. Neureiter: Also, die ...!) Sie müssen es ja wissen, wenn Sie Motorola vorgeschlagen haben, den Vertrag von Valurex – den gleichen Vertrag – einfach auf diese Firma zu übertragen; da werden Sie sicher vorher geprüft haben, was das für eine Firma ist – weil ja auch Motorola bei Ihnen rückgefragt hat: Warum diese Übertragung, und was ist das für eine Firma? Erklären Sie uns das!

Ich ersuche Sie, dem Ausschuss jetzt auch zu erklären, warum Sie diese Übertragung an SLAVIA CAPITAL befürwortet haben. Was ist das für eine Firma? Was hat die gemacht, wo sitzt die, wer steckt da dahinter, et cetera?

Ing. Josef Neureiter: Also ich wiederhole mich jetzt: Der Vorschlag kam von Etienne, und die Firmenunterlagen – das war eine Frage; es war kein: wir tun, es war eine Frage. Und diese Frage habe ich Motorola-intern weitergeleitet, mit den entsprechenden Unterlagen zu der Firma, und das Feedback war prompt und einfach. Es wurde meines Wissens auch nicht einmal eine Due Diligence angestoßen, aber das weiß ich zu wenig, ob das in der Motorola stattgefunden hat oder nicht. Ich kann es mir nicht vorstellen – wie Sie gesagt haben: Das Feedback kam prompt einen Tag danach.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und das Feedback war wie?

Ing. Josef Neureiter: Sie haben es vorgelesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sagen Sie es!

Ing. Josef Neureiter: Das Feedback war: Nein, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Unterlagen haben Sie zur Firma SLAVIA CAPITAL an Motorola geschickt? Was war denn der Inhalt dieser Unterlagen?

Ing. Josef Neureiter: Tut mir leid, das weiß ich wirklich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie die Firma SLAVIA CAPITAL zuordnen, in wessen Eigentum sich diese Firma befindet, also wem diese Firma gehört?

Ing. Josef Neureiter: Ich gehe davon aus – das heißt, ich bin mir sehr sicher –, dass die Unterlagen zu dieser Firma auf meinem Rechner sind, und das liegt auch irgendwo vor. Den Rechner habe ich mit allen meinen Dokumenten der Motorola mit 31.12.2011 zurück übergeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben diese Unterlagen zu dieser Firma nicht, daher muss ich Sie fragen, denn Sie haben auch Motorola-intern Infos zu dieser Firma weitergeleitet. Also noch einmal: Sagen Sie uns, was zu dieser Firma SLAVIA CAPITAL auf diesem Rechner liegt!

Ing. Josef Neureiter: Tut mir leid, ich habe mich mit vielen Firmen beschäftigt, und ich war nicht nur in Österreich unterwegs: Ich kann mich daran nicht erinnern und ich kann jetzt keine Aussage dazu machen, weil ich es nicht mehr weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das finde ich aber schon verwunderlich, denn – noch einmal – Asner stellt fest: Sie haben Motorola-intern vorgeschlagen und befürwortet, den Vertrag auf diese Firma SLAVIA CAPITAL zu übertragen. Da nehme ich an, dass Sie sie auch genau geprüft haben. Sie wollten doch hoffentlich intern

keine Schwierigkeiten haben. Wenn die ohnehin schon rückmelden, wir finden das suspekt, dann werden Sie wohl gegenüber Motorola irgendwie argumentiert haben, warum das nicht suspekt ist. Und das möchte ich wissen, wie Sie das argumentiert haben.

Ing. Josef Neureiter: Herr Petzner, ich sage noch einmal: Die Aussage von Herrn Asner werde ich nicht kommentieren. Und zum Zweiten – wenn Sie das E-Mail lesen, wenn ich den Text jetzt richtig im Kopf habe, aber Sie haben es vorhin vorgelesen – habe ich nicht geschrieben, ich möchte eine Vertragsänderung auf einen anderen, sondern der Vorschlag – ich glaube, das habe ich auch sehr deutlich und klargemacht – kam von Valurex.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie fragen an, ob man ein derartiges Anliegen – Zitat – unterstützen kann. Sie fragen Motorola: Kann man das nicht unterstützen? Das ist meiner Meinung nach keine neutrale Anfrage.

Ing. Josef Neureiter: Das ist ganz klar ein Anliegen, das ich weitergeleitet habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viele Verträge hat denn Motorola insgesamt mit Valurex gehabt?

Ing. Josef Neureiter: Selbst das entzieht sich meiner Kenntnis ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich helfe Ihnen: Asner sagt, sie haben zwei Verträge gehabt.

Ing. Josef Neureiter: Ich sage noch einmal: Es entzieht sich meiner Kenntnis, weil ich es nicht weiß. In Bezug auf das österreichische Blaulichtfunk-Projekt – Entschuldigung, nicht Blaulichtfunk-, Digitalfunkprojekt, BOS-Digitalfunkprojekt – gab es zwei Verträge.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ich rede auch immer vom Behördenfunknetz, das ist ja auch der Untersuchungsgegenstand hier.

Können Sie uns zu diesen zwei Verträgen noch einmal kurz zusammengefasst den Vertragsinhalt schildern, zu Vertrag 1 und Vertrag 2? Was war die Leistungsanforderung, und was war die finanzielle Gegenleistung von Motorola?

Ing. Josef Neureiter: Zum einen: Ich habe zuerst schon einmal ausgeführt, ich werde mit Sicherheit keine Details zu diesen Verträgen hier ausführen, denn was auch immer ich hier sagen würde – ich kenne diese Verträge nicht auswendig, und ich bin mir hundertprozentig sicher, dass ich den Vertragsinhalten widersprechen würde, im Einzelnen. Und das würde mir wieder vorgeworfen werden, deswegen werde ich dazu keine Stellungnahme abgeben. Aber detailliert sind die Aufgaben in diesen Verträgen gelistet, und ich glaube, die braucht man nicht weiter zu kommentieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese Ihnen einfach vor, was Asner zu diesen zwei Verträgen sagt – und der hat ja seit 2009 in der Causa ermittelt, der wird es wohl wissen –, und frage Sie, ob das korrekt ist oder nicht und was Sie dazu sagen können.

Es gibt zwei Verträge zwischen Valurex und Motorola betreffend BOS. Der Infrastrukturvertrag: 5 Prozent Provision, 3 Prozent Kommission für die Vermittlung der Infrastruktur des BMI, eine Deckelung von 3 Millionen €.

Der zweite Vertrag ist ein Subscriber-Vertrag, er betrifft den Ankauf der Funkgeräte. Eine Provision von 8 Prozent wird vereinbart, und bei dieser Provision von 8 Prozent wird im Verhältnis der Zahl der Funkgeräte eine Deckelung von 2,6 Millionen € gemacht.

Sind diese Angaben des Herrn Asner im Wesentlichen korrekt?

Ing. Josef Neureiter: Ich nehme an. Mir liegen schlicht und ergreifend die Verträge nicht mehr vor, deswegen tue ich mir schwer. Aber im Wesentlichen glaube ich, dass die Angaben richtig sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Uns liegen die Verträge vor, und das, was der Herr Asner da angibt, ist richtig. Und Faktum ist, je mehr Funkgeräte auch seitens des Innenministeriums angeschafft werden, desto mehr Provision fließt auch dann an die Valurex und an die verlängerten Arme der Valurex.

Schlussfrage für die erste Runde: Ich lese Ihnen aus den Compliance-Bestimmungen von Motorola für Motorola-Mitarbeiter vor, den Punkt „Anbieten von Geschenken“. (*Ing. Neureiter: Entschuldigung, darf ich noch einmal... Ich habe Sie jetzt nicht verstanden!*) – Ich lese Ihnen aus den Compliance-Bestimmungen von Motorola vor. (*Ing. Neureiter: Okay, ja!*)

Die Geschenke von Motorola müssen legal, angemessen und von der Geschäftsführung genehmigt sein. – Haben Sie sich Ihrer Auffassung nach an diese Compliance-Bestimmungen in Sachen Behördenfunknetz immer gehalten?

Ing. Josef Neureiter: Grundsätzlich ist das eine Frage, die meinen ehemaligen Arbeitgeber und mich betrifft und die ich hier nicht weiter kommentieren werde. Zum Allgemeinen dennoch: Ich glaube ja, aber zumindest hat mir mein Arbeitgeber nicht irgendwie das Gegenteil vorgeworfen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zitiere weiter: Motorola-Mitarbeiter zahlen niemals Bestechungsgelder.

Haben Sie sich an diese Compliance-Bestimmung gehalten oder nicht? Beziehungsweise haben Sie an der Organisation der Zahlung von Bestechungsgeldern – denn da steht „Motorola-Mitarbeiter zahlen niemals“ –, haben Sie direkt oder auch indirekt an der Zahlung von Bestechungsgeldern im Zusammenhang mit dem Behördenfunknetz mitgewirkt?

Ing. Josef Neureiter: Ein dezidiertes Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese weiters vor: ... (*Obfrau Dr. Moser: Gut, aber wie habe ich das zu verstehen? Sie haben schon die letzte Frage!*) – Das ist die letzte Frage. (*Obfrau Dr. Moser: Aber Sie können ruhig auch vorgehen, ich habe ja kein Problem damit!*) – Gut. Ich möchte nur noch den Bereich fertigmachen.

Motorola weist dann darauf hin – Zitat –:

Es dürfen keine Geschenke gemacht werden, die per Gesetz oder aufgrund der im Unternehmen des Empfängers geltenden Richtlinien verboten sind. Es ist zum Beispiel den Mitarbeitern vieler Regierungsstellen weltweit untersagt, Geschenke anzunehmen.

Haben Sie sich an diese Compliance-Bestimmung gehalten?

Ing. Josef Neureiter: Ich wiederhole mein Eingangsstatement diesbezüglich: Es ist eine Sache zwischen meinem ehemaligen Arbeitgeber und mir, die ich nicht weiter kommentieren werde. Aber unabhängig davon hat mir mein ehemaliger Arbeitgeber keine Vorwürfe gemacht, eine Verletzung von Compliance-Richtlinien getätigt zu haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber der Kollege Pilz hat das eh schon ausgeführt, dass der Vertreter von Motorola, der Rechtsvertreter, der Herr Asner, Sie und Herrn Wirth als Verdächtige nennt. Das ist ja auch vielsagend.

War Ihnen bekannt – bleiben wir bei dieser Bestimmung, keine Geschenke vor allem an Regierungsmitarbeiter, weil das in vielen Ländern weltweit untersagt ist; wir haben

die Unterlagen hier im Ausschuss schon mehrmals thematisiert, und es sind auch Mitarbeiter des Innenministeriums dazu befragt worden –, dass Motorola Regierungsbeamten des Innenministeriums Gratis-Handys angeboten hat und dass es dazu einen regen E-Mail-Verkehr zwischen Motorola, auch Ihrem Kollegen Wirth, und Vertretern des Innenministeriums gibt? War Ihnen das bekannt, dass Motorola Ministeriumsmitarbeiter mit Gratis-Handys ausstattet?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe es in den Medien gelesen. Es kann durchaus sein, dass ich in einem dieser Mails auch miteinkopiert bin. Ich habe da keine Wahrnehmung mehr dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das würde aber den Compliance-Bestimmungen widersprechen. (*Ing. Neureiter: Ja!*) – Ja, eben, und genau das ist der Punkt.

Andere Frage, anderer Themenbereich: Wir haben auch zahlreiche Unterlagen hier, wonach Motorola bei der Forstverwaltung Mensdorff-Pouilly Jagden bestellt hat und auch bezahlt hat.

Welche Angaben können Sie zu diesen von Motorola bei der Forstverwaltung Mensdorff-Pouilly bestellten Jagden machen? Warum hat Motorola diese Jagden bei Mensdorff bestellt? Wie viele Jagden wurden bestellt, und wer wurde aller zu diesen Jagden eingeladen?

Wir haben dann nämlich auch Jagdeinladungslisten, wo zufälligerweise lauter Vertreter oben stehen, die für Motorola von Interesse waren; entweder waren es Regierungsbeamte oder es waren Bundeslandvertreter, Vertreter von Blaulichtorganisationen, die man offensichtlich auch auf diesem Wege für den Blaulichtfunk gewinnen wollte. – Also was können Sie zu den Jagdeinladungen angeben?

Ing. Josef Neureiter: Gar nichts. Da habe ich keine Wahrnehmung gehabt damals. Ich habe zu einem späteren Zeitpunkt, als die Medien darüber geschrieben haben, natürlich aus den Medien erfahren, dass es da zu Jagdeinladungen kam. Ob von Motorola oder nicht, das kann ich nicht kommentieren. Keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie waren da nie in diese Jagdeinladungen oder in diese Organisation involviert? (*Ing. Neureiter: Nein!*)

Sie haben auch nie irgendwie Kontakte mit der Forstverwaltung Mensdorff-Pouilly oder so gehabt?

Ing. Josef Neureiter: Wie gesagt, ich habe es zuerst bei der Befragung durch Herrn Amon schon ausgeführt, in Bezug auf die Funkgeräte. Ich glaube, es handelte sich um fünf Funkgeräte, oder in der Größenordnung. In dem Zusammenhang hatte ich Kontakt mit der Forstverwaltung, aber das war der einzige Kontakt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Mail haben wir auch hier. – Also Sie haben nur im Zusammenhang mit diesen Funkgeräten, es sind vier bis fünf gewesen, Kontakt gehabt. Mit den ganzen Jagdeinladungen, sagen Sie, haben Sie nie etwas zu tun gehabt. (*Ing. Neureiter: Nein!*)

Ist es korrekt, dass Sie erst aus den Medien davon erfahren haben, dass Motorola im Zusammenhang mit dem Behördenfunknetz zahlreiche Jagdeinladungen ausgesprochen und bezahlt hat? Sie haben das erst aus den Medien erfahren?

Ing. Josef Neureiter: Ich kann nicht einmal sagen, ob die Medien den Zusammenhang mit dem Behördenfunk hergestellt haben, das weiß ich nicht mehr. Dass es solche Jagdeinladungen gab, habe ich aus den Medien entnommen. Ich habe keine jegliche Information oder dergleichen gehabt, was Jagdeinladungen betrifft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Okay, danke. Das war es für die erste Runde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke. Das waren 4 Minuten Vorgriff.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Herr Ing. Neureiter, ich möchte da gleich anschließen und noch einmal bei diesen vier oder fünf Geräten bleiben, in deren Zusammenhang Sie ja auch Kontakt mit der Forstverwaltung hatten. Und da liegen mir sehr wohl Mails vor, wo Hans-Joachim Wirth am 4. März 2006 an Sie schreibt – im Vorfeld geht es um diese vier bis fünf Geräte und abschließend steht dann:

Kannst du bitte Herrn Bukowicz anrufen und dies mit ihm absprechen? Falls notwendig, kannst du die vier oder fünf Geräte auf meine Kostenstelle als Demo-Geräte buchen.

Was heißt das jetzt? Haben Sie diese Geräte hergeschenkt?

Ing. Josef Neureiter: Ich wiederhole, was ich Herrn Amon auch schon gesagt habe: Ich habe die Geräte nicht hergeschenkt, auch keine Demo-Geräte hergeschenkt. Ich habe Demo-Geräte verliehen, das ist korrekt, aber die habe ich auch wieder zurückbekommen. Und wenn es zu einem Geschäft kam, was ich nicht weiß, dann lief dieses Geschäft über die Firma Center, weil Motorola derartige Geschäfte nicht direkt macht, sondern über einen, wir nannten das, indirekten Partner, und das war in dem Fall die Firma Center in Österreich.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Was war in diesem Bezug dann Ihre Aufgabe? Ich habe das jetzt noch immer nicht verstanden: Sie waren bei Motorola. (*Ing. Neureiter: Ja!*) Sie haben bei der ersten Frage des Herrn Amon damals gesagt, daran können Sie sich jetzt nicht mehr erinnern, wie das war. Wie war die Aufstellung von Motorola, und was war wirklich konkret Ihre Aufgabe?

Ing. Josef Neureiter: Die Frage ist ein bisschen zu allgemein, denn ich war 14 Jahre bei Motorola und habe sehr viele Aufgaben gehabt. Können Sie das ein bisschen konkretisieren?

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Können Sie ein paar Aufgaben, die Sie damals innehatten, aufzählen?

Ing. Josef Neureiter: Ich war immer wieder für den Vertrieb zuständig, im Zusammenhang mit dem Behördenfunk in Österreich eben auch für den Vertrieb zuständig, und war teilweise – ich kenne hier die Daten nicht mehr – auch für den Vertrieb im indirekten Bereich in Österreich zuständig. (*Abg. Lueger: Was heißt das?*) Das heißt, in Österreich hatte Motorola und hat Motorola wahrscheinlich noch immer – das entzieht sich meiner Kenntnis – drei Vertriebspartner: das eine ist die Firma Center, das andere ist die Firma eurofunk Kappacher, und das Dritte ist die Firma TFK in Henndorf, und für diese Firmen war ich unter anderem eine gewisse Zeit lang eben vertriebsverantwortlich. Was immer diese Vertriebspartner von Motorola für ein Geschäft gemacht haben, lief in irgendeiner Form über meinen Tisch als Vertriebsverantwortlicher.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Können Sie mir sagen: Diese Firma eurofunk Kappacher, die Sie jetzt genannt haben, was war deren Aufgabe, was haben die übernommen?

Ing. Josef Neureiter: Naja, Motorola hat, wie gesagt, oder hatte mit drei Partnern Verträge, und diese Verträge beinhalteten unterschiedliche Dinge – die Verträge waren auch nicht gleich, jedes Unternehmen hatte einen eigenen Vertrag –, wie analoge Funkgeräte, TETRA-Funkgeräte, TETRA-Infrastruktur, Breitband-Infrastruktur, beispielsweise auch Leitstellentechnik. Da gab es unterschiedliche, nennen wir es,

Produktgruppen, die halt mit unterschiedlichen Partnern ... – das Deutsch passt nicht – , wo wir halt Verträge geschlossen haben mit unterschiedlichen Partnern.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ist Ihnen in diesem Zusammenhang einmal der Name Skorsch untergekommen? (*Ing. Neureiter: Ja!*) In welchem?

Ing. Josef Neureiter: Peter Skorsch war eine gute Weile lang ... – in welcher Form er genau tätig war?, aber soweit ich weiß, Key Account Manager bei eurofunk Kappacher. Und in dieser Position oder in dieser Aufgabe als Key Account Manager bei Motorola habe ich Peter Skorsch auch kennengelernt.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Hatten Sie zu Peter Skorsch auch eine private Beziehung im weitesten Sinne? Waren Sie privat befreundet?

Ing. Josef Neureiter: Ich bin mir nicht sicher, wie die Frage zu verstehen ist, aber Peter Skorsch war weder bei mir zu Hause, noch war ich bei ihm zu Hause. Wir hatten unsere Gespräche und unsere Abstimmungen in Bezug auf gemeinsame Geschäfte, oder eben nach Möglichkeiten von gemeinsamen Geschäften, in erster Linie, ich weiß es nicht, in Wirtshäusern, in Kaffeehäusern. Also keine privaten Kontakte im Sinne von ... – wir sind auch nicht gemeinsam Golf oder Tennis oder sonst etwas spielen gegangen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Also könnte man sagen: eine dienstrechtliche freundschaftliche Basis zur Zusammenarbeit?

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Okay. – Hatten Sie jemals selbst Kontakt zu Mensdorff-Pouilly? (*Ing. Neureiter: Ja!*) In welchem Zusammenhang?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe das schon ausgeführt: Im Zusammenhang mit der Abwicklung der Valurex-Verträge gab es vereinzelt direkte Kontakte mit Herrn Mensdorff. (*Abg. Lueger: Vereinzelt?*) Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Okay. Können Sie sich da an den einen oder den anderen erinnern?

Ing. Josef Neureiter: Sie müssten mir jetzt auf die Sprünge helfen: Was wollen Sie genau hören? Ich kann mich an einige Kontakte erinnern.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Es ist für mich schon spannend gewesen, dass Sie den Codenamen „Manfred“, hinter dem sich ja Mensdorff-Pouilly irgendwo versteckt, nicht gekannt haben, laut Ihrer Aussage, wenn ich das so richtig verstanden habe (*Ing. Neureiter: Ja!*), aber doch zu ihm Kontakt gehabt haben. Durch Ihre Kontakte müssten Sie ja dann herausbekommen haben, ... – denn wenn ich das heute richtig verstanden habe, können Sie nicht sagen, in welchem Verhältnis Valurex zu Mensdorff-Pouilly steht, oder umgekehrt.

Ing. Josef Neureiter: Korrekt.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Warum habe ich dann mit ihm Kontakt, wenn ich dort nicht irgendetwas erreichen will?

Ing. Josef Neureiter: Naja, ich habe schon ausgeführt, Valurex hat die – wie habe ich es zuerst gesagt? –, die Bitte und die ..., hat vom Vorgehen her auch klar gesagt, dass die MPA, speziell mit Personen von Josef Bernecker, hier mit zu kopieren ist und mit zu informieren ist. Und in dem Zusammenhang gab es natürlich auch von mir Gespräche mit Herrn Bernecker. Und, ja, es ist nun einmal so, dass man im Büro von MPA halt dann auch mehrere Leute trifft, und da habe ich auch Herrn Mensdorff kennengelernt.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ich möchte noch einmal ganz kurz zurückspringen zu Peter Skorsch. Haben Sie auch dienstlichen Kontakt zu Peter Skorsch gehabt, während er schon zuständig war im Innenministerium?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe sehr intensiven Kontakt mit Peter Skorsch gehabt, und zwar im sehr konkreten Zusammenhang mit dem angebotenen und schlussendlich auch vertragsrechtlich abgesicherten Endgerätevertrag. Und – wie hat zuerst ein Abgeordneter ausgeführt? – die Verbindungen waren, ja, intensiv, denn das war ein sehr intensiver – wie heißt das? –, schlussendlich ein Arbeitsvertrag, ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie haben zuerst bei einer Frage die Antwort gegeben, Valurex war auch Top-Level-Kontakt zum Finanzministerium und zum Innenministerium. Wenn Sie zu Peter Skorsch den Kontakt gehabt haben, hätten Sie den ja selbst gehabt. Wozu brauche ich dann Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Na ja, ich will jetzt dem Peter Skorsch nicht nahetreten, aber: Peter Skorsch ist ein durchaus hoch angesehener – im Fachkreis auf alle Fälle – Beamter des Innenministeriums, aber er sitzt mit Sicherheit nicht an oberster Stelle, um hier auch, ich sage jetzt einmal, Entscheidungen vorbringen und vorwärtsbringen zu können. Er sitzt auch nicht im Ministerbüro, er ist auch nicht der Herr Minister. Da gibt es also dazwischen schon noch einige Levels von Personen, die Entscheidungen zu treffen haben. Ich will ihm nicht nahetreten, ich schätze ihn, und ich unterschätze seine Leistungsmöglichkeiten mit Sicherheit nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, haben Sie zwar auf geschäftlicher Ebene Ihre Kontakte gepflegt und gehalten, aber die Entscheidungen sind woanders getroffen worden. Habe ich das so richtig verstanden?

Ing. Josef Neureiter: Ich glaube nicht – aber ich weiß es nicht –, dass die Entscheidung zu einem Blaulichtfunkprojekt auf Ebene von Herrn Peter Skorsch getroffen wurde.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Noch einmal meine Frage: Sind diese Entscheidungen dann auf einer anderen Ebene, wie sie mir bis dato noch nicht genannt wurden, getroffen worden?

Ing. Josef Neureiter: Davon gehe ich aus, ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie eine Ahnung, wo das gewesen sein könnte und wer sich als Person dahinter verbirgt?

Ing. Josef Neureiter: Mir liegen diese Verbindungen nicht vor.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Gut, dann möchte ich ganz kurz das Thema wechseln. Ich komme zu einem Mail-Verkehr, der mir hier vorliegt, zwischen Christian Dörr und Ihnen, und zwar vom September 2005, wo er schreibt:

Lieber „Josef, wie bereits erwähnt, benötige ich für die Steuerprüfung vom Finanzamt folgende Unterlagen von Dir“, und zwar vom „Jahr 2003 den Beratervertrag“ – das ist ein Vertrag über die „Strategie- u. Projektmanagement Beratung“ in der Höhe von „28 500 €“, mit der Frage, „wofür wurde diese Leistung erbracht. Im „Jahr 2004“ gibt es einen „Vertrag/Angebot“ von „M.P.A Budapest KFT“ über einen Betrag von „7 000 € - wofür wurde die Leistung erbracht - warum wurde das an FG881 weiterverrechnet?“

Meine Frage an Sie: Was ist FG881?

Ing. Josef Neureiter: Das ist eine Kostenstelle.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Eine Kostenstelle, die sich wo verbirgt oder wo inkludiert ist?

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wissen Sie nicht.

Sie schreiben ihm dann zurück:

Lieber „Christian, Die folgende Rechnung von HaJo abgeklärt werden. Den Fall kenne ich nicht.“

Aber zum Vertrag M.P.A über die 7 000 € fragen Sie dann auch noch einmal zurück: „wofür wurde die Leistung erbracht?“ und „warum wurde“ der „weiterverrechnet?“.

Das Ganze geht dann weiter, wo dann Christian Dörr wieder an Sie schreibt:

„Bitte um Stellungnahme für die Betriebsprüferin, wofür die Rechnungen von M.P.A Budapest sind. Wir müssen auch den Vertrag vorweisen, und benötigen daher eine Kopie.“

Was können Sie mir dazu sagen?

Ing. Josef Neureiter: Also, wenn es den Vertrag gegeben hat, ich habe ihn nicht geschlossen, ich kenne den Inhalt nicht. Tut mir leid.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Es gibt dann noch ein weiteres Mail. Ich finde das nämlich dann spannend, weil dieser Mail-Verkehr, der sich jetzt weiterzieht, ist zwischen Christian Dörr, Hans-Joachim Wirth, zum Teil sind Sie dann als cc noch dabei, aber manchmal auch nicht. Aber es wäre natürlich nicht fair, Ihnen da jetzt etwas vorzuhalten, wo Sie nicht dabei waren.

Ich bin am 22. Oktober 2005, wo Dörr Christian an Thomas Schmicke schreibt:

„Thomas, die Rechnungen sind über Österreich gelaufen und die Betriebsprüferin möchte verstehen, worum es sich handelt und warum diese durchgeschleust wurden anstatt direkt mit Deutschland zu verrechnen.“ Wir sind „verpflichtet, Auskunft zu geben. Wenn wir irgendetwas Schriftliches vorweisen können, warum wir den Auftrag vergeben haben, wird man uns höchstwahrscheinlich in Ruhe lassen. Können wir das nicht, werden wir ewig um diesen Punkt herumdiskutieren. IC.Gov“ – das war das erste vom ersten Mail, wo Sie auch gebeten wurden, dieses Strategie- und Projektmanagement Beratungs... – „dürfte vom Tisch sein, nachdem wir den Vertrag vorgelegt haben und von Josef kommentiert wurde.“

Dann schreibt Thomas Schmicke zurück an Christian Dörr: „... wie schon geschrieben, ich habe nichts Schriftliches. Diese Aufträge sind von Hajo und/oder Josef vergeben worden.“

Was können Sie mir dazu sagen?

Ing. Josef Neureiter: Also das „oder“ würde ich mit Sicherheit ausschließen. Das wurde nicht von Josef vergeben. Josef ist mein Vorname.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das habe ich angenommen.

Ing. Josef Neureiter: Und als solcher fühle ich mich auch hier angesprochen. Dazu kann ich nichts sagen, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Schade. Das letzte Mail, das noch von Christian Dörr an Sie und ...

Ing. Josef Neureiter: Darf ich kurz unterbrechen? Würde ich schon damals etwas gewusst haben, würde ich es kommentiert haben, würde es Ihnen wahrscheinlich schriftlich vorliegen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Okay. Das letzte Mail war nur noch:

„Hallo Josef, ich hoffe, ihr beiden könnt mir da etwas zukommen lassen. Thomas hat bezüglich MPA-Budapest keine Unterlagen. Gruß Christian.“

Ing. Josef Neureiter: Ja, also, ich auch nicht. Ich weiß nichts davon. Nein.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Können Sie nichts dazu sagen.

Dann möchte ich einen kurzen Schlenker machen zur Einvernahme von Herrn Asner, der im Zuge seiner Aussage – und das haben wir heute auch schon einmal gehört – sowohl Sie als auch Hans-Joachim Wirth als potentielle Verdächtige klassifiziert. Nachdem zirka 1,9 Millionen von Motorola an die Valurex bezahlt wurden, entstand bei Asner damals der Eindruck, dass Sie Mensdorff-Pouilly vor Motorola irgendwo verstecken wollen. Und warum Mensdorff-Pouilly vor Motorola verheimlicht beziehungsweise versteckt wurde, das waren in der Vermutung von Asner erstens Bestechungsgelder, zweitens Kick-backs und drittens schlechte Presse, weil er mit Christoph Ulmer gut bekannt ist.

Was können Sie mir dazu sagen?

Ing. Josef Neureiter: Ich komme auf meine Aussage von, ich glaube, das war, bin mir nicht mehr sicher, eine der ersten Befragungen, zurück. Zum Inhalt dieser Asner-Stellungnahme werde ich nichts sagen, die kenne ich nicht und das werde ich auch nicht kommentieren. Es wurde mir nie ein Protokoll übermittelt, das ich hätte kommentieren können. Seine Stellungnahmen interessieren mich in dem Zusammenhang nicht und werde ich auch nicht kommentieren. Und seine Schlussfolgerungen sind seine Schlussfolgerungen.

Die letzte Frage noch einmal, Zusammenhang mit Christoph Ulmer und irgendwie, was war das noch einmal?

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wenn Sie es nicht kommentieren, finde ich es spannend, dass Sie da nachfragen. Die Vermutung, warum Mensdorff-Pouilly vor Motorola verheimlicht oder versteckt wurde, sind Bestechungsgelder, Kick-backs und schlechte Presse, weil er mit Christoph Ulmer gut bekannt war.

Ing. Josef Neureiter: Weiß ich nicht. Es liegt mir nicht in irgendeiner Form eine Wahrnehmung vor, welches Bekanntschafts-, Freundschafts- oder sonstiges Verhältnis Christoph Ulmer, den ich persönlich auch nicht kenne, mit Mensdorff hat. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir sind jetzt bei Mensdorff-Pouilly, das passt gut. – Sagen Sie noch einmal, der Codename war, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nicht „Manfred“, sondern wie war der Codename?

Ing. Josef Neureiter: „Der Jäger“ war der mir bekannte Codename.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie, warum hat Herr Mensdorff-Pouilly einen Codenamen gehabt?

Ing. Josef Neureiter: Da müssen Sie den Hans-Joachim Wirth fragen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie ist zum Beispiel der Codename von Innenminister Strasser?

Ing. Josef Neureiter: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wahrscheinlich „Ernst Strasser“.

Wie ist der Codename von, nehmen wir zum Beispiel die Vorsitzende?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: General Motors.

Ing. Josef Neureiter: Ich würde Ihnen, Herr Pilz, gerne eine Antwort geben ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wahrscheinlich „Frau Dr. Moser“. Aber warum hat der Herr Alfons Mensdorff-Pouilly einen Codenamen gehabt?

Ing. Josef Neureiter: Ich kann das nicht kommentieren, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie, wie viele Personen, Geschäftspartner von Motorola kennen Sie, die einen Codenamen gehabt haben? Die gehen wir dann gemeinsam durch.

Ing. Josef Neureiter: So ad hoc erinnern kann ich mich an einen, den ich auch genannt habe. Ansonsten verwenden wir natürlich Kürzel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kürzel ist okay, der HaJo ist der Hans-Joachim Wirth, und so weiter.

Sagen Sie, gibt es da bei Motorola USA irgendeine Application-Form für Codenamen?

Ing. Josef Neureiter: Weiß ich nicht. Mir liegt diesbezüglich keine Information vor.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum hat Herr Mensdorff-Pouilly als Einziger einen Codenamen gehabt, das interessiert mich wirklich, wenn das nicht üblich war im Konzern?

Ing. Josef Neureiter: Ich weiß es nicht. Bitte, Hans-Joachim Wirth fragen. Hans-Joachim Wirth ist einer – wenn er hier befragt wird, werden Sie das feststellen –, der geheimniskrämerisch agiert, und als solches hat mich das auch nicht verwundert, dass er einmal einen Codenamen vergibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn jemand für solche Zahlungsflüsse verantwortlich ist und sie mit initiiert, dann hat er wahrscheinlich allen Grund zur Geheimniskrämerei. Aber halten wir einmal fest, der Einzige Ihnen bekannte Codename ist der Herr Mensdorff-Pouilly, und der heißt „Der Jäger“.

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt schauen wir uns einmal an, in welchem Verhältnis „Der Jäger“ zu Motorola gestanden hat. Wer war eigentlich der Hintermann von Valurex – hinter einer Firma ist ja immer eine Person dahinter –: MPA/Mensdorff-Pouilly, Valurex, wer? Der Herr Valurex sicher nicht.

Ing. Josef Neureiter: Den Herrn Valurex gibt es meines Wissens nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Richtig.

Ing. Josef Neureiter: Der Firmeneigentümer ist Tim Landon, der steht, glaube ich, auch im G9, dem diesbezüglichen G9, und die Schweizer Niederlassung wird von ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Etienne Kiss-Borlase!

Ing. Josef Neureiter: ... Etienne wahrgenommen. Der in diesem Projekt auch für mich agierende Ansprechpartner war Mark Cliff.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber was war jetzt die Rolle von Mensdorff-Pouilly bei Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe das schon ausgeführt, ich kenne die Geschäftsbeziehungen zwischen der Person und der Firma Valurex nicht und kann es auch nicht kommentieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen jetzt eines in aller Zurückhaltung: Ich bin mir nicht sicher, ob das, was Sie jetzt gesagt haben, die Wahrheit ist. Und ich sage Ihnen auch, warum. Auf Seite 8 seines Befragungsprotokolls sagt der Motorola-Anwalt Asner – ich zitiere :

2004 und 2005 wussten nur Wirth, Neureiter und Carlos Satorius Bescheid, dass Alfons Mensdorff-Pouilly hinter der Valurex steht. – Zitatende.

Der sagt das ja ganz eindeutig, dass nur Sie, der Herr Wirth und ein gewisser Herr Satorius Bescheid gewusst haben, dass hinter Valurex Mensdorff-Pouilly steht. Das sagt der offizielle Vertreter von Motorola USA in Wien, bei einer Einvernahme.

Ing. Josef Neureiter: Dazu habe ich jetzt, glaube ich, drei Mal ausgeführt und wiederhole mich aber noch einmal: Die Stellungnahmen und die, wie auch immer, von Herrn Asner kann ich nicht kommentieren und werde ich auch nicht kommentieren. Und zu Ihrer, wie auch immer, ich werde dazu nichts sagen, weil ich es nicht bestätigen oder verneinen kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Neureiter! Ich, vielleicht auch andere in diesem Ausschuss sind jetzt einfach in der Situation, feststellen zu müssen, entweder der Rechtsanwalt Asner oder Sie, einer von Ihnen beiden sagt die Unwahrheit. Ist das so?

Ing. Josef Neureither: Ich verstehe Ihr Problem.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist nicht mein Problem. Ich glaube, das Problem hat jemand anderer.

Ing. Josef Neureiter: Ich kann es nicht kommentieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie bleiben bei Ihrer Aussage, wir haben das bei Protokoll. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, aber ich gehe davon aus, Sie wissen ohnehin, was das bedeutet, sollten auch andere Personen, insbesondere aus dem Motorola-Komplex oder aus dem Valurex-Komplex die Aussage von Herrn Asner bestätigen. Ich mache Sie nur zur Sicherheit darauf aufmerksam, weil Ihre Aussagen ja hier unter bestimmten Regeln und mit bestimmten möglichen Rechtsfolgen erfolgen. Aber darüber sind Sie von der Vorsitzenden ohnehin belehrt worden.

Jetzt schauen wir uns einmal die Geschichte Valurex, MPA, Mensdorff-Pouilly und Ihre persönliche Rolle in diesem ganzen Zusammenhang an. Es geht ja schon los am 2. April 2004, wo Mark Cliff an Sie schreibt über Diskussionen, wie das jetzt geht mit der G9-Form. Und am 26. April 2004 schickt Ihnen Roland Dürr ein Antwort-Mail auf Ihr Mail vom 23. April:

Roland, heißt das, dass eine Bezahlung eines TPSR nach einem 30 Prozent Downpayment, das bei Motorola landet, beziehungsweise im weiteren 60 Prozent Payment nach Lieferung nicht möglich ist? – Zitatende.

Wir wissen inzwischen, dieser TPSR ist Valurex/Mensdorff-Pouilly. Warum haben Sie zu diesem Zeitpunkt mit dem Herrn Dürr diskutiert, ob eine Vorauszahlung von 30 Prozent möglich ist? Da hat es noch nicht einmal einen Vertrag gegeben. Einen Vertrag hat es ein halbes Jahr später gegeben, sieben Monate später.

Ing. Josef Neureiter: Noch einmal: Wenn Sie es wissen, wie das Verhältnis zwischen Mensdorff und Valurex war, Sie wissen es, ich weiß es nicht. Ich möchte das noch einmal einfach betonen.

Die Frage der Abwicklung eines TPSR-Vertrages, muss man natürlich auch einmal im Vorfeld sozusagen klären, ist eine Anzahlung für Motorola, das ist eine reine Prozessfrage, im Übrigen wird eine Anzahlung von Motorola als – wie sagt man denn? –, es gibt also mehrere Bedingungen innerhalb dieses Prozesses, wann ein TPSR für seine Leistung bezahlt wird, zu welchem Zeitpunkt. Und das steht auch, wenn ich es recht im Kopf habe, detailliert in den Verträgen drinnen. Und die Frage war schlicht und ergreifend: Erfüllt eine Anzahlung die Bedingungen des Vertrages oder nicht? Und das habe ich versucht zu klären. Und ich glaube, darauf gab es auch eine Antwort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe das deswegen gefragt, weil wir dann zu einer Reihe von Rechnungen kommen, bei denen ich persönlich den Verdacht habe, dass es sich um Scheinrechnungen handelt. Das ist ein Thema, das uns durch den gesamten Ausschuss begleitet.

Jetzt kommen wir wieder zum Herrn Mensdorff-Pouilly. Der Herr Josef Bernecker, war der ein Vertreter von Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Der Josef Bernecker war meines Wissens angestellt, in welchem Vertragsverhältnis kann ich nicht sagen, aber meines Wissens angestellt bei der MPA Wien.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Richtig. Der war ein Mensdorff-Angestellter. Ist das richtig?

Ing. Josef Neureiter: Er war, wie gesagt, meines Wissens ein Angestellter der MPA Wien.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und das ist Mensdorff-Pouilly. Wir haben hier ein Fax vom 16.6.2004, von Ihnen persönlich an Etienne Kiss-Borlase. Da geht es um diese G9-Form:

Dear Etienne! As agreed with Mark Cliff attached please find the diligence form – und so weiter. Und unten steht – CC Mr Josef Bernecker. – Zitatende.

Ing. Josef Neureiter: Mhm.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum geht der Entwurf für die G9-Form, wo die Zusammenarbeit mit Valurex von der Konzernspitze genehmigt werden soll, an den Mensdorff Pouilly-Mann Bernecker? Warum?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe, glaube ich, schon zwei Mal ausgeführt, dass Valurex hier gebeten hat, den Josef Bernecker im Speziellen als Kontaktperson informiert zu halten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also war in Wien der Herr Bernecker der Valurex-Vertreter?

Ing. Josef Neureiter: Das kann ich so nicht kommentieren. Ich weiß nur ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es einen anderen Valurex-Vertreter in Wien gegeben?

Ing. Josef Neureiter: Noch einmal: Vertreter oder nicht, das kann ich nicht kommentieren. Fakt ist, dass die Valurex, Kiss-Borlase beziehungsweise Mark, mir gesagt hat, bitte, informiere und halte Josef Bernecker in Kopie.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz genau. Weil Mensdorff-Pouilly ganz offensichtlich Wert darauf gelegt hat, dass sein Wien-Statthalter, der ehemalige Luftwaffenchef im Verteidigungsministerium Bernecker, der hervorragenden Zugang zu

allen höheren Beamten im Innenministerium oder im Verteidigungsministerium gehabt hat, auf dem Laufenden gehalten wird.

Dann haben wir Ende November, Anfang Dezember 2004. Damit das einmal klar ist: Ulmer war in London, Mark Cliff war zur gleichen Zeit in London, es hat diese ganzen seltsamen Treffen gegeben, dieses Schmiergeld-Bieterverfahren, kriegt EADS oder Motorola den Schmiergeldzuschlag. Das war bereits entschieden für Motorola. Am 21. Juni kriegt Motorola den Auftrag vom Innenministerium, und der erste Vertrag über Geldflüsse über mehrere Millionen Euro wird Ende November, Anfang Dezember – zuerst unterschreibt Motorola, dann Valurex – zwischen Motorola und Valurex geschlossen.

Und dann kommen gleich die Herrschaften von Valurex und sagen, wir brauchen jetzt sofort ein Geld. Und da gibt es einen Mail-Verkehr, das wiederholt sich dann Motorola-intern bei mehreren Rechnungen: Was könnte man da für ein Projekt angeben? Da gibt es einen ersten Mailverkehr, wo vorgeschlagen wird, na ja, man könnte ja zum Pilotprojekt **Tirol** abrechnen. Und da gibt es die erste Message, 13. Dezember 2004, von Neureiter Josef an Mark Cliff:

„Indicative Schedule of payment“ –

und „Cc“ geht an Josef Bernecker, MPA Wien und an niemand von Valurex in Genf oder in London.

Das heißt, sogar die Rechnungsabwicklung, die geplanten Abrechnungen für Valurex, die Rechnungen, wo Motorola – in dem Fall Sie – Valurex sagt: Na ja, ihr könntet jetzt, jetzt wird es Zeit, rechnet doch das ab und rechnet doch das ab.

Wir kommen noch dazu, wie vorgeschlagen worden ist, was der Rechnungsinhalt sein soll, wie das genau abgerechnet werden soll, weil es rechnet ja nicht Valurex ab, sondern Valurex schreibt das rein, was Motorola sagt: Rechnet das jetzt ab.

Aber warum gehen die geplanten Abrechnungen an den Herrn Bernecker von MPA in Cc und nicht an irgendeinen offiziellen Vertreter von Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Ich würde ersuchen, dass ich dieses Dokument sehen kann, ich kann es sonst nicht kommentieren. Es tut mir leid.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich möchte Ihnen nur vorher – damit wir hier vollständig sind – kurz noch diese ... Der Beginn der ganzen Geschichte ist der 24. November 2004.

Nur zu Ihrer Erinnerung: Ende November 2004 unterschreibt Motorola den Vertrag. Ich glaube, am 3. Dezember, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, wird offiziell von Valurex dieser erste große Vertrag unterschrieben.

Sie mailen am 24. November 2004 an Roland Dürr:

Roland, Thomas, könnt ihr mir bitte eine grobe Aufstellung geplante Zahlungsmöglichkeiten an Valurex im Rahmen des nunmehrigen Vertrags/Drafts machen? Ich wurde von Hajo darum ersucht, ich bräuchte es bis morgen Früh. – Zitatende.

Können Sie sagen, warum Sie da bereits, obwohl vorher klargestellt worden ist innerhalb des Konzerns, dass Zahlungen erst dann an Valurex gehen, wenn 100 Prozent an Motorola bezahlt worden sind, warum Sie da bereits vor Vertragsunterzeichnung einen Zahlungsplan ...?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung gibt es eine Anmerkung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich muss mich jetzt einschalten, weil wir müssen uns schon an die Regeln halten. Der Herr Pilz hat jetzt

auf Basis eines Mailverkehrs zahlreiche Aussagen getroffen und Behauptungen in den Raum gestellt, auch schwere Vorwürfe erhoben. Daraufhin hat die Auskunftsperson darum gebeten, dieses Mail vorgelegt zu bekommen, damit es die Auskunftsperson kommentieren kann. Und der Herr Pilz hat in der Form darauf reagiert, dass er plötzlich wieder zu einem anderen Themenbereich gewechselt ist. Das halte ich für nicht korrekt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Entschuldigung, das wird alles vorgelegt, das wird alles vorgelegt.

(Eine Mitarbeiterin des Abgeordneten Pilz legt der Auskunftsperson die entsprechenden Schriftstücke vor.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment, es ist jetzt der Abgeordnete Petzner noch am Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf schon darum ersuchen – denn wir haben dieses Mail auch –, dass man es jetzt auch der Auskunftsperson vorlegt, damit auch die Auskunftsperson Stellung nehmen kann, wenn man schon Vorwürfe erhebt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, die Auskunftsperson antwortet, der Abgeordnete Pilz ist mit 2 Minuten schon über der Fragezeit. Tja, damit entfällt dann die Zusatzfrage, falls es keine andere Übereinkunft gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung):* Frau Vorsitzende, darf ich nur auf eines aufmerksam machen? *(Obfrau Dr. Moser: Ja.)* – Wir werden mit Sicherheit ein zeitliches Problem kriegen. *(Obfrau Dr. Moser: Gut, dann werden wir jetzt nach der zweiten Runde ...)* – Ich möchte das geschäftsordnungsmäßig deswegen gleich sagen:

Nachdem der Herr Wirth heute unentschuldigt ferngeblieben ist und niemand von uns auch nur eine Ahnung haben kann, ob ein weiterer Motorola-Vertreter zu diesem Beweisthema noch aussagen wird, wird es möglicherweise notwendig sein, auch Fragen, die wir an und für sich in erster Linie für den Herrn Wirth vorbereitet haben, jetzt – er kann nichts dafür – dem Herrn Neureiter zu stellen.

Deshalb ersuche ich, eine Fraktionsführerrunde nach dieser Runde durchzuführen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe sowieso beabsichtigt, nach dieser Runde die entsprechenden Beratungen vornehmen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Zweite ist, wir können nicht einfach zur Kenntnis nehmen, dass eine Auskunftsperson unentschuldigt fernbleibt und uns auf diese Art ihre Referenz erweist. Deswegen möchte ich auch das besprechen, insbesondere die Frage, ob wir nicht den Motorola-Vorstand auffordern, dazu Stellung zu nehmen und uns einen Weg vorzuschlagen, wie der Vorstand von Motorola sicherstellen kann, dass zu einem anderen Termin uns der Herr Wirth zu einer Einvernahme zur Verfügung steht. Denn ich habe den Eindruck, dass vielleicht im Gegensatz zum Herrn Wirth der Vorstand von Motorola, zumindest in den USA, Interesse an Aufklärung hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe, bevor Sie gekommen sind, schon darauf hingewiesen, dass wir das vorhaben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Zunächst einmal, ich weiß nicht, ob es Aufgabe des Vorstandes ist, sicherstellen zu können, ob Mitarbeiter vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen können. Das sehe ich als problematisch an.

Ich würde aber auch alle Fraktionen ersuchen, dass man, wenn eine Anwesenheit bei einer Fraktionsführerbesprechung aus welchen Gründen immer nicht möglich ist, dafür sorgt, dass eine Vertretung die Möglichkeit hat und mit einem entsprechenden Pouvoir ausgestattet ist. Wir kommen in der Tat in eine Reihe von zeitlichen Problemen und Fragen, und ich denke, das sollte man sicherstellen. Es kann jedem passieren, dass er einmal nicht Zeit hat, aber dann muss man auch dafür Sorge tragen, dass eine Vertretung da ist, die eine Entscheidungskompetenz hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, wir werden dann sowieso nach dieser zweiten Fragerunde eine kurze Fraktionsführerbesprechung einschieben.

Die Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten Pilz steht noch aus. (*Abg. Dr. Pilz spricht mit Abg. Amon.*) – Ich glaube, Sie könnten dann auch zuhören. Es gibt vorher noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Abgeordnetem Pendl.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Frau Vorsitzende, da die Diskussion sehr interessant ist und ich sie wenigstens mithören möchte, würde ich Sie bitten und einladen, dass bei einer Diskussion und bei Wortmeldungen so eine Lautstärke ist, dass man es auch versteht. Ich hätte beide gern gehört, habe sie aber nicht verstanden, weil alle miteinander geredet haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir machen das dann nochmals in der Fraktionsführerbesprechung nach dieser zweiten Fragerunde. Dann versteht jeder jeden, und wir rollen die Problematik nochmals auf und kommen hoffentlich zu einem Ergebnis.

Jetzt ist das Ergebnis die Antwort des Herrn Neureiter.

Die Fragestellung von Herrn Abgeordnetem Pilz ist Ihnen noch präsent, oder soll er sie wiederholen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Soll ich sie kurz wiederholen?

Ing. Josef Neureiter: Ich würde gern, bevor Sie die Frage wiederholen, ...

Herr Dr. Pilz, ich habe schon ein Problem. Mir wird hier unterstellt, dass ich ein Mail in Bezug auf side letter oder in Bezug auf eine Zahlungsmöglichkeit nur an Josef Bernecker geschickt habe ... (*Abg. Dr. Pilz: Entschuldigen Sie, ich habe ...*) – lassen Sie mich bitte schön fertigreden, das macht mich auch nervös – an Josef Bernecker schicke, aber nicht an den Vertreter der Firma Valurex. Das Mail, was Sie mir hier unterstellen, haben Sie mir übermittelt, das ist schlicht und ergreifend nicht so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist an beide, an Mark Cliff und an Bernecker.

Ing. Josef Neureiter: Dann bitte machen Sie die richtige Aussage, sonst werde ich da nicht mehr darauf antworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Neureiter, und deswegen ersuche ich Sie, zu beantworten, warum der Herr Bernecker, der Valurex überhaupt nicht vertritt, Sie haben vollkommen recht, das ist auch an Mark Cliff von Valurex geschickt worden, das habe ich vorher übersehen, das tut mir auch leid – ich möchte, dass Sie trotzdem beantworten, warum an Herrn Bernecker, der offiziell nicht Valurex vertritt, das geschickt worden ist?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung gibt es wieder eine Meldung von Herrn Abgeordnetem Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Genau das ist nämlich jetzt der Punkt, weil wir haben dieses Mail auch vorliegen gehabt und festgestellt, dass der Vorhalt des Kollegen Pilz unrichtig ist, und haben daher dann

auch verlangt, dass das E-Mail der Auskunftsperson vorgelegt wird, wo der Herr Pilz versucht hat, sich dann drüberzuschwindeln – offensichtlich im Wissen, dass sein Vorhalt falsch ist – und zu einem anderen E-Mail zu wechseln. Ich halte diese Vorgehensweise für unseriös und auch der Auskunftsperson gegenüber für unfair.

Wäre uns das jetzt nicht aufgefallen, hätte die Auskunftsperson nicht Stellung nehmen können und es wären Vorwürfe im Raum stehen geblieben, die auf Basis der Unterlagen nachweisbar nicht richtig sind. Da darf ich schon ersuchen, hier drin korrekt zu arbeiten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So, bitte die Antwort.

Ing. Josef Neureiter: Darf ich jetzt noch einmal die Frage wissen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal, damit nicht der Vorwurf hier im Raum stehen bleibt, ich würde mich BZÖ-Methoden bedienen, also Folgendes:

Josef Neureiter mailt am 13. Dezember 2004 an Mark Cliff und Josef Bernecker.

(Abg. **Petzner:** Frau Vorsitzende!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, ich kann noch einmal unterbrechen und den Abgeordneten Pilz darauf hinweisen, dass Unterstellungen und desavouierende Äußerungen gegenüber anderen Fraktionen fehl am Platz sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal, ohne jeden Vorspann:

Josef Neureiter, Mail am 13. Dezember 2004, Sie haben vollkommen recht, an Mark Cliff und Josef Bernecker. Josef Bernecker, mpa-vienna.at, und da geht es los:

„Mark,

Attached please find the side letter as requested for last week.“ – Zitatende.

Da geht es offensichtlich um den Zahlungsmodus und die Zahlungsvorbereitungen in Richtung Valurex.

Ich habe da zwei Fragen an Sie:

Warum geht das, wenn es eine reine Geschichte zwischen Motorola und Valurex ist, an den Mensdorff-Vertreter Bernecker?

Und zweitens: Was steht in dem Side letter, der zumindest mir nicht vorliegt?

Ing. Josef Neureiter: Die zweite Frage zuerst: Die Frage habe ich mir auch gestellt, wie ich das gelesen habe. Ich weiß es nicht mehr.

Die erste Frage: Ich habe, glaube ich, schon auf zwei Fragen geantwortet, die genau die gleiche Frage zum Inhalt hatten. Das war warum, und im Übrigen nicht an Josef Bernecker, sondern **in Kopie** an Josef Bernecker, Herr Dr. Pilz.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Projektes wurde ich von Valurex gebeten, den Josef Bernecker hier informiert zu halten, und habe das auch tunlichst gemacht. Ich war schlussendlich mit der Abwicklung auch betraut.

Was in dem Side letter steht, zum zweiten Punkt, ich weiß es nicht mehr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nachdem wir sowieso dann noch eine Frage der weiteren zeitlichen Verteilung besprechen werden, ist jetzt Abgeordneter Amon an der Reihe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Neureiter, nur noch ein paar wenige Fragen an Sie. Und zwar möchte ich zunächst eine Frage von der ersten Fragerunde wiederholen und Sie fragen, woher Sie den Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly kennen.

Ing. Josef Neureiter: Wie gesagt, hundertprozentig kann ich mich nicht mehr erinnern, aber kennengelernt habe ich ihn im Büro von MPA. Ob es eine Vorstellung von Herrn Bernecker war, ob es zufällig ein Gespräch am Gang war, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und wann war das ungefähr?

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr. Im Zusammenhang mit den Gesprächen mit Valurex. Aber wann, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): 2004? 2003?

Ing. Josef Neureiter: Tut mir leid, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber es war im Zusammenhang mit Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dann möchte ich Ihnen vorhalten einen E-Mailverkehr zwischen Ihnen und dem Herrn Hans-Joachim Wirth.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Und zwar schreiben Sie an ihn:

„Hans-Joachim,

anbei mein Draft. Bitte um Kommentar und Beifügung Deiner Kommentare zu Mensdorff. Anbei auch die Einladung zum geplanten Management Board. Bitte um Bestätigung deiner Teilnahme.“ – Zitatende.

Das ist vom 27. Juni 2002. Da kommt Valurex nicht vor.

Und dann die interessante – meiner Meinung nach – Antwort von Hans-Joachim Wirth, der da schreibt:

During the hearing at the court I had the possibility to have a one to one conversation with Mensdorff-Pouilly.

Und dann weiter:

Mr. Mensdorff-Pouilly's main message was:

„he mentioned that he realized an advantage for Master-Talk / Siemens to go with Motorola and that the doors are not closed (he did not talk about the consortium)

his expectation is, that Mastertalk / Siemens is the winner

he said that the conversations we had up to now did not happen at the right level (he would like to see higher level management)“ – Zitatende.

Also das heißt, ihm hat es nicht genügt, wer mit ihm gesprochen hat, sondern erwartete sich, dass höherrangige Manager von Motorola mit ihm Kontakt aufnehmen.

Ich will das jetzt nicht weiter zitieren.

Jetzt meine Frage: Was wissen Sie über diese Vorgänge? – Es ist nämlich dann nicht ganz uninteressant, weil es heißt dann weiter:

„he said that it is right now a political decision and that Siemens Germany is deeply involved“ – Zitatende.

(Die Auskunftsperson liest in Unterlagen.)

Ing. Josef Neureiter: Geben Sie mir bitte eine Minute, Herr Amon.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, natürlich. Bitte, lesen Sie es in Ruhe durch.

Der Eindruck, der hier aus meiner Sicht völlig klar entsteht, ist, dass deutlich, bevor es überhaupt zu einer Vereinbarung mit Valurex kam, sich Motorola bereits der Dienste von Alfons Mensdorff-Pouilly bedient hat. Und Sie wussten davon.

Ing. Josef Neureiter: Ich lese, was ich selber geschrieben habe und was ich als E-Mail erhalten habe. Ich weiß es nicht, in welchem Zusammenhang, und ich weiß auch nicht, ...

Es steht ja hier „Einladung zum geplanten Management Board“. Das war eine Zeit – Subjekt: Bundesvergabeamt –, wo von Motorola-Seite die Vergabe des ADONIS-Projektes beeinsprucht war; nehme ich an, ohne es zu wissen.

Ich habe da zeitlich die Abfolge nicht im Kopf.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zur Hilfe. Könnte das nicht Heinrich Mensdorff-Pouilly sein, diese Person, die angefragt wird?

Ing. Josef Neureiter: Ja, das wäre die zweite Anmerkung, die ich machen wollte.

Es gab zur Zeit von ADONIS auch einen Mensdorff-Pouilly, nämlich den Heinrich, der irgendwie in der Geschäftsführung, irgendwie ist ein falscher Ausdruck, in der Geschäftsführung von master-talk war. Im Zusammenhang mit Motorolas Interesse an einer Mitarbeit mit Siemens über die Technologie von Motorola gab es Gespräche mit verschiedenen Vertretern der master-talk, unter anderen natürlich auch mit Herrn Mensdorff. Das könnte, ich habe da wirklich keine Erinnerung mehr, aber es könnte durchaus mit Heinrich Mensdorff-Pouilly im Zusammenhang stehen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen, dass es dann Treffen auf höherer Management-Ebene gegeben hat?

Ing. Josef Neureiter: Sie werden mir jetzt sicher ein E-Mail vorlegen, wo ich das bestätige. Aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich lege Ihnen kein E-Mail vor, das das bestätigt. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*) Daher muss ich zur Kenntnis nehmen, dass Sie sich nicht daran erinnern.

Ich habe eigentlich nur noch eine letzte Frage. Da Sie ja diese Slávia Capital als Nachfolgeunternehmung empfohlen haben, möchte ich Sie noch einmal fragen: Was war Informationsstand über die Slávia Capital, als Sie sie empfohlen haben?

Ing. Josef Neureiter: Auch diesbezüglich möchte ich noch einmal feststellen: Ich habe Slávia Capital nicht empfohlen, sondern ich habe einen Wunsch der Valurex weitergeleitet, nicht mehr und nicht weniger. Auch wenn Asner das vielleicht anders sieht – wie gesagt, das werde ich nicht kommentieren.

Der Informationsstand zu Slávia Capital müsste den Unterlagen zu entnehmen sein. Ich weiß jetzt nicht mehr, was ich alles mitgeliefert habe. Aber was immer ich an Information hatte, liegt mit Sicherheit in den E-Mails, die ich auch intern zur Begutachtung weitergegeben habe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, ich habe keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Vonseiten der FPÖ wurde die Fragezeit bereits verbraucht. Fragezeit hat noch Abgeordnete Lueger; Abgeordneter Petzner hat noch 1 Minute. Wir müssen dann sowieso in einer Fraktionsrunde darüber sprechen.

Frau Abgeordnete Lueger, Sie verfügen über 4 Minuten. – Bitte.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ich hätte jetzt an Sie noch eine Frage. Sie haben zuerst bei der Frage von Herrn Pilz als Antwort gegeben: Da müssen Sie den Herrn Wirth fragen, weil der so geheimniskrämerisch arbeitet. – Was meinen Sie damit?

Ing. Josef Neureiter: Hans-Joachim Wirth hat – ich weiß nicht, wie viele Jahre – in seiner Vorgängerzeit von Motorola mit der Bundeswehr in Deutschland zu tun gehabt. Welche Position, welche Aktivitäten er dort wahrgenommen hat, weiß ich nicht; das hat er mir wahrscheinlich viermal erzählt, ich weiß es aber trotzdem nicht.

Aus der Zeit – da bin ich wahrscheinlich auch nicht der Einzige, der das so in den Raum stellen würde – ist Hans-Joachim geprägt, und daher ist es schlicht und ergreifend so seine Natur, mit Dingen umzugehen. Das hat mit dem Blaulicht-funkprojekt allein überhaupt nichts zu tun, sondern das ist grundsätzlich von der Vorstellung geprägt: Jeder wird abgehört, jedes E-Mail wird gelesen. Wo auch immer vermieden werden kann, dass man Informationen nach außen gibt, wird das vermieden von Hans-Joachim Wirth.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Können Sie mir ein konkretes Beispiel auch noch einmal nennen, das Ihren Verdacht bestätigt?

Ing. Josef Neureiter: Wir haben in den Projekten in Deutschland beispielsweise intensiv zusammengearbeitet, und da war immer wieder in den Raum gestellt: Aber diese Unterlage und diese Unterlage und diese Unterlage – die völlig irrelevant waren, beispielsweise im Zusammenhang mit einem Angebot – darf nur derjenige sehen! Und im Übrigen ist diejenige, die die Unterlagen zusammenführt, sowieso verdächtig, weil sie einmal in der Nähe von einem Mitbewerber gelebt hat. Also im Sinne von: alles wird, na ja, nicht in Frage gestellt, sozusagen: Es könnte ja sein, dass der Mitbewerber zuhört. Es könnte sein, dass die Informationen irgendwo missbräuchlich verwendet werden, gegen die Interessen des eigenen Unternehmens.

Da möchte ich jetzt nicht den Begriff „paranoid“ verwenden, aber manchmal habe ich mir gedacht, das ist ein bisschen eine Paranoia. Deswegen habe ich „geheimniskrämerisch“ gesagt, das ist vielleicht besser. Aber, wie gesagt, diese Aussage habe ich nicht im Zusammenhang mit diesem Projekt BOS-Digitalfunk im Besonderen gemacht, sondern das ist eine allgemeine Haltung, wie eben jeder seinen Charakter hat.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ich habe mir eben gedacht, dass Sie uns da irgendetwas mitteilen möchten. So etwas sagt man ja nicht so einfach: „Da arbeitet jemand geheimniskrämerisch.“

Ing. Josef Neureiter: Die Antwort war auf die Frage: Warum gibt es einen Codenamen? – Ich kann es mir nur so erklären. Aber wissen tue ich es nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dann noch kurz eine zweite Frage: Warum ist eigentlich der Vertrag zwischen Motorola und Valurex gekündigt worden? Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe es vorhin schon erklärt: Der Vertrag war mit Valurex. Es gab von der Valurex auch den Wunsch, die MPA respektive den Josef Bernecker informiert zu halten, und natürlich gab es da auch Meinungs austausch, logischerweise.

Zu einem Zeitpunkt, als ich auch in den Medien gesehen habe – und nicht nur ich in den Medien gesehen habe –, dass der Eigentümer der MPA, Mensdorff-Pouilly Alfons, zum ganzen Thema Eurofighter und so weiter, und nicht nur Eurofighter, sondern irgendwie Tschechien und so weiter, im Blicklicht der Medien stand, habe ich gesagt – und nicht nur ich habe das gesagt –: Halt, das könnte irgendwie gefährlich sein! Denn

irgendeine Verbindung wird es wohl geben, wenn wir aufgefordert werden, die MPA respektive Herrn Bernecker auf Kopie und auf Informationsfluss zu halten.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das waren die einzigen Gründe?

Ing. Josef Neureiter: Das waren für mich die ausschlaggebenden Gründe.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dann möchte ich ein Mail vorbringen, das Sie geschrieben haben an Thomas Heyde und an Thomas Nagel:

Thomas, bitte um Gegenprüfung. Der Infrastrukturvertrag mit Ende 2008 ist ausgelaufen. Der Terminalvertrag wurde mit Ende 2008 einvernehmlich gekündigt. Für die Leistungsperiode von 1.1.2008 bis 31.12.2008 gab es keine Projektberichte von Valurex, trotz mündlicher und schriftlicher Aufforderung durch mich. Damit kann meiner Ansicht nach auch keine Kommission für die Leistungsperiode bezahlt werden. Ist das korrekt? Bitte um Bestätigung. Grüße, Josef.

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Es waren also nicht nur die Gründe, die Sie vorhin genannt haben, sondern da gab es keine schriftliche Dokumentation?

Ing. Josef Neureiter: Nein.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wieso nicht?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe es auch, glaube ich, vorhin schon einmal ausgeführt: Im Lauf der Jahre haben sich die Bedingungen, wie ganz konkret Berichte zu erstatten sind in Bezug auf TPSRs – da hat es auch Trainings mit den TPSRs gegeben und dergleichen –, innerhalb der Motorola geändert. Das Procedere, wie bestimmte Dinge gemacht werden müssen, hat sich schlicht und ergreifend geändert.

Ganz konkret war es vor diesem Zeitpunkt x, den ich nicht mehr im Kopf habe, genügend, dass Berichte mündlicher Natur vermittelt wurden und zur Bewertung der Leistungserbringung herangezogen wurden. Zum Zeitpunkt x hat der Wechsel stattgefunden, wonach Berichte notwendigerweise schriftlich vorhanden sein mussten.

Die Berichte waren, neben anderen Kriterien, ein Kriterium zur Beurteilung, nein, nicht zur Beurteilung, sondern dafür, ob eine Leistung erbracht wurde oder nicht. Wenn die Leistung eben durch einen fehlenden Bericht nicht erbracht wurde, dann konnte auch keine Provision ausbezahlt werden.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Was haben Sie dafür getan – außer, dass Sie da auch schriftlich noch einmal bestätigen: trotz mündlicher und schriftlicher Aufforderung –, dass diese Berichte vielleicht doch noch nachgereicht werden? War das einmalig? War das mehrmalig?

Ing. Josef Neureiter: Ich gehe davon aus ... Ich meine, ich habe zuerst auch betont: Das Geschäftsverhältnis war ein gutes. Deswegen habe ich mit Sicherheit mehrmals nachgefragt. Aber ich weiß nicht, wie oft. Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Diese Kriterien, die Sie beschrieben haben, die sich verändert haben während des Vertrags – wer hat die verändert? (*Ing. Neureiter: Bitte?*) Wer hat diese Kriterien verändert, über die Sie gerade gesagt haben: zuerst schriftlich?

Ing. Josef Neureiter: Das war eine generelle Vorgabe von Motorola.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Entschuldigung, das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

Ing. Josef Neureiter: Das war eine generelle Vorgabe von Motorola. Sie kam meines Wissens aus den USA. Aber von wem, weiß ich nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und darüber gibt es keine schriftliche Vereinbarung?

Ing. Josef Neureiter: Wie meinen Sie jetzt?

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Eine Vereinbarung, dass ich Kriterien, die für meinen Erstvertrag zu erfüllen gewesen wären, im Zuge dieses ganzen Vertrages verändere. Dazu brauche ich ja irgendetwas Schriftliches.

Ing. Josef Neureiter: Die Vertragskriterien haben sich ja nicht geändert. Es war nach wie vor gleich ...

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Aber anscheinend die Berichtskriterien?

Ing. Josef Neureiter: Der Bericht musste vorher nicht schriftlich vorgelegt werden; der Bericht musste aber ab dem Zeitpunkt x schriftlich vorgelegt werden. Das hat sich geändert. Das wurde den TPSRs von einem Trainer – ich glaube, sogar aus den USA – mitgeteilt und dargelegt. Ich war bei diesem Training meines Wissens nicht dabei. Was da genau erzählt wurde, glaube ich, kann ich nicht einmal kommentieren.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Andererseits müssen Sie ja davon gewusst haben, denn sonst hätten Sie es dann nicht schriftlich einfordern können.

Ing. Josef Neureiter: Ja, natürlich! Ich habe davon gewusst, dass sich diese Kriterien ändern, und habe – wahrscheinlich müsste ich auch von meiner Seite ein E-Mail finden – informiert, dass wir von nun an die Berichte schriftlich brauchen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dann war aber die Entscheidung da, weil das nicht funktioniert hat, ganz einfach eine Kommission nicht zu bezahlen?

Ing. Josef Neureiter: Das hat mit den ... Noch einmal: Fehlende Berichte waren ein Kriterium, eine Leistungserbringung als nicht erbracht zu bewerten. Das hat mit der Vertragskündigung aus meiner heutigen Wahrnehmung nichts zu tun. Die Vertragskündigung basierte auf der Medienberichterstattung, wie ich schon ausgeführt habe. (*Abg. Lueger: Danke schön!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Ich unterbreche kurz die öffentliche Sitzung zu einer Besprechung darüber, wie wir zeitlich weiter verfahren.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.31 Uhr **unterbrochen** und um 13.33 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir setzen so fort: Die Runde der Zusatzfragen wird in eine Fragerunde umfunktioniert. Als maximale Fragezeit wurden jetzt 5 Minuten vereinbart. Viele Fraktionen haben aber keinerlei Fragebedürfnis mehr.

Es beginnt in dieser Runde wie üblich Abgeordneter Pilz. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wenn es eine Auskunftsperson gibt ...

(Die Auskunftsperson Ing. Josef Neureiter befindet sich nicht auf ihrem Platz.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie! – Moment, die Auskunftsperson hat kurz eine Pause eingelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber ich bin gerne bereit, meine Fragen an den Verfahrensanwalt zu richten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein. Sie können das zwar zu Protokoll geben ...

(Während auf die Rückkehr der Auskunftsperson Ing. Josef Neureiter gewartet wird, übernimmt Obfraustellvertreterin Tamandl den Vorsitz. – Die Auskunftsperson nimmt ihren Platz wieder ein .)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Neureiter! Ich lege Ihnen ein undatiertes Dokument vor, das wir aus den Akten haben. Ich würde davon ausgehen, dass es von Motorola stammt, da wir eine Reihe von Motorola-Dokumenten bekommen haben. Schauen Sie sich kurz einmal das Dokument an, und ich möchte Sie dann etwas dazu fragen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ing. Josef Neureiter *(nach längerer Sichtung des Schriftstücks):* Okay.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie dieses Dokument?

Ing. Josef Neureiter: Es ist, in welcher Form auch immer, ein Auszug aus dem TETRA-Terminalvertrag mit der Valurex. Wenn ich sage „in welcher Form auch immer“, dann meine ich: Ob das ein Vertragstext ist, der schlussendlich unterzeichnet wurde, oder ein Entwurf war, entzieht sich momentan meiner Kenntnis. Das kann ich so nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben da vollkommen recht. Nur, damit es auch für alle anderen klarer wird: Das Dokument beginnt mit

Herr Bernegger per Fax,

dann kommt eine Fax-Nummer von Josef Neureiter. Es ist kein Briefkopf und kein Datum darauf. Dann folgt eine Präambel, immer auf Englisch:

Whereas Motorola develops und so weiter, wo also Voraussetzungen beschrieben sind. Dann kommen Definitionen. Mehr steht da nicht drinnen. Und unter „Project“ steht –: shall mean the supply of TETRA terminals and accessories for the Digitalfunk BOS-Austria project as defined in the preamble of this agreement. – Und beim „frame contract“ wird genauso auf TETRON verwiesen: Customer shall mean the Ministry of Interior of the Republic of Austria. – Zitatende.

Ich gehe angesichts dieser Formulierungen und im Vergleich mit dem Vertrag, der geschlossen worden ist, davon aus, dass es sich hier wahrscheinlich eher um einen Entwurf und nicht um einen Vertragsauszug handelt. Sind Sie auch dieser Meinung?

Ing. Josef Neureiter: Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann auch nicht beurteilen, ob das, was hier als Fax bezeichnet ist, überhaupt abgeschickt wurde. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es findet sich das meiste dann eigentlich wörtlich so im Vertrag wieder. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie haben dem Herrn Bernecker einen Entwurf geschickt oder Sie haben ihm – was nicht wirklich einen Sinn ergibt – einen Auszug aus dem Vertrag geschickt, weil da können Sie ihm ja genauso gut den Vertrag schicken, und ich gehe außerdem davon aus, dass der Herr Mensdorff und Valurex ohnehin über den Vertrag verfügt haben. Das ist ja nicht der Punkt. Aber warum bekommt der Herr Bernecker von Ihnen entweder den Auszug

aus dem Vertrag zwischen Motorola und der Republik Österreich oder – was noch interessanter wäre – einen Entwurf dazu? Warum? Warum der Herr Bernecker, der für Mensdorff-Pouilly arbeitet?

Ing. Josef Neureiter: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren der Herr Bernecker oder der Herr Mensdorff-Pouilly in irgendeiner Art und Weise an der Vertragserstellung beteiligt?

Ing. Josef Neureiter: An der Vertragserstellung an sich nicht. Aber ich habe ja bereits ausgeführt, dass es Gespräche mit Valurex gab, auch in Anwesenheit von Josef Bernecker, und als dieser Vertrag verhandelt wurde, war Josef Bernecker mit dabei, nicht immer, aber immer wieder. Und natürlich hat er uns in dem einen oder anderen Fall beraten, etwas zu tun oder etwas nicht zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist aber jetzt ein ganz entscheidender Punkt, denn das ist nicht der Vertrag zwischen Motorola und Valurex, sondern zwischen Motorola und dem Innenministerium. Warum hat der Herr Bernecker da beraten? – Entschuldigung, nein, Irrtum! Mein Mitarbeiter weist mich gerade darauf hin, dass das der Valurex-Vertrag ist.

Warum hat der Herr Bernecker in diesem Zusammenhang beraten? Ist das von Valurex so gewünscht worden? Ist das von Mensdorff-Pouilly so gewünscht worden?

Ing. Josef Neureiter: Soweit ich mich erinnern kann und wie ich schon ausgeführt habe, ist das von Valurex so gewünscht worden. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, Okay!*) Warum, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt noch einmal zur Tätigkeit von Herrn Mensdorff-Pouilly. Hat es bei der Ausarbeitung des Vertrags zwischen Motorola und der Republik Österreich irgendwelche Gespräche mit Mensdorff-Pouilly, Bernecker oder einer Person aus diesem Bereich gegeben?

Ing. Josef Neureiter: Ich kann das nicht bestätigen. Ich kann das weder bestätigen noch verneinen. Was ich für mich jedenfalls bestätigen kann, ist, dass es keine Kontakte und keine – wie heißt das noch einmal? – Abstimmungen diesbezüglich gab.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Ich frage Sie jetzt noch etwas ganz anderes, und dann kommt zum Schluss noch eine sehr kurze Frage, dann bin ich an und für sich durch.

Können Sie uns sagen, wer der Herr Jarek Rusek ist? (*Ing. Neureiter: Noch einmal den Namen, bitte!*) Jarek Rusek. Sie sehen dann gleich das dazugehörige Mail. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Aber ich möchte zuerst einmal von Ihnen wissen, wer das ist. – Also offensichtlich ist er ein Motorola-Mitarbeiter.

Ing. Josef Neureiter: Ganz offensichtlich, das sieht man an der E-Mail-Adresse. Ich kann auch erkennen: ein Mitarbeiter in der Finanz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen Sie, gehen wir einmal den Sachverhalt durch: Am 17. September 2008 schickt Jarek Rusek an einen ziemlich breiten Verteilerkreis – da finden sich auch der Thomas Schmicke und der Roland Dürr wieder, das sind zwei Personen, die immer wieder auftauchen – importance: high – und es sind nur die ersten beiden Sätze wichtig –: Dear all, as you're probably aware, we are having TPSR audit starting mid-october. The main area focus will be same like last year: Commission Agents. – Zitatende.

Also: Der Motorola-Konzern startet ein Audit über diese TPSR-Agenten, zu denen ja auch Valurex gehört. Und der Herr Rusek informiert alle: Hauptaugenmerk wird, wie im letzten Jahr, auf Commission Agents gelegt. – Nur so viel dazu.

Jetzt wird mit einer konzerninternen Untersuchung über Firmen wie Valurex und über Leute wie Mensdorff-Pouilly begonnen. Und jetzt wird untersucht. Und da ersuche ich Sie, gleich das nächste E-Mail anzuschauen, das wir Ihnen jetzt vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Dann wird das alles überprüft, und es wird geschaut: Gibt es da Unterlagen und so weiter und ist das alles plausibel? – Da haben Sie eine Tabelle, und in dieser Tabelle steht in der zweiten Zeile: Valurex. Da steht unter „Finance Manager“: Thomas Nagel.

Können Sie uns sagen, wer dieser Thomas Nagel ist?

Ing. Josef Neureiter: Thomas Nagel ist ebenfalls Finanzmitarbeiter bei Motorola.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann wollen die die ganzen Quartalsberichte haben, weil Motorola verlangt Quartalsberichte von diesen ganzen TPSRs, und da steht: Quartal 1 2007 bei Valurex: missing; Quartal 2: missing; Quartal 3: missing; Quartal 4: missing. Quartal 1 2008: missing; Quartal 2 2008: missing; Quartal 3 2008: missing.

Sagen Sie, ist Ihnen nicht schon früher aufgefallen, dass Valurex der Verpflichtung, diese Vierteljahresberichte vorzulegen, nicht nachkommt?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe das schon versucht auszuführen. Es gab einen Zeitpunkt x, an den ich mich nicht mehr erinnere – da müsste ich in den mir nicht vorliegenden Unterlagen, die bei Motorola liegen, nachschauen –, zu dem derartige Reports – es geht hier, nehme ich einmal an, ich sehe das Dokument, glaube ich, zum ersten Mal, um die TPSR-Reports – schriftlich vorzulegen waren. Und wenn ich mich recht entsinne, dann wurden diese Reports auch zeitlich zu dem erforderlichen Datum vorgelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das gilt für die Reports 2007. Die sind dann im Nachhinein geliefert worden. Das lässt sich alles nachvollziehen. Die von 2008 sind meines Wissens überhaupt nicht mehr geliefert worden. Es ist ja bereits in den vorhergehenden Befragungen, glaube ich, ziemlich klar herausgearbeitet worden, dass das ein offizieller Grund für die Vertragsauflösung war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ein letztes Mail in dem Zusammenhang vom von Ihnen beschriebenen Thomas Nagel an Roland Dürr am 1. November 2008:

Roland, Josef hat mich bezüglich Valurex am Donnerstag angerufen und mir ein paar Dinge mündlich mitgeteilt. Wir müssen am Montag mal besprechen wie, und ob überhaupt, wir diese Situation Jarek beschreiben. Gruß, regards, Thomas. – Zitatende.

Was haben Sie Herrn Thomas Nagel bezüglich Valurex mitgeteilt, wo dann Bedenken bestanden haben, das dem Controller zu offenbaren?

Ing. Josef Neureiter: Ich kann mich an das Gespräch zwar jetzt ad hoc nicht mehr erinnern, aber ich nehme an, die aus meiner Sicht – sage ich jetzt einmal – warnenden Presseberichte, die ja schlussendlich, sobald ein Zusammenhang zwischen Valurex und Mensdorff hergestellt wird, auch Motorola in irgendeiner Form – selbst wenn da kein vertraglicher Konnex besteht – in ein schlechtes Licht rücken würden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Genau das ist der Punkt, auf den ich hinauswollte, dass es darum ging – das war auch mein Eindruck –, der internen Kontrolle die Zusammenhänge zwischen Valurex und Mensdorff-Pouilly zu verheimlichen. Okay.

Ing. Josef Neureiter: Darf ich da noch eine Anfügung machen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gerne!

Ing. Josef Neureiter: Sie haben vorhin ein Mail vorgelesen – mir ist das gerade noch einmal aufgefallen – und haben da einen Namen in die Welt gesetzt: Carlos Sartorius – und zwar im Zusammenhang, Asner hätte eine Aussage gemacht, dass ich gesagt hätte, ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nicht er. Nein, das ist falsch. Nein, ich habe Ihnen aus der Befragung von Rechtsanwalt Asner vorgelesen, und Rechtsanwalt Asner – ich wiederhole es jetzt aus dem Gedächtnis – hat in Wien vor den Beamten des Innenministeriums und dem Staatsanwalt erklärt, drei Motorola-Mitarbeiter hätten 2004 gewusst, dass Mensdorff-Pouilly hinter Valurex steht, nämlich Wirth, dieser Carlos Sartorius und Sie. – Das war eine Aussage des Motorola-Anwalts. Ich habe Ihnen das wörtlich vorgelesen. Vielleicht wollen Sie noch ergänzen, wer Carlos Sartorius ist, wenn Sie es schon von sich aus ansprechen.

Ing. Josef Neureiter: Ich habe das vielleicht verkehrt verstanden gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann es Ihnen wörtlich vorlesen. Ich habe es Ihnen vorher auch wörtlich vorgelesen –: 2004 und 2005 wussten nur Wirth, Neureiter und Carlos Sartorius Bescheid, dass Alfons Mensdorff-Pouilly hinter der Valurex steht. – Zitatende.

Das ist die Aussage von Asner.

Ing. Josef Neureiter: Okay, gut. Carlos Sartorius war der General Manager von Motorola Europa; das wollte ich nur beifügen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay! Das Letzte, was ich Ihnen vorlege, ist ein Outlook-Appointment – also ein Termineintrag – von Neureiter Josef, Subject: Susanne Luka, Location: Café, am 11.1.2010, also zu einem Zeitpunkt, zu dem es bereits Untersuchungen gegeben hat. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Können Sie uns sagen, wer Susanne Luka ist?

Ing. Josef Neureiter: Susanne Luka ist Mitarbeiterin der MPA Wien, soweit ich weiß, ist sie bei MPA Wien angestellt, aber die Vertragsverhältnisse kenne ich nicht, und wurde – von Valurex hat es, ich habe das mehrmals gesagt, den Namen und die Person Josef Bernecker gegeben – ins Spiel gebracht, nachdem sich Josef Bernecker krankheitshalber zurückziehen musste.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber das ist am 11. Jänner 2010, da hat es schon lang keinen Vertrag mehr mit Valurex gegeben, da hat es gar nichts mehr gegeben. Warum haben Sie da die Frau Luka – eine enge Mitarbeiterin von Herrn Mensdorff-Pouilly – getroffen, zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits untersucht worden ist?

Ing. Josef Neureiter: Um die Frage einfach zu beantworten, Herr Dr. Pilz: Ich treffe mich mit sehr vielen Leuten, mit sehr vielen Kunden lange nachdem ein Vertrag geschlossen und völlig abgewickelt wurde. Ich sehe da nichts Unanständiges, sondern, ja ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es bei diesem Treffen um Mensdorff-Pouilly beziehungsweise um TETRON, um den Behördenfunk gegangen?

Ing. Josef Neureiter: Das schließe ich aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, damit ist das klar bei Protokoll.

Noch eine allerletzte oder abschließende Frage, und die ist die allerkürzeste. Ich wollte Sie fragen: Arbeiten Sie jetzt noch für Motorola oder haben Sie inzwischen eine andere Tätigkeit?

Ing. Josef Neureiter: Ich habe in meine – wie heißt das? – Unterlagen, die ich hier zur Unterzeichnung vorgelegt bekommen habe, hineingeschrieben, ich bin arbeitslos und bin seit Ende März dieses Jahres nicht mehr Mitarbeiter bei Motorola.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie vom Unternehmen entlassen oder gekündigt worden? Ich möchte nicht in Ihre privaten Verhältnisse eindringen, aber es geht schon darum, mit welcher Begründung sich Motorola möglicherweise von Ihnen getrennt hat. Mir geht es nur darum.

Ing. Josef Neureiter: Sie werden von mir diesbezüglich keine Antwort bekommen, aber dennoch: der Versuch einer Antwort. Mir wurde vom Motorola-Management glaubhaft versichert, dass die gemeinsam beschlossene Vertragsauflösung nichts mit einer möglichen, wie auch immer gearteten, Involvierung – oder was auch immer – im Zusammenhang mit dem Digitalfunkprojekt BOS-Österreich zu tun hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wann ist dieser Vertrag aufgelöst worden?

Ing. Josef Neureiter: Die Vertragsauflösung wurde – ich müsste Ihnen da auch die Unwahrheit sagen, ich weiß es nicht – auf alle Fälle wirksam mit 31. März.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses Jahres?

Ing. Josef Neureiter: Dieses Jahres.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nachdem Sie gesagt haben: gemeinsam. Darf ich davon ausgehen, dass es sich um eine einvernehmliche Vertragsauflösung handelt?

Ing. Josef Neureiter: Ja, das ist korrekt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kollege Pilz hat jetzt schon bei mir angeknüpft, warum manche Dinge, die Valurex betreffen, in Kopie immer an Mensdorff-Pouilly, an MPA, gegangen sind. Es gibt auch andere Mailverkehre, die die Vertragsverhandlungen zwischen Motorola und MPA betreffen.

Kennen Sie den Herrn Barry Broughton-Clarke?

Ing. Josef Neureiter: Also ich kenne ihn nicht persönlich, aber er war meines Wissens – oder ist, das weiß ich nicht mehr – Mitarbeiter von Motorola im rechtlichen Bereich, also in der Legal-Abteilung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welcher Bereich? Motorola USA, Deutschland, Österreich?

Ing. Josef Neureiter: In England, Barry war in England.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, der ist in England gewesen. Mir liegen da E-Mails aus dem Sommer 2006 – speziell von Juli und August – vor, wo der Herr Broughton-Clarke drei E-Mails an die Frau Susanne Luka – die haben wir schon bei der Firma MPA öfters als E-Mail-Empfängerin gehabt – schickt. In Kopie bekommt es der Herr Hans-Joachim Wirth und dann noch Rose Andy.

Wissen Sie, wer das ist?

Ing. Josef Neureiter: Andy Rose ist in der Finanzabteilung bei Motorola, auch in England.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auch in England.

Der entsprechende Betreff ist immer: Contract MPA Vienna – also Motorola macht ja mit MPA Österreich Verträge, die liegen ja vor.

Aber warum ist dann noch ein dritter auf der Kopie-Liste dieses E-Mails drauf, nämlich der Herr Christoph Ulmer, ehemaliger Kabinettschef des Innenministeriums?
(Ing. **Neureiter**: *Weiß ich nicht!*)

Also Motorola schreibt an MPA, zum Betreff: MPA Vertragsgestaltung – wo wirklich über Punkte gefeilscht wird. Das erklärt auch, dass dieser Herr Broughton-Clarke in der Rechtsabteilung ist, dass das Ihr Chef bekommt, der für Mitteleuropa, Deutschland zuständig ist, der Herr Wirth und dann auch der Herr Andy Rose, der auch in England sitzt und auch für Finanzen zuständig ist – das verstehe ich alles. Aber warum das der Herr Christoph Ulmer bekommt, dafür haben Sie keine Erklärung?

Ing. Josef Neureiter: Keine Erklärung. Kenne ich nicht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann abschließend noch: Kennen Sie eine Frau Barbara Turján, haben Sie diesen Namen schon einmal gehört?

Ing. Josef Neureiter: Kennen ist übertrieben, ich glaube, ich bin ihr einmal begegnet und würde sie momentan der MPA zuordnen, ich glaube, der MPA Budapest, aber sicher bin ich mir nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich würde das anhand der Dokumente auch so sehen, dass sie das ist. Und wenn Sie diese Erinnerung auch so haben, sage ich danke. Ich wollte von Ihnen nur die Bestätigung haben. Danke!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin hier bei einer grundsätzlichen Frage, weil hier schon öfters der Herr Asner Thema war.

Eingangsfrage: Sind Sie vom Herrn Asner jemals befragt worden, Sie als Person?

Ing. Josef Neureiter: Ich bin mir momentan nicht sicher, ob das eine Frage ist, die ich aufgrund der – ich sage jetzt einmal – Geschäftsgeheimnisse, denen ich nach wie vor verpflichtet bin – Motorola betreffend –, beantworten kann. Aber ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage auch nicht zum Inhalt, **was** er Sie gefragt hat. Ich meine, ich erwarte nur ein Ja oder ein Nein.

Ing. Josef Neureiter: Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Es ist nämlich deswegen wichtig, weil Sie von Herrn Asner befragt worden **sind**. Und es ist wichtig, weil Sie heute hier mehrmals zu den Aussagen des Herrn Asner gesagt haben, dass Sie diese Aussagen teilweise nicht nachvollziehen können beziehungsweise dazu nichts sagen wollen. Wir haben das, was Asner ermittelt hat, hier alles vorliegen. Das heißt, wenn Herr Asner auch Sie befragt hat, dann nehme ich an, dass er auch das, was er in Bezug auf **Ihre Person** gesagt hat, deswegen gesagt hat, weil er **Sie** auch dazu befragt hat.

Das ist auch **wichtig**, weil wir vorher die Diskussion gehabt haben, ob diese Aussagen des Herrn Asner richtig sind oder nicht. Also er hat auch Sie befragt, und das ist in seine Angaben gegenüber der österreichischen Justiz eingeflossen.

Und da frage ich Sie gleich noch einmal dazu.

Asner sagt:

„WIRTH und NEUREITHER sagten“ – da steht „sagten“, also Asner berichtet, was Sie ihm offensichtlich gesagt haben – „VALUREX hat ihnen geholfen einen Fuß in die Tür zu bekommen.“

Da uns ja die Verträge mit Valurex vorliegen – die Verträge zwischen Motorola und Valurex –, wissen wir, dass da nie etwas davon steht, dass da nie der Vertragsgegenstand der ist, dass man irgendwo einen Fuß in die Tür bekommt,

sondern dass es darum geht, dass da Valurex den Verkauf des TETRON nach dem erfolgten Zuschlag unterstützt, nämlich die Presales-Aktivitäten. Wir haben hier auch diesen Passus.

Jetzt ist meine Frage: Können Sie uns sagen, was genau Sie gegenüber Asner damit gemeint haben, als Sie sagten, dass Valurex Ihnen geholfen hat, einen Fuß in die Tür zu bekommen? Fragen wir so: Welche Tür war denn das?

Ing. Josef Neureiter: Ich befürchte, ich muss mich ein weiteres Mal wiederholen: Ich werde die Aussagen von Herrn Asner nicht kommentieren! (*Abg. Petzner: Asner sagt, dass Sie das gesagt haben!*) Zum einen kenne ich sie nicht (*Abg. Petzner: Ich habe es Ihnen gerade vorgelesen!*), zum anderen unterliegen Inhalte dieser Befragungen dem Geschäftsgeheimnis, an das ich leider nach wie vor gebunden bin.

Was heißt „leider“? – Das „leider“ ziehe ich zurück.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat Ihnen Valurex geholfen, irgendwo einen Fuß in die Tür zu bekommen?

Ing. Josef Neureiter: Ich würde die Frage mit dem Statement beantworten, das ich auch schon zwei oder drei Mal gemacht habe, nämlich dass Valurex von Motorola zwei Verträge in Bezug auf das BOS-Digitalfunk-Projekt in Österreich gehabt hat. Und da werden Leistungen beschrieben, und diese Leistungen wurden dann entsprechend der Bewertung erbracht oder nicht erbracht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Und diese ganzen Leistungen haben wir auch in den Verträgen nachgelesen, und es sind Leistungen, die nichts damit zu tun haben, irgendwo einen Fuß in die Tür zu bekommen. Also die Leistung, der Vertragsinhalt widerspricht nicht dem, was Sie da angegeben haben. Daher frage ich noch einmal: Was waren denn tatsächlich die Leistungen von Valurex?

Ing. Josef Neureiter: Auch dann, wenn ich mich bewusst wiederhole, Herr Petzner, meine Aussage dazu ist klar: Ich kommentiere die Aussagen und Stellungnahmen von Herrn Asner nicht!

Ich habe nach der Befragung durch Herrn Asner darum gebeten, dass ich ein Protokoll davon bekomme, habe dieses nicht bekommen, und deswegen ... Das sind seine Schlussfolgerungen, das sind seine Statements, **die** werde ich nicht kommentieren!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Dann sage ich Ihnen, was Asner gegenüber den österreichischen Behörden angegeben hat – nämlich genau das, was ich jetzt auch gesagt habe –: dass er feststellt, dass es auffällig ist, dass Valurex laut Vertrag eigentlich nur in die Presales-Aktivitäten involviert war und dass das nicht zusammenpasst mit den von Ihnen gemachten Angaben.

Also muss Valurex ganz andere Leistungen erbracht haben als offiziell in den Verträgen ausgeführt wurde. Und es wäre halt sehr spannend, diese Leistungen zu erfahren. Also welche Leistungen hat denn Valurex außerhalb des Vertragsgegenstandes, des Leistungsumfanges, der in den Verträgen festgelegt war, noch erbracht?

Ing. Josef Neureiter: Wie gesagt, ich werde hier die Stellungnahmen von Herrn Asner nicht kommentieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das hat jetzt nichts mit Herrn Asner zu tun, sondern ich frage Sie als Stefan Petzner, unabhängig von Herrn Asner:

Welche Leistungen hat Valurex außerhalb des in den Verträgen festgelegten Leistungsumfanges noch für Sie beziehungsweise Motorola erbracht?

Ing. Josef Neureiter: Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören wollen, aber ich wiederhole auch hier die Stellungnahme: Die Leistungen sind in den Verträgen beschrieben. Und entsprechend Abrechnung wurden diese Leistungen erbracht oder auch nicht. Die sind beschrieben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Aber die Leistungen passen nicht mit dem, was Sie da angegeben haben, zusammen! – Können Sie hier den Widerspruch aufklären?

Ing. Josef Neureiter: Vielleicht darf ich hier grundsätzliches Verständnis einholen. Wir kennen alle das Digitalfunk-Projekt BOS in Österreich und wissen, dass es bis heute noch keine Teilnahme verschiedener Bundesländer an diesem Projekt gibt, und Gleiches gilt in Bezug auf Endgeräte. Das ist ein Entwicklungsprojekt im Wesentlichen, für welches ich mich sehr, sehr intensiv eingesetzt habe in den Ländern, die noch nicht Teilnehmer des Digitalfunknetzes sind, damit diese die Vorteile vom Digitalfunknetz in einem eigenen Rollout ändern. Das heißt, dieser Presales-Prozess, den Sie jetzt mehrmals angesprochen haben, endet möglicherweise in Ihrer Vorstellung bei dem Zeitpunkt der grundsätzlichen Vertragsunterzeichnung des Digitalfunk-Projektes, ist aber in Wirklichkeit ein noch immer bestehender Presales-Prozess.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie der bei Herrn Mensdorff abgelaufen ist, wissen wir eh auch aus den Unterlagen, teilweise nicht immer ganz korrekt.

Wir kommen noch einmal zurück auf diese Firma SLAVIA CAPITAL. Schauen Sie, wir haben das recherchiert. Die Firma SLAVIA CAPITAL ist eine slowakische Finanzspekulationsfirma. Und in diesem E-Mail-Verkehr – im Jahr 2008, wo bereits die Korruptionsverdächtigungen im Zusammenhang mit Valurex öffentlich waren – wird die Frage gestellt, ob man bereit ist. Sie fragen, ob man das unterstützen kann, nämlich die Verträge, die man mit Valurex hat, nämlich diese zwei – das ist da eh angeführt –, diesen Infrastrukturvertrag und diesen Subscriber-Vertrag, an ein slowakisches Finanzspekulationshaus zu übertragen. Motorola hinterfragt das dann zu Recht. Denn die Frage ist: Was hat der österreichische Behördenfunk, was hat TETRON und was hat die Einbindung von Bundesländern und der Verkauf von Funkgeräten mit einer slowakischen Finanzspekulationsfirma zu tun?

Und daher fragt Motorola Sie das auch – und Sie geben dann an, dass Sie bei Valurex entsprechendes Feedback dazu einholen werden –, warum man diese Verträge an eine slowakische Finanzspekulationsfirma übertragen will.

Und ich frage Sie: Welches Feedback haben Sie dazu von Valurex bekommen?

Sie werden ja dann Motorola Bericht erstattet haben, wenn die Sie fragen und Sie zusichern, dass Sie dazu Feedback einholen werden. Zitat:

„Ich werde valurex ein entsprechendes feedback geben und danach ein feedback an dich.“

Das schreiben Sie dieser Person Ona Spreckels zurück auf deren Frage, warum man denn die Verträge an dieses slowakische Finanzspekulationsunternehmen übertragen will. Welches Feedback haben Sie da dann gegeben?

Ing. Josef Neureiter: Ich gehe davon aus, dass das Feedback schriftlich vorliegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es liegt eben nicht vor, deswegen frage ich Sie.

Ing. Josef Neureiter: Es tut mir leid, aber an *die* Details kann ich mich wirklich mehr erinnern. Ich glaube, ohne es zu wissen, dass das Feedback schriftlich vorliegt, und betone einfach noch einmal: Der Wunsch kam nicht von mir, sondern von der Firma Valurex.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und als Sie diesen Wunsch von der Firma Valurex erfahren haben – Sie haben ja einen Vertrag mit der Firma Valurex, wo es um das österreichische Behördenfunknetz geht –, als Sie von Valurex erfahren haben, dass sie diese Verträge zum österreichischen Behördenfunknetz an eine slowakische Finanzspekulationsfirma übertragen wollen, welche Gedanken haben Sie sich da persönlich gemacht? Haben Sie das hinterfragt? Haben Sie sich nicht gefragt: Warum wollen die das, was kann das Motiv dafür sein, warum macht man so etwas?

Und wenn ja – ich nehme an, Sie haben das auch persönlich hinterfragt –, was sind denn Ihre Gedankengänge gewesen, als Sie das damals erfahren haben?

Ing. Josef Neureiter: Ich gebe Ihnen recht: Natürlich habe ich es hinterfragt! Und ich war, könnte man jetzt sagen, dumm genug, so eine Frage überhaupt weiterzuleiten. Was der Grund war, warum ich es weitergeleitet habe, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben ja nicht nur die Anfrage weitergeleitet, sondern Sie haben gefragt, ob man das seitens Motorola unterstützen kann, und haben dann in weiterer Folge die Zusicherung gemacht, Feedback von Valurex einzuholen, wo es um den Wechsel des Vertrages von Valurex auf diese slowakische Finanzspekulationsfirma geht.

Sie haben ja viel mehr gemacht, als Sie hier angeben. Ob das dumm war, sei dahingestellt. Ich halte es nicht für dumm, die Frage weiterzugeben, denn natürlich muss man das mit der Zentrale abklären. Und Sie haben dann Feedback zugesichert und versprochen, das abzuklären. Und da möchte ich wissen, was Ihre Abklärung im Zusammenhang mit dieser Firma dann ergeben hat.

Ing. Josef Neureiter: Das weiß ich nicht mehr. (*Abg. Petzner: Wissen Sie nicht mehr?*) Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe hier jetzt das Protokoll einer Zeugenvernehmung vom Herrn Blaha. Der Herr Blaha ist nicht irgendwer, er ist ein Beamter des Innenministeriums. Er war damals auch Projektleiter von ADONIS.

Also der Beamte des Innenministeriums Blaha sagt Folgendes aus – ein ganz schwerwiegender Vorwurf gegen Motorola; dieses Dokument haben wir noch gar nicht so lange, das ist noch ganz frisch; wir haben nämlich gar nicht gewusst, dass er das genau so sagt –:

„Von Heinz BICK, vormaliger Geschäftsführer der Firma ROHDE u. SCHWARZ BICK Mobilfunk (...), hat mir erzählt, dass ziemlich am Anfang des ADONIS-Projektes ein hochrangiger Vertreter von MOTOROLA Deutschland zu ihm gesagt hätte: ‚Du bist ein guter Freund, aber in Österreich müssen wir dich „umbringen“, womit gemeint war‘ – sagt Blaha; Blaha sagt das selber, der Leiter des ADONIS-Projektes für die Republik Österreich, und zwar in einer Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft –, „dass ROHDE u. SCHWARZ mit dem ADONIS-Projekt scheitern sollten, damit MOTOROLA zum Zug kommt. Zum Zeitpunkt dieser Aussage befragt, gebe ich an, dass diese im Spätsommer bis Herbst 2002 gefallen ist.“

Das heißt, der Projektleiter von ADONIS, damals Beamter des Innenministeriums, sagt gegenüber der Justiz aus, dass er bereits im Herbst 2002 erfahren hat, dass Motorola versucht, das Projekt umzubringen, und was damit gemeint ist, nämlich dass das ADONIS-Projekt scheitern sollte, damit Motorola zum Zug kommt. Das sagt der Blaha selber im Jahr 2002. Da sind wir in einem noch sehr frühen Stadium. Sehr, sehr spannend!

Meine Frage dazu: Welche Versuche hat denn Motorola bereits im Jahr 2002 unternommen, das ADONIS-Projekt in Österreich zu Fall zu bringen?

Ich frage Sie das deswegen, weil es offensichtlich gelungen ist, das ADONIS-Projekt zu Fall zu bringen. Der Vertrag wurde dann ja auch aufgelöst. Und am Ende des Tages hat es Motorola dann auch so bekommen. Begonnen hat man mit dem Angriff offensichtlich, sagt Blaha selber, bereits im Jahr 2002.

Ing. Josef Neureiter: Auch dann, wenn man sich selber immer wieder gerne überschätzt: Ich war kein hochrangiger Mitarbeiter von Motorola. Ich kenne Herrn Bick nicht, kann auch deswegen nicht per Du mit ihm sein, habe so ein Gespräch auch nicht geführt und habe es auch nicht veranlasst.

Zu Ihrer Frage: Ich möchte diese Frage ein bisserl mit einem Quäntchen Zynismus beantworten, weil mich das schon etwas nervös macht, wenn hier, wer auch immer es ist – und ich schätze auch Manfred Blaha, ich kenne ihn persönlich –, der Motorola vorgeworfen wird, das Projekt zu Fall gebracht zu haben, weil wir alles darangesetzt haben, dieses Projekt zu Fall zu bringen.

Ich gebe nur zu bedenken: Seitens Motorola habe ich selber befürwortet, dass einer der wichtigen Funknetzplaner – einer der ganz wenigen, die sich im TETRA-Bereich auch auskennen – zum Zeitpunkt des Beginns des ADONIS-Projektes von uns, Motorola, an master-talk weitergegeben wurde, im Sinne einer Freistellung, damit dieser Mitarbeiter auch seine wertvollen Dienste bei der master-talk erbringen konnte.

Von wegen „zu Fall bringen“: Das weise ich massiv zurück!

Natürlich war uns daran gelegen – und das habe ich schon ausführlich beantwortet –, Informationen zusammenzukriegen, und wir haben diese Information auch unsererseits wieder entsprechend verteilt, was zum einen im ADONIS-Projekt technisch nicht funktioniert, und haben unsere Lösungen diesbezüglich auch verschiedensten Leuten und natürlich auch – das habe ich auch schon ausgeführt – der Firma master-talk dargestellt. Wir haben dargestellt, wie Motorola-Technik in das master-talk-Setup hineinpassen kann.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Herr Neureiter! Sie haben uns zuvor in einer Beantwortung erzählt, dass Sie Ihr Dienstverhältnis bei Motorola einvernehmlich aufgelöst hätten.

Jetzt meine Frage: Sie haben gesagt, dass Sie manchmal keine Antwort geben, weil es ein Geschäftsgeheimnis ist. – Haben Sie sich von Motorola entbinden lassen von diesem Geschäftsgeheimnis? Wenn nein, warum nicht?

Ing. Josef Neureiter: Ich wurde noch einmal spezifisch auf die Vertraulichkeitsvereinbarungen, die es zwischen Motorola und mir gibt, hingewiesen, und das – ich möchte fast sagen – kurz vor Beginn dieser heutigen Befragung.

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl schließt – da es keine weiteren Fragen mehr gibt – die Befragung, dankt der Auskunftsperson **Ing. Neureiter** und verabschiedet diese.

14.19

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl ersucht, die nächste Auskunftsperson, Herrn **Mag. Anton Lerchner**, in den Saal zu bitten.

14.20

Auskunftsperson Mag. Anton Lerchner

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir kommen nun zur Anhörung von **Mag. Anton Lerchner** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Lerchner, ich danke für Ihr Erscheinen! Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Mag. Anton Lerchner**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Mag. Lerchner, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt und hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Herr Mag. Lerchner, auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Sie kommen in Begleitung einer Vertrauensperson. Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Leopold Mayr**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Leopold Mayr als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der **Belehrung** und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu

antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Mag. Lerchner! Sie haben vor Eingang in die Befragung noch die Möglichkeit, in Form einer zehnmütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss zu präsentieren. Möchten Sie davon Gebrauch machen? (*Mag. Lerchner: Ja!*) – Bitte.

Mag. Anton Lerchner: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Der Rechnungshof hat von September bis Dezember 2011 die Vergabepaxis im Bundesministerium für Inneres überprüft. Am 30. August 2011 ist ein Ersuchen der Frau Bundesministerin für Inneres ergangen, das Thema Digitalfunk in den Bereichen Verhandlungen, Verfahren und Vergleich mit der Firma master-talk zum Projekt ADONIS zu überprüfen sowie die Ausschreibung und Vergabe¹ zum Projekt Digitalfunk BOS. Des Weiteren hat der Rechnungshof überprüft: die Umsetzungen seiner Empfehlungen zum Projekt ADONIS sowie die Umsetzungen zum Projekt Digitalfunk BOS.

Wie Sie alle wissen, hat die Gebarungsüberprüfung betreffend Behördenfunknetz ADONIS bereits eine Veröffentlichung im Bericht Reihe Bund 2004/5 gefunden. Die Vorprüfung reichte bis zur Kündigung am 26. Juni 2003. Das war der Zeitpunkt, ab dem wir die Prüfung wieder aufgenommen haben, und diese reicht dann bis zum Abschluss des Vergleichs am 14. September 2006.

Der Vergleichsabschluss am 14. September 2006 umfasst eine Vergleichssumme in der Höhe von 29,9 Millionen € exklusive Umsatzsteuer. Der Republik Österreich verblieben daraus keine Vermögenswerte. Der Republik Österreich entstand daher ein finanzieller Schaden von rund 30 Millionen €. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Beratungsleistungen überprüft. Im Vorbericht waren dazu bereits 2,04 Millionen € festgestellt worden. Weitere Beratungsleistungen in der Höhe von rund 365 000 € folgten. Das heißt, im Zusammenhang mit dem Projekt ADONIS gab es Gesamtausgaben für Beratungsleistungen in der Höhe von 2,41 Millionen €.

Ich möchte jetzt zum nächsten Abschnitt kommen. Das ist die Prüfung der Ausschreibung, Vergabe und Umsetzung im Projekts Digitalfunk BOS. Dieses Projekt hat bereits begonnen und wurde durchgeführt, während die Vergleichsverhandlungen zum Digitalfunkprojekt ADONIS noch gelaufen sind.

Die Empfehlungen des Vorberichts wurden in einem sehr zentralen und wesentlichen Punkt nicht umgesetzt. Der Rechnungshof hat empfohlen, vor Abschluss eines Vertrages über ein österreichisches Funknetzprojekt bindende Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern über die Teilnahme und anteilige Finanzierung abzuschließen. – Wie bereits ausgeführt, eine bindende Vereinbarung hat es dazu nicht gegeben.

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Weiters haben wir in diesem Zusammenhang auch Beratungsleistungen betrachtet. Im Ergebnis stellten wir fest, dass 28 Aufträge an zehn Berater in der Höhe von rund 980 000 € vergeben wurden. Das war der eine Block zu den Beratungen.

Als Weiteres hatten wir auch im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren und der Wahl des Vergabeverfahrens geprüft, welche Art gewählt wurde. Das Innenministerium entschied sich, eine Dienstleistungskonzession auszuschreiben. Der wesentliche Unterschied zu einer Dienstleistung liegt darin, dass der Konzessionär das Recht zur Nutzung der Leistung hat, ohne dafür ein Entgelt vom Auftraggeber zu bekommen.

Der Rechnungshof hat in diesem Zusammenhang die Verfahrenswahl kritisiert, weil das BMI aus dem Vorprojekt davon ausgehen musste, dass ein privates Unternehmen nicht in der Lage war, die Teilnahme von Blaulichtorganisationen in den Ländern herbeizuführen; das Modell war daher auch im Zusammenhang mit der Umsetzung als unrealistisch zu bewerten. Nach der Aktenlage selbst war das Vergabeverfahren aufgrund der vorliegenden Dokumentation für den Rechnungshof nachvollziehbar.

In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens zum Digitalfunkprojekt BOS haben wir auch die Plausibilitätsprüfung näher betrachtet. Da zeigte sich, dass der externe wirtschaftliche Berater beim ersten Angebot noch eine vertiefte Plausibilitätsprüfung durchgeführt hat; bei dem dritten Angebot fand hingegen keine vertiefte Analyse mehr dazu statt.

Das wirkte sich in der Folge auch wesentlich aus: Waren nämlich die Investitionskosten für Standorte im ersten Angebot von dem obsiegenden Bieter noch mit 110 Millionen € angesetzt, so waren die im Businessplan nur mehr mit 1,2 Millionen € ausgewiesen. Das war dann letztendlich eine gravierende Auswirkung auf die Investitionstätigkeit in der Umsetzung.

Der Bieter hat beim letzten Angebot auch vorgeschlagen, ein **Bund-Länder-Modell**² durchzuführen. Das heißt, dass zur Errichtung der Standorte die Länder herangezogen werden. Die Errichtung der Standorte übernimmt somit ein Land – oder die Länder –, das damit im Wege der Vertragsübernahme die Projektgesellschaft beauftragt.

Kosten für die Errichtung und weitere Betreuung und Wartung sollten die Länder tragen.

Das korrespondiert eben mit den Zahlen aus der Plausibilitätsprüfung. Der Bieter ging demnach davon aus, dass keine oder nur mehr geringe Kosten an Investitionstätigkeit anfallen würden.

Das BMI könnte dann in der Folge den Wert der Beistellungen von der monatlichen Gesprächsgebühr vom Funkdienstentgelt abziehen, als Gegenleistung wäre aber wiederum dafür ein zusätzliches Funkdienstentgelt von brutto 7,49 Millionen € jährlich zu zahlen gewesen. Ich komme dann auch zum Ende, ich bin schon sehr weit vorgeschritten.

Was den Betrieb und den Ausbaustand betrifft: Die Bundesländer Wien, Tirol und Niederösterreich sind bereits voll ausgebaut. In der Steiermark ist es noch in Umsetzung, der geplante Vollbetrieb wird 2014 sein. Offengeblieben sind Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Der Rechnungshof hat kritisiert, dass **acht Jahre**³ nach Vertragsabschluss mit den Ländern es noch immer nicht gelungen ist, bindende Vereinbarungen zu schließen, und drei Jahre nach dem beabsichtigten Projektende noch eine erhebliche Versorgungslücke bestand. (*Obfrau Dr. Gabriela Moser übernimmt den Vorsitz.*)

² Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

³ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Das hat zu Mehrkosten geführt. Diese Mehrkosten resultieren: in erhöhten Funkdienstentgelten von rund 180 Millionen €; in einmaligen Investitionszuschüssen, die in diesen Betrag eingerechnet sind; in 160 Millionen € für den Ausbauzeitraum selbst an Funkdienstentgelten sowie in für das laufende Funkdienstentgelt für die Laufzeit von 25 Jahren in der Höhe von 809 Millionen €. Das ergibt dann für den Rechnungshof einen Gesamtbetrag für die Umsetzung des Digitalfunkprojektes in der Höhe von 1,15 Milliarden €. – Danke schön.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Magister, ich habe mir Ihren Rechnungshofbericht, den Rohbericht, den das Bundesministerium selbst gewünscht hat, sehr genau angesehen, und bin etwas irritiert, da es sich dabei um keine ganzheitliche Betrachtung handelt, da nicht die freiwilligen Einrichtungen – die ja ein wichtiges Element sind, weil sie zahlenmäßig wesentlich höher sind als die Verwendungen, die es beim Bundesministerium für Inneres und bei der Exekutive gibt ...

Warum hat es hier keine ganzheitliche Betrachtung gegeben, sondern nur das Element Innenministerium und Exekutive?

Mag. Anton Lerchner: Die Gebarungsüberprüfung hat gelautet: Vergabepraxis im Innenministerium. Wir wurden, wie gesagt, von der Frau Innenministerin ersucht, eine Gebarungsüberprüfung im Bereich Digitalfunk durchzuführen. Diese haben wir im Rahmen dieser Gebarungsüberprüfung abgeführt. Deshalb lag der Schwerpunkt auf dem Digitalfunk-Projekt, Vergabe und Umsetzung im Zusammenhang mit dem Innenministerium.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber Ihnen ist wohl bekannt, dass das nicht einmal 50 Prozent der ganzheitlichen Betrachtung sind!

Mag. Anton Lerchner: Wie meinen Sie das mit nur 50 Prozent der gesamtheitlichen Betrachtung?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Mehr als 50 Prozent, konkret 52 Prozent, werden von dritten Nutzern – Rettung, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesministerium für Landesverteidigung, Bundesministerium für Justiz und so weiter – genutzt. Das ist in diesen Betrachtungen nicht inkludiert. Das gibt ja keine richtige Gewichtung!

Mag. Anton Lerchner: Wir haben sehr wohl bei dieser Betrachtung eine gesamtheitliche Betrachtung angestellt. Wenn Sie das Thema so ansprechen, möchte ich Sie gleich bitten, auf die Seite 108 im Bericht kurz Einblick zu nehmen. Da ist konkret dargestellt, was diese Länderbeteiligungen und diese Beteiligung von Blaulichtorganisationen kostenmäßig darstellen.

Das Basisentgelt für das Innenministerium einschließlich des Landes Tirol beträgt 45,83 Millionen € brutto. Zieht man davon die Entgelte für Beistellungen der Standorte durch die Länder ab, nämlich in der Höhe von 11,67 Millionen €, sowie die zuzüglichen Entgelte für Länderbeteiligungen – also die Länderbeteiligungen sind dabei, welche Organisationen die Länder dann damit in diesem Funkprojekt bedienen, ist nicht relevant für die weitere Betrachtung –, kommen in Summe als Ergebnis 32,34 Millionen € brutto jährlich heraus.

Das sind eben diese 809 Millionen € Gesamtfunkdienstentgelt für eine Laufzeit von 25 Jahren. Die Länder sind da mit eingerechnet. Das heißt, wenn die Länder entscheiden, nur die Feuerwehr zu beteiligen oder auch das Rote Kreuz, den Samariter-Bund, so ist das ihnen überlassen und hat keinen Einfluss auf das Funkdienstentgelt, weil das nutzerunabhängig berechnet wurde.

Das heißt, es wird diese Leistung Funkdienstentgelt zur Verfügung gestellt und nicht in Abhängigkeit von bestimmten Teilnehmerzahlen. Da haben Sie sehr recht, und ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie das kurz ansprechen: Das war im Vorprojekt ADONIS der Fall. Da wurde konkret davon ausgegangen, wie viele Teilnehmer welchen Gesamtfunkdienstentgeltsbetrag ergeben; und da haben wir bei der laufenden Gebarungüberprüfung letztendlich festgestellt, dass das Innenministerium mit Kosten in der Höhe ... *(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)*

Das Innenministerium hat eben abhängig von der Beteiligung und von der Anzahl der Nutzer gerechnet. Im besten Fall, wenn alle Nutzer sich beteiligt hätten, wäre da eine jährliche Nutzungsgebühr von 24,9 Millionen € fällig geworden. Hätte nur das Bundesministerium für Inneres an diesem Projekt teilgenommen, mit einer Teilnehmeranzahl von 22 000, dann hätte das einen Betrag von rund 87 Millionen € zur Folge gehabt.

Also: Da, konkret im ersten Fall ADONIS, war das noch teilnehmerabhängig; im Nachfolgeprojekt BOS nicht mehr – und das wurde auch berücksichtigt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Magister, mir liegen unterschiedliche Zahlen vor. Daher würde ich gerne von Ihnen erfahren, was die richtige Dimension ist. Ich habe zwei unterschiedliche Informationen, nämlich dass es mittlerweile zirka 40 000 Endgeräte gibt beziehungsweise um die 80 000 Nutzer. Was ist Ihr Wissensstand? Welche dieser beiden Zahlen ist als die richtige anzusehen?

Mag. Anton Lerchner: Die Anzahl der Nutzer und Endgeräte, das ist nicht eingeflossen, weil es, wie ich schon ausgeführt habe, nicht relevant ist für das Gesamtfunkdienstentgelt, von der Anzahl der Geräte sowie jener der Nutzer zu sprechen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Magister, wie sind im Zuge Ihrer Prüfung die bestehenden Technologien von den Finanzaufwendungen bewertet worden? Laut internationalen Experten werden die Aufwendungen für das alte analoge System, das technologisch nicht nur veraltet ist, sondern nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht, nämlich in Bezug auf Verfügbarkeit ... Die derzeitige Technologie ermöglicht weit über 90 Prozent Verfügbarkeit bei Analoggeräten, das alte System hingegen dramatisch weniger.

Wie haben Sie diese Kosten mit berücksichtigt? Es ist ja nicht so, dass die derzeitige Analogtechnik nichts kostet, sondern auch hier entstehen laut internationalen Expertenmeinungen zwei Drittel der Kosten. Wie haben Sie das berücksichtigt?

Mag. Anton Lerchner: Die Kosten für den Analogfunk wurden vom Innenministerium geschätzt, nämlich die Aufwendungen. Die derzeit laufenden Analogfunkkosten im Innenministerium wurden in diesem Bericht nicht berücksichtigt. Die müsste man dann auch noch dazurechnen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber es geht ja konkret um die Differenz. Wenn man von erhöhten Kosten spricht, dann muss man ja, Sie haben vollkommen recht, auch diese Kosten auf die Tisch legen. Das heißt nicht, dass diese zusätzlich entstehen, sondern – ich überlege jetzt – wenn man die durch neue Technik ersetzt, kommt es de facto zu Synergien, wenn man eben mehr Geräte in den verschiedenen Bundesländern zum Einsatz bringt und eine bessere Marktdurchdringung erreicht.

Ich bin auch etwas verwundert, Herr Magister: Bei 25 Jahren eine Prognose hochzurechnen! Bei technologischen Veränderungen wie bei Handys gibt es ja auch entsprechende Preisreduktionen. Wie ist das aus Ihrer Sicht? Wie wurde das berücksichtigt? Wenn ich mich daran erinnere, was ein Handy vor zehn Jahren gekostet hat und was heute eines kostet, so hat es da beachtliche Veränderungen

gegeben; und diese Technologiesprünge werden, da es eine neue Technik gibt, nämlich das Digitalsystem, auch entsprechend zu berücksichtigen sein.

Wie haben Sie das vorgenommen? Wie haben Sie das gemacht?

Mag. Anton Lerchner: Bei dieser Leistung, die hier zur Verfügung gestellt wird, handelt es sich um eine Dienstleistung. Das heißt, ein Bündelfunknetz wird als Dienstleistung zur Verfügung gestellt. Bei dieser Dienstleistung hat **ein** Bieter einen bestimmten Betrag angeboten, der hat gesiegt; und von diesem Betrag ist auszugehen für die Laufzeit von 25 Jahren. Die haben wir auf die 25 Jahre hochgerechnet und das als Berechnungsgrundlage herangezogen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Also das heißt, Sie haben die finanztechnische Bewertung gemacht und so quasi als Reserve, zwar nicht finanztechnisch zu sehen, aber technisch zu sehen, die Entwicklungsmöglichkeiten, die es in diesem Technologiebereich gibt?

Mag. Anton Lerchner: Die Entwicklungsmöglichkeiten liegen bei der Betreiber-gesellschaft TETRON. Die hat sozusagen das Equipment, für die Herstellung dieses Funkdienstnetzes selbst zu sorgen. Die muss sozusagen die Gerätschaften und Materialien verwenden. Das ist unabhängig vom Innenministerium, ob die sozusagen mehrere Geräte oder weniger Geräte brauchen, ob die mehrere Standorte gebraucht hätten oder nicht. Es war auch grundsätzlich eben diese Dienstleistungskonzession ausgeschrieben. Das heißt, das Marktrisiko selbst liegt bei TETRON, auch wenn es da eben zu Systemänderungen kommt, wenn mehr Standorte gebraucht werden. Die Standorte selbst sind ja auch nicht vom Innenministerium in Auftrag zu geben, sondern das war die Aufgabe von TETRON.

Letztendlich hat TETRON ein Bund-Länder-Modell im letzten Angebot vorgeschlagen. Das Innenministerium hat das zwar nicht angenommen, aber hat es de facto gelebt. Das heißt: Ausbau nach den einzelnen Ländern. Die Standortzahl hat sich sehr erhöht, und letztendlich hat auch das Innenministerium, wie sich jetzt in der Umsetzung gezeigt hat, auch diese erhöhten Investitionskosten getragen, die an und für sich nur von TETRON zu tragen gewesen wären.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehen Sie das im Zusammenhang der Unterstützung, wie das in manchen Bundesländern seitens des Bundesministeriums für Inneres auf indirektem Wege in der Dimension von 7 Millionen € für ein Bundesland erfolgt ist?

Mag. Anton Lerchner: Ich sehe das im Zusammenhang mit, wie ich es schon ausgeführt habe, diesem Bund-Länder-Modell, dass man nicht ganz klar gesagt hat, das Marktrisiko liegt bei TETRON, nicht das Gesamtpaket in Auftrag gegeben hat, so wie es auch ausgeschrieben war, sondern es de facto eben anders gelebt hat. Und dadurch hat es eben zu dieser Verschiebung auch des Kostenrisikos geführt. Das haben wir sehr klar dargelegt im Bericht, und das ist der Punkt.

Und letztendlich trat TETRON im Jahr 2009 an das Innenministerium heran, und zwar im April, dass die finanzierenden Banken mit 30. Juni 2009 eine feststehende Kreditlinie in der Höhe von 66,1 Millionen € nicht weiter begeben werden. Auf Basis dieses Faktums hat man Verhandlungen geführt, und die haben dann in einer Vereinbarung gemündet vom 30. Juni 2009, wo es zu einer Erhöhung des zusätzlichen Funkdienstentgeltes aus dieser finanziellen Notlage gekommen ist in der Höhe von 3,69 Millionen € jährlich. Das heißt, das Angebot hat sich 2009 erhöht um diesen Betrag von 3,69 Millionen € brutto, und eine Vorauszahlung ist geleistet worden in der Höhe von 2 Millionen € für die nächsten weiteren 60 Monatsraten.

Damit hat man den Bestand von TETRON gesichert. Das haben wir auch in unserer Prüfung festgestellt, dass diese jährlichen Mehrkosten von rund 3,69 Millionen € das Innenministerium übernommen hat, um eine vorzeitige Vertragsauflösung beziehungsweise die Insolvenz von TETRON und damit ein Scheitern des Projekts zu verhindern. Dazu haben wir dann kritisch festgehalten im Bericht, dass eine wesentliche Verantwortung an Projektverzögerungen und damit an den TETRON daraus entstandenen Mehrkosten das BMI mittrug.

In einer weiteren Verhandlungsrunde 2010 hat man dann den Ausbau weiter forciert und versucht zu finanzieren, und das fand dann in einer Zusatzvereinbarung im Juli 2010 statt. Diese regelte insbesondere den Rollout für das Land Steiermark, wo man gesehen hat, dass man mit der Standortanzahl nicht zu Rande kommt mit den technischen Neuerungen, die Sie angesprochen haben. Ein System-Upgrade und ein neues Rückfallkonzept, das nur von TETRON zu tragen gewesen wäre, hat das BMI übernommen, die Grundzüge für den Ausbau in den weiteren Ländern. Und das in einer Summe, dass für das Land Steiermark ein zusätzlich erhöhtes Funkdienstentgelt von 374 000 € anfällt pro Jahr und für Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Standorterrichtung 2,5 Millionen € exklusiv Umsatzsteuer angefallen sind. Das hat auch das BMI getragen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Magister! Ich denke, diese Kostenfehleinschätzungen, wie Sie angeführt haben (*Mag. Lerchner: Ja!*), haben wir im ersten Projekt erlebt und auch im zweiten Projekt. Bei einem technologisch derart innovativen und vielschichtigen Projekt ist das anscheinend bedauerlicherweise auch der Fall, wie man auch an den anderen Staaten sehen kann, etwa der Bundesrepublik Deutschland. Auch dort war das der Fall.

Damit gestatten Sie mir einen Blick über die Staatsgrenzen zu werfen, um Vergleiche zu ziehen. Ist das ein österreichisches Phänomen, wenn es eine Einführung einer derartigen Technologie mit einer derartigen vielschichtigen Nutzerstruktur gibt? Oder ist ein europäischer Vergleich oder ein internationaler Vergleich nicht sinnvoll in diesem Zusammenhang?

Sie gestatten mir, dass ich hier auf die Nutzerplattform Digitaltechnik hinweise, wo ein derartiger europäischer Vergleich dargelegt wird. Dieser europäische Vergleich stellt Österreich ein exzellentes Zeugnis aus. Sie finden dort ein Gerät mit 468 € in Österreich, in Belgien 1 306 €, in Dänemark 1 380 € und in Großbritannien 1 592 €. Ist das eine Fehleinschätzung, Fehlinterpretation? Haben Sie diesen internationalen Vergleich angestellt und in Ihrer Prüfung berücksichtigt?

Mag. Anton Lerchner: Der Rechnungshof hat keinen internationalen Vergleich angestellt. Wie ich eingangs ausgeführt habe, hat sich der Rechnungshof auf die Vergabep Praxis im BMI beschränkt und in diesem Zusammenhang das Digitalfunkprojekt BOS geprüft.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber um eine korrekte Bewertung vorzunehmen, sieht man doch normalerweise über den Zaun und sagt: Wie haben es denn die anderen gemacht? Es ist sehr vielschichtig; ich habe es gesagt. Aber das wäre doch das Schlüssigste und das Normalste, dass man einen internationalen Vergleich zieht. Warum ist das nicht geschehen?

Mag. Anton Lerchner: Es war nicht notwendig, diesen internationalen Vergleich zu ziehen, weil dem Rechnungshof sind die Angebote vorgelegen im Zuge des Vergabeverfahrens. Der Fokus lag am Vergabeverfahren, das hat auch die Frau Innenministerin beauftragt. Da haben wir uns die erste Stufe angesehen, die Bewerberauswahl, die zweite Stufe dann sozusagen, die Bieterbewertung, die Verhandlungsverfahren, Teststellungen und dergleichen mehr, und letztendlich, wie

auch das Verfahren abgewickelt wurde und dann der Zuschlag der Bietergemeinschaft B zustande kam. Also das war der Fokus, letztendlich das Vergabeverfahren zu prüfen.

Und weil Sie gesagt haben, ob das korrekt abgelaufen ist, diese Prüfung: Da kann ich Ihnen sagen, die ist sehr korrekt abgelaufen, weil man nämlich, wenn man das Vergabeverfahren prüft, nicht zu schauen braucht, wie in anderen Ländern Vergabeverfahren abgeführt werden. Da sind auch die gesetzlichen Bestimmungen anders. Wir haben das Bundesvergabegesetz. Wir haben die österreichischen entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Andererseits zur Umsetzung selbst: Die Umsetzung erfolgt ja auf den Angeboten, die damals eingebracht wurden im Jahr 2004 und letztendlich am 21. Juni 2004 auch zum Zuschlag geführt haben. Da braucht es keiner weiterer Betrachtung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Da werden wir uns nicht finden gemeinsam. Das sehe ich schon. Ich zweifle nicht an der Korrektheit der Prüfung. Das ist überhaupt keine Frage aus meiner Sicht. Nur für mich als politisch Verantwortlichen ist eine Frage: Was kostet es denn in anderen Ländern, was ist ein Mehraufwand je Gerät? Und ich finde, wenn internationale Experten meinen, zwei Drittel hätte die Analogtechnik gekostet, ein Gerät kostet in Österreich 468 €, dann haben wir über den Daumen gepeilt, nicht sehr präzise gerechnet, aber doch, 150 € je Gerät an Mehrkosten bei sensationell mehr Technologie. Man muss ja grundsätzlich festhalten, dass in jenen Bundesländern – und Sie haben die Bundesländer vorhin angesprochen –, in denen die Technologie zum Einsatz kommt, die Einsatzkräfte sehr zufrieden sind mit dieser Technologie.

Ich verweise auf mein Heimatbundesland Niederösterreich. Wir haben dort bei der Exekutive 3 600 Geräte, bei der Feuerwehr 8 445 Geräte – ich weiß das, weil als Bürgermeister mussten wir es in meiner Heimatgemeinde mitbezahlen –, bei der Rettung 2 100 Geräte, bei der Landesbehörde 871 Geräte, also eine sensationelle Marktdurchdringung! Ähnlich auch in Tirol.

Ich habe schon Verständnis, dass manche Bundesländer, nachdem sie, wie das hier im Ausschuss angesprochen wurde, vorher bereits investiert haben und natürlich nicht so rasch umsteigen wollen auf diese Technik, etwas hinten nachhinken. Trotz alledem ist festzuhalten, dass es sich hier technologisch um eine gute Lösung handelt. (*Obfrau Dr. Moser spricht mit Abg. Dr. Pilz und Abg. Pendl.*)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Zur Geschäftsbehandlung!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Sie sind abgelöst vom Abgeordneten Amon.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): „Abgelöst“ ist wahrscheinlich der falsche Ausdruck.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie: in der Fragestellung ergänzt oder ...

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Das ist wieder wahr.

Ich wollte mich nur deshalb zur Geschäftsbehandlung melden, weil die Auskunftsperson uns signalisiert, dass sie akustisch die Frage nicht verstehen konnte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, wenn Sie die Frage nicht verstehen konnten, teilen Sie uns das mit.

Mag. Anton Lerchner: Doch, es war nur durch die Lärmkulissee im Hintergrund etwas beeinträchtigt. Aber ich habe Ihnen folgen können.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Außerdem soll ich noch darauf hinweisen, dass die 7 Minuten erschöpft sind. Wenn es noch eine dringende Frage gibt – bitte.

Mag. Anton Lerchner: Ich möchte noch ergänzen, weil Sie mich ja so konkret gefragt haben: Der Rechnungshof hat keine Prüfungszuständigkeit außerhalb der Bundesgebietes, wir haben hier in Österreich im Innenministerium geprüft.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Danke für die Beantwortung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, dass wir Herrn Mag. Lerchner für *eine* Stunde geladen haben. Deshalb nur eine Runde, würde ich vorschlagen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Herr Mag. Lerchner! In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses hat der ehemalige Geschäftsführer der Firma master-talk, Hansjörg Tengg, unter Verwendung eines Zitates dem BMI bei der Umsetzung von ADONIS, sage ich einmal salopp, Unfähigkeit vorgeworfen. Er hat im Zusammenhang mit seiner Aussage ein Zitat von Napoleon verwendet und hat gemeint, wenn etwas nach einer Verschwörung aussehe, dann sollte man eher Dummheit oder Unfähigkeit annehmen und beim Ministerium, gemeint ist hier das Innenministerium, wohl Letzteres.

Daher meine Frage an Sie: Ist das Innenministerium in Bezug auf das Projekt ADONIS tatsächlich unfähig gewesen?

Mag. Anton Lerchner: Der Rechnungshof hat sich den Punkt Vertragsauflösung sehr genau angeschaut, ebenso auch dann die Vergleichsverhandlungen. Es haben da mehrere Gründe zur Vertragsauflösung geführt. Das war einerseits die Tarifgestaltung und die Akquisitionsverpflichtung anderer Blaulichtorganisationen in den Ländern. Das heißt, das habe ich schon ausgeführt, dass abhängig von der Teilnehmeranzahl sich letztendlich das Gesamtfunkdienst-Entgelt berechnet hat im schlimmsten Fall eben von 87 Millionen €, im besten Fall 25 Millionen €.

Für den Rechnungshof, und damit möchte ich jetzt Ihre Frage beantworten, waren neben der unklaren Vertragslage auf Grund der Tarifgestaltung auch wirtschaftliche Gründe maßgeblich. Das hat der Rechnungshof geprüft, bewertet, und das habe ich Ihnen in dieser Form auch dargestellt.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Aus Ihren Unterlagen, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, ist es schon klar ersichtlich, dass eine erhebliche Disharmonie in der Finanzkalkulation vorliegt. Sie haben es schon angeführt: Während das BMI 22 Millionen für den Ausbau und Betrieb von ADONIS veranschlagt, wären Ihren Unterlagen zufolge 78 Millionen zu kalkulieren gewesen, also eine finanzielle Disharmonie, die finanztechnisch wohl sehr auffällig ist. War das Projekt ADONIS unter diesen Voraussetzungen überhaupt überlebensfähig?

Mag. Anton Lerchner: Der Rechnungshof hat nicht die Überlebensfähigkeit des Projektes beurteilt. Wir haben die Akten durchstudiert. Ein wesentlicher Teil fand sich dann letztendlich und wurde uns auch von der Finanzprokuratur zur Verfügung gestellt zu den Vergleichsverhandlungen. Ich kann Ihnen sagen, dass zum Beispiel die Wirtschaftsprüfer nur eingeschränkt Unterlagen zur Verfügung hatten, um auch den Vergleichsbetrag zu beurteilen, aber keine Einzelbelege, wie das in so einem Fall notwendig ist. Und nach Ansicht des Rechnungshofes waren die Gutachten deshalb auch nicht geeignet, die tatsächliche Forderung beziehungsweise die entstandenen Ausgaben in weiterer Folge zu verifizieren.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Sie haben in Ihrem Bericht auch berechtigterweise die Kritik geäußert, dass kein konkreter Nachweis über die tatsächlichen

Aufwendungen seitens des BMI vorgelegen ist, wie überhaupt die Dokumentation im Zusammenhang mit dem Projekt ADONIS sehr mangelhaft war.

Aber ich möchte auf diese Vergleichszahlung in der Höhe von 29,9 Millionen € an Steuergeld eingehen, die ja hier bezahlt wurden, um quasi das Konsortium master-talk aus diesem Vertragswerk mit dem BMI zu entlassen. Wir haben gestern die Ausführungen vom Vertreter der ... (*Mag. Lerchner: Finanzprokurator!*) – danke schön! – Finanzprokurator gehört, der hier klargemacht hat, dass das ein Finanzrahmen war, der wohl von vornherein schon vorgegeben war und wo es sehr geringen Spielraum gegeben hat.

Haben Sie in Ihrer Prüfung einen besseren Spielraum gesehen, wie man dem Steuerzahler die Bezahlung dieser knapp 30 Millionen €, die sich dann noch ergänzt hat um 149 500 € an Abgeltung für Gebühren ...? Hätten Sie da einen anderen Weg, einen besseren, einen günstigeren Weg gesehen?

Mag. Anton Lerchner: Weil Sie das konkret ansprechen: Das haben wir in der TZ 41, Punkt 2, ausgeführt, dass der Rechnungshof festgestellt und kritisiert hat, dass die Vergleichssumme ohne konkreten Nachweis tatsächlicher Aufwendungen zustande kam. Das heißt, wenn man im Hintergrund keine Einzelbelege hat und kein konkreter Nachweis geführt wird, dann ist es sehr, sehr schwierig bis unmöglich, das zu beurteilen, was Sie hier meinen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ein nicht unwesentlicher Punkt, den Sie in Ihrem Rechnungshofbericht auch ansprechen, sind die finanziellen Leistungen für Beratungstätigkeiten, sowohl was das Projekt ADONIS betrifft als auch das Nachfolge-Projekt BOS. Hier sagen Sie, dass speziell beim Beratungsprojekt ADONIS die gewählte Vergabeart nicht zulässig war. Inwieweit war diese Vergabeart nicht zulässig?

Mag. Anton Lerchner: Sie meinen wohl das Projekt BOS? Weil bei ADONIS haben wir die Vergabe jetzt nicht mehr geprüft.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ja, das Projekt BOS.

Mag. Anton Lerchner: Diese Ausführung von Ihnen bezieht sich konkret auf die Dienstleistungskonzession. Bei einer Vergabe einer Dienstleistung ist das Vergabegesetz anzuwenden, bei einer Dienstleistungskonzession nur in wenigen rechtlichen Bestimmungen. – Entschuldigung, das habe ich jetzt falsch aufgenommen. Sie meinten die Beraterverträge. – Ja, da ist richtig.

Der Rechnungshof hat sich im Zusammenhang mit dem Digitalfunk-Projekt BOS auch die Beratungsleistungen angeschaut. Von 28 Aufträgen an zehn Berater in der Höhe von rund 980 000, wie ich ausgeführt habe, wiesen rund zwei Drittel vergaberechtliche beziehungsweise formelle Mängel auf, wie zum Beispiel die Wahl der Vergabeart, das Auftragswert-Splitting, fehlende Auftragswertschätzung.

Und weil Sie auch die Wahl der Vergabeart angesprochen haben: Das waren Direktvergaben, da hätte man auch durchaus einen Wettbewerb zulassen können.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Es gibt hier neben den kritisierten Beratungsleistungen und den formellen Mängeln, die Sie auch ausgeführt haben, zwei Beratungstätigkeiten, die auch besonders ins Auge stechen. Das eine ist die Beratungstätigkeit des ehemaligen Kabinettschefs Ulmer, der hier quasi als karencierter Beamter eine Sachleistungsabgeltung bekommen hat. Da sprechen Sie davon, dass die sachliche Notwendigkeit nicht nachvollziehbar ist. Können Sie das ein bisschen näher erläutern?

Mag. Anton Lerchner: Der Rechnungshof hat diese Beratungsleistung geprüft. Es war ein Beratungsvertrag abgeschlossen ab 1. Juni 2004, während das Digitalfunk-Projekt noch in der Vergabephase war. Da war der Gegenstand der Leistung die Beratung bei wirtschaftlich-organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren Digitalfunk-BOS. Es wurde kein Entgeltanspruch vereinbart mit dem Berater. Das BMI refundierte aber die entstandenen Unkosten beziehungsweise Spesen.

Nach Zuschlag an den Bestbieter ist dann dieser Beratervertrag erweitert worden. Das ist konkret am 7. Juli 2004 passiert. Da hat man den Leistungsinhalt dann auf Beratungstätigkeit bei Ausgliederungs- sowie Privatisierungsprojekten im BMI ausgedehnt. Die erbrachten Leistungen haben wir auch beziffert. Das war nachvollziehbar, im Zeitraum Mai 2004 bis September 2006 waren das 10 883,77 €.

Eine Dokumentation – und das ist der wesentliche Punkt – der Beauftragungen, der genauen Leistungsinhalte und Ergebnisse sowie die Vertragsbeendigung an sich lagen im Innenministerium nicht vor. Dadurch letztendlich auch die Würdigung des Rechnungshofs, die sachliche Notwendigkeit eines Beratervertrages für das Projekt Digitalfunk mit dem ehemaligen Kabinettschef war für den Rechnungshof nicht nachvollziehbar. Das BMI hat dazu aber Stellung genommen. Wenn Sie wollen, kann ich auch die Stellungnahmen jetzt noch ausführen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Eine weitere, sehr interessante Konstellation im Innenministerium ist die Tätigkeit des Brigadier Skorsch, der neben seiner Leitung oder seiner Tätigkeit, seiner Beamten-tätigkeit als Abteilungsleiter auch die Projektleitung des BOS geführt hat und dafür, obwohl er schon zuvor der Projektleiter dieses Digitalfunk-BOS-Projektes war, zusätzlich einen Werkvertrag vom BMI erhalten hat. Da gab es auch von Ihnen kritische Anmerkungen dazu, nämlich hinsichtlich der Ausführung und der Zweckmäßigkeit dieser Tätigkeit. Könnten Sie uns das auch etwas näher erläutern?

Mag. Anton Lerchner: Im Zuge der Gebarungsüberprüfung hat sich auch gezeigt – der Rechnungshof hat Personalakten eingesehen, also nicht nur die Vergabeakten, von wesentlichen Personen, die am Vergabeverfahren beteiligt waren –, dass ein Nebentätigkeitsvertrag mit dem Herrn Projektleiter vereinbart war. Das hatte die Ursache, dass dieses Projekt in die Linie überführt worden ist, und zwar hat es mit 1. Dezember 2005 eine Änderung der Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung im BMI gegeben, und da wurde diese Fernmelde- und Funktechnik in die Abteilung IV/8 überführt. Man hat aber den Projektleiter weiterhin mit diesem Projekt, im Sinne dieses Nebentätigkeitsvertrages, betraut, und wir kamen da zu einer sehr kritischen Würdigung, dass der Abschluss eines Nebentätigkeitsvertrages mit dem Projektleiter nicht notwendig gewesen wäre, weil sowohl der zuständige Abteilungsleiter als auch ein anderer Abteilungsleiter das weiterführen hätte können, im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Wäre es auch ein gangbarer Weg gewesen, wenn man im Zuge dieser Neubestellung dieses Abteilungsleiters die bisherigen Agenden, die er als Projektleiter gehabt hätte, ihm auch im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeiten hätte zuordnen können, und damit wäre auch die formelle Begründung für diesen Werkvertrag weggefallen?

Mag. Anton Lerchner: Also hypothetische Überlegungen stellt der Rechnungshof nicht an. Wir haben es ganz klar festgelegt, dass die Projektleitung von der zuständigen Abteilungsleitung weitergeführt hätte werden können.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Aber ich entnehme Ihrem Bericht und auch den Ausführungen, dass das ein Weg gewesen wäre, wo man dem Steuerzahler 128 000 € erspart hätte.

Eine abschließende Frage von meiner Seite betrifft diese Zusatzvereinbarungen, die das BMI mit der Firma TETRON abgeschlossen hat, nämlich sowohl diese 3,69 Millionen € für den Fortbestand beziehungsweise die Option, dass TETRON weiter wirtschaftlich überleben darf, als auch diese Zusatzvereinbarung über den weiteren Ausbau. Die Frage, die sich mir stellt, ist, ob TETRON überhaupt überlebensfähig ist, ohne Gefahr zu laufen, weitere Finanzspritzen seitens des BMI erhalten zu müssen. Oder wie ist da die Einschätzung des Rechnungshofes? Sind weitere Zusatzvereinbarungen notwendig, um den Ausbau des Blaulichtfunkes in Österreich in dieser derzeitigen Form sicherstellen zu können?

Mag. Anton Lerchner: Die Zusatzvereinbarungen, die Sie ansprechen, 23.1 und 23.2, beziehen sich auf die Vergangenheit. Wir haben keinen Blick in die Zukunft geworfen, weil es auch nicht möglich ist, ein Privatunternehmen zu prüfen. Da müssten wir sozusagen auch deren Zahlen vorliegend haben, die Einnahmen, die Ausgaben, die Investitionen und dergleichen mehr. Für den angesprochenen Zeitraum 2009, den ich schon in meiner Einleitung ausgeführt habe, war es unumgänglich, das Überleben von TETRON durch die Bezahlung von diesen Beträgen – 3,69 Millionen € brutto an höherem, zusätzlichem Funkdienstentgelt – zu sichern. Ansonsten, wie gesagt, wäre die Insolvenz beziehungsweise das Scheitern des Projektes auch möglich gewesen. Das ist die Feststellung des Rechnungshofes dazu.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ich gestatte mir aufgrund Ihrer letzten Aussagen die Befürchtung auszusprechen, dass wohl weitere Finanzspritzen notwendig sein werden, damit TETRON den Ausbau des Blaulichtfunkes weiter fortsetzen kann, und hoffe, dass das den Steuerzahler nicht allzu viel belastet. Aber ungeachtet dessen ist das eine eher ernüchternde Zukunftsaussicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich möchte ein bisschen anders ansetzen. Ich möchte Sie nicht mit dem, was im Rechnungshofbericht steht, konkret konfrontieren, denn das haben Sie alles aufgeschrieben, der Rechnungshofbericht liegt uns vor, sondern ich möchte Sie damit konfrontieren, was das Innenministerium offiziell zu Ihren Erkenntnissen sagt. Da gibt es – wahrscheinlich ist das die längste OTS-Aussendung des Jahres 2012 – eine elendslange offizielle Stellungnahme des BMI, daher können wir das auch offiziell gemeinsam diskutieren, die ja den Rechnungshof eher sehr kritisch beleuchtet. Rechnungshofkritik ist ja derzeit vor allem in Niederösterreich im Trend, wenn ich auf die Aussagen des Herrn Pröll verweisen darf, und die Frau Mikl-Leitner kommt ja auch aus Niederösterreich.

Also das niederösterreichisch geführte Innenministerium stellt in dieser Aussendung fest: „Der Rechnungshof stellt das Funktionieren des Funkbetriebes entsprechend den vertraglich definierten Anforderungen fest. Der Digitalfunk bewährt sich in der Praxis bestens.“

Teilen Sie diese Ansicht, dass der Digitalfunk in der Praxis „bestens“ funktioniert, wie das das Innenministerium interpretiert? Es ist eine offizielle Stellungnahme, daher können wir das auch jetzt fragen.

Mag. Anton Lerchner: Den Ausbaustand habe ich schon dargestellt. Es sind noch sehr große Lücken in der Versorgung gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also teilen Sie die Aussage, dass der Digitalfunk in der Praxis bestens funktioniert, demnach nicht.

Mag. Anton Lerchner: Das möchte ich so nicht sagen. Wir warten auf eine offizielle Stellungnahme, und darauf wird es eine Gegenäußerung des Rechnungshofs geben. Also letztendlich kann ich diese Ausführungen nicht kommentieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Er schreibt dann weiter: „Der nun vorliegende Roh-Bericht des Rechnungshofes zeigt bereits, dass das Vergabeverfahren insgesamt korrekt durchgeführt wurde.“ Wurde das Vergabeverfahren insgesamt korrekt durchgeführt, laut Ihren Recherchen auf Basis des Rohberichtes?

Mag. Anton Lerchner: Nach den Feststellungen, die wir zum Vergabeverfahren gemacht haben, lässt sich das Vergabeverfahren an sich nachvollziehen, anhand der Dokumentation. Es gibt im Grunde genommen wenige Beanstandungen zu diesem Verfahren.

Ein Punkt betrifft die erste Stufe, wo es zu einer, aus der Sicht des Rechnungshofes, nicht ausgewogenen Gewichtung bei den Auswahlkriterien kam. In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens – das habe ich auch schon ausgeführt, das war der Punkt der Plausibilitätsprüfung – hätte eine vertiefte Plausibilitätsprüfung noch erfolgen müssen, da letztendlich der Businessplan zwar nicht Vertrag geworden ist, aber der Businessplan ist die Berechnungsgrundlage des Unternehmens, wie es wirtschaften wird, wie es diesen Funkdienst aufbauen und zur Verfügung stellen wird. Das waren jetzt zwei Punkte, die ich dazu noch nennen wollte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In dieser Stellungnahme schreibt das Innenministerium auch: „Bei einem solchen Großprojekt, mit dem Neuland betreten wird, ist eine Steigerung der Kosten leider oft nicht vermeidbar.“ Ich frage Sie: Wären, nach Auffassung des Rechnungshofes, bei richtiger Vorgehensweise Kostensteigerungen in Teilen oder im Ganzen vermeidbar gewesen?

Mag. Anton Lerchner: Ich komme noch einmal zurück zur Plausibilitätsprüfung und führe dann weiter aus. Beim ersten Angebot hat das Unternehmen 110 Millionen € für die Standorte, für die Investitionskosten eingepreist gehabt. Im letzten Angebot waren das nur mehr 1,2 Millionen €. Das heißt, dass letztendlich davon ausgegangen worden ist, seitens der Unternehmung, dass diese Kosten jemand anderer tragen wird. Das hätte man in einer vertieften Plausibilitätsprüfung auch sehen können.

Und letztendlich resultieren diese Kostensteigerungen und Mehrausgaben aus einer Fehleinschätzung der Standortanzahl, weil nämlich dieses Marktrisiko auch bei TETRON gelegen wäre. Die haben mit rund 1 188 Standorten gerechnet, und die Stellungnahme des BMI, die wir übermittelt bekommen haben, spricht bereits von 1 800 Standorten. Da TETRON diese Anzahl beziehungsweise die Kosten dafür nicht mehr selbst trägt, sondern im Sinne des Bund-Länder-Modells diese Kosten auf die Länder übertragen werden – damit die wiederum kostenfrei funken können, wenn sie sich beteiligen –, ist das mit eine Ursache für diese Mehrausgaben für das BMI beziehungsweise die Länder.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben schon im Rechnungshofbericht auch zu ADONIS ausgesprochen: Wenn Sie jetzt die Fehler und das ADONIS-Projekt mit dem TETRON-Projekt vergleichen, finden Sie, dass das Innenministerium Lehren aus dem Scheitern des ersten Projektes gezogen hat und dass die Empfehlungen und die Kritik des Rechnungshofes bei TETRON berücksichtigt wurde, oder wurden die Lehren aus ADONIS nicht beziehungsweise mangelhaft gezogen – denn in Wahrheit funktioniert ja TETRON bis heute auch nicht?

Mag. Anton Lerchner: Der Rechnungshof hat zum Vorbericht ADONIS eine Reihe von Empfehlungen abgegeben. Das hat die Tarifgestaltung betroffen, die Erbringung von Beistellungsleistungen, die Methoden der Abnahmetests, Kontrollrechte und dergleichen mehr. Also wesentliche Punkte hat man sehr, sehr genau letztendlich auch aufgenommen und betrachtet bei diesem Vergabeverfahren, und die wurden auch letztendlich berücksichtigt.

Der zentrale Punkt, wo es eben zu diesen Mehrausgaben kommt, die ich Ihnen schon erläutert habe, ist einfach das Bund-Länder-Modell, dass es keine bindende Vereinbarung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit der Betreibergesellschaft gibt. Also letztendlich besteht die bindende Vereinbarung zwischen BMI und den Ländern. Aber zu diesem Zeitpunkt hätte sie vorliegen sollen, und das war auch im Vorbericht schon die Empfehlung des Rechnungshofes.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dazu sagt das Innenministerium: „Damit wäre der Start für das wichtige Digitalfunk-Projekt schon deshalb auf die lange Bank geschoben worden, da mit diesem Neuland betreten wurde“ – bezüglich dieser Bund-Länder-Vereinbarungen. „Es war und ist daher zweckmäßiger, die Umsetzung dort voranzutreiben, wo der politische Wille auf Landesebene entsprechend vorhanden ist – und die anderen Länder dann mit den funktionierenden Beispielen zu überzeugen.“

Was sagen Sie zu dieser Äußerung des Innenministeriums? Die sagen, dass es nicht zweckmäßig gewesen sei, die Länder vorher einzubinden. Das sagen sie erst in einer aktuellen Stellungnahme, obwohl wir alle wissen, dass das in Wahrheit ein riesenproblem ist.

Mag. Anton Lerchner: Dieses Bund-Länder-Modell ist auch schon im Oktober 2003 von master-talk als Vorschlag zur Weiterführung des Projektes ADONIS eingebracht worden, eine Kostenbeteiligung der Länder in Form von Investitionsbeträgen bei der Beistellung von Standorten. Das Angebot entsprach in Teilbereichen dem, was wir heute als Digitalfunkprojekt BOS kennen, und zwar genau im Konkreten mit der Beistellung der Standorte durch Bund, Länder, im Sinne des Bund-Länder-Modells.

Damals hat die Projektleitung, vielleicht darf ich das auch noch kurz ausführen, den Standpunkt vertreten, dass dieses Angebot betreffend die Standortbeistellungen eine wesentliche Kostenerhöhung für das BMI darstelle, denn 80 Prozent der Standorte müssen vom BMI zur Verfügung gestellt werden. Also es wurde auch damals schon eine derartige Möglichkeit von Beistellungen der Standorte im Sinne eines Bund-Länder-Modells geprüft, seitens des BMI.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich möchte nur kurz einen letzten Punkt bezüglich der Vergleichssumme ansprechen. Das haben wir gestern mit dem Herrn Präsidenten Peschorn schon diskutiert. Da sagt das Innenministerium zu Ihrem Rohbericht, Zitat: „Die Darstellung im Roh-Bericht zur Vergleichs-Summe ist verkürzt.“ Ja, daher diskutieren wir das einfach noch einmal und nehmen diese, ob zulässig oder nicht zulässig, Kritik des niederösterreichisch geführten Innenministeriums auf.

Ich frage Sie ganz konkret. Wir haben ja diese Vergleichsvereinbarung hier. Unter Zahlungsverpflichtung gibt es einen Punkt 2.2, Zitat: Falls der Vergleichsbetrag wider Erwarten doch umsatzsteuerpflichtig sein sollte, verpflichtet sich die Republik Österreich, zusätzlich die Umsatzsteuer in der vorgeschriebenen Höhe und alle Säumniszuschläge und Folgen binnen 14 Tagen nach Vorschreibung durch das Finanzamt an master-talk zu entrichten und zu ersetzen. – Zitatende.

Halten Sie so eine Klausel für üblich, dass sich die Republik verpflichtet, einem Unternehmen die Steuern zurückzuzahlen, falls es umsatzsteuerpflichtig werden sollte, beziehungsweise die Steuern zu ersetzen, beziehungsweise haben Sie sich diese Umsatzsteuerklausel genau angeschaut in Ihrer Prüfung?

Mag. Anton Lerchner: Wir haben diesen Punkt der Frage der Umsatzsteuer natürlich sehr genau geprüft und konnten dies aufgrund der Dokumentation, die uns auch der Herr Präsident der Finanzprokuratur zur Verfügung gestellt hat, nachvollziehen. Wenn Sie mich jetzt also konkret darauf ansprechen, möchte ich Ihnen das natürlich auch erörtern. In einem Amtsvermerk vom 11. September hat er festgehalten, dass am

10. September der Präsident der Finanzprokuratur, er selbst, mit dem damaligen Generalsekretär des Finanzministeriums, und nicht mit der zuständigen Finanzbehörde, die Frage erörtert hat, ob eine Vergleichszahlung der Umsatzsteuer unterliege oder nicht. In weiterer Folge hat dann der Herr Generalsekretär des Finanzministeriums mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen Rücksprache gehalten, und da wurde dann letztendlich festgelegt, dass ein echter Schadenersatz ausgewiesen werden sollte, da dieser nicht der Umsatzsteuer unterliegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, und vorher war es ein unechter Schadenersatz, und der wäre der Umsatzsteuer unterlegen. Halten Sie diese Änderung ...

Mag. Anton Lerchner: Entschuldigung, ich möchte noch dazusagen, dass das beurteilt wurde aufgrund der ihm zugänglich gemachten Unterlagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, aber wir haben vorher das vorläufige Verhandlungsergebnis eines unechten Schadenersatzes mit Umsatzsteuerpflicht, und dann ist es ein echter Schadenersatz ohne Umsatzsteuerpflicht geworden. Beurteilen Sie diese Änderung, die der Herr Finanzminister herbeigeführt hat, unterm Strich für die Republik als finanziell von Vorteil oder finanziell von Nachteil? Wir haben uns das ganz genau ausgerechnet, sage ich gleich dazu.

Mag. Anton Lerchner: Einerseits ist die nicht zuständige Behörde damit befasst worden, weil auch das Finanzamt über die Umsatzsteuerpflicht oder nicht entscheidet, und das hat der Rechnungshof auch in diesem Bericht festgehalten. Wir haben auch an Sachverhaltslage feststellen können, dass in einem Gespräch am 4. September, beziehungsweise in einem Aktenvermerk vom 4. September genau dieser Punkt festgehalten worden ist, dass der Herr Minister diesen Betrag inklusive Umsatzsteuer verstehe, der damals in der Höhe von 35 Millionen € war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal die Frage: Wir haben zuerst diese Vereinbarung mit unechtem Schadenersatz, der umsatzsteuerpflichtig ist, und dann wird es ein echter Schadenersatz, der nicht umsatzsteuerpflichtig ist. Halten Sie das unterm Strich dann, auch in Bezug auf die Länder, sage ich gleich dazu, für eine Änderung, die finanziell gesehen für die Republik von Vorteil oder eher von Nachteil war?

Mag. Anton Lerchner: Wenn weniger bezahlt wird, ist es ein Vorteil, wenn mehr bezahlt wird, ist es ein Nachteil, beziehungsweise muss man bei der Umsatzsteuer sehr genau auch noch Folgendes betrachten: Die Umsatzsteuer fließt wieder zurück in den Staatshaushalt, wird aber letztendlich wieder aufgeteilt zwischen Bund und Ländern. Also sie kommt nicht wieder nur zum Bund, sondern eben in einer ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben! – Und der Punkt ist, dass durch den Verzicht auf die Umsatzsteuer die Länder geschädigt wurden, denn – Sie sagen das völlig richtig – wäre die Umsatzsteuer noch enthalten gewesen, hätte master-talk 6 Millionen Umsatzsteuer an die Finanz zahlen müssen und die Finanz wiederum hätte laut Bund-Länder-Vereinbarung dann 33 Prozent an die Länder und Gemeinden, also diesen Umsatzsteueranteil von rund 5, 6 Millionen, ausschütten müssen. Durch den Verzicht des Herrn Bundesministers Grasser auf diese Umsatzsteuer und die Wandlung von einem unechten zu einem echten Schadenersatz sind die Länder leer ausgegangen und haben nichts gekriegt von diesem Umsatzsteueranteil. – Ist das korrekt?

Mag. Anton Lerchner: Es stellte sich für den Rechnungshof nur die Frage, ob es umsatzsteuerpflichtig wäre oder nicht. Wir haben den Sachverhalt hier wiedergegeben. Was letztendlich der Vergleichsbetrag war, ob er umsatzsteuerpflichtig ist oder nicht – was letztendlich auch nicht unserer Beurteilung obliegt –, ob der Sachverhalt

tatsächlich den echten Schadenersatz rechtfertigt oder nicht oder ob es unter Umständen vielleicht doch ein unechter gewesen wäre, diese Beurteilung konnten wir nicht machen.

Wir haben hier aufgezeigt, welche Diskussionen es dazu gab. Und das haben wir festgehalten im Prüfungsergebnis.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind ausgeschöpft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie ist es jetzt, haben wir eine zweite Runde?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, wir haben nur für eine Stunde geladen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber eine Zusatzfrage ist schon möglich, denn dann würde ich die Zusatzfrage gleich verwenden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine, aber wirklich nur eine!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich muss das hier noch einmal festhalten und dann noch einmal dazu fragen. – Faktum ist, die Länder sind leer ausgegangen und sind um diesen Umsatzsteueranteil umgefallen durch diesen Verzicht des Herrn Finanzministers, und dazu habe ich eine Schlussfrage. Wenn Sie sich die Zahlen genau anschauen – bitte jetzt genau zuhören! –, die Zahlen also genau anschauen, dann haben wir zuerst die von Peschorn verhandelte Lösung mit 35 Millionen inklusive Umsatzsteuer als unechten Schadenersatz, und dann haben wir am Ende 29,9 Millionen echten Schadenersatz ohne Umsatzsteuer.

Wenn man jetzt den Umsatzsteueranteil vom Peschorn-Vorschlag herausrechnet und das vergleicht mit dem, was der Grasser verhandelt hat, dann kommt unterm Strich keine Reduktion für den Steuerzahler heraus – ob das jetzt Kosten für das Innenministerium sind oder die Finanz, für den Steuerzahler kommt insgesamt keine Reduktion heraus –, sondern es kommen Zusatzkosten oder Mehrausgaben oder Gelder heraus, die man – nämlich die Republik – verloren hat in Höhe von 800 000 € bis 900 000 €. – Ist das korrekt?

Mag. Anton Lerchner: Ich kann Ihrer Berechnung insoweit folgen: Wenn man von diesen 35 Millionen sozusagen die Steuer abzieht, welcher Betrag da herauskommt – das wären in etwa, wenn ich das im Kopf rechne, 29,2 Millionen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): 29,1 Millionen, Grasser hat aber verhandelt 29,9 Millionen. Das heißt, unterm Strich sind 800 000 dazugekommen und nicht weggekommen.

Mag. Anton Lerchner: Aber diese Berechnung hat der Rechnungshof nicht angestellt. Wir haben den Sachverhalt dargelegt und diesen auch sehr kritisch bewertet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es ist korrekt, dass es bei Peschorn 29,1 Millionen gewesen wären, bei Grasser sind es dann 29,9 Millionen, das heißt, es sind unterm Strich 800 000 € dazugekommen. Sie brauchen ja nur mit mir die Rechnung durchzugehen, auch wenn der Rechnungshof das selber nicht geprüft hat. Ich möchte nur von Ihnen die Rechnung bestätigt haben. – Sie kennen sich sehr gut aus, ich sehe das ohnehin schon. Ich finde die Beamten des Rechnungshofes und den Rechnungshof im Gegensatz zum Herrn Landeshauptmann Pröll ganz, ganz toll.

Also noch einmal: Ist die Rechnung so korrekt, diese 800 000, die dann eigentlich dazugekommen sind, wenn man beide Konstrukte vergleicht?

Mag. Anton Lerchner: Die Zahlen stehen, wie ich schon darauf hingewiesen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich möchte aber wissen, ob unterm Strich – das war meine Frage – 800 000 € dazugekommen sind und unterm Strich keine Reduktion

durch die Verhandlungen der Vergleichssumme durch Herrn Grasser stattgefunden hat. Vergleiche Peschorn-Verhandlungsergebnis mit Grasser-Verhandlungsergebnis – Zusatzkosten oder Schaden durch Grasser: 800 000 €.

Mag. Anton Lerchner: Sie haben recht: Wenn man sozusagen zunächst die 35 Millionen brutto betrachtet, dann ist das ein niedrigerer Betrag als die 29,9 Millionen €, da haben Sie vollkommen recht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Antwort reicht mir. Das heißt, wir haben hier vom Rechnungshof bestätigt, dass der Herr Grasser nicht herunterverhandelt hat, sondern so gescheit war hinaufzuverhandeln und das Ganze unterm Strich 800 000 € mehr gekostet hat. – Danke schön.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Mag. Lerchner! Waren Sie schon beim Vorbericht dabei, beim ADONIS-Bericht?

Mag. Anton Lerchner: Nein, beim Vorbericht, bei der Prüfung ADONIS war ich nicht dabei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Auch ich möchte mich mit der Aussendung vonseiten des Innenministeriums auf Grundlage des Rechnungshofrohberichtes beschäftigen. In der Presseaussendung des Innenministeriums wird irgendwie festgehalten, dass aufgrund des Berichtes jetzt eine Dokumentation eingeführt wird. Das ist zwar eine von vielen Empfehlungen, die in dem Rohbericht ausgesprochen werden, aber werden noch andere Empfehlungen umgesetzt? Haben Sie da anhand der Gegenstellungnahmen schon etwas gesehen?

Mag. Anton Lerchner: Der Bericht wurde letzte Woche der geprüften Stelle, dem Innenministerium, übermittelt. Das Innenministerium hat jetzt drei Monate Zeit, dazu Stellung zu nehmen. Sie haben eine Presseaussendung des Innenministeriums in Händen. Für uns ist die offizielle Stellungnahme der Frau Bundesministerin maßgeblich, die uns in dieser Periode, in diesem Zeitraum, den ich Ihnen genannt habe, zugehen wird, und daraufhin werden dann auch wir wiederum eine Gegenäußerung abgeben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie es die übliche Arbeitsweise des Rechnungshofes ist. – Mich würde jetzt die konkrete Budgetzahl interessieren. Wir hatten bei ADONIS den Fall, dass 22 Millionen € budgetiert waren, aber 72 Millionen € gebraucht worden wären. Gestern hat uns Herr Tengg gesagt, dass Minister Strasser damals nicht mehr Geld für das Budget für die Finanzierung von ADONIS bekommen hat, und bei TETRON haben wir jetzt eigentlich die gleichen Voraussetzungen oder den gleichen Sachverhalt, nämlich dass auf der einen Seite zu wenig budgetiert wird und dann ein Mehrbedarf besteht, wie sich das auch in der Zusatzvereinbarung 23.1 äußert.

Ein zweiter Aspekt ist die Nichteinbindung der Bundesländer – eben keine verbindliche Abmachung, kein verbindlicher Vertrag – und vor allem, was wichtig ist, keine ausverhandelte Finanzierung, was ja auch im Bericht drinnen steht.

Können Sie mir jetzt zu den Budgetzahlen für das neue Projekt TETRON etwas sagen? Haben Sie da eine Übersicht, es gibt nämlich immer einzelne Tabellen über Nutzungsentgelte und Sonstiges. Man kommt insgesamt auf 1,15 Milliarden €. Wäre das die Budgetzahl? – Aber das ist sie über 25 Jahre, oder?

Mag. Anton Lerchner: Das ist die Gesamtbetrachtung, die umfasst sowohl den Ausbau als auch dann den Vollbetrieb in den 25 Jahren. Der Ausbau ist seit 2004 im Gange und wird voraussichtlich 2018 abgeschlossen sein. Das heißt, diese eine Phase ist die Ausbauphase und die daran anschließende Phase ist die für 25 Jahre

vereinbarte Betriebsphase. Also es gibt diese zwei Phasen. – Der Ausbau wird erst 2018, so wie es geplant ist, fertiggestellt werden.

Weil Sie die Budgetzahlen angesprochen haben: Da möchte ich Sie gerne auf die Seite 106 des Prüfungsergebnisses des Rechnungshofes verweisen. Dort sehen Sie eine Abbildung, wo sehr konkret dargestellt wurde sowohl was tatsächlich budgetiert ist als auch was die tatsächlichen Ausgaben sind. Und da sehen Sie, dass wegen des verzögerten Ausbaus die bisherigen Ausgaben deutlich unter den in der Budgetplanung vorgesehenen Summen liegen.

Während vom Projektbeginn bis einschließlich 2011 insgesamt rund 189 Millionen € budgetiert waren, betragen die tatsächlichen Ausgaben insgesamt rund 133 Millionen €. Das entspricht somit einer Unterschreitung von 55,6 Millionen €, das sind rund 30 Prozent, um die unterschritten wurde. Es ist diese Tabelle letztendlich, wo ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da kann ich rechts keine Zahl erkennen bei diesem Diagramm. Deswegen meine Frage.

Mag. Anton Lerchner: Wenn ich Ihnen kurz das Diagramm erörtern darf: Sie finden hier die Jahreszahlen 2004 bis 2011, und in der linken Spalte sind ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie reden von Abbildung 3? Ich rede von Abbildung 2, weil Abbildung 3 ist einfaches Diagramm und ...

Mag. Anton Lerchner: Sie sind auf einer anderen Seite. – Darf ich Sie bitten, kurz auf die Seite 106 zu schauen, da finden Sie diese Budgetzahlen. Es ist die rechte Seite – jetzt sehe ich es von hier aus. In diesem Diagramm ist abgebildet einerseits der Betrag, beginnend bei 5 Millionen € bis zu 45 Millionen € in 5-Millionen-Schritten, und letztendlich auch, wie ich schon ausgeführt habe, die Jahre 2004 bis 2011.

Der dunkelblaue Balken ist die Budgetplanung und der hellblaue sind die tatsächlichen Ausgaben. Und da sieht man ganz klar und deutlich, dass die tatsächlichen Ausgaben natürlich unter der Budgetplanung liegen. Das ist auf den verzögerten Ausbau zurückzuführen, weil das Innenministerium bereits mit 2008, also Ende 2008, mit einem Vollausbau gerechnet hat.

Zu Beginn des Jahres 2009 hätte das Digitalfunknetz voll ausgebaut für ganz Österreich zur Verfügung stehen sollen. Deshalb ist es auch zu dieser Budget-**unterschreitung** gekommen. Das heißt im Umkehrschluss, es wurde mehr budgetiert als tatsächlich ausgeschöpft wurde aufgrund der Ausgaben, die bisher getätigt worden sind.

Aber das hängt damit zusammen, wie gesagt, dass fünf Bundesländer noch überhaupt nicht ausgebaut sind.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und deren Zahlen ja da überhaupt noch nicht dabei sind.

Mag. Anton Lerchner: Die sind da noch nicht berücksichtigt, weil der Vollausbau ab 2009 geplant war und ab 2009 eben mit rund 40 Millionen € Budget gerechnet wurde, was auch letztendlich mit den Ziffern übereinstimmt. Aber letztendlich, da es zu diesen Projektverzögerungen gekommen ist, diesem verzögerten Ausbau, dass bisher drei Bundesländer voll ausgebaut sind, die Steiermark erst ausgebaut wird und mit Salzburg und Villach zwei Städte ausgebaut sind, aber fünf Bundesländer noch nicht ausgebaut sind, hat zur Folge, dass man noch nicht so viele Mittel braucht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Diese Mittel werden auch nicht abgerufen?

Mag. Anton Lerchner: Das haben wir nicht überprüft, in welcher Form die abgerufen werden könnten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dann habe ich eine weitere Frage zu den Nebentätigkeiten. Das hat ein Kollege vorhin schon gefragt, und da möchte ich nur nachfragen. Sie haben keine Unterlagen gefunden bezüglich Nebentätigkeiten von verschiedenen Beamten des Ministeriums?

Mag. Anton Lerchner: Wir haben keine weiteren Unterlagen dazu gefunden. Letztendlich hat es einen Aktenstock gegeben, wo das Vergabeverfahren veraktet war, dokumentiert war, und auf der anderen Seite gibt es die Akten in der Personalabteilung. Der Rechnungshof hat sich dort auch einige Akten angesehen, und die von uns angesehenen Akten enthielten keine Sachverhalte, die für die Gebarungsüberprüfung relevant gewesen wären in diesem Zusammenhang. Also wir haben ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, da haben Sie nur den Akt von einer Person gefunden, die in beruflicher Aufgabe mit den Dingen befasst war und auch eine Nebentätigkeit eingetragen bekommen hat aufgrund dieser Organisationsänderung.

Mag. Anton Lerchner: Dazu haben wir zwei Akten gefunden: einen Beratervertrag mit dem ehemaligen Kabinettschef, und das Zweite war dieser Nebentätigkeitsvertrag, den Sie ansprechen. Die haben wir in den Personal...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und es hat keine anderen Akten gegeben von zusätzlichen Menschen mit Nebentätigkeiten? (*Mag. Lerchner: So ist es!*)

Dann habe ich noch eine Frage zum Vergleich. Da zitieren Sie und Sie verweisen auch darauf – auf der Seite 49 ist das –, dass der OGH moniert hätte, dass ihn sechs verschiedene Berater mit unterschiedlichen Standpunkten beschäftigt hätten.

Da wollte ich nur nachfragen, inwiefern Sie das ausführen können, wo es da Differenzen gegeben hat.

Mag. Anton Lerchner: Ja, das kann ich ausführen: Am 6. September 2004 hat master-talk die Klage beim Ständigen Schiedsgericht der Wirtschaftskammer Wien eingereicht. Das war die maßgebliche Klausel in dem Vertrag zwischen master-talk und dem Innenministerium: dass nicht der ordentliche Rechtsweg beschriftet wird, sondern das Schiedsgerichtsverfahren.

Das BMI hat aber dann in der Folge die Geltung dieser Schiedsklausel bestritten und eine Feststellungsklage beim Handelsgericht Wien eingereicht. Dann hat es den Instanzenzug gegeben; den möchte ich jetzt nicht in der ... (*Abg. Mag. Lapp: Das kennen wir schon!*)

Der OGH hat dann letztendlich bestätigt, dass diese Schiedsklausel gilt. Das war im Oktober 2005. Also letztendlich aus dem ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, im Zuge der verschiedenen Stufen betreffend diese Entscheide – gibt es die Klausel, gibt es die Klausel nicht – und der gerichtlichen Auseinandersetzung hat es deswegen sechs verschiedene einander teilweise widersprechende private Rechtsgutachten gegeben.

Mag. Anton Lerchner: Ja. – Und der Rechnungshof war der Meinung, dass die Wahl der ordentlichen Gerichtsbarkeit zweckmäßiger gewesen wäre, weil bei der Schiedsgerichtsbarkeit kein nachprüfender Instanzenzug besteht. Das war in diesem Zusammenhang.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Bei dieser Zusatzvereinbarung, die am 30. Juni 2009 das Innenministerium mit TETRON abgeschlossen hat, um TETRON

geschäftsmäßig oder finanziell aufzufangen, da weisen Sie wieder darauf hin, dass es eben die verbindliche Einbindung der Bundesländer nicht gegeben hat und dass es hier die Verschiebung des Risikos von TETRON zum Innenministerium gegeben hätte.

Wie hätte man das anders regeln können? Schon in der Vergabe oder in den Vereinbarungen vorher?

Mag. Anton Lerchner: Indem man bei Vertragsabschluss mit dem obsiegenden Bieterkonsortium zu diesem Zeitpunkt bereits bindende Vereinbarungen mit den Ländern gehabt hätte. Das war auch eine Empfehlung aus dem Vorbericht, und diese wurde nicht umgesetzt.

Also zu diesem Zeitpunkt, spätestens zum Zeitpunkt der Beauftragung des Bestbieters mit dem Projekt, hätten bindende Vereinbarungen mit den Ländern vorliegen sollen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da ist es so, dass dann vonseiten des Innenministeriums immer wieder darauf verwiesen wurde, das hätte entweder master-talk oder TETRON machen müssen, da wäre das Innenministerium nicht zuständig gewesen, und es gab auch immer den Vorhalt, dass gesagt worden ist, Minister Strasser hat uns gestern erzählt, dass er das ohnedies dreimal bei den Landeshauptleuten in der Landeshauptleutekonferenz zum Thema gemacht hat.

Das war alles zu wenig und das ist meiner Meinung nach auch der große Fehler und der Grund dafür, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leider zahlen müssen.

So ein Vertrag hätte mit einer Artikel-15a-Vereinbarung abgeschlossen werden müssen zwischen dem Innenministerium und den Ländern, oder bei der Vergabe hätte eigentlich schon vorliegen müssen, dass die Bundesländer sich beteiligen.

Mag. Anton Lerchner: In welcher Form, das ist jetzt nicht relevant, letztendlich hätte die Vereinbarung an sich schon genügt. Ob das eine Artikel-15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist, ist jetzt nicht in die Bewertung von uns eingeflossen. Sie lag ja nicht vor.

Dass letztendlich das Bund-Länder-Modell gewählt wurde, hängt ja mit der Wahl des Vergabeverfahrens für das Projekt BOS zusammen: weil das als Dienstleistungskonzessionsvertrag vergeben wurde. Da haben Sie recht mit dem, was Sie ausgeführt haben, nämlich dass das Marktrisiko bei TETRON liegt. Die hätten letztendlich die Blaulichtorganisationen in den Ländern mit ins Boot holen sollen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die hätten aber auch eine Abgeltung dafür verlangen können vonseiten des Ministeriums. Oder das hätte vorher festgestellt ...

Mag. Anton Lerchner: Das war schon alles in den Angeboten enthalten, die das Innenministerium bekommen hat. Das haben wir letztendlich auch auf Seite 108 dargestellt. Wenn ich Sie da vielleicht noch kurz darauf verweisen darf.

Weil nämlich diese Standorte, die von den Ländern finanziert werden, so wie es jetzt gelebt wird ... Also die Länder zahlen die Standorte, die werden vom Innenministerium als Beistellungsleistung abgezogen. Das heißt, das Innenministerium kann sich den Wert, der für die Standorte in dieses Projekt eingebracht wird, abziehen – das ist ein Betrag in der Höhe von 11,05 Millionen €; pardon, von 11,67 Millionen € für die Beistellungen der Standorte –, dafür muss es aber ein Entgelt für die Länderbeteiligungen zahlen in der Höhe von 7,49 Millionen €.

Und dadurch – also diese Verbindung der beiden Positionen – können die Länder unentgeltlich das Digitalfunknetz nutzen, weil ihre Beteiligung ist sozusagen, die Kosten für die Standorte, für die Wartung, für den Betrieb zu tragen. Das Innenministerium rechnet sich diese Beistellungsleistung ab, vertraglich vereinbart war

aber: Wenn diese Beistellung erfolgt, dann muss aber auch noch eine Entgeltleistung erfolgen – dieses zusätzliche Entgelt für die Länderbeteiligung.

Das haben wir in dieser Tabelle auf Seite 108 dargestellt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte noch einen Verweis machen betreffend die Darstellungen, die vonseiten des Innenministeriums kommen: Da steht in der Aussendung, die tatsächlichen Zusatzkosten für einen modernen Funk dürften daher letztlich weniger als ein Drittel der vom Rechnungshof geschätzten Summe betragen. Da wird irgendwie damit argumentiert, dass auf der einen Seite der Analogfunk auch noch mit Kosten zu Buche schlägt und auf der anderen Seite die Technologie immer billiger wird, wobei ich dem nicht folgen kann, wie das auch Kollege Hornek vorhin ausgeführt hat, weil ich nachgedacht habe: Sicher werden die Handys billiger, aber jene, die viel mehr leisten können, sind auch teurer. Also insofern verstehe ich diese Argumentation nicht und wollte Sie fragen, ob Sie etwas Erhellendes zu diesen modernen Funkkosten und Analogfunkkosten, wie man das zusammenrechnen kann, sagen können.

Mag. Anton Lerchner: Darf ich noch einmal bitten, auf Seite 109 zu gehen?! Da haben wir diese Berechnung angestellt. Diese Berechnung bezieht sich auf das Funkdienstentgelt. Das Funkdienstentgelt ist eine Dienstleistung, die durch TETRON zur Verfügung gestellt wird. Da werden keine Geräte zur Verfügung gestellt. Das heißt, die Geräte haben keine Möglichkeiten, eine Abschreibung vorzunehmen oder dergleichen mehr; oder ein Systemwechsel hat dann niedrigere Kosten, das ist hier nicht der Fall.

Das laufende Funkdienstentgelt ist vertraglich mit 21. Juni 2004 vereinbart. Das heißt, ab Vollausbau ist dieses Funkdienstentgelt immer in der gleiche Höhe zu tragen. Es hat sich aber in der Vergangenheit, im Jahr 2009 bereits, gezeigt, dass dieses vertraglich vereinbarte Funkdienstentgelt erhöht werden musste, weil TETRON aus eigenem nicht mehr zu Rande gekommen ist. Der Vertrag wurde letztendlich schon für TETRON verbessert.

Eine irgendwie mögliche Abrechnung können Sie hier nicht machen. Diese Zahlen sind vertraglich vereinbart. Der Rechnungshof hat nur das gemacht, hat die Zahlen genommen, die vertraglich vereinbart sind, hat sie mit 25 Jahren multipliziert und auch den Ausbau noch mit hineingerechnet und vor allem noch jene Investitionskostenzuschüsse betrachtet, die bereits vom BMI geleistet worden sind. Und wenn es zu einem Systemwechsel kommt, ist er letztendlich von der Betreibergesellschaft TETRON vorzunehmen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Mag. Lerchner! Ich möchte mit Ihnen die Beraterverträge durchgehen. Da gibt es den einen zwischen Ministerium und Herrn – mittlerweile – Dr. Ulmer. Sie schreiben in dem Bericht auf Seite 64, dass es widersprüchliche Aussagen darüber gibt, was eigentlich Auftragsinhalt dieser Beraterverträge war. Ich zitiere es jetzt nicht, außer es ist der Verständlichkeit wegen notwendig, aber da heißt es, es gab unterschiedliche Auskünfte seitens des BMI, als Sie mit verschiedenen Personen gesprochen haben. Zum einen war der Auftrag, den Informationsfluss zwischen den Bietern und der vergebenden Stelle zu sichern, zu befördern, zu unterstützen, das heißt, mit allen, die am Vergabeverfahren beteiligt sind.

Und im anderen Fall – ich würde meinen, das widerspricht einander – ist der Auftrag, ausschließlich zur politischen Führung Kontakt zu halten und zu verhindern, dass die Bieter intervenieren und sozusagen vorstellig werden, das heißt, eigentlich den Informationsfluss zwischen Bietern und vergebender Stelle zu unterbinden.

Können Sie Näheres darüber erzählen? Habe ich das so richtig verstanden? Oder war das anders gemeint?

Mag. Anton Lerchner: Was dieser Berater letztendlich an Beratungsleistung erbracht hat oder was er konkret gemacht hat, dazu liegt im Innenministerium keine Dokumentation vor. Wir haben, als uns dieser Sachverhalt zugänglich geworden ist, dass eine Beratungstätigkeit besteht, vor allem, weil ja diese Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit dem Projekt BOS geschlossen wurde, auch hier nachgefragt und wollten ergründen, was letztendlich dahintersteht, dass dieser Vertrag geschlossen wurde, beziehungsweise was da auch an Leistungen erbracht wurde. Wir haben das Innenministerium auch schriftlich dazu verhalten, Stellung zu nehmen. Das haben wir ja hier im Prüfungsergebnis ausgeführt.

Zunächst erging die Antwort in der ersten schriftlichen Stellungnahme, dass der Herr Berater im Auftrag der Projektleitung und in enger Abstimmung mit dem damaligen Kabinett des Bundesministers für Inneres tätig war. In der letztendlich übermittelten Stellungnahme vom März 2012 hat das Innenministerium festgehalten, dass der Berater im Auftrag des damaligen Bundesministers und des Bundesministeriums tätig gewesen sei; die Kontakte zu den Bietern während des Verfahrens hätten das Ziel gehabt, die Bieter von den in das Vergabeverfahren involvierten Stellen fernzuhalten und Interventionen zu vermeiden. Das war die letzte Stellungnahme, die uns übermittelt worden ist.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das heißt aber – Sie schreiben das auch in dem Bericht –, dass da ein Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen besteht. Das kann man schon so festhalten, oder?

Mag. Anton Lerchner: Das haben wir auch in unserer Kritik ausgeführt, dass durch die fehlende Dokumentation einerseits die Beauftragung der genauen Leistungsinhalte sowie der Leistungsergebnisse für den Rechnungshof nicht nachvollziehbar war, und andererseits haben wir darauf hingewiesen, dass das BMI widersprüchliche Auskünfte zu den Aufgaben des Beraters gemacht hat.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Konnten Sie erkunden – oder ist das dann nicht mehr Teil der Prüfung? –, wie es zu diesen unterschiedlichen Aussagen kommt? Wenn Sie eine widersprüchliche Aussage bekommen, gehen Sie da üblicherweise so vor, dass Sie nachfragen, warum war das damals so und warum ist das jetzt so? Oder machen Sie das im Prozedere grundsätzlich nicht?

Mag. Anton Lerchner: Das Prozedere lässt sich hier ganz gut ablesen. Wir haben zunächst mit der Projektleitung gesprochen, mit Personen aus der Projektleitung, die uns auch diese Beauftragungslage während der Prüfung dargelegt haben. Da haben wir Interviews geführt. Da haben sie auch dargestellt, dass sie den Berater weder beauftragten noch Ergebnisse oder Beratungsleistungen vorgelegt bekamen.

Hierauf haben wir eben eine schriftliche Anfrage an das Innenministerium gerichtet. Das Innenministerium hat uns am 21. Dezember 2011 schriftlich geantwortet und hat gesagt, der Berater war im Auftrag der Projektleitung unterwegs, und das in enger Abstimmung mit dem damaligen Kabinett und dem Innenminister.

Dann ist noch einmal eine Stellungnahme gekommen – das haben wir hier chronologisch dargestellt –, und letztendlich wurde auch die Würdigung und die Kritik des Rechnungshofs vorgenommen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber konnten Sie im Rahmen Ihrer Prüfung feststellen – Sie haben es jetzt selber angesprochen –, dass weder die Sektionschefs noch der Projektleiter wussten, dass es diesen Vertrag des Herrn Ulmer gibt, sie auch nie über eine Beauftragung informiert waren, geschweige denn

Ergebnisse bekommen haben, für wen eigentlich der Herr Ulmer gearbeitet hat? Es ist ja spannend, dass es einen Vertrag gibt und dass die Leute, die im Kern mit einem Projekt zu tun haben, überhaupt nichts davon wissen und schon gar nicht Ergebnisse zu sehen bekommen.

Mag. Anton Lerchner: Da stößt auch der Rechnungshof an seine Möglichkeiten. Der Rechnungshof kann Sachverhalte auf Grund von Akten und der dokumentierten Sachverhalte in den Akten ermitteln, auch in Form von Interviews, die er mit beteiligten Personen führt, im Konkreten in diesem Projekt. Was darüber hinausgehend noch an Sachverhaltsermittlungen möglich wäre, das obliegt nicht dem Rechnungshof. Das kann er auch nicht machen.

Wir haben nachgefragt, zunächst auch Gespräche geführt, wie bereits ausgeführt, und zwei schriftliche Stellungnahmen. Und wenn man dann noch einen Widerspruch dabei erkennt, dann kann man letztendlich nur noch diesen Sachverhalt darstellen und auch aufzeigen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das heißt, der Widerspruch ist aufrechtgeblieben und steht auch so im Bericht drinnen?

Mag. Anton Lerchner: Ist aufrechtgeblieben, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dieser Vertrag war ja unentgeltlich, ehrenamtlich. Jetzt haben Sie ja nicht nur in diesem Fall geprüft, sondern in mehreren Fällen.

Ist es üblich, kommt Ihnen das öfter unter, dass ehrenamtliche Beraterverträge durch Ministerien oder durch spezielle Ministerien vergeben werden? Kennen Sie das von anderen Prüfungen?

Mag. Anton Lerchner: Man braucht im Grunde genommen nicht auf andere Prüfungen zu schauen. Sie haben hier eine sehr gute Aufstellung auch bei der gegenständlichen Gebarungüberprüfung, wo der Rechnungshof dargestellt hat, wie viele Berater einbezogen wurden. Das waren insgesamt zehn Berater. Bei neun Beratern hat es eine Entgeltzahlung gegeben, bei einem Berater hat es keine Entgeltzahlung gegeben, sondern nur die Aufwandsentschädigung und Spesen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber haben Sie hier vertiefende Informationen erhalten, warum dieser eine Berater unentgeltlich, ehrenamtlich aufgeführt ist und tätig gewesen sein soll und andere nicht? Ist das in der Prüfung vorgekommen oder diskutiert worden?

Mag. Anton Lerchner: Natürlich stellt man auch als Prüfer Überlegungen an: Was könnte dahinterstehen, dass keine Entgeltzahlung erfolgt ist? Eine letztendlich gültige Aussage haben wir dazu nicht bekommen und, wie gesagt, leider auch keine Dokumentation.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und die Vermutungen, wollen Sie uns die mitteilen?

Mag. Anton Lerchner: Nein. Es ist nicht Sache des Rechnungshofs, Vermutungen anzustellen, sondern seine Würdigungen nimmt der Rechnungshof auf der Grundlage von Sachverhalten vor.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich verstehe, das bleibt unserer Phantasie überlassen.

Mag. Anton Lerchner: Was ich vielleicht noch in diesem Zusammenhang anmerken kann, ist, dass der Herr ehemalige Kabinettschef des Innenministeriums während der

Prüfung ausgeschieden ist. Während wir die Gebarungsprüfung vor Ort durchgeführt haben, hat er sein Dienstverhältnis zum Innenministerium gelöst.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sehen Sie das in einem Zusammenhang? Oder kann man da auch keine Rückschlüsse ziehen?

Mag. Anton Lerchner: Nein, es war nur interessant, zu sehen, dass er nach seiner langjährigen Tätigkeit für das Innenministerium während unserer Gebarungsüberprüfung ausgeschieden ist – nicht mehr und nicht weniger.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ein zweiter Themenkomplex, mit dem wir uns auch gestern schon beschäftigt haben, ist die Gleichbehandlung der Bieter, aller drei Bieter, die es gab. Von Herrn Ulmer gibt es – das haben Sie ja in Ihrem Bericht auch sehr gut dargelegt – Dokumentationen über diverse Kontakte, die er mit Bietern hatte. Wir haben gestern hier Rechnungen diskutiert, die in diesem Zusammenhang angefallen sind, die er verrechnet hat. Aber was auffällig ist – und das beschreiben Sie ja auch –, ist, dass er nur mit zwei von drei Bietern regelmäßig diese Kontakte hatte – was heißt regelmäßig? –, **überhaupt** diese Kontakte hatte.

Mit einem Bieter, nämlich Frequentis, gab es keine Kontakte, aber zu Motorola/Alcatel einerseits und EADS/UTA auch. Es fehlt dann aber die nähere Dokumentation über Leistungen und vieles mehr. Das merken Sie auch an.

Können Sie näher erklären, was so Ihr Problem mit diesem Umstand war?

Mag. Anton Lerchner: Wir haben das auf Seite 69 dargestellt. Sie sprechen das ja im Konkreten an, dass sich aufgrund der Aufwandsberechnungen zeitliche Naheverhältnisse zu wesentlichen Verfahrensschritten zeigen. Beispielsweise hatte der ehemalige Kabinettschef kurz vor der Zuschlagserteilung Kontakte – pardon, ich korrigiere mich –, kurz vor der Abgabefrist zum letzten Angebot, zum Last Best Offer – dieses war am 16. Juni zu legen –, noch Termine am 7., am 9. und am 15. Juni, und zwar führte er Gespräche mit zwei Bietern.

Wir haben das insofern bemängelt – diese Kontakte waren ja außerhalb des Vergabeverfahrens, die haben sich ja nicht in der Dokumentation des Vergabeverfahrens gefunden –, als dieser zeitliche Zusammenhang und die Gespräche mit grundlegenden Entscheidungen im Vergabeverfahren korrespondierend abgelaufen sind, also parallel dazu abgelaufen sind.

Im Sinne der Transparenz hat der Rechnungshof bemängelt, dass informelle Kontaktaufnahmen zwischen dem Innenministerium und zwei Bietern außerhalb des Vergabeverfahrens stattfanden, sowie die fehlende Dokumentation dieser Kontakte. Letztendlich ist das nicht transparent, was hier abgelaufen ist. Das bemängelt auch der Rechnungshof in seiner Kritik hier.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sie haben ja auch die fehlende Dokumentation dieser Kontakte kritisiert, eben auf Seite 69.

Was wäre denn üblich an Dokumentation, was muss man sich da vorstellen? Was müsste in einer derartigen Dokumentation drinnen stehen?

Mag. Anton Lerchner: Das wäre an und für sich ein Aktenstück, ein Aktenvorgang, aus dem ersichtlich ist, wer wen beauftragt hat, welcher Grund dahintersteht, was die Motivation ist, und letztendlich auch das Ergebnis der Beauftragung, um auch beurteilen zu können, ob und was erbracht worden ist.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und die haben gänzlich gefehlt, oder waren sie unvollständig?

Mag. Anton Lerchner: Die haben zur Gänze gefehlt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Die haben zur Gänze gefehlt.

Um bei den Beraterverträgen zu bleiben, die sind ja immer – da gibt es zahlreiche, Sie haben es angesprochen – via Direktvergabe vergeben worden.

Erste Frage – wieder sozusagen aus Ihrem reichen Erfahrungsschatz –: Ist das üblich? Vor allem: Gibt es zumindest einen, wo die Schwelle überschritten wurde? Das haben Sie auch im Bericht angesprochen.

Mag. Anton Lerchner: Das Vergaberecht, das Bundesvergaberecht ist hier sehr strikt, was Vergaben und die Beauftragung von Unternehmen oder Beratern betrifft. Da gibt es dann keinen Spielraum. Wir haben im Konkreten halt festgestellt, dass zwei Drittel dieser 28 Aufträge mangelhaft waren. Diese wiesen vergaberechtliche, auch formelle Mängel auf.

Sie haben es selbst angesprochen: die Wahl der Vergabeart. Der Rechnungshof war der Meinung, dass in einigen Beauftragungen auch die Durchführung eines wirtschaftlichen Wettbewerbs möglich gewesen wäre. Wir haben auch kritisiert, dass Auftragswertschätzungen gefehlt haben.

Zu den Beratern selbst kann man noch anmerken – und das haben wir hier ganz klar kritisiert –, dass auch auf das Expertenwissen im Innenministerium selbst zurückgegriffen werden kann.

Betreffend Vertretung vor Gerichten wäre die Finanzprokurator in Anspruch zu nehmen und sollte diese nicht durch einen Rechtsberater erbracht werden.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Betreffend diesen Rechtsberater, Rechtsanwalt Nordberg in dem Fall – das haben Sie ja klar im Bericht kritisiert –: Ist aus der Prüfung erkennbar gewesen, warum nicht die Finanzprokurator, sondern ein Rechtsanwalt beauftragt wurde, oder konnte sich das nicht erhellen? Gab es da irgendeine Begründung, eine Motivation, die Ihnen über den Weg gelaufen ist – um es einmal flapsig auszudrücken?

Mag. Anton Lerchner: Das wurde⁴ natürlich begründet im Vergabeakt. *(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit sind ...

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wir sind noch nicht fertig, er blättert gerade nur. Wir sind noch bei der Beantwortung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, gut.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ist die Zeit schon um?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist, glaube ich, noch 1 Minute.

Mag. Anton Lerchner: Im Konkreten auch die Beauftragung des Rechtsberaters: Die Vergabe erfolgte im Wege einer Direktvergabe ohne Einholung von Vergleichsangeboten. Es fehlte die Schätzung des Auftragswerts. Bei einem Auftrag langte die Rechnung auch vor Vertragsabschluss ein.

Das Innenministerium hat mit dem Rechtsanwalt darüber hinaus am 27. Jänner 2006 einen unbefristeten Werkvertrag abgeschlossen. Das haben wir auch im Bericht dargestellt. Als Begründung dafür finden Sie, dass insbesondere aus zeitlicher Hinsicht bei kurzfristigen Spezialfragen eine Befassung der Finanzprokurator für diese rechtlichen Beratungsleistungen ausgeschlossen war. Das heißt, es war aufgrund

⁴ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

dieser zeitlichen Knappheit ausgeschlossen, die Finanzprokurator in Anspruch zu nehmen, meinte das BMI.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und was meinen Sie?

Mag. Anton Lerchner: Das kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht ...

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ist das nachvollziehbar aufgrund des Aktes, oder kann man das schon noch hinterfragen?

Mag. Anton Lerchner: Ja, letztendlich kann man nur sagen – und das haben wir ja in unserer Kritik auch festgehalten –, dass die Finanzprokurator die Vertretung vor Gerichten wahrzunehmen hat und nicht ein Rechtsvertreter. Das ist die Meinung des Rechnungshofs, und diese kann ich hier nur ein weiteres Mal kundtun.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Noch eine Frage zu diesem Rechtsvertreter: Ist Ihnen bekannt oder während der Prüfung bekannt geworden, dass genau dieser Rechtsvertreter befreundet war mit Herrn Mag. Dr. Ulmer, also mit dem damaligen Kabinettchef?

Mag. Anton Lerchner: Nein, ist uns nicht bekannt geworden.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Okay, das haben wir nämlich gestern erfahren.

Noch eine Frage, und zwar betrifft diese auch einen Beratervertrag, nämlich den Nebenverdienstvertrag des Herrn Skorsch mit dem BMI, der ja in eine andere Abteilung gewandert ist. Da gab es eben einen Vertrag über 126 000 €. Die Frage, die sich uns stellt, ist:

Hätte das nicht genauso der nächste Projektleiter machen können, was Herr Skorsch hier an Beratungsleistungen angeboten hat?

Die letzte Frage ist: Haben Sie im Zuge Ihrer Prüfung Stundenabrechnungen, Leistungsdokumentationen dieser Tätigkeit gesehen? Es ist ja ein Stundensatz von 54 € vereinbart worden, in Summe eben 126 000 €.

Mag. Anton Lerchner: Auf Ihre erste Frage: Die Tätigkeit hätte sowohl vor als auch nach dem Vertragsverhältnis, die Leitung des Projekts Digitalfunk BOS, von den zuständigen Abteilungsleitern im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit durchgeführt werden können, wäre auch in dieser Form abwickelbar gewesen, das heißt, man hätte keinen Nebentätigkeitsvertrag aus der Sicht des Rechnungshofs gebraucht.

Was die Abrechnung selbst betrifft beziehungsweise die Erstellung dieser Nebentätigkeitsverdienstsumme: Die habe nicht ich durchgeführt. Soweit ich weiß, haben die Kolleginnen und Kollegen, die das geprüft haben, diese Summe aufgrund der konkreten Stundenzahl errechnet, die abgerechnet worden ist.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber irgendeine konkrete Abrechnung, Leistungsdokumentation hat es nicht gegeben oder schon?

Mag. Anton Lerchner: Wie gesagt, ich habe das Thema selbst nicht geprüft.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Also wissen Sie es nicht?

Mag. Anton Lerchner: Ich weiß es jetzt im Konkreten nicht. Das ist ein Bereich, den ich nicht selbst bearbeitet habe.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der *Auskunftsperson Mag. Anton Lerchner*, verabschiedet diese und ersucht darum, die *nächste Auskunftsperson* in den Sitzungssaal zu bitten.

16.00

16.01

Auskunftsperson Matthias Maierhofer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich begrüße als nächste **Auskunftsperson** Herrn **Matthias Maierhofer**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Maierhofer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Aussage** erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor. Ihr vollständiger Name lautet, wie ich schon erwähnt habe: Matthias Maierhofer.

Sie waren während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich darf nun die **Vertrauensperson** kurz vorstellen. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Wolfgang Richter**. – Auch Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Wolfgang Richter als Vertrauensperson auszuschließen sei, da er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder sich unaufgefordert an die

Auskunftsperson zu wenden oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Maierhofer, wollen Sie den Ausschuss zunächst mit Ihrer Sicht der Dinge vertraut machen (*Matthias **Maierhofer**: Nein! Ich verzichte!*), oder sollen wir gleich mit der Befragung beginnen? – Sie verzichten!

Somit bitte ich Herrn Abgeordneten Rosenkranz, mit der Befragung zu beginnen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Maierhofer, ich muss ein bisschen ausholen, wie Sie überhaupt in diese ganze Angelegenheit, was TETRON betrifft, hineinkommen, weil Sie ja in keinem direkten Zusammenhang stehen. Sie tauchen auch in den Akten eher spärlich auf, wenn, dann sind Sie als Zeuge geführt; so etwa in einem Strafverfahren, das gegen Alfons Mensdorff-Pouilly, gegen Mag. Gernot Schieszler und gegen Mag. Rudolf Fischer – letztere zwei von der Telekom, also Vorgesetzte von Ihnen, wenn auch nicht unmittelbar Vorgesetzte von Ihnen – geführt wird. Es geht da um einen Beratervertrag.

Der Hintergrund ist der, dass von Telekom – unter anderem auch an die Firma Motorola – in der Sache Behördenfunk, den wir hier zu untersuchen haben, Valurex – wo ein enger Bezug zu Mensdorff-Pouilly besteht, aber auch direkt zu Firmen von Mensdorff-Pouilly – empfohlen wurde als Türöffner zum Innenministerium. Es hat verschiedene Provisionsverträge gegeben, und es wird nun vermutet, dass diese Provisionsverträge in Wirklichkeit dazu gedient haben, dass Schmiergelder verteilt worden sind, und dass auch hier Herr Mensdorff-Pouilly als Drehscheibe für diese Schmiergelder eine Rolle gespielt hat.

Jetzt kommt die Sache an Sie heran, weil es mit Mensdorff-Pouilly, mit seinen Firmen, MPA, auch Verträge gegeben hat, die ein spezielles Projekt betreut haben, mit einem Mobilfunkunternehmen in der Slowakei. InfoTech wurde eingesetzt als eine Tochterfirma mit anderen Konsortialpartnern, mit der Telekom, um Geschäfte abzuwickeln. Und es kam auch zu einem Vertrag, um in der Slowakei Lobbying-Maßnahmen durchzuführen.

Sie waren seitens der Telekom mit diesem slowakischen Projekt in Verbindung. Sie waren dafür zuständig, auch für Lobbying-Maßnahmen und Ähnliches. Es steht da im Privatbeteiligtenanschluss das „Projekt Alpha“ drin – so hat dieses Projekt in der Slowakei auch geheißen –, dass Sie hier einige Betreuungstätigkeiten gemacht haben, so zum Beispiel die Pflege der Targetliste der InfoTech, dieser zum Teil Tochterfirma der Telekom. Sie haben aber in Ihren verschiedenen Aussagen gesagt, mit InfoTech oder mit dem slowakischen Projekt, mit dem „Projekt Alpha“, hat die MPA in Ihrer Wahrnehmung nicht einmal irgendetwas gemacht.

Das heißt, wir fragen Sie: Wo war die Leistung von MPA von Alfons Mensdorff-Pouilly in diesem „Projekt Alpha“, über das Sie einen Überblick haben sollen, weil der Verdacht nahe liegt, dass in Wirklichkeit dieser Vertrag ein reiner Scheinvertrag war, dass seitens der Telekom Gelder in Richtung MPA Mensdorff-Pouilly verschoben wurden, die in Wirklichkeit einem ganz anderen Zweck dienten?

Zu dieser Verschleierung werden Sie uns wahrscheinlich nichts sagen können, aber zu Ihrer Aufgabe meine Frage: Wie war die Tätigkeit von MPA Budapest vor allem im „Projekt Alpha“, das Sie zu betreuen hatten?

Matthias Maierhofer: Herr Abgeordneter, das von Ihnen genannte „Projekt Alpha“ wurde von mir nicht direkt betreut, sondern ich bin, wie Sie gesagt haben, im Zuge der InfoTech beauftragt worden, eine Studie zu erstellen, eine Markteintrittsstrategie für die InfoTech Holding.

Aber ich möchte dazu ausführen, dass die InfoTech Holding ein gemeinschaftliches Unternehmen der Telekom Austria war, gemeinsam mit der UIAG und der EOSS-Gruppe. Die Entscheidung, dieses Unternehmen einzugehen, wurde im Februar 2008 im Vorstand getroffen, und ich wurde im Anschluss daran beauftragt, die Geschäftseintrittsstrategie im Konkreten zu erarbeiten. Ich habe das dann Ende April meinem Vorgesetzten der M&A-Abteilung vorgelegt.

Im Zuge dieser Tätigkeit gab es sozusagen aus meiner Wahrnehmung kein gemeinsames Projekt mit Mensdorff-Pouilly. Ich hatte mit ihm nie zusammengearbeitet. Das Projekt war für die Studie, die ich geschrieben habe, für meine Studie, und es gibt keinen Zusammenhang mit Herrn Mensdorff-Pouilly.

Zu den anderen Punkten, die Sie angesprochen haben, kann ich nichts sagen – aus von Ihnen bereits dargelegten Gründen: Sie haben mit meinen Aufgaben nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, eigentlich war für das „Projekt Alpha“ ein Konsortium zuständig?

Matthias Maierhofer: Grundsätzlich gab es das Projekt der InfoTech Holding, das ist auch die Gesellschaft, die eingetragen ist. Das „Projekt Alpha“ war ein Projekt, wofür in Slowenien eine Due Diligence durchgeführt worden ist. Es war ein Teil sozusagen des Maßnahmenpaketes der InfoTech Holding als ein Targetunternehmen, das damals angesehen wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ist es aber so, dass diese Provisionszahlungen, obwohl hier ein Konsortium bestanden hat, auch mit zwei anderen Firmen, dass die Zahlungen an Mensdorff-Pouilly, an MPA, ausschließlich von der Telekom geleistet wurden.

Haben Sie Wahrnehmungen dahin gehend, dass Kosten, die in diesem Projekt waren, eigentlich immer aufgeteilt wurden zwischen den Konsortialpartnern, oder hat es Vereinbarungen gegeben, dass manche Dinge ausschließlich von einzelnen Konsortialpartnern übernommen werden?

Matthias Maierhofer: Ich möchte grundsätzlich sagen, dass ich letztes Jahr von der Firma Deloitte im Zuge des „Projektes Flieder“ überhaupt erst sozusagen über eine mögliche Rolle von Herrn Mensdorff-Pouilly befragt worden bin. Also es war für mich vollkommen neu letztes Jahr, dass es hier einen Zusammenhang geben soll.

Ich kann sagen, dass aus meiner Wahrnehmung und für meine Aufgaben es kein gemeinsames Projekt gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber die Kostenaufteilung zwischen den Konsortialpartnern in dieser Holding, InfoTech Holding – wissen Sie etwas darüber, wie die Kostentragung vereinbart war? War da eine Teilung vereinbart, oder hat es auch Leistungen gegeben, wo man gesagt hat, das übernimmt jeweils ein Konsortialpartner allein?

Matthias Maierhofer: Für das eine Projekt, das konkret auch gemacht worden ist oder wo eine Gesellschaft in Slowenien angesehen wurde, wurden die Beratungskosten von der InfoTech Holding getragen und somit aliquot von den jeweiligen Gesellschaftern.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist bemerkenswert, denn gerade diese Beratungsleistung für MPA hat ausschließlich die Telekom getragen. Also das ist etwas, das unüblich ist im Rahmen dieses Projektes. Immerhin handelt es sich da ja nicht nur um irgendwelche Sachen aus der Portokasse – vielleicht bei der Telekom, das kann ich schwer beurteilen –, aber in absoluten Zahlen sind es 1,1 Millionen €, die hier geflossen sind.

Matthias Maierhofer: Die Beauftragung an Herrn Mensdorff-Pouilly wurde mir auch erst durch die Befragung von Deloitte im Zuge des „Projektes Flieder“ bekannt. Deswegen kann ich auch zur Beauftragung selbst nichts sagen, ich war da nicht involviert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist schon richtig, aber Sie müssen ein bisschen den Mechanismus verstehen: Wir müssen hier manche Dinge als Sachverhalt darstellen, damit man dann auch allenfalls zu einer Frage kommt – durchaus im Hinterstübchen, dass Sie darüber nichts wissen können, aber eben um eine Feststellung treffen zu können.

Das Konsortium hat an sich alles aufgeteilt, und hier kommt es auf einmal ... – Alles, was nicht so quasi in der Norm ist, ist für uns halt auffällig, noch dazu, wenn das mit einem bestimmten Verdacht garniert ist.

Sie haben, obwohl federführend dafür verantwortlich mit solchen Maßnahmen, mit Mensdorff-Pouilly nie zusammengearbeitet. Das Honorar selbst wurde nicht auf die Konsortialpartner aufgeteilt, sondern wurde von Telekom allein getragen und war trotzdem diesem Projekt zugeordnet. Da ist eben die Frage aufgetaucht: Müsste dieses Geld dann letztlich nicht für etwas anderes gedient haben oder vereinbart sein?, wozu Sie im Normalfall keine Wahrnehmung haben können. Daher auch Ihre geringe Beteiligung im Rahmen dieser gesamten Aktenlage. – Ich habe daher keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur ganz kurz noch einmal zur Erläuterung, warum die Ladung von Telekom-Personen – ich formuliere es einmal so – stattfindet. Der Zusammenhang ist, dass es am 11. März 2008 eine Vereinbarung zwischen der MPA Budapest und der Telekom Austria gibt. Der Leistungszeitraum ist April bis November 2008, es geht um eine Summe von 1,1 Millionen €. Diese 1,1 Millionen € sollen an Herrn Mensdorff-Pouilly und seine MPA Budapest für das „Projekt Alpha“ gegangen sein.

Dazu zitiere ich aus dem Auslieferungsbegehren beziehungsweise aus einer Information der Staatsanwaltschaft an Herrn Bundesrat Harald Himmer von der ÖVP über gegen ihn geführte Ermittlungen, und das ist der entscheidende Punkt, worum es hier auch geht in Sachen Aufklärung.

Zitat Staatsanwaltschaft:

Vonseiten Deloitte beziehungsweise der Telekom Austria konnten im Zuge der Untersuchungen keine Unterlagen wie Präsentationen oder Studien oder andere Leistungsnachweise für die Tätigkeit der MPA identifiziert werden. Des Weiteren sind befragten Mitarbeitern der Telekom Austria keine Leistungen der MPA im Zusammenhang mit der Akquisition von Beteiligungen bekannt. – Zitatende.

Also es geht nur mehr um das „Projekt Alpha“.

Dann gibt es die belastende Aussage von Kronzeugen Schieszler, der sagt, hinter der Zahlung der 1,1 Millionen € von Telekom an die MPA Budapest des Herrn Mensdorff-

Pouilly stecke in Wahrheit eine Altschuld – Zitat Schieszler gegenüber Alfons Mensdorff-Pouilly –, die im Zusammenhang mit der Ausschreibung des TETRON Digitalfunks stehe.

Das gilt es hier aufzuklären.

Wenn man sich die Unterlagen anschaut, stellt man fest, dass Sie weder den Vertrag mit Herrn Mensdorff-Pouilly gekannt haben noch jemals mit Herrn Mensdorff-Pouilly Kontakt hatten, noch jemals darüber informiert waren, dass es diesen Herrn Mensdorff-Pouilly überhaupt gibt. Das haben andere Personen zu verantworten. Den Vertrag mit Herrn Mensdorff-Pouilly zum Beispiel hat für die Telekom Austria Herr Mag. Rudolf Fischer unterschrieben, ihn werden wir dazu auch als Gast hierher einladen.

Wenn man die Unterlagen studiert, stellt man fest, dass Sie direkt eigentlich nichts damit zu tun haben, dass Sie dazu einfach keine Wahrnehmung haben, weil Sie – wenn auch mit dem „Projekt Alpha“ betraut – mit Herrn Mensdorff-Pouilly und mit diesen ganzen Geschichten nichts zu tun gehabt haben. Daher haben wir keine Fragen, sondern stellen eher die Frage an die Grünen, die diese Ladung wollten, warum man Herrn Maierhofer geladen hat. Für uns ist das nicht nachvollziehbar. Ich kann nur für meine Fraktion sagen, dass es mir leid tut, dass Sie sich den Weg haben antun müssen. Das muss jetzt die grüne Fraktion erklären, wir haben keine Fragen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Vielleicht noch ein paar ergänzende Fragen.

Herr Maierhofer, wie kam es eigentlich zur Gründung der Firma InfoTech Holding?

Matthias Maierhofer: Wie meinen Sie, wie es zur Gründung kam? – Es gab einen Vorstandsbeschluss, ein Konsortium einzugehen mit dem Ziel, im IT-Markt in Österreich und in Mittel-/Osteuropa Fuß zu fassen, und dazu Unternehmen zu akquirieren und zu konsolidieren, da damals der IT-Bereich immer als strategisches Ziel verfolgt wurde.

Man wollte dies gemeinsam mit Partnern umsetzen, und dafür gab es den Vorstandsbeschluss, dies umzusetzen. Wie ich schon vorhin weiter ausführte, wurde das dann auch so gemacht. Ein Jahr später hat man sich wieder zurückgezogen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Gab es einen Masterplan für InfoTech? Ist Ihnen da irgendetwas bekannt?

Matthias Maierhofer: Wenn Sie damit jetzt den Titel einer PowerPoint-Studie ansprechen, dann ist mir dieser wohl bekannt, da ich sie geschrieben habe.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Sind die Kosten für diesen Masterplan über ein drittes Unternehmen abgewickelt worden? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Matthias Maierhofer: Zu dieser Studie gibt es keine Kosten, da ich sie im Zuge meiner Angestelltentätigkeit für die Telekom erstellt habe. Es gab auch keine Ausschreibungen oder Dienstleistungen Dritter an der Studie.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Sie müssen verstehen, wir müssen gewisse Dinge einfach protokollieren, damit wir das auch festgehalten haben.

Herr Maierhofer, Sie wurden von der Firma Deloitte dann zu diesem ganzen Sachverhalt befragt, und Sie haben angegeben, dass Ihnen erst im Zuge dieser Befragung der Zusammenhang mit Mensdorff-Pouilly aufgefallen ist. – Haben Sie eigentlich zu einem späteren Zeitpunkt intern eine Erklärung für diese ominösen Zahlungen erhalten, vielleicht bei Gesprächen innerhalb der Telekom?

Matthias Maierhofer: Ich habe dazu keine Erklärung erhalten, ich bin aber natürlich daran interessiert, wie die Zusammenhänge sind.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Haben Sie aus Ihrer Tätigkeit beziehungsweise aus Gesprächen mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Telekom irgendwelche weiterführenden Wahrnehmungen, die uns in diesem Ausschuss weiterhelfen könnten?

Matthias Maierhofer: Ich wüsste nicht, was ich jetzt noch weiter beitragen könnte. Es wäre zu spekulativ, dazu noch etwas zu sagen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Maierhofer, ich möchte mich mit der Frage der Beratertätigkeit des Herrn Mensdorff-Pouilly beschäftigen und möchte Ihnen aus einer Beschuldigtenvernehmung des Herrn Mensdorff-Pouilly vom 21.9.2011 vorlesen, wo er sozusagen den Werdegang seiner Beratertätigkeit etwas umschreibt:

Bis Ende 2007 war ich in dieser Form für die Telekom tätig – mit „in dieser Form“ ist gemeint unentgeltlich –, ich sprach dann aber Mag. Fischer darauf an, dass ich nun drei Jahre ohne Bezahlung für die Telekom tätig war und durch meine Tätigkeit die Telekom viel Geld gespart hat. Ich habe der Telekom zum Beispiel ausgedient, für gewisse Unternehmen zu bieten, weil ich es für aussichtslos hielt. Ein konkretes Beispiel fällt mir gerade nicht ein, aber wahrscheinlich weiß es Mag. Fischer besser, weil es sein Geschäft war. Mag. Fischer meinte dann, er werde nachdenken, ich sagte aber, ich werde für die Telekom nichts mehr machen, bis er bezahlt.

Und dann später sagt er: Ich schätze, im Februar 2008 kam Mag. Schieszler auf mich zu und meinte, Mag. Fischer hätte mit ihm geredet und es gebe nun ein konkretes Projekt, wo ich für die Telekom tätig werden könne. Da sollten wir auch die vergangenen Leistungen hineinpacken. Dabei handelte es sich um das „Projekt Alpha“. Meines Wissens war es damals für die Festnetzsparte das wichtigste Projekt, um neue Festnetzanbieter in Osteuropa zu erwerben. Schieszler brachte bei mir im Büro eine interne Studie mit, die er mir zur Überprüfung mitbrachte, was ich auch machte. Es handelte sich dabei um ein zirka 1,5 Zentimeter dickes Papier-Konvolut, das glaublich nach Ländern strukturiert war. Ich denke, es war ein Bericht an den Vorstand. Ich glaube nicht, dass Unternehmen in diesem Bericht gestanden sind. Es waren eher makroökonomische Daten und auf Englisch. Es standen keine konkreten Übernahmekandidaten in dem Bericht. Er machte das im Auftrag von Mag. Fischer. – Zitatende.

Das ist dieser Bericht „Infotech Masterplan“. Meine erste Frage: Wissen Sie, wer diesen erstellt hat?

Matthias Maierhofer: Könnten Sie mir den bitte vorlegen, dass ich ihn einsehen kann?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Natürlich, gerne.

Matthias Maierhofer: Ich kann Ihnen gerne bestätigen, dass das meine Studie, meine Präsentation ist, die ich erstellt habe, die im Übrigen auch größtenteils auf Deutsch ist. Diese Studie ist von mir. Es gibt hier viele Versionen auch von meiner Seite, welche exakte Version das ist, kann ich jetzt nicht beurteilen, aber es ist definitiv die Studie, die ich geschrieben habe.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Können Sie uns schildern, wie Sie diese Studie erstellt haben, wie da Ihre Recherche-Vorgänge waren, was Sie da recherchiert haben, wie Sie dann zu diesem beschriebenen 1,5 Zentimeter starken – ich würde aber schätzen, es ist mehr – Konvolut, zu diesem Ergebnis gekommen sind?

Matthias Maierhofer: Die Studie selbst habe ich ungefähr in einem Zeitraum von fünf, sechs Wochen erstellt. Ich bin ausgebildeter Ökonom und auch Techniker und bin

natürlich auch beschäftigt mit Geschäftsplanungspapieren, das ist sozusagen mein tägliches Brot. Das ist eine Grundlage, die ich dann auch in die Studie eingebracht habe. Ich kenne den Telekommunikationsmarkt sehr gut und kann mich natürlich auch diverser Sekundärliteratur der Telekom-Austria bedienen. Das ist sozusagen meine Arbeit hier.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): War Herr Mensdorff-Pouilly in die Erstellung dieser Studie in irgendeiner Form involviert?

Matthias Maierhofer: In keiner Form war er involviert.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann möchte ich Ihnen noch etwas vorlesen, und zwar ist das die Vernehmung des Herrn Gernot Schieszler, der da sagt: Zu diesem Projekt gab es seitens dieser Firma nie Leistungen, Schriftstücke oder Ähnliches. Anmerkung: Die Schriftstücke der KPMG werden der heutigen Vernehmung angeschlossen. Auf die Frage, um welche Altlast es sich bei Mensdorff handelte, gebe ich an, dass mir Herr Mag. Fischer gegenüber die Andeutung machte, dass es sich dabei um die Tetron-Ausschreibung gehandelt habe.

Wissen Sie da etwas darüber?

Matthias Maierhofer: Tut mir leid, ich ersuche um Verständnis, dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Danke vielmals.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Maierhofer, Sie sind heute auf ausdrücklichen Wunsch der grünen Fraktion geladen worden. Wir von der ÖVP-Fraktion finden das bemerkenswert, und es tut uns leid, nicht nur dass Sie geladen wurden, sondern dass Sie auch noch zwei Stunden warten mussten. Leider Gottes können Sie zur Aufklärung der politischen Verantwortung in unserem Ausschuss nicht viel beitragen. Aus diesem Grund wird meine Fraktion auch keine Frage stellen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur zur Feststellung für die Arbeitsweise des Ausschusses: Natürlich ist es nicht wirklich gut, wenn Sie warten müssen, aber es ist auch gut, wenn Sie in manche Dinge nicht involviert sind, wir müssen ja auch bisschen mit dem Ausschlussprinzip arbeiten. Schon allein die Tatsache, dass Sie über diese Infotech-Studie dezidiert sagen können, ja, die ist von mir, bedeutet, es wird niemand anderer mehr aufzeigen und sagen können, das war eigentlich meine Leistung, und die ist soundso viel wert gewesen. Auch das ist wichtig. Daher bitte ich Sie, obwohl Sie nicht einmal ein kleines, sondern überhaupt kein Rädchen in dieser ganzen Korruptionssache sind, um Verständnis für die Ladung.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Noch einmal abschließend, Frau Kollegin Tamandl: Das war ein sehr wesentlicher Beitrag, den Sie uns, Herr Maierhofer, heute geliefert haben, nämlich dass Herr Mensdorff-Pouilly eben nicht in die Erstellung dieser Studie involviert war, das ist schon relevant für diesen Ausschuss.

Obfraustellvertreter Otto Pendl: Da mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, darf ich mich bei Ihnen, Herr Maierhofer, sehr herzlich bedanken und Sie verabschieden.

Ich gehe davon aus, dass in ungefähr einer Viertelstunde die nächste Auskunftsperson zugegen sein wird, und **unterbreche** bis dahin die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 16.28 Uhr **unterbrochen** und um 16.44 Uhr **wieder aufgenommen**.)

16.45

Auskunftsperson Ing. Herbert E. Martin

Obfrau Dr. Gabriela Moser (den Vorsitz übernehmend) **nimmt** – um 16.45 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Herbert E. Martin** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Ing. Martin, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Herbert E. Martin. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Herr Ing. Martin, vor Eingang in die Befragung haben Sie noch die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung, Sie können Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss gerafft zur Kenntnis bringen. Möchten Sie davon Gebrauch machen? (Die Auskunftsperson **bejaht** dies. – Die Obfrau erteilt Ing. Martin das Wort.)

Ing. Herbert E. Martin: Danke, Frau Vorsitzende! Danke für die Möglichkeit, dass ich hier eine kurze Einleitung geben kann. Mein Name ist Herbert Martin – einige Gedanken zum TETRA-Projekt in Österreich. Ich bin seit 1988, seit 24 Jahren, selbständig für Regierungen, für Innenministerien in Österreich und anderen Ländern tätig; Bereich: Spezialtechnik für Sondereinheiten.

Mein erster Bezug zu TETRA in Österreich war durch die Firma DATAKOM. DATAKOM war ein 49-Prozent-Teilhaber von Walky Talky im Burgenland, wo das erste TETRA-Projekt in Österreich errichtet wurde. Der damalige Direktor Schuller von DATAKOM hat mich eingeladen, als Geschäftsführer für Walky Talky die Eigentumsrechte der 49-prozentigen Telekom/DATAKOM zu wahren und auch als Geschäftsführer zu agieren.

Nokia hat dieses erste System in Österreich installiert, erfolgreich installiert, funktioniert bis heute. Meine Aufgabe war, das burgenländische TETRA-Netz über Österreich auszurollen beziehungsweise Verhandlungen zu führen, ob es möglich ist, von der burgenländischen Seite das TETRA-Netz aufzubauen. Mein Ansatz war, die Nähe des

Innenministeriums zu finden, um hier nicht nur einen Bundesländerfunk, sondern einen Behördenfunk zu machen, zu gestalten.

Meine Erfahrungen, die ich daraus machen konnte: einfach das burgenländische Nokia-Netz kennenzulernen, in der weiteren Folge bei einer TETRA-Konferenz in Boston auch aus der Stadtverwaltung Boston die Motorola-Lösung, die eigentlich damals bereits klaglos funktioniert hat, kennenzulernen. Nachdem dann aber doch eine Ausschreibung im Raume stand, war es einfach nicht möglich, hier vom Burgenland aus einige Bundesländer zu gewinnen.

Ich habe mich dann in der weiteren Folge für die Ausschreibung der Ausschreibung beim BMI bemüht, gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen Francois Jenewein – Personalberater, Organisationsberater – ein Konsortium geschmiedet, um hier bestmöglich für die Ausschreibung gerüstet zu sein.

Das Konsortium hat aus vier Säulen bestanden: erstens einmal die Koordination, Lobbying und Strategie; das war Part von Jenewein und auch von mir. Der zweite Part war Dr. Peter Adler mit seinem Team, Kommunikationsexperte. Der dritte Part war Kanzlei Dr. Schramm, ein PPP-Spezialist; nachdem immer im Raum stand, hier ein Public-Private-Partnership-Modell aufzubauen, war es uns eigentlich ganz klar, dass hier ein Experte mit Spezialisten aus England einfach zur Verfügung steht. Und das vierte Team war dann Hamilton aus England; das war ein Beraterteam, das in England das TETRA-Netz designt und auch die Installation überwacht hat. Das heißt, hier sind vier Gruppen da, die meiner Meinung nach für dieses Projekt unbedingt notwendig waren. Gutes Team kostet Geld. Wir waren damit natürlich weit abgeschlagen von dem sogenannten Bestbieter – Bestbieter ist in diesem Fall der Billigstbieter –, der mit 8 Millionen dann den Zuschlag bekommen hat, und wir waren mit unseren 24 Millionen natürlich weit abgeschlagen; aber wir haben auch diese Expertise bereitgestellt, und möglicherweise war das bereits der Beginn einer Schieflage, dass hier bestimmte Dinge gefehlt haben in der ganzen Projektstartphase.

Ich habe damals, wie ich im Burgenland war, dann verschiedene Herren von Nokia kennengelernt, von Motorola kennengelernt, die alle vorsichtig waren: Was passiert aus dem Burgenland heraus. Das war dann eben auch ein Bezug mit Motorola, wo dann einfach nach der ersten Auflage Siemens/master-talk, nachdem das verloren gegangen ist – oder am Weg verloren zu gehen –, Motorola mich ersucht hat, hier eine Win-win-Situation herbeizuführen oder aufzubauen, ob es möglich ist, dieses Projekt zu retten.

Es war vielen Fachleuten damals bereits klar, dass so viele Dinge einfach nicht funktioniert haben, dass irgendwann ein Abbruch kommen musste, denn der Innenminister hat hier gegen 22 000 Gendarmen, Polizisten Rede und Antwort zu stehen, warum der Funk, das Werkzeug für die Polizei und für die Gendarmerie, nicht funktioniert. Das war einfach ein schwieriger Punkt. Also dadurch dass ich 24 Jahre mit Innenministerien zu tun hatte, weiß ich auch, wie die Leute arbeiten, wie sie denken, wie sie dann einfach auch reagieren müssen, wenn etwas schief läuft. Ich habe dann bei dieser Gelegenheit sowohl Bernhard Krumpel kennengelernt wie auch dann später den Herrn Gattringer.

Nachdem hier bei der Projektrettung nicht nur Motorola plötzlich aktiv wurde, sondern auch Nokia aktiv wurde, und der damalige Geschäftsführer, der Urs Pennanen, hat auch mit Siemens Gespräche geführt und auch versucht, dieses Projekt zu retten – also ich glaube, das Innenministerium hat sicher nicht fahrlässig versucht, das Projekt abzudrehen, weil das einfach eine Blamage ist. Ein Projekt zu starten und dann zu sagen, es war die falsche Entscheidung, ist immer peinlich.

Das heißt, dieser Rettungsversuch war eigentlich sehr anspruchsvoll, um einfach das Projekt stehenzulassen. Noch dazu waren meine Erfahrungen, die ich bei der DATAKOM einfach kennengelernt habe: TETRA ist ein europäisches Projekt, ein amerikanisches Projekt und auch ein asiatisches Projekt. Das heißt, Behörden funken heute mit TETRA, wenn sie gesichert funken wollen – Punkt 1 – und wenn sie andere Behördenbereiche miteinbeziehen im Katastrophenfall. Das heißt, das ist keine Österreich-Lösung, sondern da geht es um ein europaweites Konzept, und damit war natürlich eine Schiefelage da, dass gerade Österreich bei dieser Auswahl ins Schleudern gekommen ist.

Ja, aber der Herr Hochleitner von Siemens hat sowohl Motorola als auch Nokia einfach als Störenfriede abgetan und hat sie mehr oder weniger hinauskomplimentiert. Da gibt es dann ganz interessante Episoden über das Verhalten, aber das ist einfach ... Siemens hat Stärke auf der einen Seite, aber vielleicht nicht den richtigen Hardware-Partner gehabt.

Weiters konnte ich auch – von Motorola dann eingeräumt, um hier einen besseren Blickwinkel zu haben – die Referenzen bei der Polizei in Berlin kennenlernen, habe mich dort einige Tage aufhalten dürfen. Sicher auch über meine Innenministeriumsnähe war es mir möglich, mit der Polizei ganz einführende Gespräche zu führen, wie das System dort aufgebaut ist und wie es funktioniert. Das Gleiche auch in Holland, auch das hat mir Motorola ermöglicht; wie das holländische System einfach funktioniert, seit Jahren funktioniert.

Kein System ist zeitmäßig sicher über die Bühne gegangen, es ist alles mit Verspätung gewesen, und die Kosten waren auch immer höher, weil sicher immer wieder dort und da optimistisch geplant wird.

Ja, das war so mein Ansatz, eben der Zugang zu TETRA und mein Zugang auch zu Innenministerien, wieso ich dort und da mithelfen konnte und auch mithelfen wollte, das Projekt in irgendeiner Form mitzugestalten oder es vielleicht zu retten.

So weit einmal meine Ausführungen. Ich stehe Ihnen jetzt für Fragen zur Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Petzner beginnt die Befragung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Versuchen wir, uns da einmal langsam durchzuarbeiten. Erste Frage: Sie haben gesagt, Sie haben im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit gewirkt. (*Ing. Martin: Ja!*) Haben Sie eine eigene Firma, ein eigenes Gewerbe angemeldet, oder wie ist das im Rahmen von selbständiger Tätigkeit erfolgt?

Ing. Herbert E. Martin: Ich hatte eine eigene Firma in Österreich, die ist dann leider in den Konkurs gegangen, weil hier die Kostenschere mit großen Projekten, mit Finanzierungen und Zwischenfinanzierungen nicht mehr möglich war, und ich habe in der weiteren Folge immer über Schweizer Firmen agiert, weil ich dort die Vertrauenspersonen zur Verfügung habe, die ich für so ein Projekt brauche. Das heißt: Verschiedene Riskmanagement-, Netzwerk-Experten und andere Experten, Geopolitik-Experten, die ich für diese Projekte immer wieder brauche, die waren mir einfach dann in der Schweiz zur Verfügung, und seither werden nahezu alle Projekte über die Schweiz abgewickelt. Vielleicht gibt es auch wieder Projekte in Österreich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie hatten ein Vertragsverhältnis mit Motorola?

Ing. Herbert E. Martin: Ich hatte ein Vertragsverhältnis mit Motorola, dieses Projekt zu sanieren beziehungsweise eine Win-win-Situation aufzubauen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Über welche Firma haben Sie diesen Vertrag mit Motorola geschlossen? War das über eine Schweizer Firma oder über die österreichische Firma?

Ing. Herbert E. Martin: Das war über eine Schweizer Firma, über die IC.Government.AG, die ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie heißt die?

Ing. Herbert E. Martin: IC.Gov.AG, eine Schweizer Firma, die auf Regierungsprojekte spezialisiert ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Spezialisiert auf Regierungsprojekte?

Ing. Herbert E. Martin: Regierungsprojekte, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn ich nach Ihrer Berufsbezeichnung frage, was würden Sie hier angeben: Lobbyist oder Berater (*Ing. Martin: Nein, nein, sicher nicht ...!*), oder wie würden Sie sich selbst bezeichnen?

Ing. Herbert E. Martin: Wie ich mich selbst bezeichne? – Strategieberater, und der zweite Punkt ist Geopolitikberatung. Ich schaue mir an, wie die Geopolitik heute funktioniert, welches Land mit welchen Lösungen heute arbeiten kann und mit welchen Lösungen nicht arbeiten kann. Da gibt es oft Ausscheidungsgründe, die in der Geopolitik zu finden sind. Also: Strategieberatung, Punkt eins, Geopolitikberatung, zwei – nicht Lobbyist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch war die Auftragssumme, die Sie von Motorola bekommen haben, und von wann bis wann haben Sie einen Vertrag mit Motorola gehabt?

Ing. Herbert E. Martin: Das weiß ich jetzt nicht mehr im Detail, nachdem die Firma in der Schweiz geschlossen wurde und nicht mehr aktiv ist in diesem Bereich. Das waren maximal drei bis sechs Monate, und die Summe war nicht allzu hoch. Das waren laufende Beratungen, es hat einen Bonus gegeben im Erfolgsfall, aber der ist nicht eingetreten, weil Siemens einfach eine Partnerschaft – egal, mit wem – nicht wollte. Da hat es Berührungspunkte gegeben, obwohl Siemens mit Motorola in Norwegen arbeitet oder gearbeitet hat, in Griechenland waren Siemens/Motorola auch verheiratet, aber es hat scheinbar solche Spannungsfelder gegeben, dass Siemens einem weiteren Schritt mit Motorola aus dem Weg gegangen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie die Auftragssumme ungefähr schätzen, unabhängig von dieser Erfolgs ...

Ing. Herbert E. Martin: Das waren monatlich maximal 15 000 €, für ein Team – das waren drei Personen, die hier beschäftigt waren –, inklusive Reisespesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was war der Auftrag von Motorola konkret? – Eine Beteiligung bei master-talk zustande zu bringen oder das master-talk-Projekt abzuschließen? Denn Sie sagen, Sie haben versucht, das master-talk-Projekt zu retten; der Beamte Blaha sagt aus, dass ihm erzählt wurde, dass ein Vertreter von Motorola Deutschland zu Heinz Bick, der damals mit seiner Firma Teil des master-talk-Konsortiums war, gesagt habe – Zitat –: Du bist ein guter Freund, aber in Österreich müssen wir dich umbringen. – Gemeint war damit das ADONIS-Projekt.

Motorola sagt hier, Sie haben das Ziel, das Projekt umzubringen. **Sie** sagen, Ihr Auftrag war, das Projekt zu retten. Das ist ein bisschen ein Widerspruch.

Wie hätte denn diese Projektrettung konkret ausschauen sollen: dass sich Motorola an master-talk beteiligt, oder was war da die Zielvorgabe?

Ing. Herbert E. Martin: Die Zielvorgabe war, mit Siemens gemeinsam eine neue Hardware-Plattform zu finden, die das Innenministerium akzeptieren kann. Master-talk ist ja nur die durchführende Firma gewesen, die hatte sich an die Richtlinien der Siemens zu halten. Und wahrscheinlich ist sogar in Siemens Deutschland die Entscheidung gefallen, mit der Firma Rohde & Schwarz BICK zu gehen, und nicht in Österreich. Möglicherweise waren den Österreichern da die Hände gebunden, und sie waren nicht mehr handlungsfähig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben dann Gespräche geführt, unter anderem mit Siemens, und sagen, Sie sind als Störfaktor empfunden worden, Sie hätten da einige Episoden zu berichten, was den Herrn Hochleitner betrifft.

Schildern Sie uns das einmal, wie Siemens auf Ihre Versuche reagiert hat!

Ing. Herbert E. Martin: Beim Herrn Geiger war es sehr einfach. Es ist von ihm nur die Gegenfrage gekommen: Wann bestellt das Innenministerium die Terminals?

Ich habe gesagt, solange das System nicht funktioniert, wird der Kunde wohl die Terminals nicht bestellen. Das macht keinen Sinn. Wenn ein Auto nicht fährt, brauche ich keine Winterreifen zu kaufen. Das ist so banal einfach.

Der Herr Hochleitner hat einfach dann ... Da war immerhin der Vice President von Motorola in Wien mit dem Hans-Joachim Wirth, und die haben sich kaum niedergesetzt, ist die Frau Schön, die Sekretärin von Herrn Hochleitner, gekommen und hat gefragt: Darf ich den Herren einen Kaffee bringen? Daraufhin hat der Herr Hochleitner gesagt: Nein, die Herren gehen gleich wieder. – Das war so seine Diktion. Also er hat sie mehr oder weniger hinausgeschmissen.

Da hat man gemerkt, Gesprächsführung von Siemens war nicht wirklich da, um das Projekt wirklich wieder aufzubauen. Möglicherweise ist da schon so viel im Vorfeld passiert, oder es war einfach der Entscheidungsprozess in Deutschland, und Österreich waren die Hände gebunden, dass sie gar nicht handlungsfähig waren. – Irgendwo dazwischen wird die Wahrheit sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann waren diese Gespräche mit Siemens, in welchem Zeitraum?

Ing. Herbert E. Martin: Das war noch während der aktiven Vertragszeit, wo das Projekt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das war wahrscheinlich irgendwann im Jahr 2003. (*Ing. Martin: Ich kann es nicht mehr sagen!*) Das muss im Jahr 2003 irgendwann gewesen sein.

Ing. Herbert E. Martin: Ich weiß es nicht, ich habe keine Unterlagen mehr, und für mich war es ein bisschen schwierig, mich wieder rückezulesen und die Unterlagen zu verfolgen, die hier aufs Tapet gekommen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie waren da – fassen wir das einmal zusammen – für Motorola aktiv, über eine Firma in der Schweiz, rund 15 000 € pro Monat, haben versucht, dass Motorola bei master-talk beziehungsweise bei Siemens einsteigt. Sie haben zugleich gesagt, Sie hätten – ich habe das aufgeschrieben – eine Nähe zum Innenministerium gehabt. – Können Sie uns diese Nähe beschreiben? Zu welchen Personen haben Sie da Kontakte gehabt? Warum haben Sie eine Nähe zum Innenministerium? Haben Sie da Aufträge bekommen? Wenn ja, welche?

Ing. Herbert E. Martin: Ich war 24 Jahre für Innenministerien in Österreich und anderer Länder tätig. Es hat verschiedene Aufträge gegeben, das war früher hardwareorientiert. Da hat es Spezialequipment gegeben für die Entschärfungsgruppe oder für

Electronic Defense, für das Verhindern von Zünden von Fernbomben – Spezialtechniken, die da immer wieder gefragt worden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie auch Aufträge vom österreichischen Innenministerium gehabt? Wenn ja, welche? In welchem Zeitraum?

Ing. Herbert E. Martin: Ja, es hat Aufträge gegeben. Ich kann aber im Detail nicht darüber sprechen, das waren alles Projekte unter Geheimhaltung. Sie waren auch nicht offiziell ausgeschrieben, weil die Gegner nicht wissen sollten, was da wirklich angeschafft wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann fragen wir anders: Haben Sie – Sie müssen nichts über den Auftragsinhalt sagen, wenn das geheim ist – auch Aufträge vom Innenministerium in der Ära des Innenministers Dr. Ernst Strasser bekommen?

Ing. Herbert E. Martin: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie im Zuge Ihrer Auftragstätigkeiten jemals Kontakte gehabt zu – oder kannten Sie zum Beispiel die Person Christoph Ulmer?

Ing. Herbert E. Martin: Christoph Ulmer habe ich nur zweimal getroffen. Mehr als Small Talk oder Grüß Gott, wie geht's? ist es nicht gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo haben Sie denn den Herrn Ulmer getroffen? In welchem Zusammenhang waren diese Treffen? Waren das zufällige Treffen, weil Sie sagen Small Talk?

Ing. Herbert E. Martin: Das erste Treffen war im Innenministerium, das zweite Treffen war gemeinsam mit dem Bernhard Krumpel bei einem kurzen Mittagessen, um uns einfach zu beschnuppern, um einfach zu spüren, wie denn das Projekt überhaupt läuft oder was im Falle des Falles zu tun ist.

Mehr war es nicht, und wir sind einfach nicht zusammengekommen, und das war es auch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann hat denn dieses Mittagessen mit dem Herrn Ulmer und dem Herrn Krumpel zeitlich zirka stattgefunden?

Ing. Herbert E. Martin: Das war in der Zeit, als das Projekt, das master-talk/Siemens-Projekt, eigentlich noch gelaufen ist. Aber das war ein kurzes Mittagessen, da war überhaupt kein Hintergrund zu spüren, und es war überhaupt nichts vom Ergebnis da.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was war Inhalt dieser Gespräche, die Sie bei diesem Mittagessen geführt haben?

Ing. Herbert E. Martin: Einfach die Bereitschaft, das Innenministerium zu unterstützen in der Projektausrollung, in der Projektabwicklung, weil da doch einige Schwächen beim Innenministerium da waren, im Projektmanagement, in der Projektabwicklung. Und das waren, glaube ich, die Dinge, die offen waren, und die habe ich einfach auf den Punkt gebracht: wie weit es sinnvoll und möglich ist, da Hand anzulegen, damit das Projekt vielleicht etwas geschickter aufgebaut wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie formulieren das alles sehr, sehr schön. In Wirklichkeit hat sich, so wie ich das interpretiere, der damalige Kabinettschef Ulmer mit einem Vertreter, der von Motorola bezahlt wird und den Auftrag hat, Motorola irgendwie ins Spiel zu bringen, getroffen. Ist auch interessant.

Ing. Herbert E. Martin: Das war nicht die gleiche Zeitachse. Das war eine andere Zeit, wo mich die Motorola dann beauftragt hat. Das Mittagessen hat mit dem Motorola-Ansatz überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja dann sagen Sie uns den Zeitraum noch einmal!

Ing. Herbert E. Martin: Ich weiß es nicht. Ich habe diese alten Unterlagen, die da vor zehn Jahren waren, nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben auch gestern den Herrn Tengg dazu befragt. Er hat einen nicht sehr schmeichelhaften Ausdruck verwendet. Befragt dazu, ob er sich auch mit Ihnen getroffen hat, hat er gesagt – ich zitiere jetzt den Herrn Tengg –: Ja, „die Aasgeier“ von Motorola sind über ihm gekreist, und zu diesen Aasgeiern hat er auch Sie gezählt, und er hat das so interpretiert, dass eben Motorola unbedingt auch ins Geschäft kommen wollte.

Wie interpretieren Sie denn diese Aussage des Herrn Tengg? Sie sagen, Sie wollten das Projekt retten. Natürlich ging es auch um eine Auftragssumme und um einen wirtschaftlich und finanziell lukrativen Auftrag für Motorola, das ist ja ganz klar, sonst hätte man Sie auch nicht extra dafür bezahlt. Der Herr Tengg findet da ein sehr wenig schmeichelhaftes Wort. Also zwischen „retten“ und „Aasgeier“ ist doch ein bisschen ein Unterschied. Offensichtlich hat der Herr Tengg die Gespräche mit Ihnen anders in Erinnerung. – Was sagen Sie denn zu diesen Ausführungen des Herrn Tengg?

Ing. Herbert E. Martin: Fragwürdig. Das liegt in seinem Charakter. Auch so wie im Innenministerium umgesprungen wurde: Es sind alle für ihn Idioten und Aasgeier und alles Mögliche. Er wollte die Schwächen seiner eigenen Lösung ja nicht wirklich wahrhaben. Also da war er ein Realitätsverweigerer ersten Grades, der halt mit viel Geschrei dann getobt und versucht hat, alle anderen niederzumachen.

Ich kann damit umgehen. Was er sagt, das interessiert mich eigentlich nicht wirklich.

Erstens habe ich keine Gespräche mit ihm darüber geführt, sondern die hat der Herr Josef Neureiter geführt, um Motorola in Kooperation mit master-talk zu bringen. Das war nicht einmal meine Gesprächsebene. Aber dass der Herr Tengg sehr wehleidig ist mit Dingen, die bei ihm nicht funktionieren haben, das kann schon sein. Ja, das würde ich unterschreiben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt haben Sie Gespräche mit dem Herrn Tengg und auch mit dem Herrn Hochleitner geführt, Sie haben auch mit dem Herrn Geiger gesprochen, glaube ich, das geht aus unseren Unterlagen hervor, das heißt Gespräche mit Siemens-Leuten, mit dem Herrn Tengg, Geschäftsführer von master-talk.

Hatten Sie im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für Motorola – fragen wir jetzt so – auch jemals Kontakte zu Instanzen, Personen, Beamten, was auch immer, direkt des Innenministeriums selber? Wenn ja, mit welchen?

Ing. Herbert E. Martin: Mit dem Bernhard Krumpel, um ihm auch vorzuschlagen, was ein Rettungsgedanke sein könnte, um das überhaupt mit dem Innenministerium abzustimmen, ob das gewollt ist und ob es letzten Endes auch durchsetzbar ist.

Also das war schon vorbereitet. Ich habe da keine Blankogespräche geführt, um dann jemanden zu überraschen, sondern gefragt: Ist das möglich, ist es sinnvoll und ist es erwünscht?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wen haben Sie noch getroffen, außer den Herrn Krumpel?

Ing. Herbert E. Martin: Ich habe den Herrn Blaha getroffen, aber rein auf einer technischen Ebene, um einfach zu spüren, wie die Situation ist und wie die Technik funktioniert und was nicht funktioniert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gibt es da noch weitere außer Blaha und Krumpel?

Ing. Herbert E. Martin: Meines Wissens nicht, nein. Ich kann mich zumindest nicht mehr erinnern, aber ich glaube nicht. (*Obfrau Dr. Moser: Die 7 Minuten sind dann abgelaufen!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Schlussfrage nur noch. (*Obfrau Dr. Moser: Wollen Sie einen Vorgriff?*) – Kann ich einen kurzen Vorgriff machen? (*Obfrau Dr. Moser: Ja ja!*)

Sie haben mit Blaha und Krumpel gesprochen. – Können Sie uns schildern, was konkret der Inhalt dieser Gespräche war und wann diese Gespräche zeitlich zirka stattgefunden haben?

Ing. Herbert E. Martin: Wann sie stattgefunden haben, weiß ich nicht mehr. Es war noch in dem laufenden Projekt mit Siemens/master-talk.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also da reden wir noch von der master-talk-Zeit?

Ing. Herbert E. Martin: Ja, genau. Gesprächsinhalt war einfach: Wie ist der Leidensdruck?

Der Leidensdruck – und das kannte ich aus meinen Projekten mit dem Innenministerium –, dass das System nicht funktionieren wird, war einfach sehr groß. Viele Abteilungen im Innenministerium haben Abstand genommen, den alten Analogfunk weiterhin auszubauen, weil sie gewusst haben, das Neue kommt. Sie können nicht etwas Altes anschaffen, mit dem sie dann zehn Jahre arbeiten müssen, bevor sie es wieder austauschen dürfen.

Also der Leidensdruck war schon enorm, und dadurch war für mich wichtig: Wie spürt das der Herr Blaha eigentlich? Er ist der Fachmann. Wenn die Dinge nicht funktionieren, was machen wir dann? Entweder wieder zur Analogtechnik zurückzugehen, was Nonsense ist, oder man versucht den Ausfallschritt, einfach Siemens zu bewegen, da eine Alternative zuzulassen. Das war der Punkt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Und wie hätte diese Alternative jetzt genau ausgesehen, und was war da Ihr konkreter Vorschlag?

Ing. Herbert E. Martin: Der konkrete Vorschlag war: Es hat mir Motorola damals ein Angebot in die Hand gegeben, dass die Siemens Motorola-Technik übernehmen könnte, als OEM-Produkt mit Siemens-Label beschriften, als Siemens-Produkt auch im Markt präsentieren, nur damit das Projekt stehen bleibt.

Und das Gleiche hat auch die Nokia gemacht, aber nicht in meinem Auftrag, sondern das hat der Herr Urs Pennanen direkt gemacht. Auch er hat angeboten, dass die Siemens ein Nokia-Produkt als Siemens labelt, als OEM-Produkt dann zum Einsatz bringt, damit das Projekt stehen bleibt.

Und nur diese beiden Firmen haben die Expertise – das habe ich in meiner Erfahrung dann ansammeln können –, nur diese beiden Firmen haben die Erfahrung, landesweite Funknetze, TETRA-Netze zu betreiben, aufzubauen und zu betreiben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie hätten Technologie von Motorola angeboten und hätten Siemens sogar zugestanden, dass das weiter unter dem Namen oder Markennamen Siemens (*Ing. Martin: Genau!*) laufen kann und Motorola gar nicht vorkommt? – Das finde ich auch ganz interessant.

Frage eins: Gibt es so etwas öfter, dass – wie soll ich sagen? – ein Produkt unter einem anderen Mäntelchen verkauft wird?

Frage zwei: Wenn das funktioniert hätte, was Sie vorgeschlagen haben, wie hoch wäre dann zirka – eine Grobschätzung – die Auftragssumme gewesen, die Motorola da lukrieren hätte können, muss man in dem Fall sagen?

Ing. Herbert E. Martin: Das kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Grobschätzung können Sie sicher abgeben. Sie kennen sich sehr gut aus, das merke ich.

Ing. Herbert E. Martin: Es war damals das Projekt bei Siemens geplant bei einem Gesamtvolumen von zirka 300 Millionen. In der Neuauflage waren es nur mehr 120 Millionen. Wie die Differenz darzustellen war von Siemens master-talk, ist mir nicht bekannt gewesen. Ich weiß auch nicht, was, wenn die Siemens-Finanzierung gestanden wäre, sie bereit wäre, an Motorola oder Nokia zu zahlen, damit sie das Projekt anliefern. Das ist ein Spielraum, den sich wahrscheinlich dann die Siemens vorbehalten hätte. Vielleicht wären es 50 Millionen gewesen, vielleicht wären es 100 Millionen gewesen – ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es hat am Ende ... (*Obfrau Dr. Moser: Die eine Frage war das, oder?*) Ein Vorgriff auf die zweite Runde, haben wir gesagt. (*Obfrau Dr. Moser: Ach so, Sie wollen den „Gesamtvorgriff“?*) Natürlich! (*Obfrau Dr. Moser: Na gut, dann stoppen wir im Sinne von Zeitnehmung!*)

Und Siemens hat das also nicht angenommen, und damit war auch, wie Sie sagen, Ihre Tätigkeit beendet. Oder waren Sie dann weiter für Motorola aktiv?

Ing. Herbert E. Martin: Nein. Das Projekt war damit für mich beendet, und ich bin von Motorola nicht weiter beauftragt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Das passt nämlich zu dem, was der Herr Asner sagt, und jetzt komme ich wirklich zum Schluss – Zitat –:

Die Ausgangslage war, dass Motorola versuchte, beim Projekt ADONIS mitzubieten. Dies scheiterte. – Da sind wir im Vergabeverfahren.

Motorola versuchte dann – das war Ihre Tätigkeit –, sich am siegreichen Konsortium master-talk zu beteiligen. Auch das scheiterte. Das BMI löste schließlich den Vertrag mit master-talk auf.

Und dann ist eben der Herr Mensdorff ins Spiel gekommen, weil dann auch der Herr Wirth in einem E-Mail mitgeteilt habe – Zitat –: dass wir nicht die richtigen Leute bei diesem verlorenen Tender gehabt hatten.

Haben Sie jemals auch mit dem Herrn Mensdorff Kontakt gehabt? – Ich gehe davon aus.

Ing. Herbert E. Martin: Mit welchem Herrn Mensdorff? (*Abg. Petzner: Ob Sie jemals mit dem Herrn Mensdorff ...*) Mit welchem Herrn Mensdorff?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit dem Ali Mensdorff.

Ing. Herbert E. Martin: Nein, hatte ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, da gibt es zwei. Mit dem Heinrich ist es klar, der war bei master-talk. (*Ing. Martin: Mit dem Heinrich Mensdorff bei master-talk ja!*) Der ist, glaube ich auch, da nicht das Problem. – Also mit dem Ali nie, der ist Ihnen auch nie untergekommen.

Hatten Sie jemals etwas mit der Vertragsauflösung zwischen Innenministerium und master-talk zu tun?

Ing. Herbert E. Martin: Nichts. Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie haben da nie auch dem Krumpel oder dem Blaha gesagt, löst doch den Vertrag mit master-talk auf, haben Vorschläge in diese Richtung gemacht? (*Ing. Martin: Nein!*)

Ihr Versuch war immer, Motorola mit ins Geschäft mit master-talk zu bringen. (*Ing. Martin: So ist es!*) Das hat nicht funktioniert. Ich glaube auch, dass Ihre Tätigkeit, soweit ich Sie einschätzen kann, durchaus auch korrekt war. Und Motorola hat dann eben den Weg B gewählt und den Herrn Mensdorff engagiert, und dann hat es auf einmal funktioniert.

Jetzt können wir uns selber alle ausdenken, warum. Sie kennen die Medienberichte und die Vorwürfe dazu. Das wird uns der Herr Mensdorff dann noch selber erklären müssen. – Ich danke fürs Erste und wahrscheinlich auch schon letzte Mal heute.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Martin! Es ist ja schon einiges aufgearbeitet worden. Sie waren für Motorola in dem ersten Projekt, bei master-talk, tätig und nicht bei TETRON? Habe ich das richtig verstanden?

Ing. Herbert E. Martin: Ja, genau.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie hatten so etwas wie eine Geheimmission, weil der Leidensdruck Ihren Wahrnehmungen nach beim master-talk-Gremium ein sehr großer war. – War der Leidensdruck bei den Partnern ein sehr großer oder im Innenministerium?

Ing. Herbert E. Martin: Primär im Innenministerium. Master-talk hat sich, glaube ich, mit der Kraft der Siemens, mit der Kraft der Raiffeisen noch immer sicher gefühlt, dieses Projekt durchpeitschen zu können. Ich glaube, das war auch schon sehr ausgeprägt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wodurch ist Ihnen das bekannt geworden?

Ing. Herbert E. Martin: Eigentlich nur von Erzählungen einfach, wie eben ein Hochleitner gesagt hat: Dann kommen die Jagdgrünen, die werden dem Minister schon sagen, was er zu tun hat! – Und auf dieser Gesprächsebene ist es einfach abgelaufen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Mit wem haben Sie da gesprochen?

Ing. Herbert E. Martin: Mit Verbindungsleuten, die das wieder... (*Abg. Mag. Lapp: Mit Verbindungsleuten im Innenministerium?*) Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Sie schon sehr lange kennen?

Ing. Herbert E. Martin: Ja. Und das war dann einfach sehr unangenehm, dass hier politischer Druck erzeugt wurde, obwohl die Technik nicht funktioniert hat. Also der politische Druck mag funktionieren, wenn die Sache Hand und Fuß hat. Wenn die Sache nicht Hand und Fuß hat, dann geht der Druck natürlich in Leere. Das *ist* so: Ich kann jemanden, der nicht laufen kann, natürlich prügeln, aber das macht einfach keinen Sinn.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie vorher „Jagdgrüne“ gesagt? (*Ing. Martin: Ja!*) Was heißt das? – Denn ich habe nur die Unruhe neben mir...

Ing. Herbert E. Martin (*heiter*): Einfach der Jägerrock! Das ist einfach ... – ob das jetzt nur die Banker sind oder ob das die Jagdgesellschaft ist, das war einfach dann ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also die Jäger im Innenministerium haben Ihnen die Informationen zukommen lassen, dass es da Sand im Getriebe gibt?

Ing. Herbert E. Martin: Dass es Sand im Getriebe gibt und dass es einfach Handlungsbedarf gibt, das Projekt zu sanieren, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie kennen Herrn Skorsch?

Ing. Herbert E. Martin: Ja. Den habe ich in Amerika kennengelernt bei dieser Konferenz in Boston. Ich habe aber dann keine weiteren Kontakte mit ihm gehabt. Einmal, glaube ich, haben wir uns noch kurz getroffen, aber das war nicht wirklich relevant und nicht projektbezogen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also von ihm haben Sie die Informationen nicht bekommen?

Ing. Herbert E. Martin: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Kennen Sie Herrn Blaha?

Ing. Herbert E. Martin: Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Über das Projekt? Oder über eine längere Bekanntschaft?

Ing. Herbert E. Martin: Über das Projekt aus dem Burgenland heraus (*Abg. Mag. Lapp: Ach, das haben Sie eingangs ...*), wo das Innenministerium ja auch sehr wachsam war, was da passiert: Ist es möglich, das vielleicht österreichweit zu verwenden, wenn das Ganze in die Nähe des Innenministeriums gerückt wird? – Nur vom Burgenland ist es eine burgenländische Lösung, und nur die Bundesländer zu versorgen ist zu wenig. Das Ganze muss auf eine Bundesebene gehoben werden, denn ein Innenministerium beschäftigt sich sicher nicht mit Teil-Bundesländerlösungen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Herr Blaha hat Ihnen sein Leid geklagt?

Ing. Herbert E. Martin: Ja. Dass hier einfach der Leidensdruck da ist und dass hier nachbeschafft werden müsste und das eigentlich nicht gemacht wird, weil man dann auf der alten Technik ja zehn Jahre sitzenbleibt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und bei Motorola waren Sie schon vorher in Vertrag oder beauftragt? Oder sind Sie von Motorola dann extra für dieses Projekt – wo Sie, glaube ich, vorher gesagt haben, Sie hätten 15 000 € bekommen – beauftragt worden? Also sind Sie extra von Motorola beauftragt worden?

Ing. Herbert E. Martin: Extra von Motorola beauftragt worden, ja. (*Abg. Mag. Lapp: In dieser Angelegenheit?*) Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Hatten Sie früher auch schon Aufträge von Motorola?

Ing. Herbert E. Martin: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie ist Motorola auf Sie gekommen?

Ing. Herbert E. Martin: Durch Zusammenarbeit. Irgendwie ist es entstanden, dass die Leute auf mich zugekommen sind, weil sie das Gefühl haben, dass ich Dinge anders verstehe, dass ich mit Dingen anders umgehe, dass ich mit meinen Innenministeriumskontakten verschwiegene Arbeitsweise, Geheimhaltung einfach anders spüre, anders sehe als andere Berater. Und damit war das möglich mit dem Herrn Neureiter, der das Ganze eingefädelt hat, den ich aus dem Burgenland kannte, der das auch überwacht hat, was die Nokia im Burgenland macht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also der Herr Neureiter war Ihr Motorola-Kontakt und hat Sie beauftragt?

Ing. Herbert E. Martin: Der Herr Neureiter hat mich dann vorgeschlagen beim Herrn Wirth, dass ich hier Hand anlegen sollte, eine Win-win-Situation herbeizuführen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Waren die beiden Herren dann mit Ihrer Tätigkeit zufrieden?

Ing. Herbert E. Martin: Ob ich mit den Herren zufrieden war?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Nein, Sie waren ja Auftragnehmer. Und normalerweise muss der Auftraggeber, glaube ich, zufrieden sein.

Ing. Herbert E. Martin: Ich glaube, ja. Und das war dann auch die Möglichkeit, weitere, ganz andere Projekte weltweit mit Motorola zu machen, obwohl dieses Projekt in Österreich verloren gegangen ist. Das hat nicht funktioniert, aber die Arbeitsweise hat anscheinend doch gepasst.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie waren so etwas wie ein Türöffner in das Innenministerium, damit dann der zweite Auftrag mit TETRON realisiert werden kann?

Ing. Herbert E. Martin: Nein, überhaupt nicht. Ich habe mit dem zweiten Projekt überhaupt nichts zu tun gehabt, habe es auch vermieden, nachdem mir gesagt wurde, Ali Mensdorff ist jetzt der Berater für Motorola. Und da habe ich in dieser Liga nicht ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da haben Sie schon gewusst, dass er sozusagen der Platzhirsch ist?

Ing. Herbert E. Martin: Das wurde mir von Hans-Joachim Wirth mitgeteilt, dass die Telekom, der Herr Fischer mit dem Ali Mensdorff arbeiten wollte. Das war für mich dann ganz klar, das ist nicht mehr mein Spiel und da bin ich nicht dabei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sind Sie Jäger?

Ing. Herbert E. Martin: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Waren Sie auf Jagdeinladungen vom Herrn Mensdorff-Pouilly? (*Ing. Martin: Nein!*) Genau, Sie haben gesagt, Sie kennen ihn nicht.

Ing. Herbert E. Martin: Ich würde es auch ablehnen. Ich bin seit 24 Jahren mit den Innenministerien tätig, und meine Vorschusslorbeeren oder Erfolgslorbeeren waren hier immer in der Geheimhaltung, in der Verschwiegenheit und all diesen Dingen, die den Geruch der Korruption einfach auslassen. Das ist meine Reputation.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ist nicht der Kampf um Transparenz ein wesentlich effizienterer, um Korruption einzudämmen?

Ing. Herbert E. Martin: Ich habe diese Dinge nie genutzt, und damit war es für mich ganz klar, das kommt für mich nicht in Frage. Man hat hier ganz leise einmal versucht, ob ich auch in dieser Gruppierung mitarbeiten möchte. Da habe ich gesagt: Danke, nein. Das ist nicht meine Ebene.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): In der Gruppierung, die dann bei TETRON war?

Ing. Herbert E. Martin: Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, da haben Sie dann gesagt, da machen Sie nicht mit?

Ing. Herbert E. Martin: Da mache ich nicht mit, ja. – Die konkrete Frage ist dann ausgeblieben, aber man hat mich bewusst dazu eingeladen, in Holland das Projekt zu studieren, das Motorola dort sehr erfolgreich aufgesetzt hat. Ich habe dann mit dem Geschäftsführer von Holland sehr lange Gespräche geführt, auch mit der Polizei in Berlin, also sehr eingehende Gespräche, und das war schon ein bisschen in diese Richtung abzielend, mich eventuell bei der TETRON miteinzubinden. Aber da ich nicht mit der Jagdgesellschaft kompatibel bin, ist das einfach nicht in Frage gekommen. Das haben die Leute dann gespürt, dass das nicht meine Ebene ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich höre da auch bei Ihnen Enttäuschung heraus. Aber das ist jetzt nur meine Einschätzung.

Ing. Herbert E. Martin: Ja, ich glaube, es haben sich da einige junge Leute wirklich hineinziehen lassen. Ich glaube, die jungen Leute, die sehr begabt sind, die sehr gut sind, ob das jetzt Ulmer ist, ob das jetzt Bernhard Krumpel ist, ob das Gattringer ist. Das sind hochbegabte Leute. Und ich glaube nicht, dass die jungen Leute korrupt auf die Welt kommen. Alles andere lasse ich jetzt Ihnen ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich werde auf dieses Gespräch gar nicht weiter einsteigen, da mich sonst sicher der Herr Verfahrensanwalt darauf hinweisen wird, dass ich zum Beweisbeschluss zurückkommen muss.

Sie haben zuvor gesagt, der mögliche Motorola-Einstieg bei master-talk war so etwas wie eine Geheimmission. Und Herr Tengg hat uns gestern erzählt, dass Sie – also ich hätte das so wahrgenommen, dass er das gesagt hat, ich habe jetzt leider nicht die Stelle aus dem Protokoll – wie ein Handelsreisender oder wie ein Vertreter unterwegs gewesen seien. Er hat uns das so dargestellt, dass das nicht sehr verschwiegen gelaufen ist, weil Sie eben überall Termine entriert haben.

Waren Sie auch bei Herrn Tengg?

Ing. Herbert E. Martin: Ich war einmal bei Herrn Tengg. Da hat er eine Zusammenarbeit einfach abgelehnt. Alle anderen Gespräche hat Motorola direkt geführt. Und das war das Einzige, wo ich mit dem Herrn Tengg in Berührung gekommen bin. Dass er natürlich eine andere Sichtweise hatte, was sein Auftrag wirklich war, mit der master-talk zu machen, ob sanieren und retten oder endgültig zerstören und den Schaden dem Innenministerium einfach anhängen, ich weiß es nicht. Aber das ist für mich in der Frage sehr offen, was war wirklich der Auftrag vom Herrn Tengg. Die Herren im Innenministerium waren natürlich schon nervös, wie sie gehört haben, dass der Herr Tengg in die Geschäftsleitung geht. Da haben schon einige gefragt: Ist es soweit? – In Anspielung auf den „Konsum“. Also da hat es schon einigen die Haare aufgestellt: Was passiert da jetzt?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber bei Klax Max war Herr Tengg auch tätig, und das war ja, glaube ich, auch ein sehr erfolgreiches Unternehmen. (*Ing. Martin: Ja!*) Er hat ja einige wirtschaftliche Positionen in Österreich.

Wenn ich Ihre Antwort bei Kollegen Petzner richtig verstanden habe, wäre Motorola sogar so weit gewesen, Motorola-Technik unter einem Siemens-Pickerl in dieses Projekt einzubringen, Motorola hätte also auch gerne ein Kuckucksei gelegt.

Wie viel Pouvoir hatten Sie dazu, um solche Vorschläge zu machen? Das habe ich nicht ganz verstanden.

Ing. Herbert E. Martin: Eigentlich nur das Grobkonzept vorzuschlagen, nicht mehr. Alle anderen Gespräche, alle anderen Verhandlungen wären dann direkt ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): ... um dann die Reaktionen zu testen, was darauf geantwortet wird?

Ing. Herbert E. Martin: Um zu schauen, ob die Reaktion überhaupt da ist und ob die Firma Siemens gesprächsbereit ist. Das war der Punkt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und deswegen sind Sie dann gleich von der Sekretärin von Herrn Generaldirektor Hochleitner hinauskomplimentiert worden?

Ing. Herbert E. Martin: Nein, ich nicht. Das waren die Motorola-Leute direkt. Die sind dann direkt gekommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): War das vorher oder nachher?

Ing. Herbert E. Martin: Das war dann nachher. Die haben dann noch einmal versucht, eben mit dem Vice-Präsidenten, doch gewichtig anzutreten, um das Projekt vielleicht dort oder da ... Es ist so, dass Siemens und Motorola in Griechenland gemeinsam arbeiten mussten, es war aber ein politischer Druck da, auch in Norwegen war der politische Druck da, dass Siemens mit Motorola arbeiten muss. Also es gibt solche Beispiele, dass die sehr wohl kooperieren, wenn der politische Druck und der politische Wunsch da sind. Aber so selbständig ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie viel Geld konnten Sie einsetzen, oder waren Sie als Türöffner gedacht? Haben Sie ein Pouvoir gehabt, um Dinge dingfest zu machen? (*Ing. Martin: Nein, nein!*) Oder ist es in die Richtung gegangen, dass Sie die Reaktionen ausloten mussten?

Ing. Herbert E. Martin: Genau. Nur die Win-Win-Situation auszuloten. (*Abg. Mag. Lapp: Für 15 000 €?*) Um einfach zu schauen, wo ist jemand gesprächsbereit und wo könnte man nachstoßen, dass das Projekt einfach stehen bleibt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Ing. Martin! Sie haben gerade erzählt, und das finde ich ja sehr spannend, dass Sie sich, nachdem Sie erfahren haben, dass Motorola von Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly beraten wird, dann zurückgezogen haben. (*Ing. Martin: Ja!*) Und Sie haben auch dazu gesagt, dass Sie gehört hätten, dass das auf Wunsch von Herrn Fischer, sprich aus der Telekom, so passiert ist.

Ing. Herbert E. Martin: Ja. Ausgesprochen wurde.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Woher haben Sie das erfahren? Wissen Sie das noch? Wer hat Ihnen das erzählt?

Ing. Herbert E. Martin: Von Herrn Wirth. Hans-Joachim Wirth hat mir mitgeteilt, die Telekom, der Herr Fischer möchte mit dem Ali Mensdorff arbeiten und nicht mit mir, und damit war für mich klar, okay, das ist eine andere Ebene, eine andere Spielwiese, wo ich sicher nichts beitragen werde und beitragen kann.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): War das sonst in der Branche bekannt oder war das jetzt nur eine Information, die Sie in bilateralen Gesprächen erhalten haben?

Ing. Herbert E. Martin: Ich weiß es nicht, ob das nur ich bekommen habe. Aber für mich war dann einfach klar, Fischer mit seiner Vergangenheit bei Alcatel, also für mich hat sich dann der Faden geschlossen, wie das Ganze läuft und wer möglicherweise hinter dem Fischer stand, der das auch so wollte.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wollen Sie noch einmal kurz schildern, was sich da für Sie geschlossen hat, wie das Ganze läuft?

Ing. Herbert E. Martin: Der Herr Fischer wurde von Alcatel in die Telekom entsandt, um diese Alcatel-Aufträge einfach an Land zu ziehen. Das ist, glaube ich, einfach normales Marketing gewesen. Das haben viele so gemacht. Aber dass dann der

Spruch da war, mit Ali Mensdorff zu gehen, hat sicher eine größere Bedeutung als jetzt nur für dieses Projekt gesehen, denn da sind andere Dinge gelaufen, die mir auf der einen Seite fremd waren, und ich wollte sie auch gar nicht wissen. Denn ich habe dann immer wieder von diesen Jagden gehört. Und da habe ich gesagt: Ob das gut geht? Ich bin zu lange mit Innenministerien unterwegs und weiß, dass man alle diese Dinge rückaufrollen kann und dass einfach nichts versteckt bleibt. Das war für mich immer ganz klar, und damit habe ich solche Dinge gar nicht angegriffen: Es ist nur eine Frage der Zeit, wann das Pendel wieder retour kommt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich möchte Ihnen aus einem Aktenvermerk vorlesen, Befragung von Herrn Ing. Franz Geiger, Vorstandsmitglied der Siemens AG Österreich durch das BIA. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Auf Seite 2 – Sie haben es aufgeschlagen –, ungefähr in der Mitte, der Absatz:

„In dieser schwierigen Phase“ – mit schwieriger Phase sind eben die Probleme beschrieben zwischen master-talk und dem BMI – „sei nun ein Telekom-Experte namens Martin (...) aufgetaucht, welcher ihm, Geiger, vorgeschlagen hätte, sich mit der Firma Motorola in Verbindung zu setzen, da diese ein sehr gutes Konzept anbieten könne. Dabei hätte ihm Martin die Kontaktaufnahme mit einem Herrn Wirth von der Fa. Motorola Deutschland empfohlen.“

Erste Frage: Sind Sie besagter Herr Martin?

Ing. Herbert E. Martin: Ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und gab es dieses Gespräch? Können Sie uns etwas darüber erzählen?

Ing. Herbert E. Martin: Ja, hat es gegeben. Das war einfach in einer Phase, wo das Projekt am Kippen war, gefährlich war, die Dinge haben nicht funktioniert, wo Motorola gesagt hat, versuche einfach, eine Win-Win-Situation herzustellen, ob es doch möglich ist, mit Siemens auf einer Motorola-Technologie wie auch in Norwegen, wie auch in Griechenland zu urgieren. Vollkommen richtig, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und im zweiten Absatz, also im Absatz danach steht dann:

„Es habe sich in seinen Augen, so Geiger weiter, eine schiefe Optik ergeben, da Bgdr Skorsch unter anderem auch für die Fa Kappacher tätig gewesen sei, welcher ein Naheverhältnis zur Fa Motorola nachgesagt würde.“

Was können Sie uns dazu sagen?

Ing. Herbert E. Martin: Gar nichts. Ich weiß nur, dass der Herr Skorsch bei Kappacher tätig war und dann ins Innenministerium gewechselt ist. Aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Jetzt würde mich noch Ihre Beauftragung durch Motorola interessieren. Sie haben vorher gesagt, Herr Neureiter hat Sie vorgeschlagen.

Ist das auch gleichzusetzen mit hat Sie beauftragt, oder wie ist das abgelaufen?

Ing. Herbert E. Martin: Er hat sich das Okay dann vom Herrn Wirth geholt, ob er mit mir arbeiten kann und darf. Der Herr Wirth hat das begrüßt, und damit ist dann ein Vertrag zustande gekommen. Der Herr Neureiter hat dann den Vertrag gestaltet, und dann haben wir einige Monate zusammengearbeitet, bis wir festgestellt haben, es funktioniert einfach nicht. Und dann war das Projekt zu Ende.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Bezüglich des Vertrages gab es Motorola-intern Fragestellungen, was jetzt eigentlich der Inhalt dieses Vertrages war. Ich lege Ihnen jetzt auch noch ein Motorola-internes Papier vor, das Hans-Joachim Wirth unterzeichnet hat, vom 2.3.2005, in dem das Ziel war, während des Projekts ADONIS die Verhältnisse oder die Beziehung zwischen Motorola und IC Government zu erklären. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Ich zitiere jetzt:

„Key goal: The major goal of the activity was to win back the Austrian BMI.“

Können Sie sagen, was mit „back“ gemeint ist?

Ing. Herbert E.Martin: Ich habe das nicht so verstanden, zurückgewinnen heißt einfach sich beteiligen. Das war für mich damals klar. Denn zurückzugewinnen hat ja nichts damit zu tun, ob jetzt master-talk und Siemens aus dem Projekt rausfliegen, damit ist das noch lange nicht für Motorola gewonnen. Und so war es ja auch in der Situation. Der zweite Waffengang war sehr scharf, und die EADS ist wirklich als Militärcompany angetreten, das war wirklich messerscharf. Ich weiß auch von Aussagen von Motorola, hätte das Projekt noch zwei Wochen länger gedauert, hätte wahrscheinlich die EADS gewonnen, weil die wahrscheinlich preismäßig noch einmal runtertauchen konnten und Motorola bereits am Anschlag war. Also, so klar, dass, wenn das erste Projekt zerbricht, Motorola dann zum Spiel kommt, war das nie.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich lese dann weiter vor. Da sind dann Punkte angeführt, und die beiden letzten lese ich vor. Da geht es um die Frage:

„Task for IC Gov (...) Build up supporters for the Motorola Tetra solution amongst the Master Talk share holders, The Austrian MOI and MOD.“ – Also das Innenministerium und das Verteidigungsministerium, unter den master-talk-Shareholdern Unterstützer für die Motorola-Tetra-Lösung aufzubauen.

Und den zweiten Punkt verlese ich auch gleich:

„Establish and build up partnership possibilities for Motorola in Austria c.g. Telekom Austria, Alcatel.“ – Also, Partnerschaftsmöglichkeiten für Motorola in Österreich mit Telekom und Alcatel.

Können Sie uns etwas zu diesen beiden Punkte sagen? Das waren sozusagen die Tasks. Was davon ist passiert?

Ing. Herbert E.Martin: Das waren Versuche, hier einfach über die Partner zu gehen. Aber so weit ist es gar nicht gekommen. Nachdem Siemens alle diese Ansätze abgeschmettert hat, war es gar nicht möglich, an die Partner der master-talk heranzugehen, weil Siemens hier einfach dicht gemacht hat. Das hätte auch keinen Sinn mehr ergeben. Das habe ich dann nicht mehr durchgeführt.

Und die Partnerschaft mit Telekom, das war für mich auch ganz klar, die master-talk hat versucht, eine neue Telekom zu werden. Und das war für mich eigentlich von Beginn an der Ansatz, dass das nicht funktionieren wird. Eine Telekom hat bereits zwölf Sicherheitsnetze sieben Tage die Woche, 24 Stunden im Betrieb. Und eine master-talk hätte das noch einmal neu machen sollen, wo eine Telekom bereits jahrzehntelange Erfahrung hat. Das war so ein absoluter Nonsens, darum war für mich und auch für Motorola klar, wenn, dann kann nur eine Telekom in den Ring steigen und sagen, wir können das, wir betreiben das als 13. Sicherheitsnetz in Österreich, oder das Innenministerium macht es selbst. Aber das Ganze neu zu erfinden und hier ein Netzwerk-Management für Österreich neu aufzubauen, mit einem Stückwerk, wie es die master-talk geplant hat, das konnte nicht funktionieren.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Jetzt möchte ich noch nachfragen bei dem Punkt „Build up supporters for the Motorola Tetra solution“: Wer waren diese „supporters“, wer waren diese Unterstützer im Innenministerium?

Ing. Herbert E.Martin: Die Unterstützer waren einfach Leute, die auch diese Auslandserfahrung haben, die auch das Berliner Netz, das Aachener Motorola-Netz und auch das holländische Netz kannten und sich einfach Informationen geholt haben, wie man es hätte aufbauen können.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Können Sie uns da Namen nennen?

Ing. Herbert E.Martin: Das weiß ich nicht mehr. Das wird sicher der Herr Blaha gewesen sein, aber es hat auch andere Projektleute gegeben, die dann aus dem Projekt herausgenommen wurden. Ich weiß aber jetzt die Namen gar nicht mehr. Es hat einen großen Wechsel gegeben, weil das Projekt einfach sehr unrund war und viele Managementfehler auch im Innenministerium zu suchen waren. Das ist schon richtig, da hat der Herr Tengg schon recht. Aber wenn es dann der Betreiber nicht ausfüllen kann, dann ist es halt ein doppelter Schaden, dann kann es der eine nicht und der andere auch nicht, und dann wird nur die Schuld verteilt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber wo haben Sie da beim Aufbau der Unterstützer angesetzt? Gab es da schon eine Vorkenntnis, wer das potentiell sein könnte? Ist die von Ihnen gekommen oder haben Sie da Vorschläge erhalten, wie ist das abgelaufen?

Ing. Herbert E.Martin: Diese Informationen hätte ich eher von Motorola erwartet, aber das ist dann nicht gekommen. Natürlich waren einige Herren immer auf diesen internationalen TETRA-Konferenzen, die haben schon gewusst, was ist Standard, was ist machbar und was ist nicht machbar oder welche Lösungen taugen für eine landesweite Ausrollung und welche Systeme taugen dafür einfach nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Welche Herren waren das namentlich?

Ing. Herbert E.Martin: Das war in Boston, wo der Herr Blaha und der Herr Skorsch mit dabei waren und, ich glaube, auch noch andere Mitarbeiter, aber die kannte ich nicht mit dem Namen. Es hat sicher einige Herren gegeben, die haben sehr wohl den Überblick gehabt, wie Dinge funktionieren und wie sie nicht funktionieren. Da ist die master-talk dann in eine Schiefelage geraten, hier den Herren einfach vorzusetzen, wie es funktionieren hätte sollen, aber nicht funktioniert hat. Und das kann man den Herren nicht verkaufen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann hätte ich noch ein letztes E-Mail, das ich Ihnen vorlegen möchte – was nicht heißt, dass das meine letzte Frage ist –, und zwar ein E-Mail von Herrn Neureiter, intern. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Da steht in der Mitte des E-Mails:

„Jahr 2003, Beratervertrag für IC Gov AG ReNr (...), Betrag 28.500 €: ‚Strategie- und Projektmanagement Beratung‘ – wofür wurde die Leistung erbracht?“

Da wurde nachgefragt: Wofür wurde die Leistung erbracht? Können Sie diese Frage beantworten?

Ing. Herbert E.Martin: Das weiß ich jetzt nicht, das war bezüglich des ADONIS-Projektes.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ist das der Vertrag, der in Zusammenhang mit dem Projekt steht, oder gab es andere in dem Zeitraum? Oder können Sie ausschließen, dass es andere waren und es dieser Vertrag ist?

Anders herum gefragt: Ist es dieser Vertrag?

Ing. Herbert E.Martin: Nachdem hier ADONIS steht, muss es sich um dieses Projekt gehandelt haben, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber Sie wissen nicht mehr, wofür die Leistung erbracht wurde?

Ing. Herbert E.Martin: Monatliche oder zweimonatliche Beratungsleistung, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sie haben ja schon einiges angedeutet, wen Sie so innerhalb des BMI kannten. Sie haben gesagt, Sie kannten Krumpel, Ulmer, Gattringer, Skorsch, von den USA-Konferenzen beispielsweise.

Wen haben Sie im Zuge dieses Projektes kennengelernt und wen kannten Sie schon vorher?

Ing. Herbert E.Martin: Im Zuge dieses Projektes, bei diesem ersten Projekt, wo ich mit einem Konsortium angeboten habe, für die Ausschreibung zu rittern, da hat mir der Herr Jenewein den Bernhard Krumpel vorgestellt, das war der erste Kontakt mit Bernhard Krumpel. Er kannte ihn scheinbar oder kannte ihn über die ÖVP, wie auch immer, das war der erste Kontakt. Den Herrn Gattringer habe ich dann kennengelernt, als er den Job von Herrn Krumpel übernommen hat. Das ist dann durch die Projektarbeit passiert.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und den Herrn Ulmer? Das haben Sie als Small Talk beschrieben.

Ing. Herbert E.Martin: Einmal kurz im Ministerium, einmal ein Mittagessen und sonst überhaupt keine Kontakte gehabt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Was sollte dieses Beschnupern bezwecken, Sie haben es vorhin als Beschnupern bezeichnet?

Ing. Herbert E.Martin: Ob es hier sinnvoll ist, das Innenministerium in der Projektarbeit zu unterstützen und vielleicht stärker gegenüber einer master-talk aufzutreten oder vielleicht als Mitwissende einfach anders zu agieren.

Das ist, glaube ich, sehr halbherzig gelaufen. Das Projekt ist irgendwie gelaufen, es hat keiner wirklich Zeit gehabt, die zuständigen Herren haben das nebenbei betrieben. Und so hat leider das Projekt dann auch funktioniert.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): War das Beschnupern von Erfolg gekrönt?

Ing. Herbert E.Martin: Nein, wir haben bemerkt, dass wir einfach nicht miteinander können. Und damit war das Thema erledigt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Beim Beschnupern ist es geblieben. Kannten Sie den Herrn Skorsch schon vorher? Denn da haben Sie beschrieben: USA-Konferenz.

Ing. Herbert E.Martin: Nur aus der USA-Konferenz und sonst eigentlich keine Kontakte.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Kannten Sie den Innenminister Strasser persönlich?

Ing. Herbert E.Martin: Nicht persönlich, nein. Ich habe ihn zweimal getroffen, aber in einem anderen Zusammenhang, mit der Österreichisch-Saudi Arabischen Gesellschaft, wo er kurze Zeit als Präsident tätig war und ich mit der Saudi Arabischen

Botschaft auch sehr eng in Kontakt bin. Dort habe ich ihn kennengelernt, aber das hat mit ADONIS überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann habe ich noch eine Frage. Sie hatten ja scheinbar einen Eindruck von Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly, sonst hätten Sie ja nicht abgelehnt, eine Beratung zu machen, wo er als Berater tätig ist. Haben Sie ihn persönlich gekannt?

Ing. Herbert E. Martin: Überhaupt nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Auch nicht bis zum heutigen Tag?

Ing. Herbert E. Martin: Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Ing. Martin, Sie haben gerade gesagt, Sie haben über den Herrn Jenewein den Herrn Krumpel kennengelernt, und zwar zu Zeiten, als Sie selbst mit einem Konsortium angeboten haben. Mit welchem Konsortium haben Sie da angeboten?

Ing. Herbert E. Martin: Das war unter Dr. Adler. Dr. Peter Adler hat seinen Firmenmantel zur Verfügung gestellt mit seiner Expertise im Netzwerksektor, und wir wollten einfach diese Ausschreibung gestalten, mit Inhalt füllen. Das war das Konsortium, das sich Dr. Jenewein und ich ausgedacht haben, um hier sehr professionell an das Projekt heranzugehen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann war das?

Ing. Herbert E. Martin: Muss zirka 2000 oder 2001 gewesen sein, bevor dann die Ausschreibung erfolgt ist. Die Austroconsult hat dann dieses Projekt gewonnen, weil sie einfach die Billigstbestbieter waren, und damit hat das Projekt auch so begonnen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich habe da jetzt ein bisschen gelauscht, da ich ja jetzt schon die letzte Fragestellerin bin. Sie machen einen sehr wissenden und einen Experteneindruck auf mich.

Wir haben, als wir mit diesem Kapitel begonnen haben, mit einem Prüfer des Rechnungshofes begonnen. Und dieser Rechnungshofbeamte hat hier ausgesagt über die Ausschreibung für den Behördenfunk ursprünglich, dass der Rechnungshof bei der Prüfung der Meinung war, dass offenbar das Konsortium master-talk nicht wusste, worauf es sich bei dieser Ausschreibung überhaupt einlässt.

Das heißt, es war bei der Ausschreibung nicht ganz klar, beispielsweise wie die Funksysteme funktionieren sollen, welche Fluggeräte in welcher Höhe hier auch noch betroffen sein sollen. Er hat angesprochen Schigebiete, Ausflugsgebiete. Er hat aber auch angesprochen beispielsweise den Unterschied bei den Funkgeräten, ob die Sicherheitswachebeamten die Funkgeräte innerhalb der Uniform oder außerhalb der Uniform tragen. Er hat hier sehr viele technische Details gesagt und uns eben berichtet. Auf der anderen Seite hat er aber über die Punktevergabe von insgesamt 100 Punkten für die Ausschreibung auch berichtet. Da war mit 40 Punkten meiner Erinnerung nach der Preis, aber natürlich mit 15 Punkten die technische Ausgestaltung.

Wie sehen Sie das als Experte? Sehen Sie das auch so, dass master-talk nicht wusste, worauf sie sich einlassen, beziehungsweise dass sie grundsätzlich mit den Anforderungen, die dann im Laufe des Projektes gestellt worden sind, überfordert waren?

Ing. Herbert E. Martin: Ich glaube, es liegt auf beiden Seiten, auf der einen Seite an der mangelhaften Ausschreibung durch Austroconsult. Es waren sehr viele Dinge, die sind einfach offengeblieben, und damit hätte das ein Betreiber übernehmen müssen

oder ausfüllen müssen. Dadurch, dass hier master-talk mit sehr viel unerfahrenen Leuten in dieses Business hineingegangen ist, haben die das auch nicht verstanden. Vollkommen richtig, die waren dann auch überfordert.

Das heißt, das Innenministerium hat es nicht definiert, der Ausschreibende hat es nicht zu Papier gebracht, und die ausführende Firma hat dieses Know-how einfach nicht gehabt, um damit umzugehen.

Hätte das von Haus aus eine Nokia-, eine Motorola-nahe Aufbaufirma gemacht, die hätten einfach diese Erfahrungen aus anderen Ländern bereits einfließen lassen können. Für master-talk war das absolutes Neuland, und damit haben sie wirklich nicht gewusst, wohin die Reise geht, vollkommen richtig.

Ohne Erfahrung lässt sich einfach so ein Projekt nicht durchführen. Siemens hat man sehr wohl zugestanden, dass sie Funkprojekte, GSM-Projekte auch mit anfänglichen Schwierigkeiten dann irgendwann hingebraucht hat. Das Engineering-Know-how der Siemens ist mächtig, ist stark. Aber in diesem Fall wollte Siemens Engineering nicht einsteigen. Das war, glaube ich, diese Schieflage. Damit ist Rohde & Schwarz alleine gewesen, war zu klein, hat nicht weiterentwickeln können. Siemens wollte eigentlich von dem Projekt nur den Namen haben und den Durchlaufposten, die 50 Millionen €, wie der Herr Geiger gesagt hat, 50 Millionen € kassieren und den Rest bitte nicht fragen.

So geht das einfach nicht. So geht ein Projekt nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, das Ganze war mit Schwierigkeiten überlastet. (*Ing. Martin: Vom Start!*) – Das Innenministerium und das Konsortium, da gab es Schwierigkeiten, Meinungsverschiedenheiten. Es ging so weit, dass im Februar 2003 dann auch das Projektmanagement neu aufgesetzt worden ist. Damals war der Wechsel von Blaha dann auf Skorsch. Sie haben gesagt, Sie haben Brigadier Skorsch zwar kennengelernt in Amerika bei dieser Konferenz – oder? war das in Amerika? (*Ing. Martin: Ja, bei der TETRA-Konferenz in Boston!*) –, aber Sie haben dann mit ihm keine weiteren Kontakte gehabt, obwohl er der Projektleiter war.

Ing. Herbert E. Martin: Richtig. Ja, er war der Projektleiter. Ich habe keine Kontakte gehabt. Ich habe zwar ein paar Mal einfließen lassen über Kontaktpersonen, eventuell dort oder da Hand anzulegen, aber das wollte das Innenministerium alles selbst machen. Da war ein gewisser Stolz da, einfach zu zeigen, es selbst zu können.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Okay. Das heißt aber, und Sie sind über Motorola dazu gekommen, jetzt mit Siemens Kontakt aufzunehmen und zu versuchen, dass Motorola da mitmischen kann sozusagen?

Ing. Herbert E. Martin: Ja, genau, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das ist nicht von Siemens gekommen? (*Ing. Martin: Nein!*) – Das ist von Motorola gekommen.

Wie ist Motorola auf die Idee gekommen, dass das Konsortium jemanden mit aufnehmen könnte?

Ing. Herbert E. Martin: Das haben alle Spatzen vom Dach gepfiffen. Das ist nur bis zum Herrn Tengg nicht vorgedrungen, und das wollte der Herr Geiger nicht hören. Und damit war eigentlich schon ziemlich klar, das Projekt funktioniert nicht. Da gibt es technische Berichte des Innenministeriums, dass die Dinge nicht funktionieren. Also wenn der Herr Tengg sagt, das Innenministerium war böse – also sehr fragwürdig einfach. Mit nur Wegschauen und nur mit Niederbrüllen kann man ein Projekt einfach nicht sanieren und nicht retten.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wissen Sie, wer damals den Herrn Tengg dort hingesetzt hat in eigentlich für das Projekt und für die ganze Blaulicht-funkorganisation *die* Schlüsselfunktion? Wer hat den Herrn Tengg dort auf diese Schlüsselposition hingesetzt?

Ing. Herbert E. Martin: Wer ihn dort hingesetzt hat? – Sein Freund Hochleitner.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Im Nachhinein ist man immer gescheiter. *(Ing. Martin: Natürlich, ja!)* – Und wenn man jetzt darüber nachdenkt, wie sich das Ganze dann entwickelt hat, dass nicht einmal die Neuaufsetzung des Projektes etwas genützt hat, sondern dass es dann letztendlich zu einer Kündigung des Vertrages gekommen ist und hier wirklich die Fronten verhärtet waren, haben Sie den Eindruck, dass nicht nur das BMI rauswollte aus dem Vertrag, weil sie ganz einfach die Schwierigkeiten und die Nicht-Funktion dieser Vertragsumsetzung genervt hat, sondern haben Sie auch das Gefühl, dass master-talk aus dem Vertrag rauswollte?

Ing. Herbert E. Martin: Ich habe schon das Gefühl gewonnen, dass eigentlich mit der Erkenntnis, dass das Projekt nicht funktioniert, es einfach zu zerstören und möglichst den Schaden dem Innenministerium umzuhängen – ich glaube, da war schon eine Diktion da. Ob das auch der Auftrag war, weiß ich nicht. Aber es hat dann schon den Eindruck gehabt, da ist schon ein bewusster Akt gewesen, das Projekt endgültig zu zerstören, weil es einfach nicht zu sanieren war. Denn die technischen Probleme, die von Rohde & Schwarz gekommen sind, die konnte Siemens nicht wegbringen, die konnte master-talk schon gar nicht wegbringen, die hat Rohde & Schwarz auch nicht sanieren können, und damit war das so wie ein roter Faden: Was machen wir mit dem Projekt?

Ich glaube, das ist dem Herrn Tengg nicht ganz verborgen geblieben, dass hier ein roter Faden da war von Rohde & Schwarz bis zu master-talk, dass die Dinge einfach nicht wirklich funktioniert haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, wir können davon ausgehen – was wir auch schon vermutet haben –, dass nicht nur das Innenministerium aus dem Vertrag raus wollte, weil das Projekt nicht funktioniert hat, sondern dass auch das Konsortium master-talk raus wollte aus dem Vertrag, weil sie mit der Umsetzung vollkommen überfordert waren und sie in Wahrheit nicht gewusst haben, wie sie diese Umsetzung machen sollen und wie sie diese Anforderungen erfüllen sollen.

Sie haben vorher, und vielleicht habe ich es, auch weil der Lärmpegel ein bisschen hoch war, nicht richtig verstanden, bei der Frau Kollegin Lapp gemeint, der Herr Tengg wäre so etwas wie ein bestellter Liquidator gewesen. Habe ich das richtig verstanden?

Ing. Herbert E. Martin: Nein, so habe ich das nicht gesagt. Aber das hat so den Eindruck erweckt, im Innenministerium ist es schon so weit, so wie damals eben – Andeutung an den „Konsum“.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ach so, das war die Interpretation.

Wer, glauben Sie, war die treibende Kraft, wenn wir jetzt davon ausgehen können, dass auch master-talk aus dem Vertrag rauswollte? Wer war da die treibende Kraft? War Siemens die treibende Kraft? War der Herr Tengg die treibende Kraft? Oder war das insgesamt so, dass man gesagt hat, nur geschwind noch schauen, dass man Geld lukriert und raus?

Ing. Herbert E. Martin: Ich weiß nicht, wer die treibenden Kräfte waren. Ob das jetzt bei Siemens war oder der Herr Tengg den Auftrag hatte oder selbst das einfach dann in die Hand genommen hat, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nachdem der Vertrag aufgelöst worden war, es war ja eine Schiedsklausel vereinbart, kam es zu Gesprächen und zu Verhandlungen. Da hat master-talk dann noch 181,7 Millionen € verlangt, was ja dann in Verhandlungen hin und her gegangen ist und letztendlich auf einen sogenannten Schadenersatz von knappen 30 Millionen € hinausgelaufen ist.

Was ist da Ihre Wahrnehmung? Wie denken Sie als Experte über die Forderung von 181,7 Millionen €? Sind Sie der Meinung, das ist gerechtfertigt? Konnte man auf das, was vorhanden war seitens master-talk, aufsetzen, wenn jemand Künftiger eben dieses Projekt umsetzen sollte?

Ing. Herbert E. Martin: Ich sehe das nicht so. Nachdem die Funktionstüchtigkeit in Summe nicht da war, ist es schon ziemlich vermessen, dann einfach Beträge in die Luft zu setzen oder einen Status zu generieren und zu sagen, das ist jetzt so viel wert. Wer bewertet das, ein nicht funktionierendes System?

Ein nicht funktionierendes Auto gibt man zurück. Ob der Herr Wiesenthal dann etwas zahlt, wenn das Auto nicht funktioniert, oder nicht zahlt...? – Wieso das Innenministerium überhaupt auf diesen Kompromiss mit den 30 Millionen € eingestiegen ist, wäre zu hinterleuchten.

Das wäre ein interessanter Beratungsauftrag, das durch einen Anwalt – so wie Asner, der Amerikaner, der für Motorola hier Hand anlegt – sachlich Punkt für Punkt aufzulisten, ob das wirklich rein politisch gelaufen ist, dass hier 30 Millionen € bezahlt wurden. Oder ist die Technik, die aufgebaut wurde, irgendwas wert oder nicht wert? – Das ist für mich nicht klar ersichtlich.

Aber die 181 Millionen € sind sicher nicht realistisch. Diese Forderungen sind bewusst so überzogen, um dann vielleicht irgendwas zu kriegen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben also schon auch den Eindruck, dass vielleicht eine Erleichterung sogar eingetreten ist, dass dieser Vertrag dann aufgelöst wurde. Wie sehen Sie dann den Schadenersatz in dem Zusammenhang?

Ich meine, letztendlich hat ja das Finanzministerium verhandelt und auch der Präsident der Finanzprokurator. Die Frage, die sich stellt, lautet:

Wie sehen Sie das jetzt im Nachhinein, waren die 30 Millionen € dann gerechtfertigt, oder hätte der Republik eine Klage ins Haus stehen können, Ihrer Meinung nach?

Ing. Herbert E. Martin: Das weiß ich nicht, möglicherweise hätte es Siemens auf eine Klage ankommen lassen, kann sein. Ob das jetzt ein fauler Kompromiss war, um Ruhe zu haben, ist möglich. Möglicherweise war aber auch ein politischer Druck da, um hier einen Schaden einfach zu minimieren und aus dem Projekt rauszukommen.

Ich glaube, das Innenministerium war trotzdem froh, von diesem Projekt einmal wegzukommen, weil es einfach nie funktioniert hätte. Das ist einmal eine sehr harte Ansage, aber der Verdacht war einfach da.

Zweitens, die Betriebskosten sind so auseinander gelaufen, das wäre wahrscheinlich nie mehr finanzierbar gewesen. Das wäre wahrscheinlich ein noch viel größerer Skandal gewesen als dieses Projekt jetzt abzubrechen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie schätzen Sie das jetzt ein? Der Rechnungshof beispielsweise empfindet, dass es nicht flächendeckend funktioniert, es gibt also einige Kritiker und einige, die es positiv bewerten.

Wie schätzen Sie als Experte das heute ein? Wie funktioniert es, wenn man bedenkt, dass einige Bundesländer noch nicht so aktiv daran teilhaben oder nicht daran

teilhaben beziehungsweise auch einige Blaulichtorganisationen nicht? Wie schätzen Sie den jetzigen Digitalfunk ein für Österreich?

Ing. Herbert E. Martin: Für Österreich leider nur halb funktionierend, aber dort, wo es installiert ist, funktioniert es problemlos. Dass nicht alle Bundesländer gleich mitziehen, das war schon klar. Das war möglicherweise auch die Verhandlungsführung eines Herrn Skorsch, die hier vielleicht problematisch war, als schwarzer Beamter mit dem roten Burgenland zu verhandeln, mit dem roten Salzburg zu verhandeln. Das war auch etwas schwierig. Da hätte auch der Herr Skorsch möglicherweise jemand anderem das Feld überlassen sollen, um diese Verhandlungen zu führen. Also das war so ein No-No, das rote Bundesland macht mit den Schwarzen grundsätzlich nicht mit.

Und dass natürlich das Burgenland heute eine funktionierende Lösung hat und Vorarlberg – ja genau, das war dann genau umgekehrt – auch eine funktionierende Funklösung hat, die tun sich natürlich sehr schwer, das Ganze jetzt wegzuschmeißen, und sagen: Warum sollen wir das neu installieren und dazu noch Geld ausgeben?

Also da fallen einmal zwei Bundesländer jetzt weg, die vielleicht in den nächsten fünf bis zehn Jahren sich anschließen werden, was Sinn macht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wir hatten heute auch einen Beamten des Rechnungshofes hier, der den Rohbericht verfasst hat, den das Innenministerium beauftragt hat, und da haben wir heute herausarbeiten können, dass beispielsweise vom Rechnungshof bei dieser Überprüfung der Vergabep Praxis des Innenministeriums – so hat der Prüfungsauftrag gelautet – keine international vergleichbaren Projekte mit in die Prüfung einbezogen worden sind.

Hätte Ihrer Meinung nach der Rechnungshof auf Projekte in anderen europäischen Ländern eingehen müssen, um auch zu sehen, dass beispielsweise nur annähernd die Hälfte die Polizei oder das Innenministerium betrifft und die andere Hälfte andere Blaulichtorganisationen und auch das österreichische Bundesheer betrifft? Hätte Ihrer Meinung nach der Rechnungshof darauf Bedacht nehmen müssen in diesem Bericht?

Ing. Herbert E. Martin: Ich glaube schon, ja. Weil es gibt genug Erfahrungen in den Ländern, wo das bereits installiert wurde, wie sich hier andere Organisationen mit beteiligen und das Ganze auch finanziell abfedern.

Diese Beispiele gibt es, und das war auch unser Ansatz, Experten im Public Private Partnership-Modell zu verankern, in der Beratung und in der Projektbegleitung, um einfach zu wissen, wie man so etwas aufzieht. Da gibt es Beispiele in England, da gibt es Beispiele in Holland, da gibt es Beispiele in anderen Ländern, wie es bereits funktioniert. Also das ist nicht neu.

Dass es in Österreich länger gedauert hat, liegt vielleicht auch an diesen sehr knappen Vorgaben, zu sagen, in fünf Jahren ist das Projekt fertig. Das war schon extrem minimiert vom Zeithorizont her, und das ist auch prompt nicht aufgegangen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ja, es ist an und für sich schon relativ viel gefragt worden, mir ist nur eine Kleinigkeit übrig geblieben, vielleicht ist es auch schon gesagt worden und ich habe es überhört.

Herr Martin, eine grundsätzliche Frage: Während Sie für master-talk noch gearbeitet haben, waren Sie da auch von Siemens gleichzeitig beauftragt, oder hat sich da zeitlich was überschritten?

Ing. Herbert E. Martin: Ich habe für master-talk nicht gearbeitet. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Siemens?*) – Für Siemens, ja. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Motorola?*) – Zuerst Siemens, dann abgebrochen, dann war ein halbes Jahr Sendepause, und

dann ... (Abg. Dipl.-Ing. **Deimek**: Also keine Überschneidung?) – Keine Überschneidungen, nein. Es war ein halbes Jahr Zeit dazwischen, wo einfach nichts passiert ist.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Okay, danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Ing. Martin**, verabschiedet diese und **unterbricht** die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.59 Uhr **unterbrochen** und um 18.00 Uhr **nichtöffentlich wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 18.00 Uhr bis 18.02 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

18.02

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die öffentliche Sitzung **wieder auf** und ersuche, die nächste Auskunftsperson in den Saal zu bitten.

Die Sitzung am 27.6.2012 ist damit sistiert, sprich der Ladungsbeschluss zurückgenommen.

18.02

Auskunftsperson Mag. Verena Karimi

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eingangs mache ich die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Karimi, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsch Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Verena Karimi**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Frau Karimi, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich komme jetzt zur Belehrung Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Alfred Boran**. Ihr weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Boran als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Herr Dr. Boran, ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Die Auskunftsperson wird sich an Sie wenden, wenn sie Auskunft braucht; ich bitte, sich nicht sozusagen offensiv an die Auskunftsperson selber zu wenden. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Frau Mag. Karimi! Sie können eingangs den Ausschuss kurz mit Ihrer Sicht der Dinge vertraut machen. Wenn Sie es vorziehen, können wir andererseits bereits mit der Befragung beginnen. Welche Vorgangsweise ist Ihnen genehm?

Mag. Verena Karimi: Ich bitte, mit der Befragung zu beginnen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke – erstens für die Geduld beim Warten und zweitens für das Entgegenkommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Abend, Frau Mag. Karimi! Entschuldigen Sie bitte die Wartezeit, bei so einem Ausschuss kann das leider manchmal vorkommen.

Sie sind PR-Beraterin?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie haben im Jahre 2004 einen Auftrag von Motorola bekommen?

Mag. Verena Karimi: Das ist richtig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dieser Auftrag ist dann umgewandelt oder ist im Jahr 2005 zu einem Vertrag mit TETRON geworden?

Mag. Verena Karimi: Richtig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie lange waren Sie dann noch für TETRON tätig?

Mag. Verena Karimi: Bis 2006. Ich würde einmal sagen, Spätherbst 2006.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie sind Sie zu dem Auftrag von Motorola gekommen?

Mag. Verena Karimi: Die Motorola ist an mich herangetreten, zum Jahreswechsel 2004, würde ich einmal sagen, Anfang 2004, und hat mir gesagt, ich könnte mich bewerben für eine PR-Beratungsleistung für das Unternehmen im Zuge eines Ausschreibungsverfahrens.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wer ist da von Motorola an Sie herangetreten?

Mag. Verena Karimi: An mich herangetreten ist der Herr Wirth. Es gab dann einige Vorgespräche. Ich war also sicher nicht die einzige Kandidatin, soweit ich mich erinnern kann, oder das einzige Unternehmen, das sich beworben hat. Im Frühling – ich glaube, im März oder so etwas – 2004 kam es dann zu einem Vertrag mit der Motorola.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da hat es ein Ausschreibungsverfahren oder hat es mehrere Firmen gegeben, haben Sie gesagt. Wodurch haben Sie sich durchgesetzt?

Mag. Verena Karimi: Ich wurde im Vorfeld ... Also zu meiner Bewerbung musste ich mich natürlich vorstellen und meine Fähigkeiten und meine Referenzen vorweisen. Im

Zuge dessen hat man mich dann auch darüber informiert, was meine Aufgabe sein sollte, worum es eigentlich geht. Es ging damals eben um die Ausschreibung des Behörden-Digitalfunks. Natürlich sind funktechnische Kenntnisse jetzt nicht unbedingt Kenntnisse, die jeder hat. Man hat mich auch da in das Projekt eingeschult und mich dann gefragt, ob ich mich in der Lage sähe, hier beratend und als PR-Agentur tätig zu sein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Beratung hat im Hinblick auf das Innenministerium bestanden?

Mag. Verena Karimi: Nein, die Beratung hat ausschließlich zur Motorola, also zum Unternehmen hin bestanden. Es ging at the end, also letzten Endes darum – um schön deutsch zu sprechen –, dass es hier um komplexe technische Themen geht, die auch sozusagen auf ein verständliches Niveau zu kommunizieren sind. Also zum Beispiel – Sie wissen mittlerweile oder Sie wissen ja auch, was Behördenfunk ist –: Wie kommuniziert man einen komplexen technischen Sachverhalt zum Beispiel einem Feuerwehrmann?

Natürlich war die zweite Hauptaufgabe in der ersten Zeit, also bevor die Ausschreibung von der Motorola gewonnen wurde, auch Medienbeobachtung. Die Motorola war in dieser Zeit in Österreich nicht aufgestellt im Funkbereich. Sie war auch durch eine kleinere Agentur vertreten im Mobilfunkbereich, und man suchte eigentlich eine schlanke Lösung, um diesen Bereich abzudecken, im Zuge des Ausschreibungsverfahrens.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie kannten Herrn Wirth?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich kannte Herrn Wirth nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie ist er auf Sie gekommen?

Mag. Verena Karimi: Das weiß ich nicht. Aber ich nehme einmal an, dass ich als Agentur auch einen gewissen Ruf hatte, der mich dafür qualifiziert erscheinen lässt.

Ich bin selber Juristin. Ich war Juristin im Verteidigungsministerium. Ich war danach für eine Filmproduktion im Bereich Wirtschafts- und Industriefilm tätig. Ich habe sehr viel publiziert im Bereich Callcenter, Funk und ... also Callcenter, P2P, Magazine und, wie sagt man denn jetzt schnell, IT. Ich habe für einen deutschen Verlag geschrieben im Bereich Recht, Steuern und Finanzen.

Ich kannte viele Leute im Bereich der ÖVP-Bundespartei. Ich habe für die Filmproduktion, für die ich damals gearbeitet habe, zwei Wahlkämpfe als leitende Redakteurin für die österreichische Bundespartei betreut. (*Abg. Mag. Lapp: ÖVP?*) Genau! Ich kannte natürlich viele Leute aus meiner Zeit im Ministerium, auch in anderen Ministerien. Als ich mich dann selbstständig gemacht habe, habe ich natürlich auch kommuniziert, weil ich dachte, dass mich mein beruflicher Werdegang auch für solche, wie soll ich sagen, Business-Kunden qualifizieren würde.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt nicht – wie sich uns manchmal hier im Ausschuss die Vermutung aufgedrängt hat –, dass das über Ihren Mann oder Ex-Mann, Dr. Ulmer, vonstattengegangen wäre?

Mag. Verena Karimi: Ja, das habe ich den Medien auch schon entnommen, dass das jetzt zu einem Thema gemacht wurde. Also ich bin nicht die Frau Ulmer, ich bin die Frau Karimi! Ich bin vom Herrn Dr. Ulmer seit fast 15 Jahren geschieden, ich war dazwischen wieder verheiratet. Es gäbe keinen Grund aus meiner Sicht, warum mir der Herr Dr. Ulmer etwas Gutes tun sollte oder etwas Schlechtes.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie hatten sozusagen eigene Erfahrungen, eigene Referenzen und ein eigenes Netzwerk und haben dazu nicht – vom emanzipatorischen Standpunkt – den Ex-Mann gebraucht, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe.

Mag. Verena Karimi: Danke.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Was ich nicht so ganz verstehe, ist: Es tauchen in den Abrechnungen im Jahr 2004 auch immer Reisen nach London auf, die meiner Meinung nach zur gleichen Zeit mit Dr. Ulmer gewesen sind. Haben Sie in diesem Projekt eng zusammengearbeitet?

Mag. Verena Karimi: Nein. Herr Dr. Ulmer war ja damals, als ich für die Motorola zu arbeiten begonnen habe, nicht mehr mit diesem Projekt befasst. Er wurde es aber später, und das hat er mir dann auch erzählt.

Dr. Ulmer war damals in London beruflich tätig, soweit ich weiß bei HSBC, und ich war ab und zu in London mit dem Herrn Wirth. Herr Wirth war damals noch nicht fix in Österreich stationiert, sein Headquarter war, soweit ich mich erinnern kann, damals noch Berlin. Ich war auch einige Male in Berlin, da hatte ich die Projekteinschulungen. Und ich war sicher, ich würde einmal sagen, zwei, drei Mal in London mit dem Herrn Wirth, entweder weil er dort war, und es wäre dann zu kompliziert gewesen, uns sozusagen upzudaten im Projekt, wenn er nach Wien geflogen wäre und wieder zurück nach Berlin oder so etwas. Dann gab es natürlich manchmal die Gelegenheit, nach London zu kommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie sind im Rahmen dieses Projektes zusammengekommen mit Dr. Ulmer, auch in London oder in Berlin?

Mag. Verena Karimi: Ich bin mit dem Herrn Dr. Ulmer privat jetzt nicht unbedingt bestens befreundet, aber befreundet. Ich wusste, dass er damals in London war. Und ich kann mich mit Sicherheit daran erinnern, dass wir zweimal essen gegangen sind oder so etwas. (*Abg. Mag. Lapp: Er hat ja damals in einem Ehrenamt ...!*) Aber nicht im Projekt, sondern privat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Er hatte ja damals zur gleichen Zeit sozusagen einen ehrenamtlichen Auftrag vonseiten des Ministeriums. (*Mag. Karimi: Ja, das war mir bewusst!*) Deswegen meine Frage (*Mag. Karimi: Aber es war eine ...!*), ob Sie sich da ausgetauscht haben.

Mag. Verena Karimi: Nein, es gab sozusagen keine inhaltliche Zusammenarbeit, weil seine offensichtliche Beratertätigkeit für das BMI nichts mit meiner Arbeit für die Motorola zu tun hatte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wenn ich das jetzt Ihren Ausführungen recht entnommen habe: Im Jahr 2004 waren Ihre Reisetätigkeit und die Abrechnungen zu den PR-Tätigkeiten vor allem im Hinblick darauf ausgerichtet, dass Sie dieses technische Projekt herunterbrechen, damit es ein jeder verstehen kann.

Jetzt habe ich da nur eine Frage. Es steht in Ihrem Vertrag, der uns vorliegt, dass Sie eben für strategische Beratung, PR-Arbeit, Recherche, Research und Schlussfolgerungen zuständig waren. (*Mag. Karimi: Ja!*)

Was ist unter Recherche und Research zu sehen?

Mag. Verena Karimi: Sie wissen ja alle auch selber, dass diese Neuausschreibung nicht konfliktfrei war. Es gab dann auch noch den damals unterlegenen Konkurrenten master-talk, wo man natürlich auch die Medienbeobachtungen zusammengestellt hat für den Konzern: Was wird über das Projekt geschrieben? Was ist überhaupt Research

dann auch? Gibt es Probleme im Funkbereich in Österreich? Ist irgendwo einmal das Funknetz zusammengebrochen und die Feuerwehr kam nicht an?

Also alles, was man an Argumenten sammeln kann, warum wir digitalen Funk brauchen! Es war damals auch ... Also ich hätte ja damals Funknetzvertreter werden können, da habe ich mich wirklich mit dem Thema befasst.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Vielleicht wäre es dann erfolgreicher gewesen, die ganze Sache.

Mag. Verena Karimi: Ja, vielleicht! – Warum man Digitalfunk braucht, denn es war auch wirklich eine Systemumstellung zwischen analogem Funk und Digitalfunk. Das war natürlich auch das Neue, und was Digitalfunk ist, wusste damals nicht jeder. Ich habe damals zum Beispiel ein geniales Argument entwickelt: dass der Unterschied so ist wie der zwischen Festnetz und Handy. – Ja, das war halt so.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben jetzt Ihre Aufgabentätigkeit sehr eindringlich geschildert. Es liegen uns da Mails von Thomas Schmicke von 2005 vor, vom 10.1., worin er an Herrn Wirth schreibt:

Wir müssen uns absichern, um sowohl für diese Rechnungen als auch für die von MPA ein gutes Backup zu schaffen. Wer kann helfen, zu dokumentieren, für welche Leistungen wir beide bezahlt haben? Habt ihr andere Angebote eingeholt? Et cetera.

Es kommt dann noch ein nächstes Mail. Ich möchte Sie einmal zu diesem Mail fragen, ob Sie dann gefragt worden sind, dass Sie Rechnungen legen sollen. Anscheinend war das nicht so klar ausgemacht, wie Sie es jetzt geschildert haben.

Mag. Verena Karimi: Ja, das könnte ich ... Also ich könnte mir das so erklären: Ich habe mich damals nach der Ausschreibung natürlich darum bemüht und darum gekämpft, dass ich weiterarbeiten kann für diese Projekt.

In der Folge war es dann auch hauptsächlich so, dass ich mit meinem Unternehmen das ganze Artwork, die CI und so weiter für die TETRON gemacht habe. Die TETRON wurde ja im Sommer, glaube ich, dann irgendwann gegründet, nachdem das Konsortium die Ausschreibung gewonnen hat, und ich habe damals schon mit der Umsetzung begonnen, also von der Logo-Entwicklung bis zum Webseiten-Bauen, bis was auch immer.

Ich habe für alles Angebote gelegt, und ich hatte ja, wie Sie wissen, einen Vertrag mit der Motorola. Natürlich ging es jetzt um ... waren das jetzt neue Summen oder neue Leistungen. Dafür habe ich Angebote gelegt, und mir hat die Motorola gesagt: Ja, das ist alles kein Problem.

Ich weiß, dass es dann aber Rumours gegeben hat. Das habe ich sozusagen im Hintergrund: Öh, warum muss die Motorola alles bezahlen, da gibt es ja noch irgendwie andere Partner, und wieso sollten wir jetzt jede Leistung für das Unternehmen TETRON bezahlen? – Die TETRON hatte damals aber noch nicht die Kapitalausstattung, um selber Rechnungen bezahlen zu können oder Lieferanten bezahlen zu können oder vielleicht auch Gehälter oder wie auch immer. Auf jeden Fall gab es dieses Problem.

Ich kann mich auch erinnern, dass es ein Gespräch darüber gab, und Herr Wirth hat gesagt: Ich brauche mir keine Sorgen zu machen, das wird alles geregelt. – Wie der Konzern das intern abgerechnet hat und dass es dann irgendwelche Probleme gab, ist eigentlich, wenn ich es salopp sagen darf, nicht mein Problem.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, was Herr Thomas Schmicke – kennen Sie den? (*Mag. Karimi: Nein!*) – geschickt hat an Herrn Wirth, da hat Sie Herr

Wirth beruhigt und hat gesagt, das wird alles gut erledigt? (*Mag. Karimi: Genau!*) Ich hätte da eine Frage: Im Jahr 2004 gab es sehr viele Reiserechnungen und eigentlich keine Rechnung über Logoentwicklungen. Wie kann das sein?

Mag. Verena Karimi: Inwiefern: viele Reiserechnungen?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie als Vorbereitung auf das kommende Projekt Logos und Schriftsätze entwickelt haben. Hier sind aber nur eine Rechnung über Marketing-Aktivitäten, mehrere Rechnungen über Reisen und über PR-Research.

Ich glaube, im Vertrag ist auch festgehalten, dass Dienstleistungen grafischer Art von Ihnen außer Haus beauftragt werden können.

Mag. Verena Karimi: Ja. Aber das ist dann eben in einer Pauschale abgerechnet worden. Das war jetzt natürlich für mich keine Win-win-Situation. Da habe ich natürlich darauf bestanden, dass diese Zusatzleistungen, die wir schon begonnen hatten, dann natürlich auch abgerechnet werden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das müssen Sie mir jetzt ein bisschen näher ausführen.

Mag. Verena Karimi: Schauen Sie: Ich habe eine Pauschale, und dann sagt man so ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Zu Beginn hatten Sie immer Rechnungen abgewickelt, und da waren das, glaube ich, immer Rechnungen, die Sie dann eingerechnet haben. Die Pauschale ist dann im Jänner 2005 gekommen, mit 7 000 € im Monat.

Mag. Verena Karimi: Nein, ich hatte davor schon mit der Motorola, glaube ich, auch eine Pauschale, soweit ich mich erinnern kann.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Nein, das sind eigene Rechnungen. Aber wenn Sie das so in Ihrer Erinnerung haben.

Mag. Verena Karimi: Schauen Sie: Ich habe angeboten, habe verrechnet, und die Motorola hat mir gesagt, wie ich fakturieren soll.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben gesagt, dass Sie nicht so viele konkrete Ergebnisse geliefert haben, sondern wahrscheinlich sehr viel unterwegs waren, für Stakeholder-Arbeit oder Marketing-Arbeit.

Mag. Verena Karimi: Das war bis zum Sommer so. Nachdem ich die Agenturarbeit übernommen habe – nachdem die Motorola und das Konsortium den Zuschlag erhalten hatten –, hat sich auch meine Arbeit verändert. Dann musste ich natürlich eine Grafik aufsetzen, und, und, und.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also haben Sie die ersten manifesten Arbeiten, sprich Marketing-Unterlagen, dann 2005 gemacht?

Mag. Verena Karimi: Ich glaube, die ersten Logos habe ich schon im Sommer 2004 präsentiert, kann ich mich erinnern. Das schlechteste haben sie genommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und da waren Sie nicht in PR-Maßnahmen und Netzwerkarbeit involviert?

Mag. Verena Karimi: Nein. Ab der TETRON-Gründung war ich im Grunde genommen die Agentur für das Artwork. Also von der Logoentwicklung über den Website-Bau, das Anorak-Design bis zu den PowerPoint-Präsentationen, den Plakaten, Filmen, das war

alles ich. Also ich war eigentlich dann die Inhouse-Agentur und redaktionell auch noch für die Website zuständig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt: Vorher ist Herr Wirth – von Deutschland aus, nehme ich an – Herrn Schmicke ein bisschen – wie soll ich sagen? – auf die Zehen getreten, weil immer wieder Rechnungen von Ihrer Seite auftauchten, es aber keinen Vertrag gab und weil es Problem gab, Sie unauffällig zu buchen. Davon wissen Sie nur vom Hörensagen, und Herr Wirth hat Ihnen sozusagen ...

Mag. Verena Karimi: Also von unauffälligen Buchungen habe ich überhaupt nichts gewusst. Ich wusste, dass die Motorola – das hat mir der Herr Wirth damals zu verstehen gegeben, ich habe es so in Erinnerung, dass er das so gesagt hat – nicht mehr alles alleine zahlen will, sondern die anderen können da auch einmal mitmachen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie könnten auch Werke zeigen, wenn zum Beispiel bei einer Rechnung steht: Marketing-Aktivitäten?

Wissen Sie, in dem Untersuchungsausschuss haben wir schon sehr viele interessante Erfahrungen gemacht, dass Beträge gezahlt worden sind, obwohl es keine Werke gegeben hat.

Mag. Verena Karimi: Sie können die Website, glaube ich, heute noch online abfragen. Sie ist, wie sie heute besteht, nicht mehr ganz so schick und schön, wie sie einmal war, das gebe ich zu. Das Projekt wurde ja auch verschlankt. Damals hat man noch jede Woche einen neuen Newsletter und irgendeinen Content gemacht, etwas fotografiert. Dann kamen die Subbetreiber dazu, auch die Firmen, die die Radios herstellen, da gab es Zertifikate, die wir designt haben, immer wieder etwas. Es war damals auch mehr 3-D, es waren auch Filme drauf. Es gab Interviews mit der – inzwischen leider verstorbenen – damaligen Frau Bundesminister Prokop, mit Herrn Bürgermeister Häupl.

Es war eigentlich eine relativ lebendige Seite zu dieser Zeit. Ich habe sie mir jetzt wieder einmal angeschaut, jetzt ist sie ein bisschen ein totes Werk.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie waren bei dem Aufbau sehr engagiert, wie ich Ihren Ausführungen entnehme. Wie hat Ihr Auftrag geendet?

Mag. Verena Karimi: Der Auftrag hat so geendet, wie dieses ganze Projekt geendet hat, es war irgendwie totgelaufen. Die Akquise ist nicht so gut gelaufen, wie sich das das Konsortium vorgestellt hat.

Mein Ansprechpartner in der TETRON war der Herr Mag. Krumpel, der für Marketing-Angelegenheiten zuständig war, und irgendwann hat man befunden, dass sich die Arbeit erledigt hat und dass sie das jetzt alleine weitermachen können, und dann war das eben so. Das ist in meinem Geschäft so üblich, dass Kunden manchmal sagen: Das war es.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sind Sie bei sehr vielen so Feuerwehr-Treffen gewesen, da Sie vorhin gesagt haben, Sie mussten die Aktivitäten und das Technische herunterbrechen und es hat damals auch viele Bemühungen gegeben, diese Dinge unter das Volk zu bringen – sage ich einmal? Haben Sie diese Events organisiert?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie waren auch bei keinem dabei?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie kennen Herrn Mensdorff-Pouilly?

Mag. Verena Karimi: Den kenne ich, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie sind Jägerin?

Mag. Verena Karimi: Ich kenne den Herrn Mensdorff-Pouilly seit geschätzten 15 Jahren. Ich habe ihn über seine Frau, Maria Rauch-Kallat, Bundesministerin a.D., kennengelernt. Ich habe mit ihr die Jagdprüfung gemacht, und das erste Mal, als ich den Mensdorff traf, war ich anlässlich der bestandenen Prüfung in Luising eingeladen. So habe ich Bekanntschaft mit dem Herrn Mensdorff-Pouilly gemacht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie waren eher mit seiner Frau befreundet und Sie waren nicht bei den Jagden dabei, bei denen meistens nur Herren eingeladen waren?

Mag. Verena Karimi: Ich war gelegentlich auf einer Jagd, zum Beispiel auf der ersten, damals vor 15 Jahren, das war sozusagen unsere Jagdprüfungseinladung vom Herrn Mensdorff-Pouilly. Ich war damals vielleicht noch ein junges, hübsches Mädchen – oder so irgendetwas –, aber, ja, das war meine erste Jagd im Hause Mensdorff-Pouilly/Rauch-Kallat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Waren nur Sie dort, oder waren da auch andere dabei?

Mag. Verena Karimi: Da waren viele dort, da hat der Herr Mensdorff – den habe ich damals als sehr netten, freundlichen und großzügigen Gentleman kennengelernt – damals alle Kollegen beziehungsweise alle, die mit der Frau Bundesministerin die Prüfung gemacht haben, zu einem Wochenende nach Luising eingeladen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also quasi ein Klassenausflug der Jagd-klasse?

Mag. Verena Karimi: So kann man das sagen, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und danach haben Sie immer wieder mit Herrn Mensdorff-Pouilly zu tun gehabt?

Mag. Verena Karimi: Man begegnet sich immer wieder, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Im Rahmen von TETRON?

Mag. Verena Karimi: Im Rahmen von TETRON ...

Ich muss auch dazusagen: Der Herr Mensdorff-Pouilly ist aus meiner Sicht der Ehemann von der Frau Maria Rauch-Kallat. Ich bin ihm auch damals in diesem Zeitraum begegnet, und er ist für mich nicht der Typ Mensch, bei dem man, wenn er einem entgegenkommt, die Straßenseite wechselt. Also ich hatte ihn immer als sehr ordentlichen, freundlichen Gentleman in Erinnerung, der sich auch an mich erinnert hat, mich freundlich begrüßt hat und mich gefragt hat, wie es mir geht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich glaube, das habe ich aber nicht gefragt! (*Heiterkeit.*)

Mag. Verena Karimi: Nein, das sage ich ja! Okay, man begegnet sich. Also wenn ich Herrn Mensdorff-Pouilly begegnet bin, habe ich nicht die Straßenseite gewechselt, sondern ich sage: Freut mich, hallo!

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie halten zu ihm, diese Botschaft habe ich verstanden. Ich wollte nur wissen, ob Sie im Rahmen von TETRON und all diesen Vorgängen oder Ausschreibungen und Bewegungen mit ihm zu tun hatten.

Mag. Verena Karimi: Ich hatte mit ihm insofern zu tun, als er mich einmal gefragt hat, ob ich nicht meinem Kunden – Motorola – eine Jagd „verchecken“ könnte. Also sein

Job – oder sein Gewerbe – sind ja diese Jagdeinladungen. Und er hat mir damals erzählt, das ist das Tollste überhaupt in Sachen Networking und trallala und es ist viel toller als Golfspielen und irgendetwas, und er hat mich gefragt, ob ich das nicht vielleicht einmal meinem Kunden vorstellen könnte, als „Incentive-Veranstaltung“ oder als „Networking-Plattform“, wie sie ja Manager, die in ein neues Land kommen, ganz dringend brauchen, damit sie Kontakte knüpfen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die hat ja dann auch stattgefunden?

Mag. Verena Karimi: Ich habe Herrn Wirth davon erzählt, und die Motorola fand das gar nicht so toll. Meine Wahrnehmung war, dass man gesagt hat: Das geht gar nicht! – Also die Motorola, muss man sagen, ist schon ein sehr strenger Konzern, ein US-Konzern, der seine Richtlinien hat. Die waren eher in die Richtung – sagen wir einmal – , ein Ausflug nach Disney World mit der Familie – das macht man ja in einem US-Konzern als Incentive oder als Mitarbeiter-Dankeschön – oder so etwas, ja. Aber eine Jagd ist jetzt nicht unbedingt der Stil des Hauses.

Also mir hat man damals zu verstehen gegeben: Eher nicht!

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es ist aber dann nicht stattdessen das Kabinett des Bundesministers zur Jagd eingeladen worden?

Mag. Verena Karimi: Das kann ich nicht beurteilen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Frau Karimi, Sie haben gerade geschildert, dass Herr Wirth an Sie herangetreten ist, dass Sie die Einzige waren, die sich um diesen Auftrag beworben hat.

Mag. Verena Karimi: Das habe ich, glaube ich, nicht gesagt, dass ich die Einzige war. Ich glaube, ich war nicht die Einzige.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann habe ich Sie falsch verstanden.

Sie haben aber gesagt, das Herantreten haben Sie sich so erklärt: wahrscheinlich weil Sie als Agentur einen Ruf hatten. (*Die Auskunftsperson nickt.*) Was ich mich aber jetzt frage, ist, woher Sie diesen Ruf hatten. Denn die erste Rechnung – dieser Auftrag – ist im April 2004 vonstattengegangen. Die Erklärung über die Errichtung der Gesellschaft – das haben wir aus dem Firmenbuch – ist vom 12.03.2004, und die Agentur wurde am 9.04.2004 eingetragen. Woher soll der Herr Wirth Ihre Agentur und den Ruf dieser Agentur kennen, wenn diese noch gar nicht existiert hat?

Mag. Verena Karimi: Nein. Meine Agentur hat sehr wohl existiert. Ich habe einen, glaube ich, PR-Beratungs-Gewerbeschein seit 2001, 2002. Ich habe damals nur meine Agentur von einer Personengesellschaft in eine GmbH umgewandelt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich verstehe, okay.

Die E-Mails wurden Ihnen ja bereits vorgelesen, nur in falscher Reihenfolge. Deswegen mache ich es noch einmal in der richtigen Reihenfolge, vielleicht wird es dann klarer. Das erste ist von Herrn Schmicke, Motorola-intern an Herrn Wirth, vom 30. Dezember 2004:

„HaJo,

ich sehe immer wieder Rechnungen von Verena Karimi. Wir haben keinen Vertrag mit ihr und langsam bekomme ich Probleme, sie unauffällig zu buchen. Wie viele Rechnungen kommen noch?“

Können Sie sich erklären, dass im Dezember 2004 noch kein Vertrag bestanden hat, obwohl Sie gerade erzählt haben, dass im April der Auftrag ergangen ist?

Mag. Verena Karimi: Das habe ich, glaube ich, schon Ihrer Kollegin erklärt. Es war damals so, dass die TETRON erst in Gründung befindlich war und meiner Erinnerung nach noch keine Kapitalausstattung hatte.

Meine Ansprechpartner waren damals schon bei der TETRON, und ich habe für die TETRON gearbeitet. Das operative Arbeiten hat schon im Sommer begonnen. Und ich habe aber immer noch an die Motorola fakturiert, weil man mir signalisiert hat, das soll ich jetzt einmal so machen, und wenn die TETRON dann quasi die Kapitalausstattung hat, dann soll ich es der TETRON verrechnen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das zweite E-Mail ist vom 1.10.2005, es wurde schon verlesen, aber ich lese es noch einmal vor:

„HaJo,

wir müssen uns absichern und sowohl für diese Rechnungen, als auch für die von MPA ein gutes backup schaffen.“ – MPA: Mensdorff-Pouilly – „Wer kann helfen zu dokumentieren, für welche Leistungen wir beide bezahlt haben?“

Das heißt, Mensdorff-Pouilly und Sie hatten gleichzeitig einen Beratervertrag?

Mag. Verena Karimi: Das war mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das war Ihnen nicht bekannt?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das hören Sie heute zum ersten Mal?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich höre es nicht zum ersten Mal. Ich habe das jetzt in den Medien gelesen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Okay. Sie haben für Ihre Leistungen von Juni 2004 bis Februar 2005 insgesamt 65 125,64 € erhalten, also rund 65 000 € und dann von August 2006 bis Jänner 2007 noch 50 400 €. (*Die Auskunftsperson nickt.*)

Grundsätzlich hatten Sie in Ihren Angeboten ein Honorar von 7 000 € plus Umsatzsteuer festgelegt. Die Tätigkeiten, die Sie angeboten haben, waren PR-Beratung, strategische Beratung.

Meine Frage ist erstens: Wofür haben Sie dann konkret die Honorare erhalten? Und zum Zweiten: Was ist Ihre Qualifikation, speziell im Bereich der strategischen Beratung?

Mag. Verena Karimi: Die Rechnungen – das habe ich aber auch schon vorher ausgeführt –, wenn Sie jetzt von – was haben Sie gesagt? – 2004 bis 2005 (*Abg. Mag. Musiol: Ja!*) sprechen: 65 000 €. Eben: Es waren am Anfang, glaube ich, 4 000 irgendwas plus Umsatzsteuer, und dann hat sich das erhöht. Ich bin ja dann eigentlich sozusagen von der PR-Beratung, von der Medienbeobachtung bis zur textlichen Konzeption zur „Full Service“ grafischen Agentur geworden. Strategische Beratung war nicht mehr mein Ding.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das stand aber drinnen. Hat aber nicht stattgefunden?

Mag. Verena Karimi: Ja, das ist ein Mustervertrag. Da steht, glaube ich, ja ...

Ich musste natürlich das leisten, was der Kunde abfragt, und es war natürlich schon klar, ich bin kein großartiger strategischer Berater. Da gibt es berufenere Agenturen für diesen Job.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann ersuche ich Sie, mir ein E-Mail zu erklären oder eine Checklist, die in einem E-Mail als Anhang vorhanden ist (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*). Und zwar, ich lese es vor:

„HALLO HAJO, SEM & C!“ – Können Sie einmal sagen, wer HaJo, Sem und C. sind?

Mag. Verena Karimi: HaJo ist der Herr Hans-Joachim Wirth. Sem ist der Herr Semlegger.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und C.?

Mag. Verena Karimi: Keine Ahnung. Wo steht C.?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Bei der Ansprache: Hallo HaJo, Sem und C!

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Könnte das der Herr Ulmer sein, der Christoph heißt? Sprechen Sie ihn üblicherweise im Mail so an, wenn Sie mit ihm per E-Mail verkehren?

Mag. Verena Karimi: Also wenn ich ihn anspreche, dann sage ich Christoph zu ihm. Nein, ich würde eher ... Nein.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Spannend ist, dass im Kopf zwei E-Mail-Adressen enthalten sind. Das heißt: Sie haben es an drei Personen gerichtet. Zwei E-Mail-Adressen sind enthalten. Als E-Mail-Technik-Kennerinnen, wie wir das alle sind, können wir jetzt annehmen, es war unter Umständen noch jemand im BCC.

Mag. Verena Karimi: Ich sehe gerade, das ist ein E-Mail von mir. Vielleicht wird es mir ja dann klarer.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dieses E-Mail – nur um es für Sie noch einmal in einen Rahmen zu stellen – ist am 25. Juni – steht ja oben – verschickt worden, vier Tage nachdem TETRON den Zuschlag erhalten hat. Und das E-Mail enthält eine Checklist, mit der wir uns dann näher beschäftigen werden.

Mich interessiert jetzt, wer dieses E-Mail erhalten hat. Im E-Mail-Balken sind Wirth und Semlegger zu erkennen, aber keine dritte Person, aber Sie sprechen hier konkret drei Personen an.

Mag. Verena Karimi: Da kann ich mich nicht erinnern. Tut mir leid. Da müsste ich jetzt spekulieren.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und wer könnte es sein?

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wissen Sie nicht?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann kommen wir zur Checkliste. – Aber der Herr Ulmer heißt Christoph, oder?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das ist dann eine Checkliste, mit der Struktur: To-do – Wer – Wann – Inhalt – Status, in fünf Spalten. Und dann stehen hier einige To-dos, die ich jetzt einmal vorlesen werde: „FREQUENTIS“, „T-SYSTEMS“, „MASTER TALK“, „GABMANN“ – da steht darunter: „Bernhard Krumpel“ – „PUBLICO“, „BRZ“, „OESD“, „CHICAGO“, „SCHOTTLAND“.

Und dann bei „Wer“ steht: „HAJO“ – ich nehme an, das ist Herr Wirth – (*die Auskunftsperson nickt*), „SEM“ – das ist Herr Semlegger – (*die Auskunftsperson nickt*), manchmal steht „Bernhard Krumpel“ dabei.

Und dann stehen da noch konkrete Vorschläge, Anweisungen, Kalenderwochen und der Inhalt.

Zu Frequentis: Können Sie sich erinnern, was das To-do bezüglich Frequentis war? Denn Frequentis war ja bekanntlich der dritte Bieter.

Mag. Verena Karimi: Ich kann mich jetzt ehrlich gesagt nicht erinnern, dass Frequentis der dritte Bieter war.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Kennen Sie diese Liste? Ist die von Ihnen? (*Die Auskunftsperson zögert.*) Sie ist zumindest von Ihnen geschickt worden.

Mag. Verena Karimi: Ich kann es nicht ausschließen, ich kann mich aber wirklich nicht erinnern. Das ist jetzt wirklich Jahre her.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sie können sich nicht erinnern, ob Sie sie erstellt haben oder ob Sie sie kennen?

Mag. Verena Karimi: Was aber darauf hindeutet, dass sie von mir ist, ist mein Firmenlogo beziehungsweise dass sie auf meinem Briefpapier geschrieben ist.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Okay.

Beim To-do: Gabmann, Bernhard Krumpel steht: Anruf Ernest Gabmann. Können Sie sich da noch erinnern, was da zu tun war?

Mag. Verena Karimi: Da ging es darum, dass man jetzt die Geschäftsführung besetzen sollte. Und ich nehme einmal an, dass das bedeuten sollte, dass der Herr Semlegger mit diesen Herren Kontakt aufnehmen sollte.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Kennen Sie diesen Herrn Gabmann?

Mag. Verena Karimi: Mit diesen, diesen Herren.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Kennen Sie diese Herren?

Mag. Verena Karimi: Ich kenne diese Herren mittlerweile. Den Herrn Gabmann kannte ich schon von früher. Den kenne ich schon seit Studienzeiten, würde ich einmal sagen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Zu dieser Liste, wie sie da so steht: Der Inhalt war ja strategische Beratung, die Sie aber dann – wie Sie uns gerade gesagt haben – nicht gemacht haben. Haben Sie diese Liste erstellt? Waren das Ihre Vorschläge, welche nächsten Schritte zu tun waren? Das wäre ja vielleicht sogar ein Teil von strategischer Beratung. Oder woher kam diese Liste?

Mag. Verena Karimi: Ich halte das eher für ein Protokoll, in dem ich zusammengefasst habe, was alles die next steps in der Firmenaufsetzung sein sollten.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Protokoll wovon? Da hätte dann etwas vorangehen müssen bei einem Protokoll, oder?

Mag. Verena Karimi: Man setzt sich zusammen, hat eine Besprechung, macht eine Checkliste dazu, was als Nächstes zu tun sein sollte.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und wer hat diese Besprechung abgehalten?

Mag. Verena Karimi: Ich nehme einmal an, diejenigen, die auf diesem E-Mail-Verteiler aufscheinen. Ich, der Herr Semlegger, der Herr Wirth.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und „C“.

Mag. Verena Karimi: Also wenn Sie unter „C“ den Herrn Ulmer verstehen, dann sicher nicht, denn der war damals nicht einmal im Lande.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wir wissen nicht, wer „C“ war, vielleicht wurde er nur darüber informiert, dass eh alles läuft. (*Mag. Karimi: Genau!*) Ja, genau.

Apropos nicht im Lande: Sie haben vorhin von einem Essen in London erzählt. Es gibt ja auch zahlreiche Rechnungen, die Sie bezüglich London für Mai und Juni 2004 verrechnet haben. Was haben Sie so viel in London gemacht? Das sind immer Rechnungen über Beträge um die 2 000 €. Da geht es um Flüge, Transfers, Parkgebühren, Spesen, Speisen und vieles mehr; es sind derer zahlreiche.

Mag. Verena Karimi: Ich habe mich in der Regel mit dem Herrn Wirth in London getroffen, um meine Arbeit zu besprechen. Das ist natürlich etwas ganz Feines, wenn man das nicht in Wien machen muss, sondern da freut man sich, wenn man nach London fliegen darf.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Was hat der Herr Wirth in London gemacht?

Mag. Verena Karimi: Der Herr Wirth hatte in London natürlich beruflich zu tun, das European Headquarter war, glaube ich, in Basingstoke, und wenn er nach Basingstoke zitiert wurde, dann haben wir unsere Besprechungen in London gemacht, anstatt dass er wieder nach Berlin fliegt und nach Wien fliegt und retour fliegt und so weiter.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sie sind ihm für Ihre Besprechungen nachgeflogen oder ...?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und was diese Essen betrifft, die Sie in London mit Ihrem Ex-Mann hatten, da haben Sie gesagt: Das waren persönliche Essen. (*Die Auskunftsperson nickt.*) TETRON oder anderes, master-talk, das alles war dort kein Thema?

Mag. Verena Karimi: Also dazu muss ich auch noch einmal ausholen: Die Motorola war schon ein sehr korrektes und strenges Unternehmen. Ich hatte einen Vertrag mit Motorola, der ist ungefähr so dick – würde ich einmal sagen –, da unterschreibt man stapelweise Antikorruptionsunterlagen für US-Behörden, also da darf man sich nicht irgendwelchen Blödsinn erlauben. Ich kann reden, über was ich will, wenn ich jetzt bei jedem Abendessen erzählen würde, was ich nicht alles Tolles mache, dann würden die Leute sagen: Das interessiert mich nicht!, oder wie auch immer.

Ich verstehe jetzt nicht ganz, worauf Sie hinauswollen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich finde es spannend, dass Sie sozusagen beim gemeinsamen Essen mit Ihrem Mann die Antikorruptionsregeln erwähnen, die Sie unterschreiben – aber das mag Zufall sein. (*Die Auskunftsperson lacht.*)

Mich hat interessiert – weil Sie sozusagen auch über den ehrenamtlichen Auftrag Bescheid wussten und so –: War es üblich, dass Sie über seine geschäftlichen Beziehungen, Aufträge und Tätigkeiten Bescheid wussten? Denn ein persönliches Essen stelle ich mir anders vor.

Mag. Verena Karimi: Nein. Schauen Sie, es ist so: Der Herr Ulmer wusste, was ich mache, und ich wusste auch, was er macht, so.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und daher hat man auch darüber gesprochen.

Mag. Verena Karimi: Und wenn ich etwas Tolles über Motorola sagen könnte, darüber, wie toll das Netz funkt und dass jetzt in Hongkong die Polizei auch dieses Netz übernommen hat und alle total glücklich sind, dann werde ich jede Gelegenheit nützen, im Sinne meines Auftraggebers das Unternehmen und seine Leistungen positiv zu kommunizieren. Das ist mein Job!

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ja, so kann es gewesen sein. Ich muss Ihnen nur sagen, auf Grund dessen, was Sie uns bislang erzählt haben und was wir auch sonst im Ausschuss gehört haben, habe ich einen anderen Eindruck, nämlich dass Sie hier von Herrn Ulmer eingesetzt wurden, um sozusagen zwischengeschaltet zu sein für Ideen, die er verfolgen wollte.

Das betrifft auch diese Checkliste, die durchaus wesentliche „To-dos“ beinhaltet, die dann auch erfüllt wurden. Zum Beispiel in Schottland gab es genau diese Jagd, die hat dann stattgefunden, obwohl es nicht zur – wie haben Sie es vorhin genannt? – Firmenkultur von Motorola gehört. Und wer Schottland vorbereiten musste, war HaJo, also der Herr Wirth, der Ihnen anscheinend gesagt hat: Das gehört aber nicht zu unserer Kultur! – Also irgendwie passt da etwas nicht zusammen, und deswegen hier diese konkreten Fragen.

Mag. Verena Karimi: Das ist Ihr Eindruck (*Abg. Mag. Musiol: Ja!*), meiner ist es nicht. Für mich ist es eigentlich untermauert oder es unterstreicht meine Ausführungen. Wenn da steht „SCHOTTLAND HAJO“, dann habe ich eben den Herrn HaJo gefragt, was er von Schottland hält, und dann sagte er: Geht nicht, ist nicht für uns!

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Bei „PUBLICO“ steht „HAJO“ als sozusagen „VER“, „Anruf Markus Schindler“, und bei „BRZ“ steht „Anruf Manuela Spatzierer“. – Kennen Sie diese beiden Personen?

Mag. Verena Karimi: Ja, ich kenne den Herrn Markus Schindler.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Schon länger oder woher, wie lange?

Mag. Verena Karimi: Ich glaube, ich kenne ihn seit – lassen Sie mich einmal nachdenken! –, würde ich einmal sagen, Anfang 2000, da habe ich einmal mit ihm ein Interview gemacht für die Zeitschrift „Betrieb und Management: Was ist Lobbying?“ Und damals hat sich die Publico als Lobbying-Unternehmen präsentiert, und da habe ich mit ihm ein Interview gemacht. Da bin ich ihm zum ersten Mal begegnet, daran kann ich mich erinnern.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das war Anfang 2000? (*Mag. Karimi: Ja!*) Und seither, wie würden Sie das qualifizieren: Ist er ein Bekannter, ein guter Bekannter, ein Freund, wie ist das Verhältnis zu Herrn Schindler?

Mag. Verena Karimi: Der Herr Schindler ist mir bekannt. Er hat damals in der größten Agentur gearbeitet – damals hat man sich noch Lobbying-Agentur genannt, da hat das noch schick geklungen, heute klingt das natürlich nicht mehr so –, und es war dann, glaube ich, einmal die Rede davon, dass man sagt: Für diese strategischen Arbeiten, also wirkliche strategische Beratung im Projekt, sollte man sich in der Umsetzung dann – es ging ja dann auch darum, in diesem Ländermodell die Bundesländer zu gewinnen – für die Struktur, die man da ersonnen hat, jetzt eine große Agentur holen, die da wirklich Kontakte hat in den Kreisen, die notwendig sind, um dieses Projekt in den Bundesländern zu positionieren.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das wäre für den Herrn Schindler vorgesehen gewesen.

Mag. Verena Karimi: Das war einmal eine Idee, zu sagen, dass man mit der Publico zusammenarbeitet.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber hier steht: „Publico für PR Arbeit des Konsortiums gewinnen.“, was insofern verwirrend ist, weil Sie ja für PR-Arbeit zuständig waren.

Mag. Verena Karimi: Ja, das ist halt eine Notiz. Was ist PR-Arbeit? Also quasi für strategische Beratung, dafür war einmal angedacht, dass das die Publico machen sollte. Hat sie dann aber, glaube ich, nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und die Frau Spatzierer?

Mag. Verena Karimi: Die Frau Spatzierer ...

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Kennen Sie sie?

Mag. Verena Karimi: Ich kenne die Frau Spatzierer, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Länger schon?

Mag. Verena Karimi: Ich kenne die Frau Spatzierer seit ein paar Jahren, würde ich einmal sagen. (*Abg. Mag. Musiol: Seit?*) Ja, seit ein paar Jahren, ich kann es nicht genau sagen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und woher?

Mag. Verena Karimi: Die Frau Spatzierer war einmal im Innenministerium beschäftigt und war auch einmal die Freundin und Lebenspartnerin von Herrn Dr. Ulmer.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Also von Ihrem Ex-Mann, über diese Ecke?

Mag. Verena Karimi: Und die hat damals im BRZ gearbeitet.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Okay, danke schön.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Mag. Karimi, ich hätte ganz gerne von Ihnen gewusst – Sie haben gesagt, Sie haben die Frau ehemalige Bundesministerin Rauch-Kallat gekannt und mit ihr den Jagdschein gemacht, und das war auch der Grund, warum Sie dann zur Jagdprüfung eingeladen worden sind –, ob Sie privat mit der Frau Rauch-Kallat verkehrt haben.

Mag. Verena Karimi: Nein, ich war keine Freundin von der Frau Maria Rauch-Kallat, aber ich bin ihr immer wieder auf Veranstaltungen begegnet, und sie kannte mich, und ich glaube, wir sind auch per Du.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und es war ein Zufall, dass Sie miteinander die Jagdprüfung gemacht haben?

Mag. Verena Karimi: Nein. Das war die Idee ... Ich glaube, ihr Mann hat es für Leute organisiert, die irgendwie nicht so einen Nine-to-Five-Job haben. Wenn die so etwas machen wollen, dann wurde extra ein Kurs organisiert, der dann am Wochenende stattfand, und nicht wie sonst in der Jagdschule, donnerstags von 17 bis 19 Uhr oder so.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben also diese Einladung nach der bestandenen Jagdprüfung als absolut privat empfunden?

Mag. Verena Karimi: Na als was sonst?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich frage nur. – Haben Sie das so empfunden, dass Sie privat dort eingeladen sind?

Mag. Verena Karimi: Ja, natürlich! Das war eine private Einladung, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben seit 2001 bereits den Gewerbeschein und waren ein Einzelunternehmen in der PR-Branche. Im Jahr 2004, wie die Frau Kollegin Musiol gesagt hat, und zwar am 9. April, war die Eintragung ins Firmenbuch als GesmbH. – Waren Sie alleine in dieser GesmbH tätig oder haben Sie da auch Partner gehabt?

Mag. Verena Karimi: Ich habe diese GmbH heute noch. Ich habe für alle externen Arbeiten mit anderen Lieferanten zusammengearbeitet, sprich speziell Grafik, Programmierung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber Sie haben keinen Partner in der Firma, das heißt, Sie sind Alleingesellschafter?

Mag. Verena Karimi: Ich bin Alleingesellschafterin, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Haben Sie Mitarbeiter?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Weil das vorhin bei der Befragung durch die Frau Kollegin Musiol so angeklungen ist, hätte ich ganz gerne von Ihnen gewusst, wie hoch denn so Ihr Jahresumsatz in etwa ist.

Mag. Verena Karimi: Wann?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich frage deshalb, weil, wenn man beispielsweise die Jahre 2004 und 2005 betrachtet, im Jahr 2004 oder dann 2005 mit TETRON eine monatliche Pauschale von 7 000 € vereinbart ist. – Ist das eher ein großer Kunde gewesen?

Mag. Verena Karimi: Das war ein Superkunde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, man kann davon ausgehen, dass das einer Ihrer größten Kunden war?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie war das dann später, als diese Geschäftsbeziehung beendet war?

Mag. Verena Karimi: Da habe ich sozusagen meine unternehmerischen Ziele neu definiert. Es hat mir eigentlich nach der Zeit auch nicht mehr so viel Spaß gemacht. Heute habe ich eine relativ geringe Bilanzsumme, weil meine Hauptschwerpunkte eigentlich mehr im Schreiben liegen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich will jetzt nicht Ihre Kunden wissen, denn die werden Sie uns sicherlich hier nicht sagen, aber wie war so Ihre Klientel strukturiert? Waren das verschiedene Branchen, die Sie beraten haben? Waren das Einzelpersonen? Wie war das? Wie war dieser Kundenstock oder diese Klientel zusammengesetzt? Haben Sie früher schon in diesen Bereichen Tätigkeiten aufgenommen, wie es dann bei Motorola oder bei TETRON war, oder war das ein ganz neues Feld?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich habe auch schon davor, als ich der Kollegin meine Qualifikationen ausführen durfte, darstellen dürfen, dass ich in diesem Feld auch als technischer Redakteur meine Erfahrungen hatte, und deswegen war ich natürlich auch geeignet dafür. Und meine Kunden wussten das auch zu schätzen, dass ich in der Lage bin, mit solchen Themen umzugehen.

Es ist natürlich jetzt nicht unbedingt das Traumthema für eine Frau, wenn Sie so wollen, und daher habe ich später irgendwie versucht, mehr in den Lifestyle-Bereich zu wechseln, weil es doch etwas langweilig ist.

Es ist natürlich eine strategische Überlegung für Unternehmen, sich zu positionieren. Wenn man reich werden will, muss man genau mit solchen Kunden arbeiten. Wenn man – keine Ahnung was – glücklich werden will oder das machen will, was einem Spaß macht, dann macht man etwas anderes.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich gehe davon aus, dass Sie, wenn Sie beispielsweise auf der Suche nach neuen Aufträgen sind, auch Referenzkunden angeben. (*Mag. Karimi: Ja!*)

Und wenn Sie jetzt oder vor ein paar Jahren auf der Suche nach neuen Aufträgen waren, haben Sie dann die Referenz angegeben oder geben Sie die Referenz an, dass Sie für TETRON tätig waren und dass Sie zum Behördenfunk und zur Einführung und zur Bewerbung und zum Laufenbringen des Projektes TETRON oder Behördenfunk Leistungen erbracht haben? Geben Sie da die Referenz an? Ist das Ihrer Meinung nach eine gute Referenz?

Mag. Verena Karimi: Ich war eigentlich sehr stolz auf diese Arbeit für Motorola. Ich habe *nie* ein Geheimnis daraus gemacht. Ich habe sehr gerne für dieses Projekt gearbeitet.

Und die TETRON ist für mich als kleine Agentur, was Artwork und die Arbeit betrifft, die wir da gemacht haben, wirklich ein toller Kunde, auf den ich stolz war und auf den ich eigentlich heute noch stolz bin.

Natürlich macht mich das ein bisschen traurig, dass es jetzt kein Werbeträger ist, würde ich einmal sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn Sie sagen, Sie sind stolz auf dieses Projekt und stolz auf diese Tätigkeit, einerseits auf das, was Sie in dieser Sache geleistet haben, aber natürlich auch auf das, was daraus geworden ist oder was vielleicht noch daraus werden kann, wenn es dann wirklich einmal flächendeckend ist: Wie wird auf so eine Referenz reagiert, wenn Sie einen neuen Kunden akquirieren und der sagt: Können Sie mir Referenzen nennen?, und Sie nennen unter anderem die Einführung des Digitalfunks?

Mag. Verena Karimi: Ja, ich würde sagen, heute ist es, wie Sie sagen, kein Werbeträger mehr. Aber ich bin auch in diesem Bereich nicht mehr tätig. Ich akquiriere nicht in diesem Bereich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben auch einen zweiten Beruf. Sie sind Journalistin?

Mag. Verena Karimi: Ich bin freie Redakteurin und Journalistin, richtig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben Ihr Unternehmen neu überdacht und die ganze Struktur neu überdacht. Arbeiten Sie jetzt für Printmedien?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sind Sie da als Selbständige mit Ihrem Unternehmen für die Printmedien tätig (*Mag. Karimi: Ja!*), oder sind Sie dort angestellt?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich bin als selbständige Redakteurin tätig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): In welchen Bereichen sind Sie da tätig?

Mag. Verena Karimi: Lifestyle, hauptsächlich Mode, Reisen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sind Sie auch noch für Unternehmen tätig, an denen der Herr Ulmer beteiligt ist?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Überhaupt nicht?

Mag. Verena Karimi: Ich hatte mal für ihn eine Pressekonferenz organisiert. Damals, als er die CATRO übernommen hat, hat er mich gefragt, ob ich das für ihn machen würde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden: Als er was übernommen hat?

Mag. Verena Karimi: Er hat einmal vor ein paar Jahren ein Personalberatungsunternehmen gekauft, die Firma CATRO, und er hat mich damals gebeten, die Pressekonferenz zu organisieren. Das habe ich für ihn gemacht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ansonsten sind Sie nicht tätig für die Firmen, wo er beteiligt ist?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Stimmt es, dass Sie jetzt auch für die „Kronen Zeitung“ tätig sind?

Mag. Verena Karimi: Das ist richtig.

(Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Frau Karimi! Erster Fragenteil: Sie haben zuvor gesagt, Sie waren für ein Ministerium tätig. Was heißt das konkret? Waren Sie Angestellte? Waren Sie Beamte? Was verbirgt sich dahinter?

Mag. Verena Karimi: Ich war Vertragsbedienstete in der Sektion I im Bundesministerium für Landesverteidigung, zuständig für Zivilrechtssachen und Gegenchriften an den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Von wann bis wann, beziehungsweise waren Sie auch für andere Ministerien tätig?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich war nur für das Verteidigungsministerium tätig. Es war Ende der 90er, zirka zwei Jahre.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Derzeit sind Sie auch für kein Ministerium tätig?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Zweite Frage: Sie haben zuvor gesagt, der Herr Ulmer weiß, was Sie machen, Sie wissen, was er macht, aber sonst sind Sie nicht irgendwie näher beruflich miteinander verbandelt, wie es auch genannt wurde, dass Sie dazwischengeschaltet wurden. – Ist die geschäftliche Beziehung so richtig dargestellt: dass Sie zwar voneinander wissen, aber nicht direkt Geschäfte miteinander betrieben haben?

Mag. Verena Karimi: Darf ich eine Gegenfrage stellen, um die Sache vielleicht abzukürzen? – Ich habe ja auch die Livestreams im Internet ein bisschen verfolgt, und da geht es, glaube ich, um eine Flugrechnung oder so irgendwas, die ich einmal für den Herrn, damals noch, glaube ich, Mag. Ulmer abgerechnet habe für die Motorola.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): So ist es!

Mag. Verena Karimi: Richtig! Also wenn Sie das als geschäftliche Beziehung werten wollen, dann ja.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, Sie haben für ihn die Flüge gebucht oder nur die Flugdaten weitergeleitet?

Mag. Verena Karimi: Nein, ich hatte den Auftrag ... Aus irgendwelchen Gründen wollte die Motorola den Ulmer in Chicago sprechen, und soweit ich das in Erinnerung habe – aber das ist jetzt meine Erinnerung –, war das so, dass es dann darum ging: Wer soll die Kosten übernehmen? Und dann hat die Motorola gesagt: Das geht aber eigentlich gar nicht, denn da müssen wir irgendwie Tausende Papierstapeln ausfüllen und so weiter, die können nicht immer so irgendwelche Leute einladen!, und es wäre zu kompliziert gewesen, dass die Motorola in Chicago das macht. Und dann hat man mich gefragt, ob ich das nicht auf dem schnellen Weg lösen könnte: Ich buche das Ticket und verrechne es dann einfach weiter in meinem Spesenaufwand.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): War das der einzige derartige Geschäftsfall?

Mag. Verena Karimi: Soweit ich mich erinnern kann, ja. Mir ist nichts anderes in Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, was ich mich frage: Die Frau Kollegin Tamandl, die jetzt den Vorsitz führt, was mich immer freut, hat das ja schon geschildert. Das heißt, noch einmal: Ihre Firma, diese GmbH, hatte damals im Jahr 2004, als der Anruf von Wirth kam, keine Mitarbeiter?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren also ein Ein-Personen-Unternehmen?

Mag. Verena Karimi: Richtig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, was ich mich jetzt frage? Wie kommt der Weltkonzern Motorola darauf, in Österreich nicht die großen Werbeagenturen, Publico oder sonst wen, anzurufen, sondern ausgerechnet bei der Frau Karimi anzufragen, beim Ein-Personen-Unternehmen Karimi und bei ihrer Firma, die sie ein paar Monate vorher erst gegründet hat? Das können Sie doch keinem erzählen!

Wie kommt der Herr Wirth ausgerechnet auf die – Entschuldigung, dass ich das jetzt so sage – kleine Firma und die kleine Verena Karimi mit ihrem Ein-Personen-Unternehmen? Hat Herr Wirth Ihnen gesagt, wie der Weltkonzern Motorola gerade auf diese kleine Firma kommt und dieser einen Auftrag gibt?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich erklären, wie der Weltkonzern Motorola ausgerechnet auf Ihre Firma als möglichen Auftragnehmer gestoßen ist, auf Ihre Firma, die Sie gerade erst ein paar Monate vorher ins Firmenbuch eingetragen haben? Wie geht so etwas? Wie kommt Motorola gerade auf Sie?

Mag. Verena Karimi: Keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich erklären, wie die gerade auf Sie kommen, und warum sie nicht bei den großen Werbeagenturen dieses Landes angefragt haben?

Mag. Verena Karimi: Das wäre Spekulation.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn das alles so einfach wäre, dann würde jeder in diesem Land eine Werbeagentur gründen und warten, bis zwei Tage später ein Weltkonzern anruft. Also Zufall war das sicher keiner. Wer sind denn die weiteren Bewerber, die sich um diesen Auftrag noch beworben haben? Kennen Sie irgendeine Firma, die sich ebenfalls darum beworben hat?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es überrascht mich nicht, dass Sie keine weiteren kennen; ich gehe nämlich davon aus, dass es keine weiteren gibt.

Dann geht es weiter: Der Weltkonzern Motorola beauftragt ausgerechnet die kleine Firma Karimi, das Ein-Personen-Unternehmen, und geht dann noch her und veranstaltet sogar eine Einschulung. Wie lange hat diese Einschulung bei Motorola gedauert, wo hat sie stattgefunden, und was ist Ihnen dort alles beigebracht worden?

Mag. Verena Karimi: In Berlin, in der Deutschland-Zentrale.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie lange hat die Einschulung gedauert?

Mag. Verena Karimi: Das war tageweise.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viele Tage waren das insgesamt?

Mag. Verena Karimi: Keine Ahnung. Fünf volle Tage in Berlin, und dann gab es natürlich auch noch die Techniker und Mitarbeiter hier in Österreich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sind von Wien nach Berlin gereist, um von Motorola eine Einschulung zu bekommen. Wer hat denn die Kosten für diesen Berlin-Aufenthalt übernommen? Haben Sie das selbst gezahlt, oder war das Motorola?

Mag. Verena Karimi: Das durfte ich dann weiterverrechnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ach so. Der Weltkonzern Motorola beauftragt das Ein-Personen-Unternehmen Karimi, bezahlt eine Einschulung, bezahlt die Aufenthaltskosten der Karimi in Berlin. – So ein freundlicher Weltkonzern, der mit Firmen so toll umgeht! Also ich finde das sehr, sehr spannend!

Noch einmal: Ich glaube, es ist kein Zufall, dass Motorola gerade auf Sie gekommen ist. Können Sie ausschließen, dass Christoph Ulmer oder andere bei Motorola und beim Herrn Wirth interveniert haben, um dafür zu sorgen, dass Sie einen Auftrag bekommen? Können Sie das ausschließen?

Mag. Verena Karimi: Wieso soll ich das ausschließen können?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie: Können Sie ausschließen, dass der Herr Ulmer oder andere beim Herrn Wirth interveniert haben, damit der Weltkonzern Motorola der kleinen Ein-Personen-Firma in Österreich, Verena Karimi, einen Auftrag erteilt?

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie können es nicht ausschließen? Hat Ihnen der Herr Wirth gesagt, wie er gerade auf Ihre Firma gekommen ist?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie mit Herrn Ulmer jemals über Ihr Engagement bei Motorola oder über die Auftragsanfrage von Motorola an Sie gesprochen?

Mag. Verena Karimi: Das habe ich ihm sicher irgendwann erzählt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie das erzählt?

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hat er darauf reagiert?

Mag. Verena Karimi: Toll, freut mich für dich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er gesagt?

Mag. Verena Karimi: Nehme ich mal an, oder? Er wird nicht sagen: Das tut mir aber leid! – Keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das denke ich mir, dass er sich sehr für Sie gefreut hat.

Wir haben das durchgerechnet, Frau Karimi. In Summe haben Sie von Motorola über 200 000 € bekommen, grob geschätzt. Das ist sehr viel Geld für ein Ein-Personen-Unternehmen. Sie haben da die ganzen Leistungen aufgezählt. Darf ich fragen, welche Ausbildungen Sie haben? Sie sind ja, glaube ich, Magistra, oder?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was haben Sie denn studiert?

Mag. Verena Karimi: Ich habe Jus, Rechtswissenschaften studiert, und zwar an den Universitäten in Innsbruck und Wien. Ich glaube zwar, dass ich das heute schon ein paar Mal ausgeführt habe, aber ich sage es gerne noch einmal: Ich war Juristin im Verteidigungsministerium. Dann war ich für eine Film- und Fernsehproduktion tätig, die hauptsächlich im Bereich Wirtschaft- und Industriefilm tätig war, mit Kunden von der Ersten Bank bis zur Stallinger, bis zur Österreichischen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Passt schon. Das haben Sie schon gesagt. Haben Sie eine eigene PR-Ausbildung, Werbeausbildung? Haben Sie einmal einen PR-Lehrgang absolviert, einen Kurs beim WIFI, was auch immer? Wann? Was waren das für Ausbildungen?

Mag. Verena Karimi: Ja, habe ich auch. Das war, glaube ich, eine WIFI-PR-Ausbildung, nachdem ich das Gewerbe angemeldet habe. Aber grundsätzlich ist PR ein freies Gewerbe, und es liegt am Sachverstand der Person, ob man diesen Job ausführen kann oder nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie diese Ausbildung absolviert?

Mag. Verena Karimi: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War das vor oder nach dem Auftrag von Motorola?

Mag. Verena Karimi: Sicher davor, irgendwann, als ich angefangen habe, selbständig zu arbeiten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie weitere Ausbildungen, außer diesem Kurs?

Mag. Verena Karimi: Ich glaube, das reicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist Ansichtssache. – Gut, haben Sie zum Beispiel eine graphische Ausbildung?

Mag. Verena Karimi: Hatte ich auch, ja, aber ich habe natürlich mit Graphikern zusammengearbeitet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Ihre Firma hat auch Subauftragnehmer eingebunden?

Mag. Verena Karimi: Ja, hauptsächlich. Das Teure ist ja die Graphik.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer hat diese Subauftragnehmer bezahlt?

Mag. Verena Karimi: Ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das über Ihre Firma abgerechnet worden?

Mag. Verena Karimi: Richtig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer waren denn zum Beispiel die Subauftragnehmer-Firmen? Zählen Sie mir da ein paar auf! Wer hat denn die Graphik gemacht?

Mag. Verena Karimi: Ich weiß nicht, ob ich Ihnen jetzt meine geschäftlichen Verbindungen hier nennen muss.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sind keine geschäftlichen Verbindungen. Ich will wissen: Wer waren Ihre Subauftragnehmer bei diesem TETRON-Projekt?

Mag. Verena Karimi: Ich glaube nicht, dass es ... Also ich habe mit einem IT-Programmierer zusammengearbeitet. Ich finde, das ist jetzt eine Art Name Dropping ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Firmen als Subauftragnehmer beschäftigt (*Mag. Karimi: Ja, ich habe Firmen als Subunternehmen ...!*) oder einzelne Personen?

Mag. Verena Karimi: Unterschiedlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viele Subauftragnehmer haben Sie ungefähr gehabt?

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viele Kosten sind Ihnen durch die Subauftragnehmer zirka entstanden?

Mag. Verena Karimi: Ich würde einmal sagen, gut die Hälfte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut die Hälfte von welcher Summe?

Mag. Verena Karimi: Von meinen Pauschalhonoraren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Wie hoch sind Ihre Honorare für Motorola in Summe gewesen?

Mag. Verena Karimi: Für Motorola, weiß ich nicht mehr so genau. Das hat ja die Kollegin schon vorgerechnet. Das waren dann die 65 000 €, also in dem Jahr, also dann dividiert durch zwölf, minus USt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich möchte aber trotzdem wissen, welche Subauftragnehmer-Firmen das waren. Ich halte diese Frage für zulässig, weil damit meiner Meinung nach keine Geschäftsgeheimnisse verletzt werden, und wende mich an den Verfahrensanwalt mit der Bitte um Prüfung der Frage.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Schauen Sie, die Auskunftsperson hat hier erklärt, dass sie ein Ein-Personen-Unternehmen ist und Dinge an Subunternehmer weitergibt. Sie sagt jetzt, sie möchte nicht den Namen eines Subunternehmers nennen, weil das ein Betriebsgeheimnis wäre.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass das durchaus so sein kann. Ich kenne diese Branche. Man würde hier riskieren, dass dann der Auftraggeber direkt diese Aufgabe in

Auftrag gibt an einen Subunternehmer, weil er es dann dort mit Sicherheit billiger bekommt.

Daher habe ich Verständnis dafür und meine – entscheiden müssen Sie darüber, ich sage nur meine Meinung –, dass das Nennen des Namens schon deshalb nicht verlangt werden kann, weil es ein Betriebsgeheimnis darstellt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Die Frage ist für mich nicht geklärt. Daher hätte ich gerne die Expertise des Verfahrensanwalts dazu gehört. Denn auf der einen Seite ist natürlich ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zu respektieren, das ist keine Frage; auf der anderen Seite geht es natürlich um die Frage der Glaubwürdigkeit im Zusammenhang mit den geleisteten Honoraren, ob die nämlich in einem Zusammenhang mit der erbrachten Leistung stehen.

In diesem Zusammenhang ist es natürlich durchaus irgendwie entscheidend, ob es weitere Unternehmer gab, die da tätig geworden sind, oder nicht. Und wenn ja: Welche Unternehmen waren das? Denn letztlich müssen wir ja auch überprüfen, ob der Wahrheitsgehalt stimmt. Das ist aus meiner Sicht schon abzuwägen, ob die Aussagen glaubwürdig sind, ob die Honorarleistung glaubwürdig ist in der Darstellung oder nicht. Darum geht es. Wenn Sie, Herr Verfahrensanwalt, der Meinung sind, das ist ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis, denke ich, ist das zu respektieren. Ich bin mir, wie gesagt, nicht ganz sicher.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine dennoch ...

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Verfahrensanwalt, darf ich Ihnen einen Vorschlag machen: Wir haben noch zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, und ich würde Sie bitten, dass Sie vielleicht nachher Ihre Ausführungen machen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Gut, natürlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich würde – vielleicht können wir uns darauf verständigen – die geschätzte Wortmeldung des Verfahrensanwaltes dann teilen, wenn ich fragen würde: Von welcher Firma haben Sie für welche Leistung dieser Firma welche Summe verrechnet? Dann würden wir in den Bereich hineinkommen, dass wir Betriebsgeheimnisse – die Werbebranche ist eine sehr konkurrierende Branche – irgendwie verletzen. (Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich habe das aber gar nicht gefragt und möchte das auch gar nicht wissen, sondern würde mich bei meiner Frage darauf beschränken, dass uns die Frau Karimi nicht Auftragssummen nennt, sondern einfach aufzählt, welche Firmen sie im Zuge ihrer Tätigkeit für Motorola und TETRON beauftragt hat, also nur die Firmen zu nennen, nicht die Auftragssummen, gar nichts. So, glaube ich, laufen wir nicht Gefahr, irgendwelche Betriebsgeheimnisse zu verletzen, und damit kommen wir auch dem Anliegen des Kollegen Amon und des Ausschusses nach, den Wahrheitsgehalt nachprüfen zu können, weil ich glaube, das ist eine sehr entscheidende Frage für die Aufklärung, die wir gemeinsam hier mit der Frau Mag. Karimi versuchen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte doch auch einfließen lassen, dass Frau Mag. Karimi sehr ausführlich betont hat, dass sie nicht mehr in der Branche tätig ist und daher auch keine Geheimnisse oder nichts Geheimes mehr verraten kann. Das wollte ich nur in die Debatte einbringen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wenn ich jetzt nochmals Stellung darf: Wenn diese Subunternehmer, die die Frau Karimi seinerzeit beschäftigt hat, jetzt nicht mehr von ihr beschäftigt werden, wobei ich nicht sicher bin, ob die Tätigkeit wirklich eingestellt ist, wenn die nicht mehr beschäftigt sind, derzeit also nicht die Gefahr

besteht, dass ein jetzt von ihr Beschäftigter bekannt wird, dann würde ich meinen, dass Sie die Namen aus der früheren Zeit nennen können.

Mag. Verena Karimi: Ich bleibe dabei. Ich habe Ihnen gesagt, dass meine Subhonorare zirka 50 Prozent der Honorare ausgemacht haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben jetzt geklärt, dass die vorige Frage zulässig ist. Das heißt, zählen Sie uns bitte die Liste Ihrer Subunternehmer auf. Welche Subunternehmer haben Sie konkret ...?

Mag. Verena Karimi: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können uns keinen einzigen Subauftragnehmer nennen?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie nicht?

Mag. Verena Karimi: Ich kann in meinen Geschäftsunterlagen nachschauen. Ich habe für jede einzelne Leistung selbstverständlich Rechnungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf sogleich kurz eine Meldung zur Geschäftsordnung einschieben und die Begleitperson bitten: Sie können sich zwischendrin beraten, aber was nicht gestattet ist, ist, hier im Ausschuss Zurufe während einer Antwort zu machen. Das ist unzulässig, und ich darf Sie bitten, das einzuhalten. (*Die Vertrauensperson ergreift das Wort.*) – Sie dürfen sich hier nicht zu Wort melden!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sehr geehrter Herr Doktor, ich habe Sie eingangs über Ihre Rechte aufgeklärt! Sie haben die Möglichkeit, die Frau Magistra zu beraten. Ich habe Ihnen extra gesagt, Sie dürfen sich nicht von sich aus an die Frau Mag. Karimi wenden, sondern es ist die Reihenfolge umgekehrt. Außerdem dürfen Sie nicht selber das Wort ergreifen, das ist alles eingangs klargestellt worden.

Und somit fährt der Herr Abgeordnete Petzner mit seiner Befragung, für die er noch 3 Minuten hat, fort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mich überrascht das nicht, dass Sie keinen einzigen Subauftragnehmer nennen können. Ich stelle für mich persönlich die Frage, ob es überhaupt einen gibt, zumal Sie in den vorigen Befragungen gesagt haben: **Ich** habe das Logo entwickelt, **ich** habe die Homepage gemacht, **ich** habe irgendwelche Anoraks gemacht. Sie haben das so dargestellt, als hätten Sie das alles selber gemacht. Wollen Sie da Ihre Aussage jetzt korrigieren oder wie?

Mag. Verena Karimi: Herr Petzner, „**ich**“ in der Form des Unternehmens, das ich repräsentiere.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist Ihnen in der Zwischenzeit vielleicht jetzt irgendein Subauftragnehmer eingefallen, während wir jetzt die Geschäftsordnung diskutiert haben?

Mag. Verena Karimi: Herr Petzner, ich bleibe dabei. Es ist mir wirklich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Weil Sie gesagt haben, Sie können in den Unterlagen nachschauen: Können Sie uns Unterlagen zu Ihren Subauftragnehmern schicken und dem Ausschuss zur Verfügung stellen?

Mag. Verena Karimi: Da muss ich nachschauen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie prinzipiell, ob Sie dazu bereit wären. Müssen Sie nachschauen oder nachfragen? – Nachschauen hoffentlich.

Wären Sie dazu bereit, das dem Ausschuss zu übermitteln? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Mag. Verena Karimi: Herr Abgeordneter Petzner, selbstverständlich bin ich dazu bereit, Unterlagen vorzulegen, und das Werk spricht ohnedies für sich. Es ist ja auch nicht jetzt verschwunden. Meine Arbeiten existieren noch, Gott sei Dank, und ich kann dazu sicher noch einige Unterlagen vorlegen, obwohl das Projekt ja übergeben wurde und beim Auftraggeber liegt, also bei der TETRON.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage war, ob Sie zuhause in den Unterlagen nachschauen können und ob Sie uns eine Liste Ihrer Subauftragnehmer übermitteln können, eine Liste, wo genau oben steht: die und die Firma. Können Sie das?

Mag. Verena Karimi: Das kann ich, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Bis wann? Also wir können in den nächsten Tage mit dieser Liste rechnen?

Mag. Verena Karimi: Ja, wie gesagt, ich werde nachschauen und Ihnen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin auf diese Liste der Subauftragnehmer sehr gespannt, und wir werden dann selber außerhalb des Ausschusses, sage ich Ihnen gleich, jeden Einzelnen dieser Subauftragnehmer, den Sie angeben, anrufen, weil befragen werden wir sie in der Zeit nicht können, und jeden Einzelnen fragen, ob sie Aufträge für Sie ausgeführt haben.

Mag. Verena Karimi: Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden gespannt sein, was diese Liste betrifft.

Generelle Frage: Wie haben Sie sich denn auf diesen Ausschuss vorbereitet?

Mag. Verena Karimi: Ich habe die Medienberichterstattung verfolgt. Ich habe die Livestreams im Internet angeschaut, und, das ist jetzt vielleicht ein bisschen witzig, ich habe mir auch eine Doku zu McCarthy-Prozessen angeschaut. *(Abg. Petzner: Zu?)* Zu McCarthy-Prozessen auf ARTE. *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): So schlimm ist es bei uns nicht wie in der Doku, aber fast.

Hatten Sie Kontakte mit irgendwelchen anderen Personen vor Ihrer Befragung heute, mit dem Herrn Ulmer, dem Herrn Krumpel, dem Herrn Wirth, irgendwelchen Personen, die im Zusammenhang mit dem ... stehen?

Mag. Verena Karimi: Nein, meine letzten Kontakt mit dem Herrn Ulmer hatte ich vor ein paar Wochen, als das „profil“ an mich herantrat und mir Fragen gestellt hat. Und das habe ich ihm erzählt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie hatten auch keine Möglichkeit, vor dem Ausschuss, vor Ihrer Befragung heute Einsicht in irgendwelche Unterlagen zu nehmen?

Mag. Verena Karimi: Nein, selbstverständlich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, das unterscheidet Sie vom Herrn Ulmer; der wollte die Frage in der Form nicht beantworten.

Andere Frage: Haben Sie auch Aufträge bekommen, also Ihre Firma, Ihr Ein-Personen-Betrieb ... – Sie haben schon gesagt, Aufträge von der ÖVP. Auch spannend, dass eine Bundespartei einer Einzelfirma Aufträge erteilt!

Mag. Verena Karimi: Nein, Herr Petzner, das verwechseln Sie jetzt, das muss ich jetzt klarstellen. (*Abg. Petzner: Ja, bitte!*)

Ich war damals für ein Unternehmen tätig, das für die Österreichische Volkspartei, Bundespartei, als Filmproduktionsfirma gearbeitet hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Aufträge als Einzelfirma bekommen vom Innenministerium auch?

Mag. Verena Karimi: Ich hatte einmal einen Auftrag für eine Konferenz. Das war, glaube ich, 2007/08. Da ging es um Migration. Das war eine Konferenz in der Hofburg, und ich habe damals die Pressebetreuung gemacht gemeinsam mit einem Middle-East-Sachverständigen. Es waren sehr viele Medien aus dem Mittleren Osten. Da ging es um Migration, Fremdenfeindlichkeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem haben Sie denn den Auftrag bekommen im Innenministerium? Oder wie sind Sie zu diesem Auftrag gekommen? Wer war denn Ihre Ansprechperson? Oder wer hat Ihnen das angeboten?

Mag. Verena Karimi: Das hat mir damals, glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere, der Dr. Sandrisser angeboten. Dessen Abteilung oder Gruppe oder was auch immer hat diese Konferenz verantwortet und hat mich gefragt, ob ich diese externen Medienbetreuungen und Vor-Orte-Konferenz-Betreuungen übernehmen möchte.

Ich musste dann einen Auftrag mit der zuständigen Sektion machen, und soweit ich weiß, scheint das auch, ich nehme einmal an, im Innenministerium auf.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. – Sie haben schon einen Vorgriff mit einer Minute auf die zweite Runde. Ich informiere!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, stimmt. Zwei ganz kurze Fragen noch.

Also Sie haben keine Aufträge bekommen in dem Zeitraum, als der Herr Innenminister Strasser Innenminister war, oder schon?

Mag. Verena Karimi: Nein, kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich nicht erinnern oder können Sie es ausschließen?

Mag. Verena Karimi: Nein, also das kann ich ausschließen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie würden Sie jetzt Ihr Verhältnis zum Herrn Ulmer beschreiben?

Mag. Verena Karimi: Man kann uns in einem Raum lassen, ohne dass man sich Sorgen machen muss.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das klingt aber nicht sehr freundlich.

Mag. Verena Karimi: Wir sind geschieden, es gibt Gründe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Wir legen Ihnen kurz ein Mail vor. Wenn es Gründe dafür gibt und man Sie maximal gemeinsam in einen Raum geben kann, ohne dass man Angst haben muss, dass etwas passiert, dann frage ich mich, warum Sie für Ihren Ex-Mann, für den Herrn Ulmer, von dem Sie geschieden sind, wie Sie betonen, und eine Scheidung ist nie lustig, da ist meistens irgendwas passiert, sonst lässt man sich nicht scheiden, im Jahr 2004 Flüge organisieren.

Visit and flights Mr. Ulmer, 18.-23. August: Da fliegt der Herr Ulmer von London-Heathrow – da war er zufällig wieder auf einer Jagd in Schottland zu dem Zeitpunkt, wie wir schon herausgearbeitet haben hier im Ausschuss – nach Chicago, 18.-23. August. Da geht es um diesen Chicago-Aufenthalt. Da gibt es einen Mail-Verkehr

innerhalb von Motorola. Und die Flüge organisiert, wenn Sie auf die letzte Seite blättern, „From the desk of Mag. Verena Karimi“.

Hat das auch zu Ihrem Aufgabenprofil gehört, im Rahmen Ihrer PR-Tätigkeit, wie Sie sagen, als Sekretärin des Herrn Ulmer zu arbeiten und irgendwelche Flüge für ihn zu checken?

Mag. Verena Karimi: Herr Abgeordneter Petzner, diese Frage habe ich, glaube ich, schon dem anderen Kollegen beantwortet. Aus mir nicht näher bekannten Gründen wollte die Motorola den Herrn Ulmer in Chicago oder in Schaumburg, wo das Welt-Headquarter ist, sprechen, und um die Flüge einfacher zu buchen, hat man es über meine Firma gemacht. Weil Motorola – das wäre zu kompliziert gewesen, hätte zu lange gedauert, dass die diese Flüge buchen.

Was ich aber auch sozusagen zur Rechtfertigung vom Herrn Dr. Ulmer vorbringen möchte: Er hat zu dieser Zeit in London gelebt, und deswegen sind die Flüge auch über London abgewickelt worden. Also er hat dort gewohnt und ist von London nach Chicago geflogen und dann wieder zurück.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Schlussfrage noch für die Runde. Sie haben einen rückwirkenden Vertrag mit TETRON. Der ist abgeschlossen worden im Jänner 2006, und dann gibt es aber auch Rechnungen im Zeitraum 2004 bis 2005. Da gibt es sehr, sehr viele hohe Summen, die da verrechnet worden sind.

Wir haben – zumindest wir, ich bitte die anderen Fraktionen, zu korrigieren, wenn das falsch ist – in den Unterlagen keinen Vertrag gefunden. Weil da schreiben Sie immer: Gemäß Angebot 4.8 vom 25. März 2004. Wir haben diesen Vertrag vom 25. März 2004 zwischen Ihnen und Motorola in den Unterlagen nicht gefunden. Gibt es da einen Vertrag?

Mag. Verena Karimi: Ja, da gibt es einen Vertrag, und die Motorola müsste den haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie werden wohl auch einen haben, oder?

Mag. Verena Karimi: Ja. Ich habe ihn aber, um ehrlich zu sein, nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie können uns den nicht zur Verfügung stellen?

Mag. Verena Karimi: Den kann ich Ihnen leider nicht zur Verfügung stellen, aber der Vertrag ist ein offizieller Vertrag von der Firma Motorola und ein Vertrag, den man halt nicht mehr ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Komische ist nämlich: Wir haben alles bekommen, sämtliche Verträge, nur da gibt es keinen Vertrag. Sie sind sich sicher, dass es auch hier einen schriftlich unterzeichneten ...?

Mag. Verena Karimi: Da bin ich mir sicher. Ich habe es vorhin erzählt: Das ist ungefähr so ein Stapel Papiere (*mit den Händen einen höheren Stapel darstellend*), den man da unterschreibt. Und davor gab es die Rechnungen auf Honorarbasis-Angebot.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, das war es für die erste Runde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke. Wir kommen in die zweite Runde. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit ersuche ich um sehr gerafftes Fragen. – Abgeordnete Lapp, bitte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Mag. Karimi, nochmals zu diesem E-Mail und zu dieser Reise, die Sie über Umwege für den Herrn Mag. Ulmer damals gebucht haben.

Können Sie mir das noch einmal erklären. Dem Kollegen Petzner haben Sie gesagt, Sie haben deswegen von London gebucht, weil er dort gelebt hat. Wie kommen Sie überhaupt in die Situation, dass Sie für jemanden eine Reise buchen müssen? Sie waren ja kein Reisebüro.

Mag. Verena Karimi: Nein, aber die Sache war die – also, ich habe es so in Erinnerung –, dass eben der Herr Ulmer nach Schaumburg fliegen sollte, weil die Motorola ihn gerne sprechen wollte im Projekt – er war ja damit befasst – oder warum auch immer, und die Motorola hat gesagt ... Dann war das irgendwie so: Wer zahlt den Flug? Dann hat es eben geheißen, das sollte eigentlich schon die Motorola bezahlen. Dann haben die gesagt, das ist so kompliziert, über die USA, über das Headquarter, diesen Flug zu buchen, und der Einfachheit halber soll sozusagen ich das buchen und in meiner Spesenabrechnung dann einfach der Motorola weiterverrechnen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Woher hat Motorola-USA gewusst, dass Sie den Herrn Ulmer so gut kennen, dass Sie Reisen für ihn buchen?

Mag. Verena Karimi: Diesen Auftrag habe ich vom Herrn Wirth erhalten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und woher hat das der Herr Wirth gewusst?

Mag. Verena Karimi: Der Herr Wirth hat das wahrscheinlich gewusst vom Herrn Ulmer, dass er gesagt hat: Wenn die mich dort sprechen wollen, dann sehr gerne, aber nicht auf meine Kosten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke schön.

Zu Ihrer Tätigkeit: Wie viele Besprechungen hatten Sie mit Wirth? Weil ich glaube, der Herr Wirth war ...

Mag. Verena Karimi: Der Herr Wirth war mein ständiger Ansprechpartner, von Anfang an.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Mussten Sie ihm da auch Reports legen oder ...?

Mag. Verena Karimi: Ja, natürlich.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie hatten aber keinen Sitz in dem Büro?

Mag. Verena Karimi: Nein. Auch später nicht. Ich war immer selber in meinem Büro tätig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben vorher im Rahmen der Befragungen gesagt, Sie haben ein Logo erstellt, die Homepage für Feuerwehrléute, das verständlich gemacht. Bei diesen Beträgen, um die es da geht, würde ich gerne noch mehr einen Tätigkeitskatalog von Ihnen hören, weil auch das Entdecken von Funklöchern oder wenn wo Katastrophen waren: Ich denke mir, bei 7 000 € im Monat muss noch sehr viel Expertise oder anderes dahintergestanden sein. Vielleicht könnten Sie das nur in knappen Worten auch ausführen.

Mag. Verena Karimi: Frau Abgeordnete, also die 7 000 €, das war dann viel später für die TETRON, als wir das sozusagen als Full-Service-Agentur für sie alles gemacht haben, und ich glaube, ich war dort eine sehr billige Agentur.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Vorher waren es, glaube ich, 4 800 € durchschnittlich im Monat. (*Mag. Karimi: Mhm!*) Sie können keine weiteren Tätigkeiten mehr in Ihren Katalog anführen?

Mag. Verena Karimi: Ich kann Ihnen jetzt keine Details mehr sagen, was ich an welchem Tag gemacht habe, sicher nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das will ich gar nicht wissen!

Mag. Verena Karimi: Alleine die tägliche Medienbearbeitung, die Reports zusammenzustellen und das weiterzuleiten ist schon eine Arbeit. Das ist Agenturarbeit. Wenn man das in Stunden aufrechnet auf den Monat gerechnet, und wenn Sie ... Ich will jetzt nicht sozusagen betriebswirtschaftliche Lehrstunden halten. Aber wenn Sie mir dann auch noch die Mehrwertsteuer abziehen und die Kosten, die Telefonkosten, meine Bürokosten, dann war das jetzt nicht unbedingt ... Also dann wissen Sie schon, dass das ein ganz normaler Stundensatz war.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie waren die Pressestelle für dort?

Mag. Verena Karimi: Genau. Unter anderem.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das kann man sich, glaube ich, aber auch anders auslagern. Aber okay.

Kennen Sie Herrn Marcus Asner, der im Auftrag von Motorola jetzt Nachforschungen anstellt, inwiefern Dinge gut gelaufen sind?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herrn Ing. Blaha?

Mag. Verena Karimi: Sagt mir nichts.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Skorsch?

Mag. Verena Karimi: Kenne ich.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Was hatten Sie mit ihm zu tun?

Mag. Verena Karimi: Aus der Umsetzung dann natürlich, ja, da gab es ja dann tausend Dinge, die wir in der Projektumsetzung miteinander zu besprechen hatten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie waren bei den Besprechungen des Projektteams dabei, oder haben Sie ...?

Mag. Verena Karimi: Nein, aber wenn es halt um fachliche Dinge ging, zum Beispiel für Inhalte. Ich habe ja auch in dieser Website die ganzen Texte gemacht, und so weiter. Wenn es da irgendwelche Fragen gab, dann waren das meine Ansprechpartner für technische Fragen, für irgendwelche Probleme.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dann war das im Innenministerium selbst?

Mag. Verena Karimi: Also im Innenministerium habe ich den Herrn Skorsch nie getroffen, wenn, dann bei der TETRON.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Valurex?

Mag. Verena Karimi: Sagt mir gar nichts. Also ich meine, ich habe es jetzt in der Zeitung gelesen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herrn Gabmann? (*Mag. Karimi: Ja!*) Den, haben Sie gesagt, kennen Sie schon vom Studium oder so? (*Mag. Karimi: Ja, genau!*) Und der war ja dann auch in der TETRON im ...?

Mag. Verena Karimi: Der war dann der technische Leiter, also wie sagt man denn, im Unternehmensvorstand, oder was weiß ich, für den Bereich technische Umsetzung zuständig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und trotzdem haben Sie vom Herrn Skorsch die technischen Informationen eingeholt?

Mag. Verena Karimi: Ja, in dem Projekt gab es ja dann schon Streitereien, Wickel, was weiß ich was, da hat man schon mit anderen auch zu tun gehabt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und bei diesen Streitereien mussten Sie schlichtend eingreifen, oder?

Mag. Verena Karimi: Manchmal auch, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und bei der TETRON waren die Streitereien, oder zwischen TETRON und Innenministerium?

Mag. Verena Karimi: Da kann ich mich jetzt nicht mehr so genau erinnern, aber da gab es schon immer Befindlichkeitsstörungen, ab und zu. Der eine hat das gesagt und der andere hat das andere gesagt. Also ich kann mich auch erinnern, dass ich da manchmal sozusagen als Mediator dabei war.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Minister Strasser? Dr. Strasser? Kennen Sie?

Mag. Verena Karimi: Also ich kenne ihn natürlich, weil er der Minister ist. Persönlich bin ich mit ihm nicht bekannt. Ich habe ihn begrüßt, ich war vielleicht einmal auf einer Veranstaltung, wo der Herr Minister war, und es kann sein, dass ich auch auf einem E-Mail-Verteiler für Wahlwerbbezwecke aufscheine oder so.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das hat jetzt nichts mit TETRON zu tun.

Mag. Verena Karimi: Nein, das hat nichts mit TETRON zu tun.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Frau Mag. Karimi, um noch einmal die Personen zu nennen, die da involviert waren. Kollegin Lapp hat das ja schon teilweise begonnen. Also da gibt es den Herrn Gabmann, den kennen Sie von früher, vom Studium, der war einerseits Berater während des Vergabeprozesses und ist dann Projektleiter von TETRON geworden. (*Mag. Karimi: Mhm!*)

Zur Frau Spatzierer haben Sie auch gesagt, dass Sie sie von früher kennen und bekannt wurden mit ihr, weil sie die Lebensgefährtin von Herrn Dr. Ulmer war (*Mag. Karimi: Mhm!*), und zu dem Zeitpunkt, zu dem sie das war, haben Sie sie kennengelernt. Auch Schindler kennen Sie seit 2002, Schindler/Publico. Mit Herrn Ulmer waren Sie verheiratet bis vor 15 Jahren, wenn ich das richtig verstanden habe. (*Mag. Karimi: Mhm!*) Und Herrn Gattringer kennen Sie auch näher, das ist ein guter Bekannter, ein Freund, wie würden Sie das beschreiben?

Mag. Verena Karimi: Nein, den Herrn Gattringer habe ich erst später kennengelernt, als ich dann bei der TETRON war.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Zu dem Zeitpunkt? (*Mag. Karimi: Ja!*)

Was schon auffällt, ist, dass in diesem gesamten Zusammenhang, und da fehlt uns jetzt noch einer, nämlich Herr Dr. Nordberg, kennen Sie den?

Mag. Verena Karimi: Den kenne ich auch, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wie würden Sie da das Verhältnis beschreiben? Ist das ein geschäftliches Verhältnis, sind Sie befreundet, ist das ein guter Bekannter?

Mag. Verena Karimi: Ich bin mit seiner Frau gut befreundet.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und seit wann kennen Sie ihn?

Mag. Verena Karimi: Ihn?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Die Frau, ihn, beide?

Mag. Verena Karimi: Die Frau kenne ich seit dem Kindergarten.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und ihn?

Mag. Verena Karimi: Ihn kenne ich, seit sie geheiratet haben. Ich war zur Hochzeit eingeladen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ungefähr? Also es muss jetzt nicht das genaue Hochzeitsdatum sein.

Mag. Verena Karimi: Wann war das? In den 90ern irgendwann.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): In den 90ern – auch schon länger.

All diese Personen waren in dieses Projekt involviert, inklusive Sie selbst, auch der Herr Dr. Ulmer, der ehrenamtlich tätig war, während alle anderen hohe Honorare verrechnet oder bekommen haben. Das heißt ein, wenn man es so nennen will, Freundeskreis, Bekanntenkreis, der in ein Projekt involviert ist, an verschiedenen Ecken. Der zuständige Ex-Ministerkabinettsmitarbeiter, der dann als Einziger ehrenamtlich tätig ist.

Finden Sie das nicht ein bisschen schräg, oder hat das aus Ihrer Sicht keine schiefe Optik?

Mag. Verena Karimi: Also wenn Sie jetzt da irgendwie, wenn man da jetzt fünf Namen nennt, finde ich das jetzt ... Da waren noch hundert andere in dem Projekt beschäftigt, und den einen kennt man, den anderen nicht. Ehrlich gesagt, mir ist es nicht irgendwie verdächtig vorgekommen, wenn Sie mich so fragen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und heute? Also das war jetzt die Vergangenheitsform. Wie finden Sie das heute?

Mag. Verena Karimi: Ja, heute finde ich das schade vielleicht, so wie Sie es sagen. Wenn man etwas Böses unterstellen möchte, dann könnte man sagen, das sind schon die Zutaten für eine Unterstellung.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wir arbeiten im Untersuchungsausschuss nicht mit bösen Unterstellungen, sondern mit Befragungen, Beweisen, um dann zu einem Schluss zu kommen.

Noch ein Letztes dazu, die Ehrenamtlichkeit. Wissen Sie, warum der Herr Dr. Ulmer das ehrenamtlich gemacht hat? Sie haben ja vorher erwähnt, Sie wussten, dass er ehrenamtlicher Beamter ist. Wissen Sie, was da die Erwägungen waren, warum Ehrenamt?

Mag. Verena Karimi: Ehrlich gesagt, nicht. Ich weiß es jetzt, was ich in den Medien gelesen habe, also dass er in dem Projekt sehr sattelfest war, sich auskannte und dass der Minister ihn damit beauftragt hat.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber warum ehrenamtlich?

Mag. Verena Karimi: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann habe ich noch eine letzte Frage. Ich lasse Ihnen eine Anfragebeantwortung vorlegen aus dem Jahr 2006, wo gefragt wurde, welche Unternehmen seit 1. Jänner 2005 beauftragt wurden vom Bundesministerium für Inneres. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Und da werden in folgender Reihenfolge folgende Unternehmen angeführt: PwC Corporate Finance Beratung GmbH, Verena Karimi GmbH – ich nehme an, das ist Ihre –, Platzer & Partner Unternehmensberatungsgesellschaft m.b.H., Hule/Bachmayr-Heyda/Nordberg Rechtsanwälte GmbH und Van Melle& Partner, und dann noch einige andere.

Die fünf, die ich jetzt namentlich genannt habe, diese Beratungsverträge haben alle etwas mit TETRON zu tun. Sie werden als Zweite genannt, innerhalb von fünf Angeführten. Haben Sie in diesem Zeitraum einen Beratungsvertrag mit dem Bundesministerium für Inneres gehabt, und was war der Inhalt dieses Vertrages?

Mag. Verena Karimi: Ich habe das dem ...

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Nein, das war ein anderer Zeitraum. Da geht es jetzt um den Zeitraum 1. Jänner 2005.

Mag. Verena Karimi: Ja, aber nicht in der Sache mit TETRON. Es gab, glaube ich, diese Konferenz, bei der ich eben ...

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Da haben Sie aber vorher gesagt, 2007-2008. Da wurde abgefragt ...

Mag. Verena Karimi: Ja, ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht mehr. Aber ich weiß, dass ich da, also damals für dieses Projekt mit dem BMI einen Vertrag hatte, und ich glaube, ich habe einmal eine Pressekonferenz verrechnet. Das waren, glaube ich, so 216 € Saalmiete oder so irgendetwas.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Können Sie sich noch erinnern, wer der Minister damals war, unter dem diese Konferenz abgehalten wurde?

Mag. Verena Karimi: Nein, kann ich mich jetzt echt nicht erinnern.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Okay. Also Sie können ausschließen ...

Mag. Verena Karimi: Also ich glaube, das war die Frau Prokop, kann das sein?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Sie können ausschließen, dass Sie am 1. Jänner 2005 einen Vertrag mit dem Bundesministerium hatten, wo Sie gleichzeitig einen Vertrag mit TETRON hatten, einen Beratervertrag?

Mag. Verena Karimi: Sicher nicht im Zusammenhang mit der TETRON. Das ist mir jetzt ehrlich gesagt ... Ich wüsste nicht, warum.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Und das ist Zufall, dass Sie hier innerhalb der Firmen angeführt sind, die mit TETRON zu tun hatten, wenn es auch hier nicht konkret ...

Mag. Verena Karimi: Ja, weil ich dort Rechnung gelegt habe für eine Pressekonferenz für eine Saalmiete, was die sich teilen mussten.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Kurze Frage noch zu dem Themenkomplex, den der Kollege Petzner zuerst angesprochen hat. War der Herr Ulmer oder irgendeine andere Person, die für diesen Ausschuss besonders interessant ist, im Kreise Ihrer Sublieferanten entweder an einer Firma beteiligt oder als Person dabei? (*Mag. Karimi: Nein!*)

Ganz konkret: Hängt die Gründung Ihrer Firma, nämlich der Verena Karimi GmbH, mit dem Auftrag von Motorola direkt zusammen?

Mag. Verena Karimi: Indirekt würde ich sagen, weil die Motorola natürlich auch ... Also es war dann eine, wie soll ich sagen, eine Motivation umzugründen, weil ich mit der Motorola dann den Vertrag leichter abschließen könnte als Unternehmen. Also das

war sozusagen positiv hinsichtlich des Beratervertrages, den ich mit der Motorola hatte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, für Motorola war es einfacher, Ihnen dann entsprechende Honorare auszuzahlen, als wenn Sie nur eine einfache Person gewesen wären. Für Sie war es leichter, Verträge abzuschließen über größere Volumina und entsprechende Beträge natürlich dann auch an Ihre Sublieferanten, was immer die gemacht haben, weiterzuleiten.

Mag. Verena Karimi: Nein, es war schon eine wirtschaftliche Entscheidung. Es ist auch aus steuerrechtlichen Gründen natürlich besser.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und zusätzlich noch ein Steuer-Add-on, wie Sie gerade erklärt haben?

Mag. Verena Karimi: Also man muss sich als Unternehmen mal fragen, welche Gesellschaftsform man wählt und was für einen die günstigste ist. Das ist für mich als Unternehmerin ... Zum damaligen Zeitpunkt war das eine wirtschaftliche Entscheidung für mein Unternehmen, dass ich es als GmbH umgründe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Erste Frage: Bei Ihrem Vertrag, den Sie mit TETRON gehabt haben, dem 2006er Vertrag, da haben Sie bekommen als Fixhonorar 7 000 € pro Monat, zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer, und dann gibt es auch den Punkt 5, Spesen. Sämtliche Spesen werden gesondert in Rechnung gestellt. Können Sie eine Höhe nennen Ihrer Spesenrechnungen, die Sie im Rahmen dieses Vertrages an die Firma TETRON gelegt haben?

Mag. Verena Karimi: Also ich kann mich an keine nennenswerten Spesen erinnern. Also vielleicht waren noch irgendwelche zusätzlichen Fremdkosten. Aber, ehrlich gesagt, kann ich mich an keine nennenswerten Spesen erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie irgendeine Summenschätzung abgeben?

Mag. Verena Karimi: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie oft waren Sie jetzt bei Jagden in Luising? Einmal die Geschichte mit der Maria Rauch-Kallat oder öfter?

Mag. Verena Karimi: Ich war – ich glaube, das war die letzte Jagd meines Lebens –, glaube ich, 2005 einmal in Luising.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen dazu ein Mail vor. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Vom Herrn Ulmer, der macht da im Jahr 2006, im Mai 2006 konkret, dem lieben Ali und dem lieben Hans-Joachim einen Vorschlag für die Liste der möglichen Jagdteilnehmer. Die Nummer 16 dieser Liste sind Sie. Vom Herrn Kreutner, der die Nummer 17 ist, wissen wir schon, dass er dort war. Waren Sie bei dieser Jagd auch dabei?

Mag. Verena Karimi: Im Burgenland? Also 2006? (*Abg. Petzner: Ja!*) Nein, Herr Petzner, ich glaube, 2006 war ich nicht mehr auf der Jagd. Ich glaube, meine letzte war wirklich 2005. Ich weiß, dass diese Jagdfragen immer wieder kommen. Ehrlich gesagt, ich bin auch nicht ein großer Freund der Jagd. Ich bin ein extrem schlechter Schütze. Nur im Sternzeichen bin ich, glaube ich, ein guter Schütze. Aber es ist nicht meine Welt. Mir macht man keine Freude damit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns Namen nennen, wen Sie alles bei diesen Jagden ... – ob Sie jetzt ein schlechter Schütze sind oder nicht, ich als Tierfreund hoffe, Sie sind ein schlechter Schütze. Können Sie uns irgendwelche

Jagdteilnehmer sonst noch nennen? Wer ist denn dort aller gewesen, wer hat sich denn dort aller getroffen?

Mag. Verena Karimi: Ja, natürlich war der Herr Mensdorff immer da. Der war ja in der Regel ... Der war ja auch der Gastgeber. Dann Christoph Ulmer habe ich sicher auch schon einmal auf der Jagd gesehen, den Hans-Joachim Wirth, glaube ich, auch, den Herrn Krumpel. Also an die kann ich mich definitiv erinnern. Fragen Sie mich nicht nach Tagen oder ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie den Herrn Strasser einmal getroffen in Luising?

Mag. Verena Karimi: Nein, nie.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage noch: Können Sie ausschließen – ich erinnere Sie an Ihre Wahrheitspflicht – dass Honorare, die Sie bekommen haben, von TETRON oder auch von Motorola, direkt oder indirekt an Christoph Ulmer, eine dessen Firmen, weitergeleitet wurden?

Mag. Verena Karimi: Die Frage habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Ob ich was ausschließen kann?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Meine Frage ist, ob Sie ausschließen können, dass von Ihren erhaltenen Honoraren von der Firma Motorola oder von TETRON, dieser Gesellschaft, dass Teile dieser Honorare auf direktem oder indirektem Wege an Christoph Ulmer oder Firmen des Christoph Ulmer geflossen sind?

Mag. Verena Karimi: Ja, das kann ich ausschließen. Da bin ich mir sicher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können auch ausschließen, dass Sie irgendwelche Barzahlungen an Ulmer oder so getätigt haben?

Mag. Verena Karimi: Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage noch zu diesen London-Flügen. Sie haben den Wirth immer in London getroffen. Warum, jetzt noch einmal, in London?

Mag. Verena Karimi: Nicht immer in London.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber sehr oft.

Mag. Verena Karimi: „Sehr oft“, zwei-, dreimal, würde ich einmal schätzen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was haben Sie dort besprochen in London?

Mag. Verena Karimi: Da habe ich meine Arbeiten, meine Arbeit mit ihm besprochen. Also sozusagen, ich war ihm ja auch, wie die Kollegin sagte, berichtspflichtig. Ich habe ihm meine Unterlagen oder die Sachen, mit denen ich beauftragt war, übergeben, mit ihm auch besprochen what's next, oder wie auch immer. Und der Herr Wirth war ein Motorola-Manager, der eben sehr viel unterwegs war. Er hat zu dem Zeitpunkt auch nicht in Österreich gelebt, und er hat mich halt dann dorthin bestellt, wo er war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und bei diesen Treffen in London, wo Sie mit dem Herrn Wirth Ihre Leistungen besprochen haben, haben Sie auch immer wieder den Herrn Ulmer getroffen?

Mag. Verena Karimi: Ich war mit ihm sicher zweimal essen oder so was, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es da auch Treffen zu dritt?

Mag. Verena Karimi: Der Wirth, der Herr Ulmer und ich, ja. Ich glaube, wir waren auch einmal zu dritt essen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ist dort besprochen worden? War das rein privat, oder haben Sie auch über Angelegenheiten des Behördenfunks geredet?

Mag. Verena Karimi: Nein, wir haben nicht über Angelegenheiten des Behördenfunks gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War Ihnen eigentlich bekannt, dass der Herr Ulmer einen unentgeltlichen Werkvertrag mit dem Innenministerium hat?

Mag. Verena Karimi: Ob mir das ... Unentgeltlicher Vertrag oder was auch immer, das war mir jetzt, weiß ich gar nicht, ob mir das jetzt irgendwie bekannt war. Aber ich wusste, dass er natürlich mit denen irgendwas zu tun hat. Sonst ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Woher wussten Sie das?

Mag. Verena Karimi: Von ihm, nehme ich einmal an.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hat er Ihnen das ... ? Hat er Ihnen das erzählt, oder? Sie haben gerade heute gesagt im Ausschuss, das waren immer alles private Treffen, und dann hat er Ihnen aber doch erzählt, dass er irgendwie tätig ist für das Ganze. Also was hat er Ihnen denn da wann erzählt über seine Aufgaben?

Mag. Verena Karimi: Das weiß ich ehrlich gesagt, das weiß ich wirklich nicht mehr. Aber irgendwann wusste ich es. Wann und wieso ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das zeitlich irgendwo einordnen?

Mag. Verena Karimi: Es fällt mir jetzt ... nein, kann ich eigentlich nicht. Da müsste ich ... nein, das kann ich nicht. Weiß ich nicht, echt. Aber es war mir irgendwann einmal bekannt, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson, Frau Mag. Karimi, für ihr geduldiges Ausharren, sowohl vor der Befragung als auch nachher.

Die Obfrau weist darauf hin, dass ein Reassümierungsbeschluss gefasst wurde und versichert sich bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, die Sitzung für den 27. Juni 2012 absagen zu können. Wenn es dagegen einen Einwand gebe, sei dies die letzte Möglichkeit. – Dies sei nicht der Fall, daher gelte die Sitzung am 27. Juni 2012 als abgesagt.

Obfrau Dr. Moser weist darauf hin, dass die nächste Sitzung am Dienstag, 26. Juni 2012, mindestens zwölf Stunden dauern werde – diese beginne um 9 Uhr, die letzte Auskunftsperson sei für 19 Uhr geladen – und **schließt** die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.48 Uhr

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 9. Oktober 2012 als zulässig beschlossen:

Hinweis: Aus technischen Gründen stimmen die angegebenen Seitenzahlen nicht immer exakt mit dem Protokoll überein.

Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Anton LERCHNER, MES

gem. § 23 Abs. 4 VO-UA

zum Wortprotokoll der 39. Sitzung des Untersuchungsausschusses

zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 21. Juni 2012

1. Auf Seite 54, 5. Absatz muss es statt „Ausschreibung zum Projekt“ richtig „Ausschreibung und Vergabe zum Projekt“ lauten.
3. Auf Seite 55, 5. Absatz muss es statt „Fünfländermodell“ richtig „Bund-Länder-Modell“ lauten.
4. Auf Seite 55, 9. Absatz muss es statt „acht Jahr“ richtig „acht Jahre“ lauten.
12. Auf Seite 76, 9. Absatz muss es statt „Das würde natürlich begründet im Vergabeakt.“ richtig „Das wurde natürlich begründet im Vergabeakt.“ lauten.